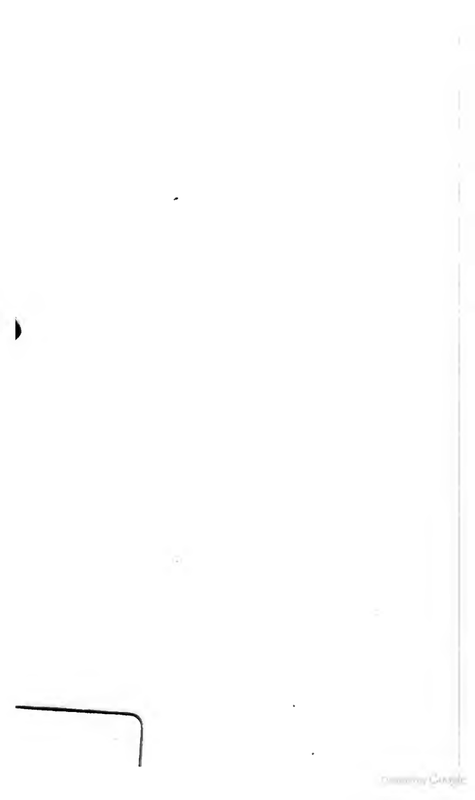

NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06664878 7

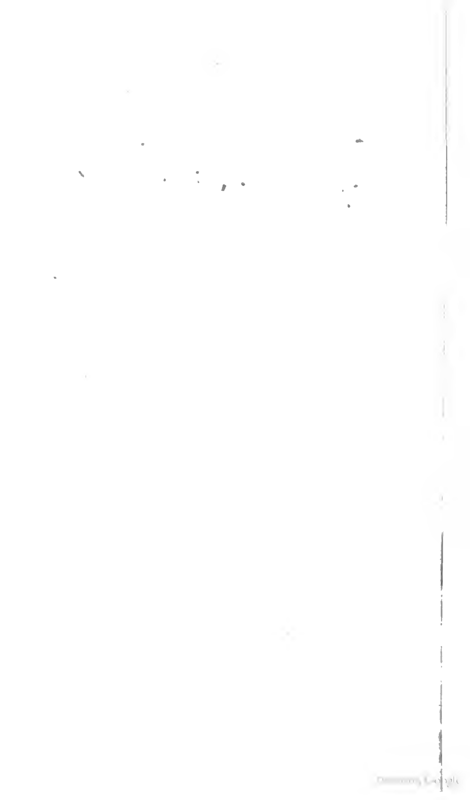


Herrn Georg Bancroft

als bescheidenes Zeichen aufrichtiger und tiefer Verehrung

Joh Gust Droysen

Berlin 9 Mai 1862.



Geschichte

der

Preußischen Politik

von

Joh. Gust. Droysen.

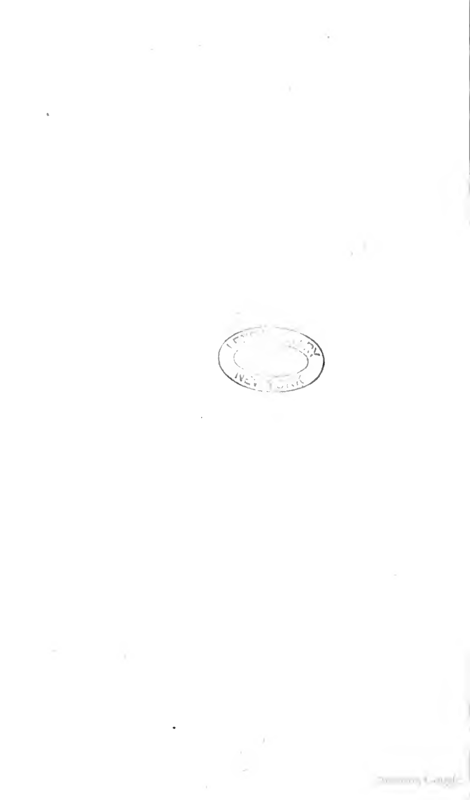
Dritter Theil.

Der Staat des großen Kurfürsten.

Erste Abtheilung.

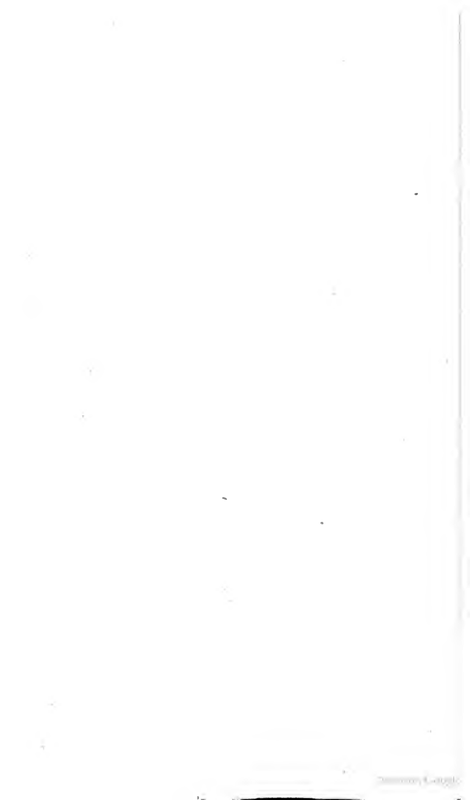


Leipzig,
Verlag von Veit und Comp.
1861.



Inhalt.

Einleitung.



Unsere Betrachtungen haben die Zeiten erreicht, in denen die territoriale Geschichte des Hauses Brandenburg endigt, die des preußischen Staates beginnt.

Diesen Uebergang veranlaßt, ihn geschichtlich und moralisch möglich gemacht zu haben, das ist das Interesse, welches für unsere Aufgabe der dreißigjährige Krieg hat. Die Schrecken dieses Krieges, die Zerrüttung alles Rechts, aller Gesittung und Wohlfahrt, die Greuel allgemeinen Unterganges, das sind die Wehen, unter denen der neue Staat geboren ist.

In diesem Kriege, der großen deutschen Revolution, vollzog sich die Kritik der entarteten, verwucherten, unwahr gewordenen Zustände, welche unter dem Namen des Reichs deutscher Nation befaßt waren. In ihm ging das alte Deutschland für immer zu Grunde; wie ein tiefer Abgrund trennt er die Zeiten vorher und nachher.

In dieser Revolution löste sich die unlösbar gewordene deutsche Frage, indem sie unter immer neuen, immer wilderen Versuchen, eine Form für die deutschen Dinge zu finden, in allen ihren Elementen verwandelt, bis auf Weiteres in sich selber erlosch.

Wir werden sehen, was in dem Untergang unsrer nationalen Geschichte an Gedanken, Aufgaben, Möglichkeiten zu retten blieb und von dem Hause Brandenburg gerettet, in die Fundamente des neuen Staates mit eingesenkt wurde; denn das ist es, was ihn rechtfertigt, ihn erklärt, ihm seine Zukunft gab.

Es ist gesagt und wieder gesagt worden, an dem preußischen Staat sei das Reich deutscher Nation zu Grunde gegangen. Allerdings, daß er begann, bezeugt diesen Untergang, besiegelt ihn. Aber nicht die Schuld dieses Unterganges, sondern der Segen eines neuen Anfangs haftet an dem Namen des großen Churfürsten.

Die deutsche Frage.

Auch unsre Nation hat darum gerungen, die Verstrickungen, welche die hierarchisch-feudalen Jahrhunderte um sie gelegt, zu zerreißen, sich in sich selbst zu sammeln und zu schließen, sich selber anzugehören.

Unsre Geschichte hat keine nationalere That als die Reformation. In ihr fanden sich zum ersten Mal alle Stämme und Gebiete, alle Stände, das ganze deutsche Volk zu Einem Werk, in Einem Gedanken zusammen. In dem vollen Gefühl seiner Einheit brach es das Joch der geistlichen Fremdherrschaft, erkämpfte sich den Segen evangelischer Freiheit.

Es schien nur ein erster Schritt; der Reform der Kirche ging die des Reichs zur Seite. Das gemeine Wesen deutscher Nation schien sich neu verfaßt zu neuer Macht erheben zu sollen.

Es gelang uns nicht. Die alte Gewöhnung der Sonderinteressen war stärker als das neue Gemeingefühl; des Reiches Besserung scheiterte an der „Freiheit" der Fürsten und Stände, an ihrem Widerstand.

Nur die nationale Monarchie hätte ihn brechen, den deutschen Staat schaffen, mit ihm die Einheit der Nation retten können.

Statt ihrer ward uns das Kaiserthum des burgundisch und spanisch gewordenen Hauses Oestreich, das in jedem seiner Reiche und Lande als Fremdherrschaft gefühlt wurde und sich selber fühlte, und das sofort mit der römischen Curie, wie vieles sonst sie trennen mochte, darin einig war, die Bewegung des Jahrhunderts an ihrem Herde zu ersticken.

Mit der Wahl von 1519 waren alle Elemente der deutschen Politik in falscher Bahn.

Die Monarchie, statt deutsch zu sein, europäisch, war dem fremd und feind, was die Nation bewegte, verfolgte es, weil es national war. Eben dies nationale Interesse gab den territorialen Gewalten die Kraft und Rechtfertigung ihres Widerstandes; sie deckten es mit ihrer Libertät, und ihre Libertät erstarkte in dem Maaße, als sie es deckten. Unser Volk endlich sah in der Sache des Evangeliums die Rechtfertigung einer Opposition, die ihm mit jedem Erfolg seine politische Einheit unmöglicher machte, mit jedem Mißerfolg die nationale und kirchliche Selbstständigkeit zugleich auf das Spiel setzte.

Die geschichtliche Entwickelung unsrer Nation, so eben noch im kühnen und sichren Vorwärtsschreiten, begann sich im Kreise zu drehen; sie wurde verworren in sich, sie wurde angreifbar.

Der erste Versuch der Niederwerfung, der Karls V. im schmalkaldischen Kriege, endete nach kurzem Triumph mit der Rebellion von 1552, mit des Kaisers Flucht, mit dem passauer Vertrage.

Nicht die Nation, nicht das evangelische Deutschland hatte den Sieg erkämpft, sondern zwei, drei Fürsten mit der Hülfe Frankreichs, die mit deutschen Gebieten erkauft wurde, nicht ohne geheimes Einvernehmen mit König Ferdinand, der dem Sohn seines kaiserlichen Bruders die Nachfolge im Reich nicht abzutreten gemeint war.

Die deutsche Linie des Hauses Oestreich gewährte, was der

Kaiser versagt hatte; die Libertät wurde die Grundlage des Religionsfriedens. Er gab dem Reich eine Form, die für die Einheit des Reichs die Eintracht seiner Glieder versprach, die letzte noch mögliche Form, wenigstens den Namen der Reichsmonarchie, den Schein eines nationalen Gemeinwesens zu erhalten. In Wahrheit war das Reich für immer in seine Territorien aufgegangen.

Wie gewaltige populare Elemente hatte die beginnende Reformation erweckt; sie waren gebrochen. Seit den Bauerkriegen schwieg das Volk auf dem platten Lande und trug den wachsenden Druck der Gutsherrlichkeiten; seit den Gewaltacten Karls V. und seiner Spanier im schmalkaldischen Kriege, den ärgeren der Rebellion war auch das Bürgerthum im raschen Sinken. Von unten herauf kamen keine neuen Impulse mehr in die reichsverfassungsmäßige Stagnation. Und die deutsch-evangelische Kirche, ohne Gemeindeverfassung wie sie war, ganz in den Händen der Patronate und Pastorate, des landesherrlichen Kirchenregimentes, hörte auf, mit den Gefahren der Freiheit deren Segen zu haben und zu bieten; sie stagnirte.

Die große Bewegung der Reformation war in durchaus conservative Bahnen gelenkt. In den lutherisch-ständischen Formen schien sich der mittelalterliche Zug des deutschen Gemeinwesens, ständische Gliederung, patrimoniale Führung, Abschließung in kleinen und kleinsten Sonderinteressen, für immer zu vollenden; eine breite und behagliche Zuständlichkeit, die, einmal im Gang, wie von selbst und gleichsam nach dem Gesetz der Trägheit weiter wucherte.

Seit dem Religionsfrieden schien es kein Zweifel mehr, daß allmählig alles deutsche Land in dies evangelisch-ständische Wesen sich umsetzen werde. Selbst in den östreichischen Kron- und Erblanden drang es trotz der Gegenbemühungen des Kaiserhauses unaufhaltsam vor. Von den anderen Fürstenhäusern standen nur noch zwei, das bairische und das leuchtenbergische, in der alten Kirche,

„und auch diese", sagt eine östreichische Denkschrift, „hangen an einem seidenen Faden." Von den geistlichen Fürstenthümern waren unter sechs Erzbisthümern zwei, unter etwa vierzig Bisthümern sechzehn, andre Prälaturen in großer Zahl evangelisch; und mit jeder neuen Wahl — denn von dem Adel, der die Capitel inne hatte, waren nur noch wenige Familien altgläubig — drohte trotz des geistlichen Vorbehalts neue Reformirung.

In dem Maaße als das lutherisch-ständische Wesen im Reich an Umfang gewann, wuchs dessen Entfremdung von denjenigen evangelischen Formen, die sich in Großbrittannien, Frankreich, den Niederlanden im Kampf um die Existenz entwickelten; man gewöhnte sich, sie für anarchisch, radical, gefährlicher als den Papismus anzusehn. Mit der Concordienformel trennte man sich völlig von dem reformirten Geist. Die wenigen Stände im Reich, die sich ihm zuwendeten, Kurpfalz, Hessen-Cassel, Anhalt, hörte man auf, als Glaubensgenossen anzuerkennen. In Eifersucht und Mißtrauen gegen sie wurden die Lutherischen, Kursachsen an der Spitze, um so conservativer, orthodoxer, katholisirender.

Schon begann die römische Reaction auch Deutschland zu ergreifen; sie sammelte ihre Gläubigen, sie schürte ihren Eifer; von den Jesuiten geleitet, ging sie rasch von der Vertheidigung zum Angriff über. Man fühlte den Frieden des Reichs in seinen Fundamenten bedroht.

Mit der cölner, der straßburger Frage brach der Zwiespalt in hellen Flammen aus. Es folgte der Handel von Donauwörth, der jülichsche Erbstreit. Und jede dynastische Rivalität, jeder nachbarliche Hader tränkte sich mit dem Gift des frommen Eifers, jede kirchliche Frage wurde zur Maske selbstsüchtiger Interessen. Kursachsen drängte zur Acht gegen Brandenburg, und der Pfalzgraf von Neuburg wurde Convertit, um gegen Beide die jülichschen Lande zu behaupten. Wie mit gezücktem Messer standen Union

und Liga sich gegenüber, Baiern an der Spitze der Liga, entschlossen, dem verwandten Pfälzer Hause die Kur zu entreißen, während, so war des Herzogs Argwohn, „die versuchte östreichische Souveränetät über das Haus Baiern" im Begriff stand sich zu verwirklichen. Hessen-Darmstadt hatte keinen andern Gedanken, als den Vettern in Cassel Marburg und Gießen zu entreißen, und die Fürsten des welfischen Hauses haderten um die Erbfolge in Grubenhagen. So überall Haß und Hader auch zwischen Glaubensverwandten, Blutsverwandten; „alles Parthei und kein Richter über ihnen, jede Hand wider die andre." Man sah die Gefahr für das gemeine Vaterland, man sprach es mit den stärksten Worten aus, daß das Reich zusammenbrechen, zusammenbrechend Alle, die Starken wie die Schwachen, unter seinen Trümmern begraben werde. Aber man fuhr fort zu wühlen, zu hadern und zu hassen, jeder mit dem Glauben oder Vorwand, nur sein Recht zu wollen, jeder als sei es nicht seine Schuld, wenn darüber dem Ganzen Schaden, Schande, Untergang erwachse, jeder als könne er es noch darauf wagen.

Auf die Eintracht hatte der Religionsfriede das Reich gestellt. Schon kam es auf den Reichstagen nicht mehr zu gemeinsamen Beschlüssen, schon — seit 1613 — überhaupt nicht mehr zu Reichstagen. Die einzige Form, in der sich das deutsche Gemeinwesen noch als Ein Körper darstellte und thätig sein konnte, hörte auf möglich zu sein.

Das war das Ergebniß der paritätischen Politik des Religionsfriedens; es war der völlige politische Bankerott.

Unter den gegebenen Bedingungen war kein Schritt vorwärts oder rückwärts möglich, noch weniger möglich stehn zu bleiben. Die Bedingungen mußten geändert, das heißt der zu Recht bestehende Zustand der Dinge gebrochen werden.

Deutschland stand am Rande der Revolution. Vielleicht einer heilvollen; vielleicht kam sie in Gestalt einer rettenden That.

Eine Rettung mußte möglich sein, wenn nicht das deutsche Land und Volk untergehn sollte. Sie war möglich, wenn sich, wie in Frankreich unter Heinrich IV. geschehen war, der Gedanke des deutschen Staates über den Hader der Bekenntnisse, den Ehrgeiz der Großen, die ständische Anarchie erhob.

Es gab nur eine Stelle, eine Function, die zu rettenden Thaten berechtigt erscheinen konnte. Wie immer durch Recht und Herkommen, durch Wahlcapitulationen beschränkt, in dem Wesen des Kaiserthums, in dem Amt der höchsten Reichsobrigkeit lag eine Machtbefugniß unerschöpflicher Art, lag die Pflicht der Rettung.

Die Aufgabe lag deutlich da. Das Haus Oestreich ergriff sie, nicht um sie im nationalen Sinn zu lösen, sondern um sie im östreichischen Interesse, „nach der östreichischen Staatsraison" auszubeuten.

Und dies giebt uns den zweiten Punkt unsrer einleitenden Betrachtungen.

Die östreichische Politik.

Wir sahen, wie Ferdinand I. der Rebellion von 1552 Vorschub geleistet, den Sieg der Libertät ermöglicht hatte.

So ganz verließ er den monarchischen Gedanken Karls V., daß er die Theilung der deutschen Erblande unter seine drei Söhne verfügte.

Nur um so kühner und stolzer führte Philipp II. das Werk seines Vaters, die „Monarchie", weiter; ihm genügte es, wenn die deutsche Linie des Hauses das Reich in seiner Erschlaffung und Lähmung hielt, die unermeßlichen Kräfte Deutschlands sich in sich selbst binden und zerrütten ließ.

Allgewaltig als Militairstaat, voran im Kampf für die sich wieder aufrichtende römische Kirche, nach allen Richtungen hin drohend, aggressiv, unwiderstehlich hatte Spanien ein halbes Jahrhundert hindurch den „Dominat" über Europa. Der spanische Hof war der Herd aller Reaction gegen freies Bekenntniß, freie Verfassung, freien Handel, freies geistiges Leben.

Aber in dem Kampf um die Existenz waren die zunächst gefährdeten Völker und Staaten erstarkt, England unter Elisabeth, die Niederlande unter den Oraniern, Frankreich unter Heinrich IV. Es begann im Westen ein politisches Gleichgewicht durchzudringen, das sich zum ersten Mal in der Frage der jülichschen Erbfolge bewährte. Der Hof zu Madrid mußte inne werden, daß sein Dominat bedroht sei, daß er weichen müsse, wenn nicht die deutsche Linie des Hauses zu den Tendenzen zurückkehrte, die sie 1552 preisgegeben hatte; sie mußte aufhören in der gleichen territorialen Weise wie die andern deutschen Fürstenhäuser sich genügen zu lassen, sie mußte sich aufraffen für das gefährdete Gesammtinteresse des Hauses mit einzutreten; in diesem mußte sie ihre Pflicht, ihre Ehre, ihre Macht sehn.

Mit dem lebhaftesten Eifer ergriffen die jüngeren Erzherzöge diese Richtung, vor Allen Ferdinand von Steiermark. Sie waren unermüdlich, die kaiserliche Politik erst Rudolphs, dann des Matthias aus der mittleren Richtung zu drängen, in der sie die Rücksicht auf Deutschland und auf die Stände in den Kron- und Erblanden festhielt. Sie wagten das Aeußerste, jenen Staatsstreich, dem Kardinal Klehsl als Opfer fiel. Schon hatten die Erzherzöge ihre Erblande, die Krone Spanien ihr Anrecht auf Böhmen und Ungarn aufgegeben, damit alle Kron- und Erblande in Ferdinands Hand vereinigt würden; nur die östreichischen Lande am Oberrhein bedang Spanien sich als Ersatz aus. Trotz des Wahlrechts der Böhmen und Ungarn, trotz des Protestes der evan-

gelischen Stände dort ward Ferdinand zu ihrem König gekrönt. Sie griffen zu den Waffen. Nicht blos Kurpfalz und die Evangelischen im Reich, auch Baiern begann besorgt zu werden; sie versuchten sich zu verständigen.

Es ist der denkwürdigste Moment vor dem Ausbruch des ungeheuren Kampfes; versuchen wir ihn in der Vorstellungsweise jener Zeit zu bezeichnen.

Auch in deutschen Landen hatte man den Ausdruck „Staat" in einem neuen Sinn zu brauchen begonnen; man sprach von der **ratio status**, der Staatsraison; man nannte mit diesem „mystischen Wort" dasjenige, wonach sich der Lenker eines Reichs oder Landes richten, was er als dessen eigenstes Wesen und Ziel festhalten und zur Geltung bringen müsse trotz aller Einrede formalen Rechts, privater Moral, persönlicher Gesinnung oder Meinung; ein Etwas, dessen Recht so groß, dessen Gebot so unabweisbar sei, daß der zum Regiment Berufene jede andre Rücksicht darüber hintanzusetzen nicht blos das Recht, sondern die Pflicht habe. Denn das Lebensgeheimniß des Staats — **arcana imperii** sagte man nach dem Ausdruck der römischen Cäsarenzeit — gelte durchaus, unbedingt, souverain.

Schon gab es unter den deutschen Territorien einzelne — Baiern, Kurpfalz, Kursachsen neben Oestreich —, die diesen modernen Character gewonnen, die als Staaten in der großen europäischen Politik ihre Stelle genommen hatten. Eben darum war das Gemeinwesen des Reichs so lose, das Zerwürfniß innerhalb desselben so gefahrdrohend geworden. Mochten die andern kleineren Fürsten und Stände zu schwach sein, um auf eigenen Füßen zu stehn, mochten alle, die großen wie kleinen, die schon Staaten waren oder die es nie werden konnten, geographisch so durcheinander liegen, in ihren Rechts- und Verkehrsverhältnissen so in einander verwachsen sein, daß sie nicht anders als im Reich und des Reiches Schutz,

in gegenseitiger Hülfe und Treue Bestand haben konnten, — sie waren mit der äußersten Gefahr bedroht, wenn das Haus Oestreich aufhörte sich mit der Ehre des kaiserlichen Namens genügen zu lassen, wenn es unternahm die östreichische Staatsraison zu der des Reiches zu machen.[1])

Eben das war der Gedanke, in dem sich die beiden Linien des Hauses Oestreich zusammengefunden; „Oestreich, sagte man sich, könne nichts furchtbarliches ausrichten, es geschehe denn daß es sich absolut und souverain Meister von Deutschland mache.“ [2])

Mit der Zusicherung der Pfälzer Kur gewann Ferdinand Baiern; Kursachsen kam ihm freiwillig entgegen; wem anders als ihm hätten die drei geistlichen Kurfürsten sich anschließen sollen. So warb er um die Kaiserkrone; sie ward ihm, in denselben Tagen, da die Böhmen den Pfalzgrafen wählten. „Freudig als ginge es zum Tanz“ beschwor er die Wahlcapitulation.

Mit dem Kampf in Böhmen begann die ungeheure Krisis. Wir wissen, wie die Union sich löste, der Pfalzgraf erlag, die ständischen Heere auch in den Erblanden bewältigt wurden. Und die Unterjochung des Landes, die Vernichtung der Libertät, den Sieg der Monarchie vollendeten die Bekehrungen mit Waffengewalt, die Ausrottung des Evangeliums in den Kron- und Erblanden.

1) Maximilian von Baiern schreibt 31. Oct. 1616: „sollte es dahin gerathen, daß man von jedwedem östreichischen gesuchten und nicht erwiesenen Interesse oder vielmehr ihrer ragion di stato wegen gleich alles müßte unterlassen, was ihnen nicht annehmlich oder gefällig, so haben E. L. zu erachten, was für Disreputation und Schimpf nicht allein unser Haus zu erwarten, sondern auch daß man sich von nun an einige Hoffnung nicht zu machen habe, das bairische Territorium eine Spanne groß zu extendiren, mit was Fug und Recht es auch sein mag; welche östreichische gesuchte Souverainetät über das Haus Baiern auch in andern Fällen zum schädlichen und schimpflichen Exempel wird wollen gezogen werden.“ Bei Wolf, Maximilian I. IV. p. 68.

2) Aus der magna horologii campana, die zuerst 1629 erschien (ed. II. p. 34) einer der lehrreichsten Brochüren vor der großen Wendung des Krieges.



Dem vereinten Eifer der Liga und des kursächsischen Lutherthums dankte der Kaiser den Sieg; er benutzte ihn, eins der mächtigsten Häuser im Reich zu vernichten, dessen Staat zu zerschmettern, die zerrissenen Lande an Baiern und die Spanier zu geben; das alles ungefragt des Reiches. Indem er Baiern mit der Kur belehnte, warf er die Evangelischen im Kurcollegium in die Minorität. Es war der Anfang Kursachsen zu umstellen.

Der zweite Act begann, als Wallenstein sich erbot, ein kaiserliches Heer neben dem der Liga aufzustellen, groß genug, sich selbst zu erhalten, das heißt, die evangelischen Territorien zu überschwemmen und sie selbst die Macht ernähren zu lassen, die sie unterjochen sollte. Den Vorwand dazu gaben die dänisch-niedersächsischen Rüstungen.

Mit jener Schlacht von Lutter, die den Dänenkönig niederwarf, „schien der Kaiser, sagt Cardinal Caraffa, wie aus einem langen Schlafe zu erwachen; von einer großen Furcht befreit, die seine Vorfahren und ihn bisher gefesselt, faßte er den Gedanken, ganz Deutschland zu den Normen des Religionsfriedens zurückzubringen."

Des Religionsfriedens, wie Rom, die Liga, die Jesuiten ihn deuteten. Mit dem Restitutionsedict, mit der Confiscation der Güter Geächteter — 6000 begüterte Edelleute in Niedersachsen, die dem Feinde gedient, zeigte die Liste [1]) — mit der Uebertragung der Erzstifte Magdeburg und Bremen an des Kaisers Sohn, mit der Erhebung Wallensteins zum Herzog vom Mecklenburg, anderer Generale zu andern Reichsfürstenthümern und Reichsgrafschaften [2]) setzte sich die

1) Aus einer Relation der brandenburgischen Geheimen Räthe an den Kurfürsten, 30. Jan. 1630. Berl. Arch.

2) Daß u. a. die Grafschaft Ruppin für Colalto bestimmt sei, wurde in Berlin erzählt und geglaubt. Schreiben des Kurfürsten von Sachsen auf eine kurbrandenburg. Anfrage wegen desselben Gerüchtes, 28. Febr. 1629.

östreichische Macht auch in Norddeutschland, an den Küsten der West- und Ostsee fest.

Schon überflügelte sie die der Liga. Die ligistischen Regimenter wurden zur Seite geschoben, wurden gemindert[1]), während die kaiserlichen Völker, um unter Arnim ins Weichselland gegen die Schweden, unter Gallas und Colalto nach Norditalien gegen die Franzosen vorzugehen, fort und fort gemehrt wurden. Es war der Anfang, auch über Baiern hinwegzuschreiten.

Wallenstein drängte dazu. Ihm schien die Zeit gekommen, das Reich „in eine andere Form und Modell zu bringen." Die evangelischen Reichsstände, die noch übrig waren, konnten nicht mehr gefährlich erscheinen; mit dem Restitutionsedict — es traf den besten Theil ihres Domanialvermögens — war ihnen die Schlinge um den Hals gelegt; ließ man da ein Wenig nach, so hatte man sie für immer. In diesem Sinne begann Wallenstein mit Kursachsen, Würtemberg, anderen zu verhandeln: „alle Teufel und das höllische Feuer sollen den Pfaffen in den Magen fahren, wenn sie gar keine Ruhe halten können."

Die östreichische Politik stand am Scheidewege. Wenn sie Wallensteins Wegen folgte, so beherrschte und einigte sie Deutschland, aber sie fiel von den Principien ab, mit denen sie ihre Kron- und Erblande unterjocht hatte und niederhielt. Wenn sie diesen Principien, denen der Jesuiten und der Liga, treu blieb, so stand in Baiern und den geistlichen Fürsten die Libertät ungebrochen da; und schon forderten sie Beseitigung Wallensteins und seiner Soldatesca.

Im Namen der allerheiligsten Kirche, kraft kaiserlicher Autorität hatte die östreichische Politik ihre bisherigen Erfolge gewonnen.

---

1) So wurde in der Altmark das Heberstorfische Regiment abgedankt, das Pappenheimsche von 18 auf 10 Fähnlein gemindert. Schreiben des Kurfürsten von Mainz an Kurf. Georg Wilhelm, 18. April 1629. B. A.

Sie hatte die radicalsten Mittel nicht gescheut, sie gestattete sich jede Gewalt, jede Willkür. Von Reichstagen, von Recht und Gesetz, von den beschworenen Artikeln der Wahlcapitulation war keine Rede mehr; „der rechte Verstand und Observanz der Reichsconstitutionen, hieß es, ist die Parition gegen den Kaiser.“ [1]) Wer nicht unweigerlich gehorchte, wurde als Rebell angesehen; wer nicht dem östreichischen Interesse diente, galt als des Reiches Feind. Aus kaiserlicher Machtvollkommenheit wurde geächtet, confiscirt, reformirt, Fürsten, geistliche und weltliche, ab= und eingesetzt. Das althergebrachte Recht der Landesherren galt nichts mehr; es wurde Ritterschaften, um sie von dem Fürsten, dem sie mit Eiden und Pflichten verwandt waren, abzukehren, die freie Lehnbarkeit des Reiches ertheilt [2]); landsässige Vasallen traf, über die landesherrliche Gerichtsbarkeit hinweg, kaiserliche Acht und der Geächteten Güter gab der Kaiser zu Lehen aus. Das landständische Recht der Steuerbewilligung zerriß die kaiserliche Macht durch die Einlagerung ihrer Heere, durch die Contributionen, die sie forderte, durch unerhörte Erpressungen. Es gab kein Verhältniß bürgerlicher Ordnung und öffentlichen Rechts, das diese neue Monarchie nicht erschütterte und zerriß. Sie war rein revolutionärer Natur; in ihrem kirchlichen und militairischen Radicalismus war sie unwiderstehlich.

Und nun, da sie den letzten entscheidenden Stoß führen sollte, trennten sich diese beiden Elemente ihrer Macht, und der Kaiser schwankte zwischen seinem General und seinem Beichtvater.

Unermeßliches hatte die Kirche, indem sie der kaiserlichen Macht diente, gewonnen. Sie hatte das Evangelium in den Kron= und Erblanden ausgerottet, sie hatte es im Reich geknickt. Das Resti=

1) Ausdruck Tillys gegen Landgraf Wilhelm bei v. Rommel Gesch. von Hessen VIII. p. 121.

2) Kaiserliches Decret an die Stände von Hessen 12. März 1625 bei Villermont Gesch. Tillys p. 249.



tutionsedict gab ihr überreiches Gut zurück und traf zugleich die noch übrigen evangelischen Fürsten und dieser Fürsten Stände — denn auch die Herren, Ritter und Städte hatten je in ihrem Bereich säcularisirt — in ihrem Vermögensstand. Denen, die in ihren Schooß zurückkehrten, bot sie und der kaiserliche Dienst die lockendsten Aussichten und reißend mehrte sich der Abfall in den Reihen der Vornehmen und Gebildeten.[1]) Mit Schaaren von Pfaffen und Ordensbrüdern die evangelischen Gebiete überschwemmend, eilte sie die seit einem Jahrhundert verlorene Herrschaft über die Geister zu erneuen; sie war daran das Werk der Umkehr zu vollenden, eine Restauration, die das innerste Leben des deutschen Volkes tödtete. Das römische Reich deutscher Nation mußte nach ihrer Ansicht deutsch zu sein aufhören, ganz römisch werden, um gerettet zu sein. Ihr war die kaiserliche Monarchie nur Mittel zum Zweck; sie diente der weltlichen Macht nur, um sie zu beherrschen.

Ihr gegenüber stand das Heer. Von dem ersten Moment dieses Krieges an hatten die Heere, die ligistischen so gut wie die der Union, die dänischen und niedersächsischen so gut wie die Tillys und Wallensteins, den gleichen Typus; Banden verwegener Menschen, die das Kriegshandwerk trieben, aus allen Ländern und Ständen zusammengeworben, zuchtlos, beutegierig, zu jeder Frechheit und Gewalt bereit. Ihnen galt keine Pflicht als zu der sie sich verdungen und geschworen, kein Recht als das der Kriegsartikel; die bürgerliche Ordnung galt diesen Kriegshorden als ihnen preis gegeben; der Gutsherr, der Bürger und Bauer war ihnen nur dazu da, um „tribulirt" ausgeplündert, mißhandelt zu werden. Was irgend zu nehmen war, galt als gute Beute, und was man nicht nehmen konnte, wurde zerstört. In diesen Regimentern fragte man

1) „Denn die Zahl derer, die Katholiken von Geburt sind, ist am kaiserlichen Hofe nicht groß", sagt der päpstliche Nuntius Caraffa in einer Denkschrift von 1629 bei Hurter Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinands II. p. 255.

nicht nach Geburt, Heimath, Bekenntniß; die Verkommenen oder Abentheuernden aus den Ritterschaften, die Brodlosgewordenen aus den Zünften und Werkstätten, die Ausgeraubten und Ausgetriebenen aus den Dörfern fanden im Lager ein neues Leben der Freiheit, Gleichheit und Kameradschaft. Und wenn der Kriegsherr nicht zahlte oder die Werbemonate zu Ende waren, so suchte man anderswo Sold und Beute; im Felde geschlagen trat man in den Dienst derer, gegen die man so eben gekämpft.

Allmählig fanden sich die Reste der pfälzischen, dänischen, niedersächsischen Heere in den kaiserlichen Regimentern zusammen; auch Engländer und Iren, Wallonen und Polacken, Italiener und Kroaten gab es da, aber die Masse war deutsches Volk aus allen Gauen.

Im Anfang des Krieges, in Böhmen, hatte man daran denken können, gegen die Herren Stände und ihre „popularische Freiheit" den „vierten Stand" aufzurufen[1]), ihm die Waffen in die Hand zu geben; „man befreie die Unterthanen von der Leibeigenschaft und Tyrannei ihrer Herren, so stehen sie auf des Kaisers Seite." Jetzt entfesselte der Fortgang des Krieges selbst die unteren Massen. Wohin sedes belli verlegt wurde — so lautete der Ausdruck, mit dem man damals die Summe alles Schreckens bezeichnete — da löste sich die bürgerliche Ordnung, alles Privatrecht, alle Obrigkeit hatte so gut wie ein Ende; aus dem lose gewordenen Volk ließ sich, was kräftig und verwegen war, anwerben; und die anschwellende Masse der Soldatesca machte nur um so mehr Zerrüttung und Verwilderung, um so mehr loses Volk. Wie im Todeskampf rang die gesellschaftliche Ordnung gegen diese tief und tiefer wühlende Revolution; sich fortwälzend verwandelte sie einen Landstrich nach dem andern in Schlacke.

Das war die kaiserliche Macht über Deutschland. Es waren die

1) So nennt es der Kaiser in einem Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen 4. März 1620 bei Müller, Fünf Bücher p. 320.

radicalen Elemente der zerrütteten Gesellschaft, der sich auflösenden ständischen Gliederung, welche sich unter den Fahnen des Kaisers sammelten. Mit diesen Heeren, dem organisirten Pöbel aller Stände, war es ein Leichtes, die Selbstherrlichkeit der Fürsten und Stände für immer abzuthun, ihre Vasallen und Unterthanen daran zu gewöhnen, auf das Reichsoberhaupt allein ein Aufsehen zu haben; mit diesem Gewaltmittel konnte Deutschland monarchisirt, aus der tausendfach verwachsenen und verworrenen Gestaltung des Reichswesens ein einfach Neues, ein einiger kaiserlicher Staat oder vielmehr eine Provinz der spanisch-östreichischen Macht geschaffen werden.

Nur eine Gefahr war dabei, und mit jedem Erfolg mußte der Kaiser sie lebhafter empfinden. Nicht er hatte dies Heer geschaffen, nicht er war dessen Meister. Wie wenn der böhmische Edelmann an der Spitze des Heeres aufhörte, die schuldige Parition zu leisten? oder wenn es ihm beliebte, die Rolle der Majordome in der Merovingerzeit zu spielen? Wie ihm die Stange halten, wenn auch das Heer der Liga nicht mehr war? wie dem Tadel der Kirche, dem Widerstande ihrer mächtigen Organisation entgehen, wenn der kühne Feldherr den Ketzern Nachsicht erwies, um den Baiernherzog, den treuesten Sohn der Kirche, niederzuwerfen?

Noch glaubte der Kaiser, mit den alten Künsten der östreichischen Politik Heer und Kirche, Wallenstein und den Baiernherzog balanciren, zwischen beiden hindurchsteuern zu können. Da erhob sich Europa wider ihn.

Als er jene ersten großen Erfolge erkämpfte, die ihm die Kron- und Erblande unterwarfen, hatten die außerdeutschen Mächte unthätig zugeschaut. Als er dann von diesen Erfolgen aus sich gegen Deutschland wandte, die gleiche Unterwerfung zu fordern und zu erzwingen, hatten sie versucht, sich zu verständigen, eine Coalition gegen den drohenden spanisch-östreichischen Dominat zu bilden[1]).

1) Die Gesandten von Frankreich und England erklärten 1624: „es stehe

Daß die Einigung mißlang, machte Dänemark erliegen; nach allen Richtungen hin ergriff die östreichisch-spanische Macht die Offensive.

Schon standen die spanischen Heere im Herzen der freien Niederlande; bis Amsterdam schweiften die Kroaten. In den Häfen Pommerns und Mecklenburgs — auch eine spanische Flotte wurde in der Ostsee erwartet — wurde zu einer Landung in Schweden gerüstet; und des Kaisers Schwager, der Polenkönig, der geborne Erbkönig Schwedens, harrte mit Ungeduld des Moments, die usurpatorische Macht Gustav Adolphs und die evangelische Ketzerei in Schweden zu vernichten. Während Spinola mit spanischem Kriegsvolk sich auf Casale warf, zogen kaiserliche Heere über die Alpen, die Oberlehnsherrlichkeit des Reichs über Mantua und weiter zur Geltung zu bringen; in Rom wurde mit einem Restitutionsedict kaiserlicher Rechte in Italien gedroht. Wallenstein selbst zog seine Hauptmacht nach dem oberen Deutschland, entweder nach Italien zu folgen oder, so meinte man, sich mit dem Herzog von Lothringen zum Angriff gegen Frankreich zu vereinen. Frankreich hatte nicht bloß für seine drei deutschen Bisthümer zu fürchten, es sah das glorreiche Werk Heinrichs IV., das Gleichgewicht der Staaten [1], in Trümmer fallen; es fühlte sich in der Gefahr, von der spanisch-östreichischen Uebermacht erdrückt zu werden.

Vollendete sich die kaiserliche Macht über Deutschland, so war

---

männiglich vor Augen, daß das Gegentheil, Spanien, die Liga, und andre mit einer absoluten Monarchie umbgingen, vermittelst deren nicht allein Fürsten und Stände des Reichs, sondern auch sie, die Könige, selbsten so zu demüthigen, daß sie das Haupt nicht mehr, obgleich sie gern wollten, aufrichten können sollten." Aus einer brandenburgischen Instruction d. d. Cüstrin 27. Oct. 1625, aus dem berliner Staatsarchiv, dem im Folgenden alle diejenigen Angaben in den Anmerkungen, bei denen keine andre Hinweisung steht, entnommen sind.

1) „Die zwei großesten Status oder Stände, so die andern alle in der ganzen Christenheit gleichsam in einer bilantzen und gleichen Gewicht halten, sind die beiden Häuser Frankreich und Oestreich." Aus dem Rathschlag Bedenken und Gutachten an alle christlichen Potentaten u. s. w. 1631; das französische Original dieser merkwürdigen Brochüre ist mir nicht zu Gesicht gekommen.

es um die noch übrigen Staaten Europas gethan.[1]) Mit der Libertät im Reich schien die Sicherheit und Unabhängigkeit aller Staaten zu stehn und zu fallen.

Die deutsche Frage trat in ihr europäisches Stadium; Europa konnte nicht dulden, daß sie im spanisch-östreichischen Sinn gelöst werde. Und daß der Kaiser sie nicht im nationalen Sinn lösen wollte und konnte — er wäre unbezwinglich gewesen —, gab den bedrohten Mächten die Möglichkeit, sie in die Hand zu nehmen.

In diesem Verlauf der Dinge ist die brandenburgische Politik in sehr eigenthümlicher Weise betheiligt; in beiden Coalitionen, der von 1625 und 1630, bieten sich ihr große Möglichkeiten; sehen wir, wie sie sich zu ihnen verhält.

---

1) Richelieu sagt IV. p. 177, es handle sich um l'affranchissement général de toute l'Europe de dessous le joug injuste de la tyrannie de la maison d'Autriche.

Schwanken und Sinken Brandenburgs.



Brandenburg im Beginn des Krieges.

Fast ein Jahrhundert lang hatte sich das Haus Brandenburg so nahe als möglich zur kaiserlichen Politik gehalten; es rühmte sich gern seiner „von den Vorfahren her angestammten Unterthänigkeit" gegen das Haus Oestreich. Es gewann damit nicht viel Dank vom Kaiserhofe und wenig Ehre im Reich; in den straßburgischen, den magdeburgischen Händeln bekam es in empfindlicher Weise zu erfahren, was Oestreich ihm bieten zu können meinte und wie unwichtig es den Mitfürsten erschien, daß es geschah.

Da brachte der Anfang des Jahrhunderts dem Kurhause eine Reihe von Erbfällen, welche nur ihren rechtlichen Verlauf zu haben brauchten, um dessen Besitz und Macht zu verdreifachen.

Wir erinnern uns, wie behutsam Joachim Friedrich in diesen Fragen verfuhr, um nicht dem Kaiserhofe Anstoß zu geben; wie er ihn in Betreff der fränkischen Lande und Jägerndorfs mit dem geraischen Theilungsvertrage beschwichtigte, um das Größere, das in Aussicht stand, sicher zu stellen.

Und in Aussicht war die jülich-clevische Erbschaft, war die Administration und bald der Besitz Preußens, war schon auch der Heimfall der pommerschen Lande.

Wie hätte die östreichische Politik es ertragen sollen, daß sich in Kurbrandenburgs Hand eine Macht zusammenfände, die dazu angethan war, „dem Hause Oestreich den Kopf zu bieten?" Man

dürfe es um so weniger dulden, hieß es im Geheimenrath des Kaisers [1]), da alle alten Feinde des Hauses Oestreich, Frankreich und die befreiten Niederlande voran, „alles ketzerische Geschmeiß in und außer dem Reich", auf die Erhebung dieser neuen Macht hofften; man müsse das brandenburgische Wesen niederbrechen, so lange es noch „ein ungefaßtes Werk und angehende Sache" sei, so lange es sich noch nicht „in einem rechten gefaßten Regiment" seiner großen Mittel sicher gemacht habe.

Nicht minder lebhaft empfanden die Politiker der katholischen Reaction in und außer dem Reich die Gefahr, die „dem Religionswerk" in diesem Anwachsen des Hauses Brandenburg drohe. Die Ketzer, hieß es, hätten wohl eingesehen, daß, so lange sich nicht im Reich deutscher Nation selbst eine evangelische Macht bilde, die dem Hause Oestreich Trotz bieten könne, sie nicht hoffen dürften, „die Ueberhand zu erhalten und zu gänzlichem Flor aufzusteigen". Jetzt, wo das Haus Brandenburg zugleich am Niederrhein und jenseits der Weichsel mächtig zu werden Aussicht habe, „lasse es sich ansehen, als sollten die Ketzer fast mehr können behaupten, als sie je vordem verhoffen mögen".

Noch eine dritte Gegnerschaft bedrohte Brandenburg. Kursachsen, das unter den Kurfürsten Moritz und August an der Spitze der Evangelischen gestanden, schon mühsam ringend gegen den wachsenden Einfluß des reformirten kurpfälzischen Hauses, ertrug den Gedanken nicht, nun auch noch von den Brandenburgern überholt zu werden; „in seiner vor Augen schwebenden Abnehmung" schloß es sich um so enger der kaiserlichen Politik an, erbot sich, für ein Aequivalent — „etwa die Lausitz" — dem Hause Oestreich die sächsischen Ansprüche auf die „Erbschaftslande" am Rhein abzutreten.

1) Es ist das strahlendorfische Gutachten von 1609, über welches ich in den Abhandlungen der Königl. Sächs. Gesellschaft der Wissensch. 1860 Näheres mitgetheilt habe.

Wir haben dargestellt, wie der Kaiserhof jene jülichschen Verwickelungen hervorrief, die an den Rand eines europäischen Krieges führten, wie er dann, als dieser Gefahr Heinrichs IV. Ermordung ein Ende machte, Brandenburg mit der Acht bedrohte, Kursachsen zu deren Vollstreckung ausersah, „um die Ketzer aneinander zu hetzen und ihre zwei starken Flügel zu zerbrechen."

Wie war Johann Sigismund bedrängt! Freilich war er dem Kaiser mit Eiden und Pflichten verwandt; aber hatte Kaiser und Reich nicht die entsprechende Pflicht, ihn in seinem Recht und in seinem Frieden zu schützen? Zu allem, was seine Gewissenhaftigkeit ihm gestattete, erbot er sich, und dafür ward ihm die Acht gedroht; Kursachsen, mit dem formellen Recht des Directoriums im obersächsischen Kreise, brannte vor Begier sie zu vollstrecken. Kam es dazu, so waren die lausitzischen Herrschaften und Crossen, es waren die Kurlande selbst in höchster Gefahr. Und die Krone Polen hätte nicht gesäumt, sie zu benutzen; auch ihr war der Kurfürst mit Eiden und Pflichten verwandt; aber sie fuhr fort, sein wohlerworbenes Recht im Herzogthum zu verkürzen und zu gefährden; sie hatte es kein Hehl, daß sie das Herzogthum, „die trefflichste Provinz, so ihres Gleichen nicht hat im Königreich", ganz an sich zu reißen gedenke. Seit Gustav Adolph in Liefland kämpfte, um seine Krone gegen das Erbrecht des Polenkönigs sicher zu stellen, lag für Polen alles daran, sich des Herzoglandes mit seinen Seehäfen völlig zu versichern; und ein Vorwand, das Lehen einzuziehen, hätte sich leicht gefunden. Wie hätte der Kurfürst sich schützen sollen?

Er wollte nichts, als sein Recht. Aber daß die Mittel des Rechts nicht mehr ausreichten, es zur Geltung zu bringen, daß ihm aus jeder Rechtsfrage eine Machtfrage wurde, und daß er für sich die Macht nicht besaß, sein Recht zu behaupten, zeigte eine jede neue Wendung des ungleichen Streites. Auf das Peinlichste bekam

man zu empfinden, daß es mit der nur territorialen Weise, in die man sich hineingelebt, nicht weiter gehe.

Wohl hatte er in der Freundschaft der Generalstaaten, in der Verbindung, die er mit Schweden schloß, einen Rückhalt gegen den ersten Ansturz, vielleicht gegen die äußerste Gefahr; aber sie schützten sein gutes Recht nicht um des Rechtes willen; nur so weit ihr eigenes Interesse reichte, konnte er auf sie rechnen; nur so weit er eigene Macht hatte und in einem rechten gefaßten Regiment zu organisiren verstand, konnte er sich davor schützen, von ihnen abhängig oder gelegentlich geopfert zu werden.

Man sieht, worauf es ankam. Und der Bekenntnißwechsel Johann Sigismunds war zugleich der Entschluß, auf den freieren, kühneren, fortschreitenden Geist des reformirten Bekenntnisses den Staat zu gründen, den es zu schaffen galt.

Es war klar, daß diese Politik mehr enthielt, als nur die Abwehr der nächsten Gefahr, daß sie mehr mußte enthalten wollen, um hindurchzudringen.

Erfaßte man sie mit diesem Willen, mit der Voraussicht der Folgereihen, die sich aus ihr entwickeln, der Gefahren, die sich ihr entgegenthürmen mußten? hatte man die Mittel, es darauf zu wagen?

Die Aufgabe, die das Schicksal dem Hause Brandenburg aufdrängte, forderte Größeres, als es leisten zu können schien.

Lande genug zählte des Kurfürsten Titel. Aber diese Lande hatten nichts mit einander gemein, als die Person des Landesherrn, und diese wurde weder in Preußen noch am Rhein „so qualificirt befunden, daß man sich in seiner Nation Gewohnheit sollte zu schicken wissen". Diese Verbindung selbst forderte nur den Argwohn und den Widerstand gegen jede weitere Folgewirkung derselben heraus, und unter dem Vorwand, die Sache des „Vaterlandes" zu vertheidigen, wurde die Libertät in jedem Land und Ländchen nur um so selbstsüchtiger.

In Preußen war das ständische Wesen und Regiment, die Autonomie des Adels wie der Städte in vollster Kraft und hatte von der polnischen Krone und Libertät jeden Vorschub zu erwarten. Die Krone hatte das Recht, Landtage zu berufen, Klagen gegen den Landesherrn anzunehmen und zu untersuchen, durch Commissarien sich in die Regierung des Landes einzumischen; und die polnischen Reichstage übten mit besonderem Eifer ihre Competenz über das Herzogthum und gegen den ersten Vasallen ihrer Krone, „daher sich der Herr dieses Fürstenthums bei Nothfällen auf dieses Land wenig zu verlassen, ja vielmehr Aufstands höchlich zu befahren hat."

Nicht minder in sich geschlossen und wo möglich voll noch trotzigeren Selbstgefühls war das ständische Wesen in den Erbschaftslanden am Rhein; namentlich die Städte dort sahen in den nachbarlichen Staaten ein lockendes Vorbild. Indem die Stände dieser Lande kraft ihrer Union zugleich einen gemeinen Landtag hatten, indem sie erst Brandenburg und Pfalz Neuburg zu gemeinsamer Regierung anerkannt, dann, als Beide offenen Kampf begannen, zwischen ihnen und über sie hinweg mit Spanien, den Staaten, dem Kaiser negocirt hatten, waren sie um so mächtiger, um so republicanischer geworden.

Wohl hatte der Kurfürst, um ein Gemeinsames zwischen seinen Landen, „ein rechtes gefaßtes Regiment" zu schaffen, den Geheimenrath des Vaters weiter ausgebildet, ihn mit Männern seiner politischen und kirchlichen Richtung besetzt; nur Reformirte sollten in ihm sein. Aber wenn auch ein Bylandt aus den Rheinlanden, ein Dohna aus Preußen in denselben berufen wurde, so war und blieb doch der Typus dieses Rathes ein wesentlich brandenburgischer, und um so weniger geeignet, über die Marken hinaus Geltung zu gewinnen. Ja, in den Marken selbst sahen die Herren Stände diesen „ketzerischen" Geheimerath mit nichts weniger als günstigen Augen an; und ihre Befugnisse, namentlich seit den Reversen von 1602,

waren der Art, daß sie eher die Gunst ihres Landesherren entbehren konnten, als er ihres guten Willens. Was hatten sie davon, wenn er auch in Preußen Herzog war und sein gutes Recht auf die rheinischen Lande durchsetzte?

Vor Allem einer Kriegsmacht hätte der Kurfürst bedurft, um gegen seine Feinde sein Recht, gegen seine Freunde seine Selbstständigkeit zu schützen. Man war sich dessen in seiner Umgebung wohl bewußt; es ist damals ein Bedenken vorgelegt worden: „wie ein Potentat ohne sondre Kosten und Weitläuftigkeiten sein Land könne bewehrt machen und wie solches am besten in der Kurmark geschehen könne." Auch in Preußen wurde der Plan zu einem „Defensionswerk" vorgelegt. Aber wie die wohlgemeinten Entwürfe mit den Mitteln, die man hatte, hinausführen? nirgend mehr als in der Kriegsverfassung zeigte sich die Entartung und Gefahr der Libertät.

Freilich, die Vasallen und Städte waren pflichtig zur Vertheidigung des Landes; aber jede Musterung zeigte, wie völlig verrottet und unbrauchbar diese Aufgebote seien; „der lange Friede und Ueberfluß hat sie sicher gemacht". Nur noch Soldaten von Handwerk, geworbene Reiter und Knechte waren feldtüchtig und militairisch zu verwenden; aber wie hätte der Kurfürst aus seinen beschränkten und aufs Höchste in Anspruch genommenen Mitteln auch nur ein Regiment halten können? und wenn er die Stände ansprach, so verwilligten höchstens die in den Marken einmal die Werbung von ein paar Tausend Mann auf zwei, drei Monate; aber die Mittel zu einer dauernden Armada zu gewähren, fiel ihnen nicht ein; was wäre aus ihren Rechten und Privilegien, aus ihrer Libertät geworden, wenn der Landesherr eine Kriegsmacht zur Verfügung gehabt hätte? Des Landesherrn Schwäche war die Bedingung ihrer Stärke.

So die Lage des Kurfürsten. Was half ihm der tapfre Ent-

schluß, sein gutes Recht zu behaupten? Das ständische Recht seiner Lande, ihre Eifersucht gegen die landesherrliche Gewalt, ihr Widerwille und Trotz gegen jede Art von Gemeinschaft unter einander hemmte ihn auf jedem Schritt und Tritt; und daß er sich zum reformirten Bekenntniß gewandt, gab ihrem Widerstande obenein den Schein gottseligen Eifers und den Eifer gottseligen Scheins.

Dazu kamen Spaltungen im kurfürstlichen Hause selbst, die bald einen sehr ernsten Charakter annahmen. Um keinen Preis hätte die Kurfürstin Anna ihr Lutherthum hingegeben; und sie war es, die ihrem Gemahl die jülichschen Erbrechte zugebracht hatte. Von seinen Brüdern blieb Christian Wilhelm, der Administrator von Magdeburg, von seines Vaters Brüdern Sigismund und der jüngste, Johann Georg, im Lutherthum. Es gab ein neues Aergerniß, als er den Kurprinzen mit der reformirten Elisabeth Charlotte, Tochter des Pfälzer Kurfürsten, vermählte; er mußte es geschehen lassen, daß sein zweiter Sohn, Joachim Sigismund, in dem Bekenntniß der Mutter blieb. Daran wieder nahm der Kurprinz Anstoß; und als gar die schwedische Verlobung eingeleitet wurde, meinte er nicht anders, als daß der Vater in seinem Glauben wanke, daß die Mutter bei ihm, dem schon Hinsiechenden, auch noch das Schlimmste durchsetzen werde.

Als Johann Sigismund nach langem Leiden die Augen schloß — schon begann in Böhmen der entscheidende Kampf —, schienen die Zerwürfnisse im kurfürstlichen Hause zum Aeußersten führen zu sollen.

Der Kurfürstin Wittwe jüngere Schwester war Johann Georgs von Sachsen Gemahlin. Mit diesen verabredete sie einen Plan schlimmster Art, nicht ohne Mitwirkung einer polnischen Gesandtschaft, die nach Dresden kam in Begleitung eines Jesuiten in weltlichen Kleidern, „der das Directorium inne hatte".

Das Erste war, daß die Kurfürstin Wittwe die Rückkehr ihres

zweiten Sohnes aus Cleve forderte: „er stehe nicht unter seines Bruders Gewalt, sie sei die Vormünderin"; die Entgegnungen der Räthe wies sie sehr entschieden zurück: „sie wisse wohl, ihr Sohn, der Kurfürst, habe nicht so viel Muth, ihr entgegenzutreten; und wenn er seinen Bruder nach Sedan schicke, so werde sie die Spanier zu Hülfe nehmen, ihn wieder zu holen". Der Plan war, ihn mit einer Tochter Johann Georgs zu vermählen, auf ihn die jülichsche Erbschaft zu übertragen, Kursachsen mit dem Herzogthum Preußen zu entschädigen.[1])

Zugleich schien es angemessen, in Berlin selbst — der junge Kurfürst war in Preußen — eine lutherische Demonstration zu veranlassen, welche die schlimme Stimmung der Marken zum Ausbruch bringen mußte.

„Mit Vorwissen des Kurfürsten von Sachsen" lud die Kurfürstin Wittwe den Wittenberger Geistlichen Dr. Meißner nach Berlin, ließ ihn auf dem Schlosse predigen; jedermann erhielt Zutritt; man sah die Personen, welche bei dem Aufruhr von 1615 thätig gewesen waren, ins Schloß strömen. Natürlich predigte Meißner gegen den Calvinismus und dessen verstockte Anhänger, betete zu Gott, daß die Kurfürstin ihrem Sohne eine Monica werde. Die Schlagworte, die er gebraucht hatte, wurden in allen Tavernen wiederholt; die Aufregung in Berlin und Cölln wuchs so bedrohlich, daß der Statthalter der Kurfürstin ernste Vorstellungen zu machen, Meißner aus Berlin zu weisen nöthig

1) Aus den Relationen des Geh. Rathes vom 17. Januar und dem Schreiben des Kurfürsten an sie vom 29. Jan. 1620. Johann Georg hatte als Vorwand zu dem Anspruch auf Preußen das Anrecht seiner Gemahlin auf die Allodialerbschaft ihres Vaters, des Herzogs Albrecht Friedrich von Preußen. — Ich bemerke, daß die Datirungen nach der Gewohnheit des brandenburgischen Hofes durchweg alten Styls sind, wenn nicht ausdrücklich das Gegentheil bemerkt ist oder Schriftstücke katholischer Kanzleien und Personen citirt sind. Sollte irgendwo sich bei Angabe von Schlachten, Verhandlungen u. s. w. ein Datum neuen Styls unbeachtet durchgeschlichen haben, so wolle man es entschuldigen.

fand. Daß demnächst der Kurfürst von Sachsen, als er zur Condolenz nach Berlin kam, als seinen Geistlichen eben jenen ausgewiesenen mit sich brachte, machte die Bewegung nur noch trotziger; schon ward verbreitet, der hochselige Kurfürst habe sterbend den Calvinismus abgeschworen; die Kurfürstin ließ die Leiche mit den Ceremonien ihres Bekenntnisses ausstellen: mit dem Crucifix in der einen Hand, dem Rauchwedel in der andern, darauf das Jesuszeichen „wie es die Papisten brauchen" in Edelsteinen. [1])

Und in Preußen waren die Herren Oberräthe und Stände in höchstem Eifer: es sei wider die Pacta, daß der Kurfürst ins Land gekommen, ehe er die Belehnung empfangen und die Privilegien beschworen; es gäbe im Herzogthum nur zwei privilegirte Religionen, und ein Calvinist könne nicht Herzog sein; sie drohten, eine königliche Commission ins Land zu rufen, um ihre Gravamina zu untersuchen; dann werde der neue Herzog entweder, indem er sie abstelle, für den Titel des Herzogthums seine landesherrlichen Rechte daran geben müssen oder, wenn er diese nicht opfern wolle, weder Belehnung noch Huldigung empfangen. Des Rückhaltes am polnischen Hofe waren sie gewiß; der König hatte schon in den Verhandlungen mit Dresden erklären lassen, daß der Calvinist zum Herzogthum nicht gelassen werden dürfe. [2])

Schwierig genug war des jungen Kurfürsten Lage; er selbst meinte wohl, man mißtraue ihm in Warschau, weil er sich mehr seine Angelegenheiten, als den Trunk oder andere deliciae angelegen sein lasse. [3]) Schon hieß es beim gemeinen Mann in Preußen, der Kurfürst sei der Religion halber des Landes verlustig; es kamen Gerüchte, daß Gustav Adolph sich Pillaus bemächtigen wolle; Kosackenschwärme zogen durch Sternberg und Cottbus. Mit jedem

1) Aus den Relationen des Geh. Rathes, Januar 1610.

2) Aus des Kurfürsten Schreiben an die Geh. Räthe, 29. Jan.

3) Aus dem Schreiben an die Geh. Räthe, 29. Jan. 1620.

Tage wurde die Gefahr dringender; es mußte ein Entschluß gefaßt werden.

Graf Schwarzenberg, der mit in Königsberg war, empfahl dringend, vor allen Andern Polen zu begütigen; er schlug vor, noch jetzt die schwedische Verlobung aufzugeben, die Verlobte, wie in Warschau gewünscht zu werden schien, dem Sohn des Polenkönigs zu vermählen. Der Kurfürst forderte auch ein Gutachten der Geheimenräthe in Berlin; er legte ihnen die Frage vor: wie er gegen Polen und in Preußen verfahren, ob er auswärtige Hülfe suchen solle, um mit Gewalt hindurchzudringen.

Der Kanzler Pruckmann und der Statthalter Adam von Putlitz — andere Räthe waren nicht anwesend — verfaßten das Gutachten [1]); den großen Zusammenhang der Dinge, in dem die preußische Frage erst ihr ganzes Gewicht erhielt, sahen sie nicht, oder vermieden sie zu berühren; „der Kurfürst sei gegen Polen völlig im Recht; das Mißtrauen, das man in Warschau wegen seiner pfälzischen Schwägerschaft habe, werde sich von selbst erledigen, wenn man auch polnischer Seits sich nicht in fremde Dinge, jenen böhmischen Handel, menge; daß Gustav Adolph sich Pillaus bemächtigen wolle, sei gewiß nur ein falsches Gerücht, gemacht, um zu des Kurfürsten Nachtheil fremdes Kriegsvolk nach Preußen zu bringen; wenn man den König selbst frage, werde man den Ursprung solcher Gerüchte erfahren."

Es folgten weitere ärgerliche Auftritte zwischen der Kurfürstin Wittwe und dem Statthalter in Berlin; „es bekümmert uns", schreibt Georg Wilhelm, „daß etliche unruhige und böse Leute mit solchen Plänen umgehen, wie sie unsere eigene Mutter und unsern Bruder gegen

---

1) Schreiben der Geh. Räthe vom 11. Febr. 1620. Es ist dies das Schriftstück, von dem Cosmar Schwarzenberg p. 407 einen irreführenden Gebrauch gemacht hat, wie denn überhaupt seine Mittheilungen aus Archivalien nicht ohne stete Controle zu benutzen sind.

uns gebrauchen mögen." Es schien gegen diese Umtriebe nur eine Hülfe zu sein, die, daß man um jeden Preis sich mit Polen verständigte. Schwarzenberg wurde nach Warschau gesandt; begreiflich, daß er die beste Aufnahme fand; die Verbindung Brandenburgs mit Schweden war gesprengt. Und sofort veränderte die Kurfürstin Wittwe ihre Richtung; sie selbst führte nun, wider ihres Sohnes Willen, ihm zum Trotz, ihre Tochter dem Schwedenkönig zu, die Vermählung zu feiern.

Ein Versuch, Dänemark zu einer „näheren Zusammensetzung" mit dem niedersächsischen Kreise zu veranlassen, mißlang. [1]) Schon brach die Union zusammen; am weißem Berge erlag der Böhmenkönig; mit kursächsischer Hülfe wurde auch Schlesien unterworfen.

Sachsen hatte nicht bloß aus eigenen Mitteln gerüstet; es hatte im Februar 1620 auf einem Kreistage zu Leipzig „zur Defension des obersächsischen Kreises" 60 Monate, gegen den Protest von Pommern, Weimar, Anhalt, und trotz der Abwesenheit Kurbrandenburgs, durch die Mehrheit der kleineren Stände beschließen lassen und die dafür geworbene Kriegsmacht zum Kampf gegen die evangelische Sache und zur Unterdrückung Schlesiens verwandt. Nun forderte Sachsen von Brandenburg die Zahlung der 109,680 Gulden, „gleich als wären die sächsischen Völker dem Kreise zu gut geworben", drohte einen Einfall in die Marken, wenn nicht gezahlt werde.

Aehnliche Ansprüche erhob der Kaiser wegen der brandenburgischen Lehen in Schlesien und der Lausitz. Schon waren die kaiserlichen Regimenter bezeichnet, die das Herzogthum Crossen nehmen sollten „wegen nicht erlegter Mitleidung." [2]) Der tapfre Markgraf von Jägerndorf wurde geächtet, trotz aller kurbrandenburgischen

1) Ueber diese Sendung Bellins berichtet ein Schreiben Pruckmanns vom 26. Sept. 1620.

2) Relationen des Geh. Rathes vom 7. Juni, 26. Sept. 1621.

Proteste seine Herrschaft eingezogen und an einen östreichischen Edelmann, den dann gefürsteten von Liechtenstein, vergeben. Selbst dem Knaben des Geächteten, selbst den geflüchteten Frauen und Kindern böhmischer und schlesischer Herren mußte der Aufenthalt in den Marken versagt werden. Und doch that man dem Kaiser immer noch nicht Genüge; seine Schreiben lauteten „hart, ungütig und bedraulich."

Und Angesichts dieser Gefahren riethen die Herren Stände in den Marken zur Auflösung der geworbenen Regimenter; sie versagten die Zahlung weiteren Soldes. Die Gemeinde von Cölln forderte ihren Rath auf, „hartnäckig dabei zu bleiben, sich lieber in den tiefsten Thurm stecken zu lassen"; in Mittenwalde kam es zu förmlichem Aufruhr. Nur noch heftiger als zuvor ließ sich der lutherische Eifer vernehmen; „wenn Sachsen nur käme, hieß es, man wolle ihm Thür und Thor öffnen; so würde man die Calvinisten einmal los, sie hätten ja doch nichts mehr als die Hülsen; bei den Papisten aber, da sei noch Saft und Kraft." [1]) Hans Georg von Arnim zu Boitzenburg, der den schwedischen Dienst quittirt hatte und jetzt für die Krone Polen ein Regiment von 3000 Mann warb, lockte die unzufriedenen Knechte der kurfürstlichen Compagnien an sich. Was half es, daß der Kurfürst Befehl sandte, das Volk bei einander zu halten; „wir wissen nicht Geld zu schaffen", antwortete der Geheimerath. Man mußte zufrieden sein, nach Obrist Krachts Vorschlag für Peitz und Cüstrin 100 Mann, für Spandau, das ja mitten im Lande liege, 30 in Dienst zu behalten. [2])

So war das Land „ganz ohne Verfassung", sagen die Geheimenräthe, „auch so weit, daß wir uns bei dem geringsten Anfall zu keinem Menschen einiges Succurses versehen."

---

1) Relation vom Kanzler Pruckmann, 20. Sept. 1620.

2) Receß vom 21. Januar 1621. Relation der Geh. Räthe vom 4. Jan., 19. Febr., 17. April 1621.

Schwarzenberg sah die Lage der Dinge anders an. Nicht, daß er des Kurfürsten Interesse hintangesetzt hätte; er fuhr ja mit ihm auf einem Schiff [1]); aber er verstand dies Interesse sehr anders als in der Weise, die man seit 1609 hatte ergreifen müssen. Daß das Haus Brandenburg eine besondere forma status haben, daß es sich der gemeinen Politik von Kaiser und Reich entziehen müsse, um etwas Neues und Eigenes zu sein, das war im Entferntesten nicht seine Meinung. Er theilte nicht die Besorgniß Derer, welche in dem Eifer ihres Bekenntnisses das Anwachsen der kaiserlichen Macht mit Argwohn verfolgten; wenn aber die Dinge im Reich nicht länger bleiben konnten, wie sie waren, so mochte er lieber die Macht des Hauptes wachsen sehen, als die Selbstherrlichkeit der Glieder: „wenn Brandenburg sich zum Kaiser hält, so wird zwar forma status geändert, aber status universalis bleibt.“ So unter vermögensrechtlichem Gesichtspunkte faßte er den fürstlichen Stand seines Herrn. Ich wage nicht zu behaupten, daß der Graf nur von politischen Ueberzeugungen bestimmt wurde. Er selbst war hochgeboren, des Reiches von Adel; wenn er, wie er mit großem Geschick und mit dem Anstand eines vornehmen Mannes that, auf alle Weise Geld machte, gnadenweise oder in Pfandschaft Güter und Herrschaften erwarb, so sein Haus emporbrachte, so konnte auch er noch einst eine Rolle im Reich, vielleicht noch im Fürstenstande des Reichs spielen, und das Beispiel der Fürstenberg, Liechtenstein, Eggenberg, Lobkowitz, denen der Kaiser jüngst den Fürstenhut gegeben, war lockend genug. Alte Beziehungen, Ansprüche vom Vater her, der dem Kaiser mit Ruhm gegen die Türken gedient hatte, knüpften sein Interesse an das Haus Oestreich;

1) „Des Grafen conservation beruhe zum guten Theil auf der des Kurfürsten, seine fortuna sei mit dessen fortuna sehr verbunden, beide führen gleichsam auf einem Schiff.“ Aeußerung Bethlen Gabors gegen Schwarzenberg im April 1626.

er hatte den Ruhm reichspatriotischer Gesinnung obenein, wenn er den jungen Kurfürsten in diese Richtung führte; „ich muß doch kaiserisch heißen", schreibt er in dieser Zeit. Mochten die reformirten Herren im Geheimenrath sich ereifern oder den Kopf schütteln, in seiner bequemen, vornehmen, zuversichtlichen Art, die Personen und die Sachen zu behandeln, unermüdlich thätig und in allen Zweigen der Verwaltung kundig, Meister darin, die nächsten und einfachsten Aushülfen zu finden und jede entscheidende Frage mit einer halben Maaßregel zur Seite zu biegen, war er seinem gnädigsten Herrn schon unentbehrlich. Er und nur er hatte aus den polnischen Verlegenheiten hinausgeholfen, jetzt waren ähnliche, ja größere für die Rheinlande in Anzug; der Kurfürst sandte ihn, mit den Staaten und dem Pfalzgraf zu unterhandeln; und Schwarzenberg brauchte die Dinge dort nur zu nehmen, wie sie waren, um das Verhältniß zu den Staaten in ähnlicher Weise locker zu machen, wie es ihm mit der schwedischen Verbindung geglückt war. [1])

So war und wirkte der Graf; wahrlich nicht in dem Geist, in welchem die Pruckmann, Götze, Knesebeck, Bellin den Uebertritt des Fürstenhauses zum reformirten Bekenntniß mit Freuden begrüßt hatten. Sie waren Mitglieder des Geheimenrathes, aber der Graf dessen Präsident; sie einig darin, daß die bisherige territoriale Politik nicht mehr zu halten, daß das Haus Brandenburg mit ihr verloren sei, er mit der ganzen Ueberlegenheit seines Einflusses und seiner Begabung bemüht, den Kurfürsten in derselben festzuhalten. Die nächst weiteren Vorgänge führten zu einem Kampf zwischen beiden Richtungen, der in der Frage der großen europäischen Coalition endlich zur Entscheidung kam.

1) Ich meine den Haager Vertrag vom März 1622 und den Düsseldorfer Theilungsvertrag vom 11. Mai 1624 bei Rousset Histoire de Succ. II. p. 67, 108.

Die erste Coalition.

Der erschreckende Gang, den die deutschen Dinge 1622 nahmen, die Gewaltsamkeiten und Willkürlichkeiten, mit denen die kaiserliche Politik vorwärts drang, machten selbst dem kursächsischen Hofe Sorge. Landgraf Moritz kam nach Berlin, eine Verständigung mit Sachsen herbeizuführen, gemeinsame Proteste gegen die Uebertragung der Pfälzer Kur an Baiern zu veranlassen. Wenn Sachsen, Brandenburg, Dänemark, die Fürsten und Stände des ober- und niedersächsischen Kreises — sie waren alle evangelisch — fest und treu zusammenhielten, so bildeten sie eine Macht, welche den Gewaltstreichen des Kaisers und der Liga Trotz bieten konnte; und diese Macht vertrat das bestehende Recht und die Reichsverfassung gegen die usurpatorische Gewalt des Kaisers und die widerrechtliche Majorität im Kurcollegium.

Auf das Lebhafteste empfand Georg Wilhelm das Geschick des ihm nah verwandten Pfälzer Hauses, die Gefahr, die dem Evangelium drohe; auf seine Veranlassung eilte Moritz an den dänischen Hof, dort zu gleichen Protesten aufzufordern. [1])

Man war in Berlin voll Eifer und Zuversicht. Vor Allen Bellin war unermüdlich vorwärts zu treiben. Eben jetzt wurden zwei Männer in den Geheimenrath berufen, die man als rechte Stützen der „guten Sache" ansehen durfte, Levin von Knesebeck, den der Ausdruck bezeichnet, welchen er später in Tagen schwerer Bedrängniß gebraucht hat: „er denke an die Zukunft des kurfürst-

1) Abraham von Dohna in einem undatirten Schreiben (1623) an Pruckmann: ich vernim das lantgravii Mauritii profectio ad regem mehrentheils instinctu serenissimi Electoris erfolget sei ad incitandum protinus regem, ut acriores usque stimulos Saxoni admoveat ipsumque tandem permoveat ad firmiores conatus.

lichen Hauses, er wolle helfen, daß des Kurfürsten Lande nicht in die Hände einer Parthei fielen, heiße sie kaiserisch oder königisch": dann Samuel von Winterfeld, der demnächst auf dem Regensburger Convent gegen die Aechtung des Pfalzgrafen und die Uebertragung seiner Kur an Baiern mit den Worten protestirte: „wenn das geschehe, so wäre ein deutscher Reichsfürst übler daran, als jeder polnische Edelmann."

In vollem Einvernehmen mit diesen Räthen waren die fürstlichen Frauen, die junge Kurfürstin, die mit ganzer Seele an den Erinnerungen des väterlichen Hofes zu Heidelberg hing, und den Sturz ihres Bruders, die Demüthigung ihres Hauses um so schmerzlicher empfand; und ihr zur Seite ihre Mutter Louise Juliane, welche, seit die Pfalz den Ligisten und Spaniern zur Beute geworden, in Berlin ein Asyl gefunden hatte, die Tochter des großen Oraniers, in ihrer Kindheit und Jugend Zeugin des Freiheitskampfes der Niederlande, dem Vater an hohem Geist und Seelenstärke ähnlich.[1])

In diesen Kreisen war man durchdrungen von der Ueberzeugung, der östreichischen und ligistischen Politik keinen Schritt mehr weichen zu dürfen: „es ist so weit gekommen, daß keiner mehr, ob er sich auch noch so unschuldig gewußt,vor gewiß sagen könne, wie er daran und nicht daran sei." [2])

Auch der junge Fürst empfand so; um alles gern hätte er große Entschlüsse gefaßt, große Dinge verrichtet, daß auch von ihm einst „die Historienschreiber", wie er wohl sagte, Rühmliches melden

1) So Friedrich Spanheim (Ezechiels Bruder) in seiner schönen Gedächtnißschrift (Mem. p. 176). Auch die leidenschaftliche Herzogin von Braunschweig, des Kurfürsten Schwester, auch die heranblühende Markgräfin Eleonore, seines Vaters Schwester, die sich demnächst mit dem Bruder des geächteten Pfalzkurfürsten verlobte, waren in gleicher Richtung, wie einzelne Notizen in den Relationen der Geh. Räthe ergeben.

2) Aus der Instruction für eine Sendung nach dem Haag, 27. Oct. 1625.

könnten. Aber wenn ihn der Zuspruch jener ermuthigte, so erschienen ihm doch auch die Bedenken gegen ihre Ansicht, die Gefahren, denen sie Trotz bieten wollten, gar zu ernster Art, und er empfand dann nur um so lebhafter, daß der Kaiser „seine von Gott gesetzte Obrigkeit“ sei. „Das sind die bösen Rathschläge Ahitophels“, sagten Schwarzenbergs Gegner; „unser hiesiger betrübter seltsamer Zustand rührt von niemandem anders als von der einigen Person her, vor der wir so oft und treulich, aber leider vergebens gewarnt haben; die Kinder auf den Gassen sprechen davon, daß er das Land in der Römer Hände liefern wolle.“ [1])

Aber selbst in den Marken wandte sich die wachsende Aufregung nur gegen den „Calvinismus“; von Ernst und Hingebung, von Verständniß der Lage, von kriegerischem Geist war keine Spur, wie denn die von der Ritterschaft bei einer Musterung (1623) erklärten: daß sie mit ihren Roßdiensten „nur zu nothdürftiger, nothgedrungener Rettung des Landes verpflichtet seien“ und zugleich vor den „etwas hitzigen Räthen und deren Verleitung“ warnten. Selbst der Beschluß des obersächsischen Kreistages, auf sechs Monate nach der Matrikel Volk zu werben, hatte in den Marken höchst unzulängliche Ausführung gefunden und mit dem Ausgang des Jahres hatte man die dürftigen Haufen wieder entlassen. [2]) An Bewilligungen zu neuen Werbungen war in den Kurlanden — von Preußen, von den Rheinlanden zu schweigen — gar nicht zu denken.

---

1) Aus einem Briefe des reformirten Predigers Bergius an den von Donep (? Donop) „königlich dänemarkischen Commissar“; der Brief ist nur fragmentarisch in einer Abschrift vorhanden, auf dessen Umschlag Graf Schwarzenberg geschrieben hat: „Dr. Bergiussens Brief an Donep.“ Das zur Berichtigung Cosmars p. 132. 177.

2) Es ist der Kreistag von Jüterbog 30. April 1623 gemeint; die 1386 Mann, die Brandenburg hatte stellen sollen, sind auf 56,160 fl. und 2772 fl. Laufgeld veranschlagt. Receß vom 24. Mai 1623.

Hatte man nicht die Stirn und die Macht, mit den Herren Ständen zu verfahren, wie Maximilian von Baiern oder Kaiser Ferdinand mit den ihrigen gethan, so blieb nur die Wahl, entweder aufzugeben, was man mit eigenen Mitteln nicht behaupten konnte, oder fremde Mittel zu suchen, um das für nothwendig Erkannte durchzuführen; nur wie sich dann vor der Abhängigkeit von denen schützen, in deren Obhut man sich begeben? Wenn Schwarzenberg warnte, so hatte er darin Recht, daß der Kurfürst wenigstens im formellen Recht blieb, wenn er sich möglichst nah zu Kaiser und Reich, zu Polen hielt.

Aber eben so gewiß schien, daß nur noch jetzt das Evangelium, die Fürstenfreiheit, die Zukunft des Hauses Brandenburg gerettet werden könne. Sollte man, so mochten seine Gegner sagen, das alles Preis geben, weil die heillose Schlaffheit und Selbstsucht der Stände dem Fürsten jetzt noch die Hände band? Eintretend in den Kampf, der die große Politik bewegte, riß er selbst seine Lande mit hinein, und auch wider Willen mußten die Feigen, Trägen, Selbstsüchtigen dann, wenn die Gefahr ihnen auf den Leib rückte, sich aufraffen und die gute Sache, die sie jetzt noch gleichgültig ließ, vertheidigen helfen; die Gefahr selbst mußte die Mittel schaffen, sie zu bestehen.

So drängten sie vorwärts. Es galt, die Sache Brandenburgs an die großen europäischen Interessen zu knüpfen. Es geschah in sehr bezeichnender Weise.

Man war bereits mit Dänemark, England und Frankreich in Verbindung. Die Staaten arbeiteten in Kopenhagen daran, den dänischen König zu einer Schilderhebung zu bewegen; aber Christian IV. hatte immer neue Bedenken.[1]) Schon wich auch Kursachsen in Betreff der bairischen Kurwürde.

1) Aus einer brandenburg. Instruction vom 27. Oct. 1625, in der u. a. die

Aber Schwarzenberg war jetzt am Rhein; es gelang den Kurfürsten zu einer Sendung an den Schwedenkönig zu bestimmen; es war die Rückkehr zu der Politik, die er 1620 aufgegeben hatte. Mit Freuden ging Gustav Adolph auf die Anträge ein; er entwarf sofort einen Kriegsplan, den Bellin in England und Frankreich vorzulegen übernahm [1]), während daheim der Kurfürst zum 17. Januar eine Zusammenkunft deutscher Fürsten ansetzte, mit ihnen über die „Rettung der gemeinen Sache" zu verhandeln." [2])

Vergebens sandte Schwarzenberg Mahnungen und Warnungen nach Berlin. Daß die Kurfürstin Wittwe aus Schweden kam „mit vielen vornehmen Schweden" im Gefolge, gab der erneuten Verbindung um so mehr Gewicht; wenn auch Schwarzenberg meinte, es geschehe nur, „um desto mehr Autorität zu machen und Schrecken einzujagen, damit unser gnädigster Herr. sich fürchten und zu allem, was man nur drohen oder begehren mag, Amen sagen soll; der schwedische Hochmuth ist etwas stark." [3])

Das entschiedene Eintreten Schwedens weckte die Eifersucht Dänemarks; König Christian IV. hatte seine Gedanken auf Erwerbungen in Norddeutschland, namentlich auf die stattlichen Hoch-

---

Ueberſicht der Verhandlungen mit den franzöſ. und engliſch. Geſandten über die zu errichtende Coalition (im Sommer 1624).

1) Des von Bellin Instruction d. d. 11. Nov. 1624 „betrifft der deutschen Fürsten libertät, restitution des Pfalzgrafen, dazu eine Armee von 36 Reg. zu Fuß, jedes von 1184 Köpfen und 6000 Pferden, unter Königl. schwedischer Direction u. s. w.

2) Son Altesse (von Brandenburg) espère, puisque les dits Princes ont ci-devant offert à l'Electeur de Saxe de lui entretenir m.12 hommes a piè et m.1 chevaux en cas qu'il voulut entreprendre la restitution de la cause évangelique qu'en cette occasion ils ne manqueront pas à leur devoir. Bellins Vertrag in London, 12. Jan. 1625, bei Rusdorff I. p. 451.

3) Schwarzenberg an Levin von Knesebeck, Haag 9. Sept. N.S. 1624. In des Grafen Gefolge waren „viele Pferde und Gesinde, und auch fünf märkische Edelleute" Quadt, Goldacker, Redern, Blumenthal, Borgsdorf, auch Dr. Heimbach aus Cleve.

stifte dort, Lübeck, Bremen, Verden u. s. w. gestellt; wie hätte er dem Schwedenkönige in diesen Bereichen aufzutreten gestatten sollen? Er bemühte sich jene deutschen Fürsten, auf deren Zutritt man in Berlin gehofft hatte, an sich zu ziehen.[1]) Er erbot sich jetzt zum Kriege, aber unter der Bedingung, daß er die Gesammtführung, die Schweden gefordert hatte, erhalte. Und am französischen Hofe fand Bellin wohl den bereitesten Willen Subsidien zu zahlen, aber, so hieß es, die Krone Frankreich müsse sich vorbehalten, mit England „Schiedsmann und Richter“ zu sein. Die Differenz zwischen Schweden und Dänemark zu beseitigen, schlug man wohl vor, das Directorium des Krieges, den beide Könige auf verschiedenen Kriegstheatern führen sollte, an einen Dritten, etwa an Brandenburg zu geben. Auf einem Congreß im Haag im April sollte die Sache zum Schluß gebracht werden.[2])

Es kam nicht dazu. Schon in Paris bemerkte Bellin, daß von dem, was er verhandle, nach Wien und München Meldung gemacht sei: „wir werden hier verrathen und verkauft“ schrieb er. Dann erhob Dänemark Bedenklichkeiten über den entworfenen Kriegsplan, der Bremen oder Wismar in Gustav Adolphs Hand gegeben hätte: „das soll ihm der Teufel verbieten“ hatte Christian IV. gesagt. Er forderte, daß Schweden von Polen her vordringe, sich mit Bethlen Gabor von Siebenbürgen vereinige, Schlesien und Mähren angreife, während die dänischen und niedersächsischen Völker an der Weser und Elbe hinauf zögen. Er betrieb es, daß der niedersächsische Kreis ihn zum Kreisobristen erwählte; bereits im Mai

1) Ut timore haud vano metuimus, ne magnanima illa consilia per Suecum et Electorem proposita a Dano subverterentur et eluderentur, ita fieri nunc deprehendimus etc. Rusdorff an Oxenstierna, 15. März 1625. II. p. 27.

2) Außer den Angaben von Paul Rusdorff (Mem. et Neg. I. p. 450 u.fl.) und andern bekannten Nachrichten habe ich besonders die Papiere der Bellinschen Gesandtschaft, so wie eine Instruction für den Tag im Haag d. d. 27. Octbr. 1625 benutzt.

ehe die Verhandlungen geschlossen waren, rückte er ins Feld; ihm lag alles daran, den Schweden zuvorzukommen.

Christians IV. Vorgehen änderte die Sachlage. Die Bedingungen, welche jetzt Gustav Adolph forderte, fand man in London „etwas beschwerlich"; dort wie am französischen Hofe schien man es für genügend zu halten, wenn Dänemark mit dem niedersächsischen Kreise dem Kaiser und der Liga entgegentrat, um so mehr, da der Schwedenkönig bereits an der Düna gegen Polen in Waffen stand.

Begreiflich, daß man in Berlin von dem Verfahren des Dänenkönigs wenig erbaut war; auch die gegen die papistische Politik Eifrigsten konnten dem Kurfürsten nicht rathen, sich vor dem Abschluß der allgemeinen Coalition zu erklären. Mit Schwarzenberg, der eben jetzt vom Rhein zurückkehrte [1]), waren sie darin einig, daß man an diesem „dänischen Kriege" sich nicht betheiligen, daß man die Marken durch eine Neutralitätserklärung gegen beide kriegführende Partheien schließen müsse. Mit Schweden, „das sich für das gemeine Wesen ganz sorgfältig erwiesen", hielt man um so nähere Verbindung; es war nicht ohne Gustav Adolps Zuthun, daß Fürst Bethlen Gabor von Siebenbürgen um des Kurfürsten Schwester Catharina warb; und der Fürst rüstete, um, wie man glaubte, den schwedischen Angriff gegen Polen von Süden her zu unterstützen. Ihm wurde die Markgräfin zugesagt; und auf seine Anzeige von diesem Verlöbniß antwortete der Kaiser: „er könne es sich wohl gefallen lassen; denn ob er wohl wisse, daß der Kurfürst ihm nicht geneigt sei, fürchte er sich doch nicht vor ihm." [2])

1) Im Sommer 1625 war Schwarzenberg zum Johanniter-Meister zu Sonnenburg erwählt worden; s. über diese denkwürdige Wahl Cosmar Beil. XIV.

2) Aus dem Schriftstück: „Conferenz mit dem Herzog von Siebenbürgen wegen der vorseienden Conförderation im Haag" s. u. Die Botschaft aus Siebenbürgen wird im Sept. 1625 in Berlin erwartet, wie Schwarzenberg in einem Briefe aus Beeskow 25. Aug. schreibt.

In Wien hatte man vor Allem das Interesse, Brandenburg und Schweden von Dänemark fern zu halten.

Schon begannen zwischen Weser und Elbe die Feindseligkeiten. Namentlich Markgraf Christian Wilhelm, der Administrator von Magdeburg, war mit großem Eifer thätig. Um so mehr war zu besorgen, daß der Kampf vom Erzstift aus sich auf die brandenburgischen Grenzen drängen werde; nur mit starker Rüstung hätte man der verkündeten Neutralität Achtung schaffen können. Aber man vermochte die nöthigen Mittel nicht aufzubringen, man war und blieb ungerüstet.[1]) Von Neuem drängten die Räthe, daß man nach dem Haag senden, um die endliche Feststellung der „Conföderation anhalten solle;" es wurde eine Instruction in diesem Sinn verfaßt; aber der Kurfürst nahm Anstand sie zu unterzeichnen.[2])

Der Kaiser hatte nicht aufgehört, von Brandenburg die Anerkennung der bairischen Kur zu fordern; jetzt wurden die Forderungen drohender[3]): „man kenne sehr wohl die Pläne, die geschmiedet würden, und wie Brandenburg bei denselben betheiligt sei."[4]) Es wurden von Baiern alte Ansprüche auf Pommern geltend gemacht.[5])

1) Der Kurfürst hatte von den Ständen (Juli) 100,000 Thlr. gefordert; er erhielt, da er die Specification verweigerte, nur 75,000, von denen die Neumark 15,000, die Oberstände der Lande diesseits der Oder 20,000, die Städte daselbst 40,000 zahlen sollten. Receß vom 9. Juli 1625.

2) Das ist die „Instruction auf einen kurf. unbenannten Rath nach dem Grafen Haag wegen der Conförderation zwischen Frankreich und England, dazu sich die Kronen England und Frankreich auch verstehen wollen." d. d. Cüstrin 27. Oct. 1625.

3) Mon maistre est continuellement sommé et par ménaces pressé de reconnoistre le duc de Bavière. Bellins Schreiben aus London bei Paul Rusdorff I. p. 452.

4) „... ingestalt uns der Kaiser durch seinen Abgesandten Hannibal von Dohna Abschrift derer Vollmacht so sich der großbritannische Gesandte unlängst bei dergleichen Tractaten gebraucht gehabt, darinnen auch unser gedacht worden, fürzeigen lassen und zwar nicht wohl damit zufrieden gewesen." Instruction vom 27. Oct. 1625.

5) Diese Forderung erwähnt die mehrgenannte Instruction vom 27. October 1625.

Markgraf Johann Georg, der katholisch geworden, forderte auf Grund des Testamentes von 1596 die Neumark.[1] Wallenstein hatte sich, so wurde für gewiß berichtet, zu Bamberg geäußert, er habe Befehl noch vor Jahresschluß in der Altmark Fuß zu fassen, er hoffe bald Kurfürst von Brandenburg zu sein; und am Hofe zu Dresden hieß es: „Dänemark hat jetzt keinen Zuzug mehr als durch die Marken; wenn der Kurfürst den Durchzug durch sein Land nicht hindert, so müssen wir es thun und die Päße besetzen."[2] Dann wieder kam eine kaiserliche Einladung an Georg Wilhelm, mit Sachsen gemeinsam noch jetzt Vermittlung zu versuchen; bereitwillig schickte man Bevollmächtigte nach Braunschweig (Nov.). Die Verhandlungen blieben natürlich ohne Erfolg; aber in London und gewiß nicht bloß dort sah man es dafür an, daß die brandenburgische Politik gewechselt habe, und die Versicherungen des Gegentheils fanden keinen Glauben.[3])

Georg Wilhelm sah mit wachsender Besorgniß den Gang der Dinge, der seine Stellung immer unklarer machte; seine Räthe, so hat er später gesagt, empfahlen ihm Geduld und trösteten ihn der Besserung. Sie hofften, daß die Verhandlungen im Haag, die auf das Lebhafteste fortgesetzt wurden, während des Winters zum Abschluß kämen.

Ein erster empfindlicher Schlag war der Verlust des Erzbisthums Magdeburg, welches seit hundert Jahren beim Hause Brandenburg gewesen war, und damit des Directoriums im niedersächsischen Kreise. Das Capitel ließ sich, da Christian Wilhelm auf

---

1) Schon 1622 hatte Markgraf Hans Jürgen geworben, um die Neumark zu nehmen. Schreiben der Geh. Räthe, 22. Nov. 1622.

2) Bericht von Levin v. Knesebeck und Sigismund v. Götze aus Braunschweig, 2. Nov. 1625.

3) de n'interprêter en mauvaise part la modération et la circonspection de S. A. E. représentant qu' icêlle n'avoit pas changé ses intentions et opinions u. s. w. Schreiben vom 18. Dec. 1625. Rusdorff I p. 663.



die Seite des Reichsfeindes getreten sei, zur Wahl eines neuen Administrators bestimmen; es wählte den zweiten Sohn des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen.

Auch im Haag und in London begann man besorgt zu werden; man sah, daß keinesweges alle Stände in Niedersachsen sich dem Dänenkönige angeschlossen hatten, daß namentlich die welfischen Herren in Zelle und Wolfenbüttel sich zurückhielten, ja der kriegerische Herzog Georg sich dem Kaiser zuwandte. Um so mehr war man bemüht, neue Hülfen zu finden; es galt, Schweden mit Dänemark zu verständigen, Bethlen Gabor und vielleicht durch ihn die Türken in Bewegung zu bringen; man hoffte, daß Frankreich einen Angriff auf den Elsaß machen werde, um die Kaiserlichen dorthin zu ziehen; man wünschte, daß Mansfeld sich nach Schlesien werfe, dort sich mit Bethlen Gabor zum Angriff auf Prag oder Wien vereinige.

Ich vermag nicht zu sagen, wie diese Projecte dem Berliner Hofe zugestellt und empfohlen worden sind; der Erfolg zeigte, daß sie dort mit großen Eifer ergriffen wurden.

Winterfeld eilte nach Schweden, Götze zum Dänenkönig[1]); mit dem Auftrage, die Prinzessin Catharina nach Siebenbürgen zu geleiten, übernahm Schwarzenberg die Verhandlungen mit Bethlen Gabor. Einstweilen blieb man bei der Formel der Neutralität der Marken; sie war von den beiderseitigen Heerführern unter der Bedingung anerkannt, daß brandenburgische Truppen die Pässe besetzten. Die zur Werbung nöthigen Gelder zu bewilligen, wurden die Stände zum 26. Febr. nach Berlin geladen. Der Kurfürst selbst ging einstweilen nach Preußen.

1) In den Acten des Berl. Archives ist wenig über diese Sendungen. Rusdorff schreibt II. p. 163. (14. Jan. 1626): ad haec demonstrabamus Sueco adstipulante et in societatem veniente Brandenburgum et Danum tum quoque promptiores et faciliores futuros ad accessionem.

Aber König Christian brannte von Ungeduld, den Feldzug auf eigene Hand zu beginnen. Er hatte einen kühnen Kriegsplan entworfen; vorsichtig hatten sich die Feinde, den Harz wie eine mächtige Festung im Rücken, Tilly gegen Wolfenbüttel, Wallenstein bis ins Magdeburgische hinab, aufgestellt; des Königs Plan war, ihre Stellung rechts und links zu umgehen, und während Mansfeld an der Elbe, Christian von Braunschweig an der Weser hinauf vorrückte und den Gegner in den Flanken gefährdete, selbst den entscheidenden Stoß gegen dessen Mitte zu führen.

Bereits im Februar brach Mansfeld aus Mecklenburg auf, rückte in die Altmark und Priegnitz ein, trotz der auch vom König Christian zugesagten Neutralität. Entsetzlich hausten die Mansfelder „mit Gewalt und Unthat, mit Nothzüchtigen der Weiber, Ausplündern vieler Dörfer und Flecken, Rauben auf den Straßen, Hinwegtreiben des Viehs." [1])

Mit Unwillen sah Georg Wilhelm, als er am 1. März aus Preußen zurückkam, was geschehen sei. Freilich die Bedingung der Neutralität war nicht erfüllt, die Pässe waren unbesetzt. Noch hatte der Ausschuß, den die Stände für die Frage der Werbung bestellt, nicht verhandelt, noch war kein Volk geworben.

Am 12. April trat der Ausschuß zusammen; aber sein Auftrag lautete dahin, abzuschließen mit der Erinnerung, „daß der Kaiser als das höchste Haupt in gebührendem Respect gehalten, der Kurfürst von Sachsen als Kreisobrister und der ganze obersächsische Kreis an der Hand behalten, was Seitens der Armeen in solcher Occupation etwa vorgelaufen, im Besten entschuldigt werde." In diesem Sinne bewilligten sie Geld zur Werbung von 3000 Mann auf drei Monat.

Indeß wurden am Hofe Bethlen Gabors die merkwürdigsten

1) Schreiben des Kurfürsten an Schwarzenberg, 26. März 1626.

Verhandlungen gepflogen. Vollkommen einverstanden erklärte sich Bethlen Gabor mit Schwarzenbergs Eröffnung, daß der Kurfürst sich nicht schon jetzt als Mitglied des Bundes erklären könne; dieß Bündniß sei nicht fest genug, zumal so lange sich Frankreich nicht offen erkläre; aber, so fügte er hinzu, man möge bedenken, daß, wenn dem Dänenkönige ein Aeußerstes begegne, der Kurfürst nicht in seinen Landen und Würden bleiben werde; auch Siebenbürgen werde aufhören frei zu sein, falls nicht die Rücksicht auf die Türken den Kaiser hemme. Der Fürst erbot sich mit 12,000 Reitern und 4000 Mann Fußvolk ins Feld zu rücken, wenn ihm Subsidien bewilligt würden und sein zu schwaches Fußvolk durch deutsche Truppen verstärkt werden könne; er habe dieselben Vorschläge bereits den Residenten in Constantinopel zukommen lassen, und wenigstens Frankreichs Antwort laute günstig. Vor Allem legte er Schwarzenberg ans Herz, die Verbündeten zu den eifrigsten Bemühungen bei der Pforte zu veranlassen, ehe Oestreich, das da höchst thätig sei, sie gewinne; er selbst werde bei den Veziren und Paschas, namentlich dem von Ofen, allen Fleiß anwenden; ohne der Türken sicher zu sein, würde man ein Werk auf Eis bauen. [1])

Unzweifelhaft kannte man auch im dänischen Lager die Absichten und Bedingungen Bethlen Gabors. Man hatte nicht Zeit darauf zu warten, bis sie sich erfüllten und dann schließlich auch Brandenburg zum Entschluß käme. Mansfeld besetzte auch die Havelpässe, Havelberg, Rathenow, Brandenburg; des Kurfürsten Einrede war vergebens; ihm „ins Gesicht" erklärte der dänische Gesandte auf dem Schloß zu Berlin: „was S. Kf. D. gefalle oder miß-

---

1) Aus der Relation „Conferenz mit dem Herzog von Siebenbürgen über die vorseiende Conföderation im Haag" (s. d.), die sicher in dieses Jahr, nicht in 1625 gehört, da das Bündniß zwischen England, den Staaten und Dänemark (9. Dec. N. S. 1625) darin erwähnt wird.

falle, daran sei nichts gelegen, sie würden thun was ihnen beliebe." Schon zog Mansfeld über Brandenburg hinaus, besetzte die Zauche, rückte gegen Wittenberg vor. Die Marken lagen nun ganz in seinem Rücken, ihre Neutralität war gründlichst zu Ende.

Hatte man den Kurfürsten zwingen wollen, seinen Beitritt zur „guten Sache" zu erklären? waren vielleicht gar seine Räthe einverstanden, daß es so geschähe?

Er sandte Eilboten an Schwarzenberg: „er möge schleunigst abreisen und wenn er die schlesische Grenze erreicht habe, Tag und Nacht weiter eilen; er sei seiner Gegenwart aller Wege benöthigt." (26. März).

Ehe der Graf anlangte, war Mansfeld (15. April) an der Dessauer Brücke zurückgeworfen; er zog sich hinter die Havel zurück. Auch dem Heere an der Weser gelang es nicht, Tilly aus seiner Stellung zu drängen; König Christian wagte schon nicht mehr den beabsichtigten Angriff, während die kaiserlichen und ligistischen Völker sich fort und fort mehrten und demnächst ihrerseits die Offensive ergreifen zu wollen schienen.

Die Nachricht, daß Frankreich mit Spanien Frieden geschlossen habe, war für die Verbündeten ein neuer Schlag. Nur noch heftiger drängten sie jetzt Brandenburg zu entscheidenden Schritten; auch Schweden und Bethlen Gabor beeilten ihre Rüstungen. Aber zugleich hatte man in Berlin Gerüchte von drohenden Aeußerungen am Warschauer Hofe, von äußerster Ungnade des Kaisers, von den schon getroffenen Einleitungen zur Achtserklärung. Sie auszuführen konnte Wallenstein und Kursachsen sofort einbrechen und die eine Hälfte des Landes besetzen, während Mansfeld die andere Hälfte auszusaugen fortfuhr. Die Stimmung im Lande war höchst aufgeregt, die Herren=Stände sprachen rückhaltlos ihre Erbitterung über die reformirten Räthe aus: „mehr als einmal, schreibt der Kanzler Pruckmann, haben sie uns zum Trinkgeld den Hals zu

brechen gedroht" [1]). Es war „die höchste Zeit Resolution zu fassen."

Der Kurfürst war keineswegs der Meinung, daß seine Neutralität damit aufgehört habe, daß Mansfeld sie gebrochen. Aber war nicht zu besorgen, daß man weiter gehen, daß man auch das Aeußerste nicht scheuen werde, um ihn zum Beitritt zu zwingen? war es nicht dringend nothwendig, wenigstens seine Person sicher zu stellen? Es wird auf Schwarzenbergs Rath geschehen sein, daß Georg Wilhelm seine Residenz verließ, um seine Waldschlösser in der Ucker- und Neumark zu besuchen. Der Graf war in dem kleinen Gefolge, das mitzog.

Im dänischen Lager hieß es: „der Kurfürst habe der guten Sache den Rücken gewandt; er sei im Begriff katholisch zu werden und sich offen für den Kaiser zu erklären." König Christian sandte Botschafter mit dieser Nachricht nach Schweden, Frankreich, den Staaten. [2])

War vorauszusehen, daß Brandenburg auf des Kaisers Seite treten werde, so wurde es doppelt wichtig, jenen Zug nach Schlesien, der in dem ursprünglichen Kriegsplan der Coalition bestimmt worden war, auszuführen, ehe der Kurfürst seine Oderpässe den Kaiserlichen überlassen hatte. Mansfeld zog Ernst von Weimar an sich, um so verstärkt über Crossen nach Schlesien durchzubrechen.

Die Verheerungen, die die Mansfelder über Altmark, Priegnitz, Havelland gebracht, hätten den anderen Theilen des Landes zeigen können, was ihnen drohte. Sie jammerten und lärmten, aber thaten nichts; die Vasallen in der Uckermark, zur Musterung

---

1) Aus einem Gutachten des Kanzlers vom 13. Juli 1626. „ob Neutralität oder zum Kaiser zu treten rathsam", in dem — das Concept lag mir vor — die im Text angeführten Worte gestrichen sind.

2) Nach einem Schreiben Schwarzenbergs an den Kanzler, 15. Juli 1626, in dem er ihn auffordert, an die Könige und die Staaten zu schreiben, um diese Verläumdung zurückzuweisen.

aufgeboten, erschienen nicht, weil sie nicht in der hergebrachten Weise geladen seien.

Wenn Mansfeld mit seinen 26,000 Mann durchbrechen wollte, so hatte man natürlich nicht die Macht, es zu hindern; aber, so lautete des Kurfürsten Befehl, den Schwarzenberg an die Geheimenräthe sandte, „man solle thun als ob man es wolle; dadurch werde S. Kf. D. beim Kaiser und den eigenen Unterthanen besser entschuldigt sein.“[1])

Man sieht, wie der Graf bereits zur kaiserlichen Politik hinüberblinzelt. Und jetzt am 20. Juni kam Hannibal von Dohna als kaiserlicher Botschafter nach Berlin.

Allerdings hatte man in Wien den Kurfürsten scharf ins Auge gefaßt. Noch berieth der Reichshofrath, ob sofort mit der Acht gegen ihn zu verfahren sei; es kam ein Gutachten zu Stande, das dahin ging: es sei räthlich, ihn nicht zur Desperation zu treiben, sondern die Acht auf bessere Zeiten zu verschieben, unterdessen sich die Ursachen und Excesse Brandenburgs noch mehr häufen würden; einstweilen möge man wegen der Aussichten auf Pommern gratuliren, auch in Betreff der jülichschen Sache hoffen lassen, vor Allem aber die vertrautesten Räthe des Kurfürsten mit Geschenken und Verbindlichkeiten gewinnen und die geheimen Consilia aus ihnen herauslocken, um ihnen desto besser zu begegnen und desto mehr Gründe zur Acht zu gewinnen.

Für einen Diplomaten von Dohnas Art war am Berliner Hofe leichtes Spiel; er verstand die Kunst seines Hofes, hoffen und fürchten zu lassen, zu locken und zu drohen. „Es sei nicht ohne, erklärte er, „daß der Kurfürst sich anders habe bezeigen sollen und können; aber der Kaiser werde ihm mit Willen keinen Schaden

1) Die obige, wohl übertriebene Zahl giebt Schwarzenbergs Schreiben an Pruckmann, 26 Juni 1626.

zufügen noch Ungnade erweisen." Also wenn es geschähe, würde es nicht des Kaisers, sondern des Kurfürsten eigene Schuld sein.

Schon hatte Mansfeld sich in Marsch gesetzt; in den ersten Julitagen erreichte er Frankfurt; 5000 Wagen zählte man, die dort über die Oderbrücke gingen, „alle mit geraubtem Gut beladen, mit Pferden aus diesen Landen bespannt."

In denselben Tagen kam die Nachricht von unerhörten Vorgängen in Preußen. Gustav Adolph war mit seiner Flotte vor Pillau erschienen, hatte die Feste, ohne Widerstand zu finden, besetzt, sein Heer gelandet. Er forderte Königsberg und das ganze Land auf zu ihm überzutreten, „Extrema zu ergreifen"; er rückte mit seinem Heere gegen die Weichsel vor.

Der Kurfürst war außer sich, als wäre ihm jetzt erst Unehre begegnet. Er wurde nicht satt, sein Herz in Jammerausbrüchen gegen Schwarzenberg zu erleichtern: „mit allen Räthen sollte ich billig reden, aber sie sind auf Seite derer, die mich despectiren und aufs Aeußerste ruiniren"; und wieder: „alle Welt muß mich für eine feige Memme halten, daß ich mich so coujoniren lasse und still sitze; hingegen da ich mich noch wehre und thue was ich kann, so habe ich doch nicht solchen Schimpf." So am ersten, zweiten Tage; am dritten schreibt Schwarzenberg dem Kanzler: „S. Kf. D. sind heute wieder bei mir gewesen und sind über diesen Handel sehr traurig; Sie sagten: wenn dies Wesen lange währt, so muß ich gar närrisch werden, denn ich gräme mich sehr."[1]) Schließlich habe der Kurfürst gesagt: „Ich sehe nicht anders, ich werde mich zum Kaiser schlagen müssen; ich habe nur einen Sohn; bleibt der Kaiser, so bleibe ich und mein Sohn auch wohl Kurfürst, da ich

1) Aus den Briefen Schwarzenbergs an Pruckmann vom 12., 14. Juli und einem undatirten. Cosmar (p 51) hat in seiner flüchtigen Manier „despotisiren" für despectiren, „infirm" für närrisch gelesen, obschon Schwarzenberg groß und deutlich schreibt.



mich zum Kaiser wende; was geht mich die gemeine Sache an, wenn ich alle meine Ehre, Reputation und zeitliche Wohlfahrt verlieren soll."

So lauteten Schwarzenbergs Schreiben, mit denen er jetzt Tag für Tag den Kanzler bestürmte; er fügte Anklagen hinzu: Winterfeld habe im Februar Mansfelds Einrücken veranlaßt, habe den Zug auf Pillau mit Gustav Adolph verabredet, ihn begleitet; ja habe nicht an Tafel Knesebeck die Besetzung Pillau's entschuldigt und geäußert, es werde dem Kurfürsten zu hohem Ruhme gereichen, wenn er Alles über sich ergehen lasse?[1]) Dem Kanzler selbst überließ der Graf, ob er persönlich zum Kurfürsten kommen und sich aussprechen, oder schriftlich seine Ansichten darlegen wolle.

Der alte treue Kanzler sandte ein scharfes Gutachten gegen die Allianz mit dem Kaiser ein: es würde schimpflich sein, dies Wort brauchte er, wenn der Kurfürst sich zum Kaiser schlüge und urplötzlich sich von einem Extrem zum andern wendete. Er erinnert den Kurfürsten an die Unehre des Albrecht Alcibiades, an den unsterblichen Ruhm Johann Friedrichs von Sachsen. Da der Kaiser diese Conjunction gar nicht begehrt habe, da man sich ihm gleichsam aufdränge, werde der Schimpf nur noch größer sein. Und Vortheil bringe es keinen, nicht einmal, was der Kurfürst am meisten wünsche, Vergeltung an denen, die unter dem Titel der Freundschaft so viel Schaden und Despect über ihn gebracht hätten; die geworbenen Truppen, so habe einer der Obristen ausdrücklich erklärt, dankten dafür, in des Kurfürsten Dienst sich zur kaiserlichen Armee stellen zn lassen. Wem habe es Gewinn ge-

1) Des wackeren Knesebeck Aeußerungen über diese „erlogenen" Angaben, von denen er zuerst 1630, indem er die Acten las, Kenntniß erhielt, hat Cosmar p. 51: „Man kann hieraus sehen, wie es bei Hofe zu der Zeit zugegangen, wie übel man J. kf. D. Räthe bei demselben angegeben, und die mit mir gegessen und getrunken, so ehrvergessene Falschheit gebraucht ...... es sei Gott befohlen."

bracht, daß er sich zum Kaiser halte? nur dem einen Pfalzgrafen zu Neuburg, aber darum, weil er seinen Glauben abgeschworen. „Gott behüthe S. Kf. D., daß Sie es nimmer ad religionis mutationem kommen lassen, davon sagt Christus: was hülfe es dem Menschen u. s. w." Er schließt: „Beharrt der Kurfürst auf seinen Plan, so möge er etliche aus der Landschaft berufen und ihnen dies Vorhaben insgeheim vortragen; rathen sie zu, so müssen sie dann auch mit Hand anlegen und darf hernach, wenn es mißräth, das Kreuzige, wie bisher vielfältig geschehen, nicht allein über die Räthe gehen."[1])

Dieser Vorschlag wurde gutgeheißen, etwa zwanzig vom Adel — der Kurfürst, schrieb Schwarzenberg, behalte sich vor, die Liste zu verbessern — sollte zum 20. Juli berufen werden; „S. Kf. D., wie Sie mir ausdrücklich gesagt, obgleich Sie in der reformirten Religion leben und sterben wollen, seien in dem Gedanken, daß Sie sich in Ihrem Gewissen viel ruhiger befinden werden, wenn Sie sich zum Kaiser schlagen; denn der Kaiser sei die höchste Obrigkeit, die Gott geehrt haben will."

Die Dinge waren am Aeußersten. „Die Schweden und Dänen haben rund heraus gesagt, S. Kf. D. müsse sich jetzt mit ihnen conjungiren, und so lange bis es geschähe, würden sie sein Land nicht in Ruhe lassen." Und wieder vom polnischen Hofe wurde gemeldet, daß man den Kurfürsten dort laut der Felonie bezüchtigte: „sein Gesandter sei mit dem schwedischen Usurpator nach Preußen gezogen, habe allen consiliis beigewohnt und das Werk geschmiedet." Je drängender Dohna, je östreichischer Schwarzenberg wurde, desto eifriger arbeiteten Winterfeld, Götze, Pruck-

1) Gutachten vom 13. Juli. Beachte man diese Form der Berufung: es ist ungefähr, was in Frankreich die Berufung der Notablen statt der états généraux. Schon früher hat es in den Marken ähnliche Berufungen gegeben; diese ist für das Formelle besonders lehrreich.

mann ihnen entgegen, von der Theilnahme der Fürstinnen auf das Lebhafteste unterstützt. Und wieder der Graf schrieb (20. Juli): „man trachtet mir, wie Avisen aus den Niederlanden melden, nach Ehre und Leben und will zum Mittel brauchen den Düsseldorfer Vertrag und die Münze von Huissen; und wenn man damit nicht fortkommt, so werde der König von Dänemark oder Schweden mich aus des Kurfürsten Kammer herausholen und festsetzen lassen wie dem Klehsl geschehen ist; aber ich trau' Gott und habe ein gutes Gewissen und diene redlich und reise in meinem Wagen ganz allein über Feld." Freilich war die Falschmünzerei in Huissen[1]), wie sie der Graf betreiben ließ, um nichts schlimmer, als sie damals von vielen Fürsten betrieben wurde; und den Düsseldorfer Vertrag hatte der Kurfürst gut geheißen und vollzogen.

Noch bevor die berufenen Herren Stände zusammenkamen, hatte Schwarzenberg einen Schritt weiter gethan. Langsam folgte Wallenstein den Mansfeldern; ein Theil seines Heeres sollte durch die südlichen Aemter der Mark ziehen; er erbot sich zur Bezahlung des Proviants, den er seinen Truppen zu liefern bat. Schwarzenberg beredete den Kurfürsten die Bezahlung nicht anzunehmen: „sechs Monate hat Mansfeld im Lande gelegen und es ausgezehrt, nichts gegeben, nichts angeboten; Wallenstein will es nur berühren, und es ist die kaiserliche Armee." Er ließ Befehl an die Aemter ergehen, reichlichst Proviant dorthin zu schaffen, für die Generale und Officiere die Schlösser bereit zu machen, Alles mit Tapeten, Himmelbetten, Tafelaufsätzen auszustatten, „sie aufs beste als man könne zu tractiren, als ob ein Kurfürst von Sachsen käme."[2]).

---

1) So bezeichnet es der „articulirte Bericht" der clevisch-märkischen Landschaft, der 84 Klageartikel gegen Schwarzenberg aufzählt, d. d. 29. Nov. 1641. „Das Geld, das der Graf schlagen lassen, sei $\frac{1}{3}$ ja $\frac{1}{2}$ schlechter gewesen, als die Stücke, wonach sie conterfeyt worden."

2) Schwarzenberg an Pruckmann, 20., 26. Juli.

Man erstaunte am Hofe zu Berlin über diesen Eifer; man konnte nicht anders denken, als daß Dohna große „Promessen" gemacht, und der Kurfürst „umgesattelt" habe für die längst ersehnte Versicherung wegen Pommerns, für Zugeständnisse wegen Jülichs. „Ich wollte nur es wäre wahr," schreibt Schwarzenberg dem Kanzler; „man hat freilich Nichts gethan, das den Kaiser zu Dank verpflichten könne, man ist beim Kaiser wie am polnischen Hofe im schwarzen Buch".

In der That hatte er durch Dohna Bedingungen, unter denen der Kurfürst sich für den Kaiser erklären wolle, nach Wien gelangen lassen, darunter die Sicherstellung der eingezogenen geistlichen Güter, — auch die Neumark wurde genannt, — Bestätigung der brandenburgischen Anwartschaft auf Pommern, Mecklenburg, Braunschweig, Anhalt u. s. w., Rückgabe Jägerndorfs. Der Kaiser hat auf jene Eingabe schreiben lassen: „aufzuheben und mit Stillschweigen zu übergehen."[1]). Mit jedem Tage sank des Kurfürsten Freundschaft im Preise. Nun kamen die Herren Stände zusammen; die Proposition lautete: woher Mittel nehmen des Landes Neutralität zu behaupten? und wenn deren nicht zu finden, zu welcher Parthei sich der Kurfürst schlagen solle, ob nicht zum Kaiser, dem er mit Eiden und Pflichten verwandt? „Wer weiß," schrieb Schwarzenberg, „ob diese Frage nicht noch guten Theils zu S. Kf. D. Exculpation dienen kann."

Ich kenne die Antwort der Versammelten nicht; ich finde nur, daß sie zum Anfang September wieder beschieden wurden.

Inzwischen folgte ein neuer gewaltiger Schlag: der Dänenkönig war am 25. November bei Lutter geschlagen.

Aber von Tilly nur schwach verfolgt, sammelte Christian IV. die Reste des Heeres an der unteren Elbe, hielt die Pässe dort

1) Mailath Gesch. Oestr. III. p. 139.

fest, verstärkte sich durch neue Werbungen, begann sich über Mecklenburg bis in die Altmark hinein auszudehnen. Und Mansfeld hatte die Verbindung mit Bethlen Gabor gewonnen; vereint, durch die Bewegungen der Türken von Ofen her verstärkt, hielten sie Wallenstein an der ungarischen Grenze fest.

Wenn sich jetzt noch Brandenburg ermannte, wenn man dem dänischen Heer vorzugehn gestattete, so konnte es mit der Havel, Spree und dem „neuen Graben" in der Front, mit der Elbe und Oder an den Seiten jedem Angriff Trotz bieten.[1]) Schon standen die Schweden diesseits der Weichsel; gestützt auf sein verschanztes Lager bei Dirschau, konnte Gustav Adolph leicht die Verbindung mit der Oder gewinnen, und an dem Netzebruch hinauf bis zur Weichsel, selbst unangreifbar, Schlesien bedrohen.

Die Räthe versuchten die Dinge in diese Richtung hinüber zu führen. Soeben war eine Abschrift jenes Reichshofrathsgutachten vom 24. Juni über die brandenburgische Acht gekommen; nun endlich mußten doch dem Kurfürsten die Augen aufgehen. Sie entwarfen ein Schreiben an den Kaiser, in dem der Kurfürst erklären sollte: an Gelegenheit, dem Kaiser zu schaden, habe es ihm nicht gefehlt, aber er habe alles getreulich von der Hand gewiesen; nur daher seien ihm die schweren Einquartierungen gekommen, weil er sich nicht habe entschließen wollen seine Meinung zu ändern; zwölf Tonnen Goldes sei gering geschätzt der Schade, der sein Land getroffen, — da erfahre er nun, daß man die Acht über ihn verhängen wolle, sie nur, um ihn nicht zur Verzweiflung zu treiben, auf gelegnere Zeit aufschiebe u. s. w.[2])

Natürlich stellte Dohna in Abrede, daß an jenen Berichten

1) So die Ansicht Richelieu's Mem. V. p. 121 ed. Petitot. Der „neue Graben" ist der spätere Mühlroser Canal, un très large canal.

2) Concept von Pruckmanns Hand, 4. Sept. 1626; „ist nicht abgegangen", lautet die Canzleinotiz am Rand.

irgend etwas wahres sei: „Wenn S. Kf. D. des Kaisers M. familiariter kenneten, so würden Sie gewiß über dergleichen Calumnien lachen, tröste mich aber, daß S. Kf. D. seit Kf. M. Regierung nicht erfahren, daß er irgend einem Stande des Reichs Unrecht gethan hatte, sondern vielmehr denjenigen, die wider Kf. M. stark gesündiget, gnädigst pardoniret." Und Schwarzenberg that als glaube er den süßen Worten, der Kurfürst glaubte ihnen wirklich; die Absendung des Schreibens unterblieb.

Aber wenn nun der Graf darauf drang, das Land aufzurufen, den Dänen entgegenzutreten, mit der Neutralität der Marken den Kaiserlichen in Schlesien und an der Ungarngrenze den Rücken zu decken, so verzögerte der Geheimerath die Ausführung, „weil sich die Sache mit jedem Tage zum Bessern wende." Sie hofften auf eine nahe Wendung der Dinge, die die evangelische Sache wieder empor bringe.

Gerade diese fürchtete Schwarzenberg. Im September rangen die beiden Partheien am Hofe auf das Heftigste; schon fehlte es an ärgerlichen persönlichen Begegnissen nicht. Wenn Markgraf Sigismund, der lutherische, erklärte: „er rechne Götze und Winterfeld nicht zu denen, die es redlich mit dem Landesherrn meinten", so trugen diese auf Untersuchung ihres Verhaltens an und Winterfeld sandte dem Markgrafen eine Herausforderung. Dem Kanzler Pruckmann wurden die kurfürstlichen Blankets entzogen, es folgten bald weitere Zurücksetzungen, die „dem treuen ehrlichen Diener", so schreibt er selbst, „ins Herz schnitten". Winterfeld dachte daran den Abschied zu nehmen; „Andre werden ihm folgen," schrieb Camerarius an den schwedischen Kanzler, „dann wird Schwarzenberg allein den leeren Hof beherrschen." Aber die Stände und das Land hatte er für sich. Edelleute wie die Goldacker, Redern, der Oberschenk Henning Flans, der junge Freiherr von Blumenthal schlossen sich ihm an; daß Hans Georg Arnim von Boitzen-

burg, der eifrige Lutheraner, „der Patriot“[1]), nun als „Kriegsrath und Obrister“ im Wallensteinschen Heere eine Rolle zu spielen begann, war ein Vorbild, welches dem Adel der Marken gar lockend erschien. Und der blinde Eifer der lutherischen Geistlichen gegen die Calvinisten wurde in dem Maaß lauter, als des katholischen Grafen Einfluß wuchs.

Noch stand jener kleine Kreis der reformirten Räthe fest bei einander, wenn auch in den wichtigsten Entscheidungen ohne Einfluß, ja kaum befragt. Es war Schwarzenbergs Rath, daß jetzt der Kurfürst persönlich nach Preußen eilte, „mit der That“, wie der Polenkönig gefordert hatte, zu zeigen, daß er des Schwedenkönigs Feind sei. Während die Dänen die Altmark, die Priegnitz, den größeren Theil der Mittelmark inne hatten, stark genug, zum Angriff überzugehen, während Ernst von Weimar in Schlesien Meister war und Wallenstein in Ungarn auf das Aeußerste bedrängt wurde, warf sich der Kurfürst der kaiserlichen Politik in die Arme; aber nicht um nun den Dänen die Stirn zu bieten. Er ging mit dem geworbenen Volk, etwa 5000 Mann „Blauröcken“, nach Preußen und bat den Kaiser, die Marken mit seinen Heeren zu schützen.[2]) Er übertrug dem Markgraf Sigismund die Statthalterschaft und setzte den Grafen ihm zur Seite.

Freilich nun sollten die Herren Stände Geld bewilligen zu Werbungen, damit wenigstens die Festungen und Pässe besetzt werden könnten; auf 3000 Mann lautete die Forderung. Nach vorgängiger Berathung in den Kreisen sandten sie zum 26. Januar ihre Beauftragten nach Berlin. Schon auffallend war, daß in nicht geringer Zahl Andere als die in den Kreistagen dazu bestimmt waren, erschienen. Sie sagten Jedem der es hören wollte, der

1) So nennt ihn eine Erklärung der mittelmarkischen Stände, 16. Dec. 1626.

2) Nach einer Aeußerung Wallensteins gegen Arnim, Neiße 13. Juli N. S. 1627 bei Kirchner das Schloß Boitzenburg p. 233.

Kurfürst sei nur davon gegangen, um sich für seine Person zu salviren; die Marken seien des Kurfürsten vornehmstes Land, von ihnen dependire, was er in Preußen und anderen Orten zu erwarten habe; wenn er in ihnen Gefahr laufe, so stehe es mit allen anderen Landen schlecht; diesem Lande schulde er die größte Affection; seine reformirten Räthe seien an Allem Schuld; sie wollten, da sie ihren Sturz vor Augen sähen, wenigstens auch das Land mit ins Verderben reißen.

Sie begannen ihre Verhandlungen damit, den Räthen zu erklären, man könne mit ihnen nicht unterhandeln, wenn sie nicht Credenz vom Kurfürsten oder wenigstens ihre Instruction vorzeigten. Auf die Eröffnung der landesherrlichen Propositionen folgten höchst heftige und tumultarische Scenen, „wie sie nie zuvor erhört worden."[1]) Der von Holzendorf auf Falkenhagen verkündete, Gott habe ihm ins Herz gegeben und durch seine untrügliche Stimme offenbart, daß man in kaiserlicher Devotion bleiben solle; er forderte seine Herren Mitstände auf, über die ihm gewordene Offenbarung nachzudenken und Zeugniß abzulegen; er erklärte zugleich, daß er zwei Compagnien zu Fuß und zwei Fähnlein Reuter auf zwei Monate dem Kaiser stellen werde; er bat, daß man seine Eingabe in den Druck geben und veröffentlichen möge. Andere Herren erklärten: der Kurfürst habe, wie es heiße, den Kaiserlichen das Land zum Quartier gegeben, was da noch die ihnen angesonnene Werbungen sollten? Andre schwuren hoch und theuer: die reformirten Räthe, die nun sähen, daß ihre Religion extirpirt werden müßte, gingen damit um, die Stände durch diese Werbung

1) Der kurfürstliche Receß vom 30. März 1627 sagt: es sei auf diesem Ausschußtag so confus tumultuarie und anders als bei vorigen Conventen Herkommen, zugegangen, dabei auch so viel Grübelns und Syndicirens vorgenommen und insonderheit der reformirten Religion und deren so derselben zugethan, von etlichen so sinistre und mal à propos gedacht, daß u. s. w.

beim Kaiser in Offens zu bringen und ihn zu reizen, daß er zugleich ihre lutherische Religion austilge; es wären „calvinistische Possen, damit umgegangen werde." Endlich nachdem man sechs Mal her und hin „libellirt" hatte und zur Abfassung eines Abschiedes schreiten wollte, trat der Oberjägermeister v. Hertefeld [1]) mit seltsamen Dingen auf, die er wie in des Kurfürsten von Sachsen Namen vorbrachte: der Kurfürst sei bereit, ihnen mit Rath und That beiständig zu sein, es bedürfe nichts als ein kleines Entgegenkommen der Stände; er brauchte den Ausdruck: „sie ließen S. Kf. D. nur nichts wissen, sonst würde er sich der Libertät und Befreiung der Lande wohl annehmen." Und das Alles wurde mit Dank gehört und ohne Weiteres geglaubt; es machte geringen Eindruck, als die Räthe erwiederten: jeder von ihnen würde es sehr übel nehmen, wenn seine Gutsunterthanen bei dem Gutsherrn im nächsten Dorfe Rath oder Recht holen wollten, und des Jägermeisters Vorschlag sei um nichts besser.[2])

Mit Mühe brachten es die Räthe zu einem Abschluß; sie hatten den Verdacht und sprachen ihn in ihrer Relation an den Kurfürsten aus, „daß Jemand da sei, dem mit Mißtrauen zwischen Herren und Unterthanen wohl wäre."

Schwarzenberg hatte nicht aufgehört, sich gegen die Herren Räthe persönlich gütig und theilnehmend zu zeigen; in der Leitung der Dinge waren sie zur Seite geschoben. Wenn er für nöthig hielt, noch einen Schlag gegen sie zu führen, so mag er bestimmt gewesen sein, den Einfluß zu treffen, den allein er noch zu fürchten hatte, die Kurfürstin und ihre Mutter zu isoliren.

1) Joh. Gerhard v. Hertefeld, zugleich Amtmann von Zehdenick und Liebenwalde, ich weiß nicht ob der Sohn des in der jülichschen Besitzergreifung (II. 2. p. 576) erwähnte Stephan von Hertefeld; jene Dienste mögen der eigentlich clevischen Familie die Belohnungen in der Mark eingebracht haben.

2) Relation der Räthe (Pruckmann, Winterfeld, Striepe) an den Kurfürsten, 20. Februar 1627.

Es wurde ihm nicht schwer, den Kurfürsten zu überzeugen, daß einzig und allein das leidenschaftliche Treiben seiner Geheimenräthe ihm Verlegenheiten und Gefahren bereite. Begreiflich, daß Dohna derselben Ansicht war; wenigstens einem oder dem andern dieser Leute, so hatte der Kurfürst sich gegen ihn geäußert, wolle er den Kopf vor die Füße legen.

Durch Schwarzenberg gelangte an den Statthalter der kurfürstliche Befehl, „Winterfeld heimlich auf gute Art zu arretiren, und ihn, jedoch ohne Schimpf, auf eine Festung abzuführen.“ [1]) Es geschah am 24. Juli; man begann zu untersuchen, 332 Frageartikel wurden dem Verhafteten vorgelegt; der geheimnißvolle Hochverrathsproceß setzte Hof und Land in höchste Spannung. Auch Götze wurde in denselben verwickelt, auch Pruckmann in Untersuchung gezogen; der alte Kanzler Löben, der 1608 in nicht eben ehrenvoller Weise entlassen war, erhielt die Weisung, wieder in den Rath zu kommen; auch Knesebeck sah sich bedroht; gegen Bellin, der bereits gestorben war, wurde ein Verfahren ad damnandam memoriam eingeleitet. Man that, als sei Alles voll Verrath. „Hier ist des Practicirens kein Ende“, schrieb Markgraf Sigismund dem Kurfürsten, „und ich bin übel daran, da alles den Königischen gemeldet wird; es ist Zeit, daß wir das Frauenzimmer (den Hof der Fürstinnen) gehen lassen, denn sonst sind wir von ihnen verrathen und verkauft.“ Schwarzenberg beantragte ihre Uebersiedlung nach der Festung Cüstrin, wo sie sichrer sein würden; sie fanden Vorwände, in Berlin zu bleiben. Wenigstens den kleinen Kurprinzen führte man nach Cüstrin; es mochte vor Allem wichtig erscheinen, den lebendigen und geistvollen Knaben dem Einfluß der Mutter und Großmutter, jener Oranierin, zu entziehen.

---

1) Aus dem von Schwarzenberg concipirten kurfürstlichen Handbefehl vom 22. Juli 1627.

Schwarzenberg hatte erreicht, was er wollte; es lag weder in des Grafen Art, noch in seinem Interesse, es auch nur mit Winterfeld zum Aeußersten zu treiben; gelegentlich konnte man ja auch die Gegner wieder brauchen müssen. Pruckmann, Knesebeck, die meisten andern Räthe blieben in ihrem Dienst [1]), aber die Bedeutung des Geheimenraths war gebrochen. Schwarzenberg allein machte die Brandenburgische Politik; niemand hinderte es mehr, daß der Baiernherzog als Kurfürst anerkannt, die Aechtung des Pfalzgrafen damit für rechtmäßig erklärt wurde.

Mochte es für den Augenblick scheinen, als ob mit der Gnade des Kaisers und mit der Aenderung des Regiments des Kurfürsten Sache in den Kurlanden gerettet sei, am Rhein und in Preußen zeigten sich sofort die bedauerlichen Wirkungen des Wechsels seiner Politik.

Nur durch die Hülfe der Staaten hatte man bisher von Cleve und Mark Einiges behauptet, während Wesel und was stromaufwärts lag von den Spaniern besetzt war. Jetzt änderten die hochmögenden Herren die Sprache. „Sie sind nicht zufrieden damit, die Städte im Clevischen, Cleve, Goch, Cranenburg u. s. w. neutral gemacht zu haben, sie gehen damit um, auch die ganze Grafschaft Mark neutral zu erklären und unser Volk heraus zu nehmen; auf diese Weise werden wir bald fertig sein und in den Landen weder Stock noch Stiel behalten." [2]) Eine Schuld von 100,000 Thlr., die Johann Sigismund 1614 unter Garantie der Staaten bei holländischen Kaufleuten aufgenommen und nicht verzinst hatte (die Hoffiersche Schuld), wurde von Seiten Hollands als Vorwand be-

1) Es ist nicht möglich gewesen, genau festzustellen, ob Balthasar von Brunne und Rumelian von Leuchtmar wie in der Geschichte des Staatsraths p. 181. vermuthet wird, bei dieser Purification des Geheimenrathes entfernt wurden.

2) Schwarzenberg an die Räthe, 15. Sept. 1626.



nutzt, andere Plätze und einzelne Zollstätten am Rhein als Pfand zu besetzen. Als von Berlin aus Obrist Gendt van Dieden und dessen Compagnien, über die besonders schwere Klage war, abgedankt wurde, setzten die Herren Staaten ihn wieder ein, übergaben ihm alle Gewalt, die Contribution nach seinem Gefallen zu sammeln, zu exequiren und die Soldatesca zu behalten, „also", fügt Schwarzenberg hinzu, „ist S. Kf. D. aus dem Lande und Gendt Vice Re." [1] Die Staaten behandelten jene Lande und deren Festen nur noch als Barriere für die Union. Die Spanier drückten was sie inne hatten nicht minder. Die gesammten Stände, die weder bei ihrer Landesherrschaft, noch deren Beschützern irgend Erleichterung fanden, wandten sich an den Kaiser, der gern die Gelegenheit ergriff, den alten Plan der Sequestration der Erbschaftslande endlich in Ausführung zu bringen; Tilly wurde mit der Ausführung beauftragt; und wenigstens zu noch härterer Aussaugung des Landes, zu äußerster Bedrückung der Evangelischen, zur Rückgabe der Kirchen und Kirchengüter beeilte er sich, wohin er kam, sein Mandat zu benutzen.

Noch übler waren die Dinge in Preußen. Gleich nach Gustav Adolphs Landung hatte die Stadt Königsberg die Neutralität, die er anbot, unbedingt angenommen, die übrigen Stände vorbehielten sich, die Zustimmung des Kurfürsten einzuholen. Als Georg Wilhelm zuerst seine Absicht, mit Kriegsvolk nach Preußen zu kommen, aussprach, verbat es der Abgesandte der preußischen Stände; „sie wären auch große Narren, wenn sie es litten, meinte Schwarzenberg, sie müßten sich ja allerhand besorgen, wenn der Kurfürst so stark nach Preußen käme, daß er ihnen leges machen und was er

1) Schwarzenberg an Striepe. s. d. Der Brief ist, denn er erwähnt, daß Wallenstein demnächst von Sagan nach Frankfurt kommen wird, Ende Juli 1627 geschrieben.

wolle thun könne." [1]) Erst als kein Zweifel mehr war, daß der Kurfürst sich auf des Kaisers und Polens Seite schlagen würde, sah der Graf die Dinge anders an. Es folgte jener klägliche Zug, dessen entscheidende Wendung war, daß die Hälfte der Brandenburgischen Truppen, als sie zuerst der Schweden ansichtig wurden, die Waffen streckte (6. Juli).

Nun blieb dem Kurfürsten nichts übrig, als durch Annahme der Neutralität (Aug. 1627) weiteren Schritten seines königlichen Schwagers vorzubeugen. Um so drohender wurden die Forderungen der Polen; sie bestanden darauf, daß das Herzogthum Parthei nehmen, daß es zur Vertreibung der Schweden sich mit der Republik, deren Glied es sei, anstrengen müsse. So viel möglich legten sie ihr Kriegsvolk auf herzogliches Gebiet, sogen es aufs Gründlichste aus. Und der wiederholte Versuch, den der Kurfürst machte, zwischen den Kämpfenden zu vermitteln, blieb ohne Erfolg; Polens Ansprüche wuchsen mit den Erfolgen der Kaiserlichen im Reich. Um so weniger gab Gustav Adolph nach; er versicherte sich auch des Hafens von Memel, er beherrschte bis Marienwerder hinauf die Weichsel. Schon erhob „der hochlöbliche ritterliche teutsche Orden" seine alten Ansprüche auf das Ordensland; es schien die Zeit gekommen, „die unrechtmäßigen durchlauchtigen detentores" zu beseitigen und jene Lande dem Orden, dem Reich und der Kirche zurückzugeben.[2]) Der Kurfürst hatte das Schlimmste zu fürchten, wenn die kaiserliche Macht sich in den polnisch-schwedischen Krieg einmischte.

Und über die Marken ergossen sich mit dem Sommer 1627

---

1) Schwarzenberg an Pruckmann, Jägersburg (in der Neumark) 1. Sept. 1626. Ueber die Vorgänge in Preußen 1626 hat Dr. Lohmeyer in den Pr. Bl. 3. F. Band V. p. 281 ff. aus den Königsberger Archiven Lehrreiches mitgetheilt.

2) Die angeführten Worte sind aus der Vorrede der „Neuen Auflegung deß im Jahre 1627 in der churfürstlichen Hauptstadt Mainz durch Herman Meres zu Druck erlassenen und so genannten erneuerten Berichts vom Preußischen Abfall u. s. w. gedruckt in der hochfürstlichen Residenzstadt Würzburg 1701." Das Original von 1627 habe ich nicht gesehen.

die kaiserlichen Regimenter, nicht um gegen die Dänen an der Havel und Elbe zu kämpfen, sondern um die nicht von ihnen besetzten und ausgesogenen Kreise ihrer Seits auszusaugen. Freilich die Werbung von 2000 Mann zur Besetzung der Pässe und Festungen hatten die Stände im Februar beschlossen, aber nur auf etliche Monate; sie hatten nicht Lust, die Zahlungen fortzusetzen: „als die Festungen gebaut worden, erklärten sie (2. Juni), hätten ihre Aeltern und Vorältern das Ihrige dazu gegeben, an die hundert Jahre lang habe das Land große und schwere Steuern gezahlt, damit in Zeiten, was zu der Festungen Versorgung und Besatzung nöthig wäre, hinterlegt würde; sie achteten sich deshalb nicht schuldig, jetzt etwas zu contribuiren." Manche erklärten: „sie hätten doch keinen Schutz für ihre Güter, was sollten sie denn noch für sie contribuiren"; höchstens für 900 Mann wollten sie sich verpflichten. Man berief eine Anzahl namhafter Adliger, man stellte ihnen vor, daß mit 900 Mann nicht einmal die Landesfestungen zu halten seien; jede derselben könne, wenn sich ein Paar hundert Mann meuterischer Knechte zusammenrottirten, deren Beute sein. Schwarzenberg war außer sich: „mir kommt es fast befremdlich und gleichsam unvermuthet vor, daß sich in diesem Kurfürstenthum Leute finden sollen, die geschehen lassen wollen, daß man die Festungen so gar entblöße und aller Gefahr Preis gebe; vor Zeiten pflegten sich die Marken anders zu zeigen; sie pflegten der gnädigen lieben Herrschaft unter die Arme zu greifen und dieselben gern und mit gutem Willen in allen Nöthen zu subleviren; ich vermeine, fügt er hinzu, die Landschaft ist schuldig, die Contribution zu zahlen." Man hoffte bei der gesammten Landschaft zu erhalten, was bei jenen von Adel nicht zu erreichen gewesen war; sie kam zusammen, als sich die Dänen, durch Tillys Vordringen gegen die untere Elbe bedroht, nach Holstein zurückgezogen hatten. Da lautete denn die Antwort der Stände: „es sei ganz und gar unnöthig, ferner einiges Kriegsvolk zu unter-

halten, weil man sich nach wie vor in kaiserlicher Devotion befinde, auch von der dänischen Armada, die nun gar weit entfernt, ganz und gar keine Gefahr zu besorgen sei; es würde, wenn man ferner Kriegsvolk halten wollte, zu sonderlichen J. Kais. M. Offension gereichen."

Freilich hatte Arnim den Befehl über die kaiserlichen Truppen, die in den Marken lagen; aber das Land war damit um nichts besser daran. „Da der Kurfürst, schreibt Schwarzenberg an Wallenstein, so treu und devot gegen den Kaiser gewesen und sein Land sammt den Städten und Pässen in dessen Hand gestellt hat, so möge er selbst bedenken, was darüber für judicia fallen, daß es so zur Wüstenei gemacht werde." Aber alle Klagen waren vergebens, die unerhörtesten Dinge geschahen und blieben ungestraft; es schien, als ob das Land geflissentlich zu Grunde gerichtet werde. Auf 200 Tonnen Goldes berechnete man Ausgangs 1628 die Summe dessen, was den Wallensteinern an Contributionen und Lieferungen hatte geleistet werden müssen, während die geforderten 3000 Mann zur Deckung des Landes jährlich nicht 2 Tonnen Goldes gekostet haben würden.

Wenn dann Schwarzenberg im Sommer 1628 nach Wien eilte, um wenigstens einige Rücksicht, einige Erleichterung, die Rückgabe Jägerndorfs zu fordern, „weil sonst seine Autorität beim Kurfürsten und den Landständen in Gefahr sei", so wurde er für seine Person am kaiserlichen Hofe mit Artigkeiten überhäuft, aber er erreichte nichts, vielmehr rechnete man ihm die Hunderttausende vor, die Kurbrandenburg für Reichs- und Kreissteuer seit 1598 schulde; man ließ merken, daß wohl den kaiserlichen Generalen und Obristen Anweisungen auf diese Summen gegeben werden dürften mit der Befugniß, sich selber zu ihrem Gelde zu helfen. Was Jägerndorf anlange, so sei ja der Anfall Pommerns, der nahe bevorstehe, eine überreiche Entschädigung. Und kaum daß der Graf heimgekehrt

war, so kam in Wien die Frage der brandenburgischen Acht von Neuem zur Erörterung.[1]) Inzwischen zerrütteten die endlosen Durchzüge und „Stilllager" der Kaiserlichen, die nach Pommern, Mecklenburg, Holstein zogen, die Marken immer furchtbarer. Die Dörfer verödeten, die Dorffluren blieben unbestellt; auch schon viele Edelleute ließen Haus und Hof stehen und gingen davon, die meisten in die kaiserliche Armee, viele in Hausdienst bei andern von Adel. Noch war in Spandau, Peitz, Cüstrin kurfürstliche Besatzung, wenige Hundert Mann; aber die Stände zahlten nicht mehr und die Kreise, aus denen sie verpflegt werden sollten, wurden von den Kaiserlichen in Beschlag genommen.

Die Marken waren militairisch in des Kaisers Gewalt; und indem der Kaiser über die Mittel des Landes, wie er sagte, „zu unsern und des gemeinen Vaterlandes deutscher Nation Kriegsdiensten", nach Belieben, ohne den Landesherrn und die Stände zu befragen, verfügte und verfügen ließ, war die ständische Verfassung und des Kurfürsten Landeshoheit zugleich überflüssig gemacht. Und dabei fuhr man fort, dem armen Fürsten „heroische Geduld"[2]) zu empfehlen, oder auch ihn zu Gnadenerweisungen, zu verbindlichen Briefen an des Kaisers Beichtväter u. s. w. zu veranlassen.[3])

Manchem schien schon keine andere Rettung zu bleiben, als daß auch er seinen Glauben wechsele; schon verbreitete sich das Gerücht, es sei geschehen, und zugleich den Jesuiten das Stift Brandenburg überwiesen.[4]) Daß das Herzogthum Preußen eingezogen

1) Robertus Mährhofer an Pruckmann s. d. (eingekommen 16. Feb. 1629.)

2) Der brandenburgische Agent Bergmann an den Kurfürsten Thorn 9. Jan. 1629: la patience laquelle avec l'ayde de Dieu Vous monstrera le chemin pour corriger et amender tout . . . . en monstrant à tout le monde une si grande et heroique patience, und in so winselndem Ton weiter.

3) Pater Lamormain schreibt in einem Dankbriefe 23. Juni 1629: gratias (ich weiß nicht für welchen Dienst) a tanto principe non promerui nec promereri possum.

4) So aus einem Bericht von Conrad v. Burgsdorf 7. April 1629. Char-

und dem Orden zurückgegeben werden solle, daß auch über die Jülichsche Frage der Kaiser demnächst Entscheidung treffen werde, galt selbst am kurfürstlichen Hofe für ausgemacht [1]; ja aus Wien erfuhr man, daß das alte Testament von 1596 wieder hervorgeholt werden sollte, um dem Markgrafen Johann Georg, der katholisch geworden war, die Neumark zuzuwenden, oder vielmehr ihn mit der Altmark zu entschädigen und die Neumark zu Schlesien zu schlagen.

Das waren die Ergebnisse der Schwarzenbergischen Politik. Der Graf selbst deutete sie anders: „Hätte S. Kf. D. und deren Landschaft sowohl in der Mark wie in Preußen gleich Anfangs Resolution fassen und bei der kaiserlichen und polnischen Macht stehen und mit bestem Vermögen eintreten wollen, so würde S. Kf. D. Reputation wenig Schaden und keine Gefahr davon gehabt haben; jetzt aber werde S. Kf. D. von allen Seiten despectirt und Dero Lande verdorben; Gott behüte nur vor dem Aergsten, nämlich vor gänzlicher Verlierung der Lande."

Die Bildung der zweiten Coalition.

Mit dem Erliegen Dänemarks, mit dem Frieden von Lübeck hatte die kaiserliche Politik freie Hand.

Sie erhob sich zu den kühnsten Entwürfen; es folgte die große Aggressivbewegung von 1629, die zugleich Schweden, die freien Niederlande, die italienischen Staaten, Frankreich bedrohte.

Für das Kriegstheater im Osten war das Herzogthum Preußen, für das im Westen Cleve von größter Bedeutung. Die Marken

nacé sagte, als er zu der Friedenshandlung mit Polen nach Preußen kam, ihm habe von dem bevorstehenden Uebertritt des Kurfürsten der Prinz von Dänemark zu seiner großen Freude gesagt.

1) Aus Knesebecks Verhandlungen mit Charnacé 1. Juli 1629.

waren militairisch in der Gewalt der Kaiserlichen; nur dem Zwang weichend, nur für sie konnte sich Georg Wilhelm dem Kaiser zugewandt haben; für Preußen und Cleve war er neutral.

Es war eine Frage europäischen Interesses, ob es möglich sei, für diese Territorien der Politik Georg Wilhelms eine andre Richtung zu geben.

Einen ersten Versuch machte Prinz Friedrich Heinrich von Oranien. Hatte der Kaiser mit seinem Sequester die Erbschaftslande unmittelbar an sich genommen, hatte er dem Kurfürsten aufgegeben, seine „staatische Schuld" zu berichtigen und seine Beziehungen mit den Staaten zu lösen, so blieb, wenn der Hof zu Berlin Folge leistete, für die Union kein rechtlicher Vorwand weiter, jene Festungen und Pässe besetzt zu halten. Es kam darauf an, eine andre Grundlage für die „Barriere" zu gewinnen.

Auch des Pfalzgrafen von Neuburg Interesse war durch den Sequester verletzt; er hatte sich vergebens auf die Reichsverfassung berufen, seine Beschwerden waren am kaiserlichen Hofe unbeachtet geblieben. Unter diesen Umständen gelang es dem Prinzen Statthalter, ihn zu überzeugen, daß er in dieser Sache mit dem Kurfürsten gleiches Interesse habe, daß, wenn sich beide über eine einstweilige Theilung der streitigen Lande verständigten, die befreundeten Mächte im Stande sein würden, sie darin zu schützen. Der Pfalzgraf war bereit zu einem Abkommen, nach welchem dem Kurfürsten Cleve, Mark, Ravensberg und Ravenstein, ihm die übrigen Lande zufallen sollten.

Inzwischen hatte sich der Kurfürst — durch einen Beamten, dessen nahe Beziehungen zu Graf Schwarzenberg unzweifelhaft waren[1]) — bestimmen lassen, mit dem Pfalzgrafen unmittelbar zu ver-

1) Es war der ravensbergische Landschreiber Biermann. Ueber Schwarzenbergs Verfahren und dessen ganze Sendung giebt die responsio, die 1645 brandenburgischer Seits veröffentlicht wurde, Auskunft. Der früher erwähnte „ar-

handeln; als Grund wurde später angeführt: die entsetzlichen Belastungen und Erpessungen der holländischen Truppen in dem von ihnen besetzten Gebiet hätten die Klagen der Stände an den Kaiser veranlaßt, man habe den kaiserlichen Bann fürchten müssen, es sei deshalb dringend nothwendig gewesen, die Verständigung mit dem Pfalzgrafen zu suchen.[1]) Am 16. Februar kam die Nachricht nach Berlin, daß die Frage der Acht in Wien wieder im Gang, daß Schwarzenberg „mit ergriffen“ sei. Der Graf eilte nach dem Rhein; „ohne Auftrag“[2]) schloß er am 19. März den düsseldorfer Vertrag, nach dem der Pfalzgraf Jülich, Ravenstein und die Wahl zwischen Berg und Cleve haben solle. Der Pfalzgraf wählte natürlich Cleve. Er selbst eilte nach Brüssel, seine und brandenburgische Gesandte nach dem Haag, die Zurückziehung der spanischen wie holländischen Truppen aus den besetzten Landen zu fordern.

Das geschah, während die spanisch-östreichische Kriegsmacht sich zum Einfall in das Gebiet der Staaten anschickte. Auf der rechten Rheinseite hatte Graf Berghen ein auserlesenes Heer gesammelt, und drang, auf Wesel, den spanischen Hauptwaffenplatz am untern Rhein, gestützt und durch die Linie der Yssel gedeckt, gegen Arnheim und Utrecht vor, während die staatische Hauptmacht, unter dem Prinzen Herzogenbusch belagernd, durch ein mächtiges Entsatzheer gefesselt

ticulirte Bericht der clevischen Stände von 1641“ sagt ausdrücklich, „daß der Graf dem Neuburger die besseren Bedingungen angeboten habe.“ Oxenstierna äußert 1651 an den brandenburgischen Agenten Schlegel: der Kurfürst sei durch den Grafen, „der sich dermalen bestechen lassen, in der clevischen und jülichschen Lande Theilung ziemlich hinters Licht geführt worden.“ Schlezers Bericht v. 2. Aug. 1651.

1) So sagte man in Königsberg dem französischen Gesandten Charnacé. Erklärung vom 2. Juli 1629.

2) So sagt der „articulirte Bericht“ von 1641; daß Schwarzenberg von dem Pfalzgrafen überreich belohnt worden, ist ausgemacht; s. das kurfürstliche Schreiben vom 8. Dec. 1646 bei Baczko IV. p. 268. Aus den Acten des Dresdener Archives entnehme ich, daß Schwarzenberg zugleich über die sächsischen Ansprüche zu negociiren versuchte.

und bedroht war. Schon zog von Cöln ein kaiserliches Heer unter Montecuculi über Wesel hinab, sich mit Berghen zum letzten Gewaltstoß gegen die Republik zu vereinigen, und ein drittes Heer ward von Tilly aus dem Paderbornschen nachgesandt. Armersford fiel, die Veluwe ward in Besitz genommen; Utrecht verzweifelte, sich zu behaupten. In dieser höchsten Noth befahl der Prinz einen Versuch gegen Wesel; der kühne Handstreich gelang (18. Aug.). Ihres Stützpunktes beraubt, in der Furcht abgeschnitten zu werden, eilten die Spanier aus der Veluwe, aus Zütphen zurück, Herzogenbusch capitulirte; der Prinz ließ den weichenden Feind nach Westphalen hinein, bis Wetzlar hinauf verfolgen.

Begreiflich, daß die Staaten jetzt den Düsseldorfer Vertrag nicht anerkannten. Aber die unermeßlichen Vortheile, die sie errungen, waren der Art, daß es nur einer Wendung in der brandenburgischen Politik bedurfte, um sie auch dem Kurfürsten zum Gewinn gereichen zu lassen.

Diese Wendung leitete sich eben jetzt in den preußischen Verhältnissen ein.

Daß der Friede, den der Dänenkönig nach so vollkommener Bewältigung in Lübeck erhielt, über alles Erwarten günstig ausfiel, daß ihm nicht, wie man erwartet hatte, Schleswig und Holstein entrissen, sondern demnächst der reiche Zoll zu Glückstadt von Reichswegen gestattet wurde, war ein sicheres Zeichen, daß die kaiserliche Politik den entscheidenden Schlag gegen Schweden zu führen entschlossen sei.

Zunächst mußte Gustav Adolph aus dem Weichsellande geworfen werden. Die Polen rückten in mächtiger Rüstung an der Weichsel herab; Arnim sammelte sein Heer in der Neumark, um sich mit ihnen zu vereinigen; solcher Uebermacht schienen die Schweden erliegen zu müssen. Aber unter ihres Königs Führung behaupteten sie, in dem heftigen Gefechte bei Stuhm, das Feld (17. Juni).

Nur noch deutlicher zeigten die Gefechte der nächsten Tage die Ueberlegenheit der schwedischen Waffen. Die Polen, die sich von der kaiserlichen Hülfe alles versprochen hatten, waren enttäuscht, erbittert, entmuthigt.

Gustav Adolph erließ in der Form eines Schreibens an Georg Wilhelm ein Manifest, in dem er diese Einmischung der Kaiserlichen in seinen ehrlichen Krieg mit Polen, diesen Angriff ohne Kriegserklärung „unter des Reichs fliegendem Banner" als einen Bruch des Völkerrechts und als ein neues Beispiel „von dem kaiserischen Ehrgeiz und unbilligen Vorhaben" der Welt darlegte: „damit offenbar werde, daß ihrem Vorhaben, die reine Religion auszureuten, auch dem Ehrgeiz und der Begier, ihren Dominat auszubreiten, kein Maaß gesetzt sei, wenden sie jetzt, nachdem die deutsche Freiheit meistentheils unterdrückt, ihre Macht auch gegen die ausländischen Könige und setzen den Krieg hin, wo es ihnen beliebt." [1])

Für Gustav Adolph war der Zeitpunkt gekommen, den Kampf unmittelbar gegen den Kaiser aufzunehmen; er mußte eilen hier in Preußen freie Hand zu bekommen, um dem von der deutschen Küste her drohenden Angriff Wallensteins auf sein Land zuvorzukommen. Schon war Frankreich in Nord-Italien eingebrochen, hatte nach dem Entsatz von Casale mit Venedig, Savoyen, den kleineren italischen Staaten eine Liga geschlossen, die Unabhängigkeit Italiens gegen die spanisch-östreichische Uebermacht zu retten. Für Frankreich lag alles daran, die Unterstützung eines gleichzeitigen Angriffes Schwedens auf Deutschland zu gewinnen; die erste Bedingung war, Schweden aus dem polnischen Kriege herauszuziehen.

Richelieu sandte Baron Charnacé mit dem Auftrag, den Frieden zwischen Schweden und Polen zu vermitteln. Ausgang Mai langte der Gesandte in Preußen an.

---

1) Marienburg 29. Juli 1629. Abgedruckt in Theatr. Europ. I. p. 81.

In der entsetzlichen Pressung zwischen den beiden kriegführenden Mächten, von Polen bedroht und immer preisgegeben, dem größeren Theile nach in der Gewalt der Schweden, blieb für das Herzogthum Preußen keine andre Rettung als die Intervention Frankreichs und die Sicherstellung, welche die französische Krone zu erwirken versprach.[1])

Aber zugleich eröffnete Charnacé in Betreff der deutschen Dinge Aussichten, wie man sie nicht erwartet hatte. Er theilte mit, daß der Kurfürst von Baiern mit Frankreich verständigt sei, daß er und die geistlichen Kurfürsten einen Kurfürstentag wünschten, da auch sie die unerträgliche Gewalt Wallensteins nicht länger mit ansehen könnten, auch nicht dulden wollten, daß Spanien einen Fuß in der Pfalz behalte. In einer geheimen Besprechung, die der Kurfürst mit dem Gesandten hatte, kam namentlich auch die Frage der Wahl eines römischen Königs in Anregung. Charnacé verbarg nicht, daß der Kurfürst von Baiern die Wahl annehmen, daß er dann nicht allein Versicherung wegen der geistlichen Güter und wegen Duldung der reformirten Religion geben, sondern auch dem flüchtigen Pfalzgrafen sein Land und seine Dignität herstellen würde.

Die Verhandlungen zwischen den beiden Kronen waren in Altmark eröffnet; sie kamen bei dem Mißtrauen der Polen gegen Frankreich erst mit der Ankunft des englischen Gesandten, des Ritter Roe, in rechten Gang. Am 26. September folgte der Abschluß eines Waffenstillstandes auf sechs Jahre, während dessen die von Schweden an der Weichsel genommenen Positionen, namentlich Marienburg und Stuhm mit ihrem Gebiet, in brandenburgischen Se-

---

1) So die dritte der Forderungen, die der Kurfürst an Charnacé stellte: „wenn gegen praesentem statum Prussiae sive ducalis sive regalis was attendiret werden wolle, es wehre sub praetextu Imperii vel ordinis Teutonici vel quovis alio, das alsdann alle Partheien als respublica Polona, Prussia ducalis et regalis und Schweden selbst conjunctim sich darwieder setzen sollten contra quemcunque wer es auch sei."

questter übergehn, und Brandenburg an Schweden zur größern Sicherstellung Memel, Pillau, Fischhausen und Lochstädt überlassen sollte.[1])

Ein Abkommen sehr denkwürdiger Art. Bisher hatte die Krone Polen die Abhängigkeit des Herzogthums auf das Hartnäckigste festgehalten und unablässig gesteigert; jetzt trat das herzogliche Preußen durch einen, wenn ich so sagen darf, europäischen Act zwischen beide Kronen, mit einer völkerrechtlichen Verpflichtung, die über die Lehnsabhängigkeit, wie Polen sie wollte, weit hinausgriff.

Gleich nach dem Abschluß in Altmark hatte der Kurfürst in Fischhausen eine Zusammenkunft mit Gustav Adolph (18. Sept.). Er ließ sich von Knesebeck die Punkte aufzeichnen, „deren zu gedenken"; unter andern: daß Schweden beim Eintreten des pommerschen Erbfalles Brandenburg secundiren und nicht hindern wolle; daß der König, wenn er, wie gesagt wurde, ins Reich gehn wolle, Pommern und die Mark nicht berühren oder in Krieg verwickeln möge, daß Schweden sich bemühen wolle, die Herren Staaten zur Gutheißung des düsseldorfer Vertrages zu bewegen; endlich, wenn er auch des Grafen Schwarzenberg etwa übel gedächte, daß er doch um deß Willen S. Kf. D. keine Schwierigkeiten machen wolle.[2]) Von irgend weiter reichenden Verabredungen in Betreff der deutschen Dinge keine Spur.

Also Schwarzenbergs war in Fischhausen gedacht worden. Er selbst empfahl jetzt, als der Kurfürst über ein Gnadengesuch Winterfelds sein Gutachten forderte, dessen Entlassung aus dem Gefängniß, da der Zweck des Processes erreicht und der Beweis der gemachten Beschuldigungen nicht geführt sei; nach Winterfelds Blut und Leben habe er nie getrachtet.[3]) Aber zugleich spannte er alles

1) Firmioris cautionis ergo. Art. VI. des Vertrages.

2) Dieß ist der „Congreß von Fischhausen", dem dann eine mehrwöchentliche Verhandlung über die Ausführung des Waffenstillstands folgte.

3) Schwarzenbergs Schreiben aus Emmerich 20. Aug. 1629.

an, um der Wendung, die des Kurfürsten Politik zu nehmen im Begriff stand, zuvorzukommen. Noch während der Verhandlungen hatte er mit der Nachricht, daß man in Wien verfängliche Correspondenzen zwischen dem Kurfürsten und Schweden in Abschrift habe und strenge Maaßregeln beabsichtige, Besorgniß zu erregen gesucht;[1]) dann hatte er durch einen seiner Anhänger, den Oberschenken und Comthur Flans, die Besprechungen in Fischhausen behorchen lassen und sandte dessen Bericht dem Kurfürsten von Cöln zu.[2]) Er suchte den Kurfürsten in eingehenden Zuschriften — sie sind vortrefflich auf dessen besorglichen und weichen Charakter berechnet — zu überzeugen, daß er für seine Person von den Kaiserlichen gar nichts zu fürchten habe, er selbst wolle gut dafür sagen, daß der Kaiser es mit Brandenburg gut meine, daß auch Wallenstein nicht der sei, wie man ihn schildere, daß aber böse Menschen dem „General" allerlei über den Kurfürsten zubrächten u. s. w. Vor Allem machte ihn das Gerücht besorgt, der Kurfürst habe die Absicht, Kriegsvolk aus Preußen mitzubringen. „Rauferei ist meines Bedünkens, J. Kf. D., dieser Orten zumal, nichts nütze"; er werde hier das Volk gar nicht erhalten können; wenn er es nicht dort ablohnen könne, so möge er es bis hierher führen und abdanken oder lieber noch dem General übergeben und in Kais. Maj. Dienst treten lassen; wenn er 100 oder 150 Mann zu Fuß als Leibgarde behalte, so sei das genug; „ich wills im Discurs dem General vorschlagen."[3])

Allerdings war das Gerücht verbreitet, der Kurfürst habe sich in Fischhausen mit dem Schwedenkönig verbunden und werde zunächst 3000 Schweden mit sich bringen, Peitz, Driesen, Landsberg, Cüstrin zu besetzen, unter der Hand stark werben, um auch Frank-

1) Darauf antwortete Knesebeck 5. Okt. 1629.

2) Aus der Unterredung Gustav Adolphs mit Curt Bertram von Pfuel. Demmin 16. Febr. 1631.

3) Schwarzenberg an den Kurfürsten 18. Jan. 1630.

furt und Crossen zu besetzen; der König selbst werde mit zwei starken Heeren folgen, mit dem einen von Preußen aus auf Schlesien, mit dem andern von Stralsund aus vorzugehen. Am Wiener Hofe fand man es nöthig, dem Kurfürsten das Mitbringen auch nur eines Regiments aus Preußen ausdrücklich zu verbieten. [1]) Zugleich wurde von diesen Gerüchten Anlaß genommen, immer mehr kaiserliches Kriegsvolk nach den Marken und Pommern zu ziehen.

Vergebens meldete der Kurfürst, daß er nur sein Leibregiment mitbringen werde; „zwölfhundert Mann, hieß es, seien zum Spaß zu viel"; es wurden vier kaiserliche Regimenter um Berlin zusammengezogen, um sogleich, wenn der Kurfürst mit dem Leibregiment in die Neumark komme, Berlin zu besetzen, „wozu man unter den Soldaten überdieß große Lust hat, denn ihrer Meinung nach sei das Vermögen des Landes hierher geschafft, hier fänden sie alles beisammen." Schon zogen auch einige Haufen Kroaten heran, forderten Durchzug durch Berlin; „kommen sie einmal herein, so wird man sie nimmer wieder herausbringen und möchte das, was man mit S. Kf. D. vor hat, desto eher effectuirt werden. [2])

Was in den Marken geschah, war nur ein Glied in der Kette von Maaßregeln, welche die kaiserliche Politik ergriff und ergreifen ließ, um ihr verwegenes Werk zu vollenden. Die von Schweden drohende Gefahr gab neue Vorwände für den militairischen Terrorismus, den man am Kaiserhofe mit Worten mißbilligte, in der That nicht hinderte.

Schon war die Ausführung der Restitutionsedictes in furchtbarem Gange. Gleichen Schrittes damit gingen die Confiscationen: es kam jene Liste von mehr als 6000 Edelleuten zum Vorschein, deren Güter für verfallen erklärt wurden, darunter auch brandenbur-

1) So der Kurfürst in einem Schreiben an den Kaiser 10. März 1631.

2) So meldet nach den vertraulichen Aeußerungen des Kais. Rittmeisters Friedrich Götze der Geheimerath Striepe nach Königsberg 30. Jan. 1630.

gische Vasallen. Ohne Befragen des Kurfürsten verfügte der Kaiser über die Grafschaft Derenburg, über die overlakischen Güter in der Grafschaft Mark u. s. w. Ein Decret des Reichskammergerichts sprach den welfischen Fürsten die hildesheimischen Stiftsgüter ab, die es seit Karls V. Wahl inne hatten; gegen den schwachen Herzog von Wolfenbüttel wurde eine höchst schnöde Untersuchung eingeleitet: wie Mecklenburg an Wallenstein, sollte an Tilly Calenberg, an Pappenheim Grubenhagen kommen; die Grafschaften Reinstein, Blankenburg, Hohnstein wurden anderen Generalen überwiesen; es schien als sollte das Haus der Welfen — trotz der Dienste des Herzogs Georg, trotz der Hingebung des cellischen Herzogs — ein für alle mal mattgesetzt werden. Der brandenburgischen Anwartschaft auf die welfischen Lande ward so wenig wie der auf Mecklenburg gedacht. Aehnliches schien man mit Pommern zu beabsichtigen; der arme Herzog Bogislav XIV., „der kaum mehr wie ein Edelmann leben konnte", mußte ein Amt nach dem andern den kaiserlichen Officieren, denen er die Contribution nicht zahlen konnte, überlassen. Die Unterthanen, klagte Kursachsen in seinem Namen dem Kaiser, „werden desarmirt und gleichsam als gegen offenbare Rebellen gegen sie procedirt." [1])

So überall; dem frevelhaften Uebermuth der kaiserlichen Soldatesca war der Fürst und der Bauer, der Gutsherr und der Bürger gleich rettungslos Preis gegeben; um so mehr lockte der Dienst bei dem kaiserlichen Kriegsherrn. Generale, wie Gallas, wie Anholt, dem Tilly vor andern Vertrauen schenkte, verließen den Dienst der Liga; der kühne Pappenheim war im Begriff, mit seinem Regiment überzutreten. Wallenstein arbeitete sichtlich darauf hin, die Kriegs-

1) Schreiben des Kurfürsten von Sachsen an den Kaiser 26. Sept. 1629. Derselbe Obrist Hatzfeld, der in Pommern sich das Amt Klempenow erpreßte, ließ sich von der Uckermark 50,000 Thlr. in specie verschreiben und blieb und zehrte nun im Lande, bis sie gezahlt wurden; Schwarzenberg an den Kurfürsten 18. Jan. 1630.

macht der Liga zu zerbröckeln; um Tilly selbst zu entfernen, wurde die Infantin in Brüssel veranlaßt, ihn vom Kurfürsten Maximilian sich zu erbitten.

Wallenstein war allmächtig. In seiner Hand lag der Fürsten, der Territorien Schicksal; was die Pfaffen, die Reichshofräthe, die Fürsten, katholische wie evangelische, am Kaiserhofe vorbringen mochten, er hatte die Armee, und die kaiserliche „Macht und Vollkommenheit" deckte seine Maaßregeln. Je heftiger die Klagen über ihn, die Erbitterung, die Verzweiflung im Reich wurde, desto kühner und rücksichtsloser schritt er vorwärts.

Begreiflich, daß auch Georg Wilhelm es aufgab, sein Kriegsvolk, auch nur sein Leibregiment mit in die Marken zu bringen; es mochte ihm für eine besondere Gnade angerechnet werden, daß er 400 Mann mit sich bringen durfte, „die Garnisonen in den Festungen etwas zu verstärken."[1]) Wenn er an die Zusage erinnerte, daß ihm zum Unterhalt der Festungen Peitz, Cüstrin und Spandow ein Paar Kreise seines Landes frei und ohne Einquartirung gelassen werden sollten, so war es ohne Erfolg; nach wie vor blieben alle Kreise den kaiserlichen Völkern, und sie wurden, so schreibt er selbst, mit Exactionen dermaaßen hart und streng getrieben, daß „mein unschuldiges Land fast ganz zur Wüstenei geworden und ich aller Mittel ganz zumal entblößt bin." „Des Kaisers Truppen, hieß es, würden für die Defension des Landes zu sorgen wissen."[2])

Aber ein wenig anders war der Ton doch, in dem der Kurfürst nach seiner Rückkehr zu dem Kaiserhofe sprach.[3]) Eben jetzt lud

1) Schreiben des Kurfürsten an Schwarzenberg 8. Febr. 1630.

2) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser. Cöln a. S. 10. Mai 1631.

3) Sehr denkwürdig sind die jubelvollen Begrüßungen, die dem Kurfürsten in den Marken zu Theil wurden; cf. das Salve academicum vom Prof. Magirus in Frankfurt und das Festprogramm der Universität vom theologischen Decan Gregorius Franck. Magirus sagt Namens der Marken: Nempe negabamus tonderi, ut decoriari possemus. Sentire Phryges nisi verbera nolunt.

der Kaiser (Februar) zu einem Collegialtag nach Regensburg, forderte, daß Georg Wilhelm persönlich erscheine. Der Kurfürst antwortete: er könne sich nicht sofort entscheiden; er müsse bitten, daß erst die kaiserlichen Völker aus seinen Landen „ehestens und ohne weiteres Landverderben abgeführt würden." [1]) An der Spitze der Gesandtschaft, die er nach Regensburg sandte, stand Sigismund Götze, der keineswegs zu des Grafen Anhang gehörte.

Wir haben früher die große Krisis besprochen, die das Jahr 1630 brachte. Daß der Kaiser jenen Kurfürstentag beschied, war das Zeichen, daß sie eintrat.

Noch währte der Krieg in Italien, es drohte ein schwedischer Angriff; am Niederrhein und in einem Theil Westphalens waren nach dem Fall Wesels die Holländer Meister; die Bemühungen Frankreichs bei der Liga waren offenkundig. Eine kursächsische Gesandtschaft erschien in Wien, um gewisser Maaßen im Namen des evangelischen Deutschlands Beschwerde zu führen und Abhülfe zu fordern; es geschah in einer Weise, welche zeigte, wie die bloße Möglichkeit eines schwedischen Angriffes die Geister errege.

Der Kaiser hatte mehr als einmal sein Bedauern über die „Kriegspressungen" ausgesprochen, auch wohl Befehle erlassen, die Soldatesca zu zügeln; aber er hatte seinen General gewähren lassen, der ihm so unermeßliche Erfolge gewann. Die erreichten Resultate festzuhalten, glaubte er jetzt den Klagen über die Mittel, mit denen sie erreicht waren, Gehör schenken und als Dank dafür, das, was zur Vollendung seiner Macht noch fehlte, fordern zu dürfen. Es galt die Wahl seines Sohnes zum Nachfolger im Reich.

Er zeigte sich bereit in Betreff seiner Kriegsvölker Erleichterungen zu gewähren, aber in Formen, die ihm neuen Gewinn sicherten; gelang es, worauf seine Propositionen gerichtet waren, die Fürsten

1) Schreiben im Theatr. Europ. II. p. 128.

und Stände zu einer „rechtschaffenen Conjunction und veranläſſigen Einigung“ gegen die äußeren Feinde des Vaterlands zu bringen, sie zu einer „gewaffneten Gegenverfassung, wie und in welcher Gestalt der Krieg mit besserer Ordnung und weniger Klagen der Unterthanen geführt werden könne,“ d. h. zu einer regelmäßigen finanziellen Leistung für den Unterhalt der Armee zu veranlassen, so hieß das nichts anders, als aus dem bisherigen nur thatsächlichen Zustande kaiserlicher Machtentwickelung zu einem anerkannten und geordneten übergehen.[1])

In den Augen des Kaisers war der Krieg in Italien bei Weitem der wichtigste; dort traf die französische Politik die kaiserliche und spanische Macht zugleich. Es lag auf der Hand, daß Frankreich die Allianz mit Schweden suche; man mußte den Dingen im Norden, immerhin ein wenig auf Kosten des Reichs, eine Wendung geben, die Schweden für jetzt unschädlich machte.

Schon im lübecker Frieden, mehr noch seitdem hatte man dem dänischen Hofe jegliche Gunst erwiesen; mit Gustav Adolphs Ruhm wuchs Christians IV. Eifersucht. Es mußte entscheidend werden, wenn es gelang, ihn gegen Schweden zu gewinnen.

Der Kaiser hatte sich erboten, seine Differenzen mit Schweden in friedlicher Verhandlung, die in Danzig gehalten werden sollte, zu erledigen. Dänemark übernahm die Rolle des Vermittlers. Während die Eröffnung des Congresses sich von Woche zu Woche verschob, entwickelte sich raschen Zuges das östreichisch-dänische Einverständniß.

Rügen war von kaiserlichen Truppen besetzt, in Stralsund lag

1) Diesen Gesichtspunkt bezeichnet Art. 1 der Propositionen: „..... wann die getreuen Chur-, Fürsten und Stände mit ihrem von Gott eingesetzten Oberhaupt einmüthig zusammentreten und sich mit demselben rechtschaffen und treulich conjungiren werden, das sich das Reich, ihr gemeines Vaterland deutscher Nation, vor einigem auswendigen Potentaten ganz nichts zu befahren habe.“ Theatr. Europ. II. p. 180.

seit Jahr und Tag eine schwedische Besatzung. Wie sollte man die Insel ohne Schiffe behaupten? man veranlaßte den Pommern-Herzog zu dem Erbieten, der Krone Dänemark Rügen zu verkaufen. Bereits hatte Dänemark das kaiserliche Privilegium des Elbzolles;[1]) vielleicht war Hamburg als weitere Belohnung in Aussicht gestellt. Dänische Schiffe erschienen im März in der Elbe, zunächst um Hamburg zur Anerkennung jenes Zolles zu zwingen.

Daß Dänemark werbe, daß eine dänische Flotte gerüstet werde, in die Ostsee zu gehen, wußte man in Schweden so gut, wie überall.[2]) Kam Rügen in dänische Gewalt, so war Gefahr für Stralsund, und Schweden hatte zu weiteren Plänen nicht mehr freie Hand. Gustav Adolph eilte zuvorzukommen. Ende März gingen die Schweden von Stralsund nach der Insel hinüber, entrissen sie den Kaiserlichen.

Es war ein erster Act offener Feindseligkeit. Bald folgte ein zweiter kühnerer. Am 24. Juni landete Gustav Adolph mit 15,000 Mann — zur Hälfte deutsches Volk — an der pommerschen Küste bei Wolgast; er entriß den Kaiserlichen Usedom, Wollin, jenseits der dritten Odermündung Kamin. Er segelte nach Stettin hinauf; am 10. Juli unterzeichnete Herzog Bogislav den Allianztractat, übergab seine Hauptstadt den Schweden.

Ein Artikel in diesem Tractat betraf Brandenburg. Schweden sollte das Land in Sequester behalten, im Fall, daß der Herzog ohne Erben stürbe, ehe Brandenburg diesen Tractat anerkannt und zur Erledigung des Landes geholfen hätte oder dem Kurfürsten die Succession von andern streitig gemacht werde; und dieser Sequester solle währen, bis die Frage der Succession entschieden sei und der Successor die Krone Schweden für die Kriegskosten entschädigt habe.

---

1) „Wodurch Dänemark so zu sagen gleichsam succum et sanguinem aus dem halben Reich an sich zeucht", schreibt Schwarzenberg später (13. Mai 1639).

2) So nach den Briefen von Gustav Adolph u. Salvius bei Geijer II. p. 157.

Der König, erhellt daraus, kam nicht mit dem Gedanken zu erobern; aber Angesichts der ungeheuren Gefahr, welche von der Uebermacht des Kaisers seiner Krone und dem Evangelium drohte, ergriff er die kühnste Form der Defensive; und er war entschlossen, dieß pommersche Land, gleichsam den Brückenkopf für Schweden, so lange in seiner Gewalt zu behalten, bis die papistische und kaiserliche Macht aufhörte, für Schweden gefährlich zu sein; ein Gedanke, der dann den kühnen und waffenfreudigen König über das nächste Ziel, das er sich in seinem Kriegsplan gesetzt, weit und weiter hinausführte. „Des Königs Entschluß", sagte sein Kanzler Oxenstjerna, der den Angriff auf Pommern widerrathen hatte, „ist ein Fatum, eine göttliche Schickung, ein dunkler Zug des Genius."

Der König war ohne große diplomatische Vorbereitungen gekommen, selbst das Bündniß mit Frankreich war noch im weiten Felde.[1]) Er versprach sich alles von dem ersten raschen Erfolg: „des Feindes Sachen bestehen sehr in fama." Diesen Nimbus der kaiserlichen Macht zu zerreißen, den Schrecken, der das evangelische Deutschland lähmte, zu lösen, alle die Elemente, welche die östreichische Politik nicht zu versöhnen und an sich zu ketten verstand, zu befreien und gegen die Kaisermacht zu waffnen, das waren die nächsten Aufgaben, die er sich stellte.

Der Eindruck seiner Landung, seiner ersten Erfolge war unermeßlich. In Pommern standen 15,000 Mann Kaiserliche unter Torquato Conti, in Mecklenburg 30,000 unter Savelli, und auch nicht einen Versuch wagten sie, ihm entgegenzutreten. Die Desertion in den kaiserlichen Regimentern nahm überhand; da und dort brach die Erbitterung der Bürger und Bauern in helle Flammen aus. In mehr als einer der größeren norddeutschen Städte fand sich sofort eine schwedische Parthei zusammen; Magdeburg, das ein Jahr vorher

1) Richelieu Mém. VI. p. 413: il se resolvoit à la guerre sans être assuré de l'alliance du Roi.

dem belagernden Wallenstein gleich Stralsund Trotz geboten, nahm jetzt den geflüchteten Administrator mit offenen Armen auf; die vertriebenen Herzöge von Mecklenburg erwarteten von dem Könige ihre Wiedereinsetzung. Von den Fürsten im Reich hatte wenigstens Landgraf Wilhelm von Hessen sich schon in aller Stille dem Könige genähert; Herzog Georg von Braunschweig bot ihm seine Dienste an. Und Dänemark hatte einstweilen vollauf mit Hamburg zu thun; ihre Flotten kämpften in der Elbe.

Als dieß im Norden geschah, war man in Regensburg bereits in den schlimmsten Verwickelungen. Ich verfolge sie nicht im Einzelnen; von allen Möglichkeiten, die es gab, siegte die unheilvollste.

Auf die Propositionen des Kaisers antworteten die katholischen Kurfürsten mit der Forderung, die Dictatur Wallensteins abzuthun. Auch die Gesandten Brandenburgs und Sachsens klagten über die „Pressuren der Soldatesca", aber vor Allem forderten sie Aufhebung des Edictes, Herstellung auf den früheren Stand. Nach den früheren Mittheilungen des französischen Hofes hätte man vermuthen sollen, daß die Liga die Forderungen der Evangelischen empfehlen werde; beide Oppositionen würden sich dann vereint, sie würden von dem Kaiser als Bedingung der Reichshülfe gegen die auswärtige Mächte die Herstellung des geordneten Reichswesens zu fordern vermocht haben.

Aber nicht das war es, was Baiern und die Liga wollte. Daß der Kaiser, der zuerst mit ihrem Beistand sich behauptet, der dann die Herrschaft ihrer Parthei im Reich mit seiner Autorität gedeckt hatte, sich durch Wallenstein und sein Heer von ihnen losmachen, sich über ihre Parthei ebenso wie über die evangelische erheben wollte, das erbitterte sie. Sie waren nicht der Meinung, daß die Unterdrückung der Ketzer aufhören müsse, aber nicht der Kaiser und sein General sollte sie üben; das schien ihnen das Recht der officiellen Majorität im Reich; so verstanden sie die Libertät.

Um so mehr schien sich die kaiserliche Politik den Evangelischen zuwenden zu müssen. Wenn man ihnen auch nur einige Befriedigung gewährte, so war der schwedische Angriff ohne Bedeutung [1]); ja selbst die Herzöge von Mecklenburg, die mit Gustav Adolph gekommen waren, bemühten sich um Aussöhnung mit dem Kaiser. Der Präsident des kaiserlichen Geheimenrathes empfahl dringend die Verständigung mit den Evangelischen: die Beruhigung Deutschlands sei wichtiger als der Frieden in Italien. [2]) Der spanische Gesandte war in demselben Sinn thätig; er übergab eine Denkschrift in zwölf Artikeln, in der er erwies, daß der Kurfürst von Baiern unterdrückt werden müsse. Schon war Wallenstein bei der Armee am Bodensee, die bereit stand, den Kampf in Italien durch einen Angriff auf Frankreich zu entscheiden.

Eben darum war die papistische, die französische Diplomatie in Regensburg so thätig, die Opposition der Liga zu unterstützen. In Rom zitterte man vor den Siegen der spanisch-östreichischen Macht; nur ein starkes Frankreich schien die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles zu sichern. Und Frankreichs politische Bedeutung hing daran, in Norditalien die Kette der spanisch-östreichischen Positionen von Neapel bis Flandern zu durchreißen.

Die Interessen Frankreichs, der Liga, des Papstes vereinten sich, den Kaiser in eine Lage zu drängen, die ihn den Frieden in Italien um jeden Preis zu suchen zwang.

Und keineswegs trat Sachsen und Brandenburg dem Kaiser um so viel näher, als sich die Liga von ihm entfernte; vielmehr steigerten sie ihre Forderungen. Der brandenburgische Gesandte mußte

1) Richelieu Mém. VI. p. 360: ...... et de préférer le repos de l'Allemagne à celui de l'Italie ...... Eckenberg les y voulut contraindre faisant que l'Empereur revoquât l'édit, ce qui en un moment eût apaisé la Saxe et les protestans, sans lesquels le roi de Suède ne pouvoit rien.

2) ...... et de plus il prétendoit rejetter la haine de l'édit sur les électeurs catholiques &c.

Zurückgabe Mecklenburgs an die Herzöge oder an den Kurfürsten als den nächsten Erben, und volle Entschädigung für Contributionen u. s. w. fordern, und auf die erste Eröffnung über die Königswahl erklärte Sachsen: die Evangelischen hätten zunächst für ihre Angelegenheiten zu sorgen.

Der Kaiser war auf den Punkt gedrängt, sich zu entscheiden, ob er die Evangelischen und deren mögliche Verbindung mit Schweden oder die Liga und deren schon fertiges Verständniß mit Frankreich und dem Papst mehr scheuen müsse.

Er schloß den italienischen Frieden, gab Mantua auf; er entließ Wallenstein; er minderte sein Heer; er war erbötig, den Kurfürsten von Baiern an die Spitze des „kaiserlichen und Reichsheeres" zu stellen. Dieser zog es vor, das Reichsheer, das heißt, das der Liga, von dem kaiserlichen getrennt und selbstständig zu halten, so wurde Tilly mit dem Oberbefehl betraut.

Nun waren in Sachen des Edictes alle Bemühungen der Evangelischen umsonst; selbst ihr Erbieten, sich mit dem, was bis zum Religionsfrieden secularisirt worden, zu begnügen, wurde zurückgewiesen: „der Kaiser werde lieber Thron und Scepter hergeben, lieber im Hemd davon gehn, als an dem Edict und dessen Execution etwas remittiren; wäre nur erst der König von Schweden fort, dann könnten die Lutheraner ihr Felleisen fertig machen, sie würden keine Herberge im Reich mehr finden." Von den Reformirten war gar nicht mehr die Rede; ja nicht einmal die Frage, wer zu den augsburgischen Confessionsverwandten gehöre, sollten diese selbst entscheiden dürfen; „diese Distinction", erklärte die Majorität der Kurfürsten, „gebühre niemand anders als einem römischen Kaiser." [1]) Nur eins wurde zugestanden: ein Compositionstag im Februar 1631, bis zu dem hin weiteres „Reformiren" unterbleiben sollte. Es geschah, um die

1) Artikel 1 der „Gegenerklärung", Theatr. Europ. p. 216.

Evangelischen, die schon von einer Zusammenkunft, einer neuen Union sprachen, hinzuhalten. „Jetzt", so schrieb der Kurfürst von Baiern an den von Sachsen, „sei nichts als die dem Reiche drohende Gefahr ins Auge zu fassen; gegen diese müßten sich ohne Rücksicht auf ein Paar geistliche Güter alle getreuen Reichsstände vereinen."

Man sieht, mit dem regensburger Tage ist der Versuch, die deutsche Monarchie kraft kaiserlicher Autorität zu erneuern, gescheitert. Die östreichische Politik giebt den Gedanken auf, der ihr bisher zu ihren Gewaltacten im Reich als Rechtfertigung gedient hat. Sie nimmt den Schein an, in den deutschen Dingen reichsverfassungsmäßig mit der officiellen Majorität zu gehen. Unter dem Schein des formellen Rechts und des reichspatriotischen Kampfes für das gemeine Vaterland deutscher Nation sollen die Evangelischen und ihr Bekenntniß mit Füßen getreten werden. Mit dem ganzen Eifer frommer Ueberzeugung übernimmt Tilly, der Jesuitenzögling, die Führung des Kampfes.

Die Evangelischen sind auf das Aeußerste bedroht; was bleibt ihnen übrig, als entweder alles, was der Uebermuth ihrer Mitstände über sie verhängen will, zu dulden, oder dem Rufe des kühnen, kriegsgewaltigen, bisher immer siegreichen Schwedenkönigs zu folgen, der ihre Libertät, ihren Glauben, ihr Hab und Gut zu schützen verspricht?

Diesen Weg wählten die Entschlossneren, Kriegerischen, Landgraf Wilhelm von Hessen, die Herzöge von Weimar, Georg von Braunschweig; jenen empfahlen diejenigen, welche bisher in der Hingebung an den Kaiser ihren Vortheil oder doch bequeme Ruhe gesucht hatten, Georg von Darmstadt, Christian von Braunschweig-Celle, vor Allem Johann Georg von Sachsen, der auch jetzt noch von Vertrauen, Gewissenhaftigkeit und reichspatriotischen Phrasen überfloß. Und nur zu viele unter den evangelischen Fürsten, Grafen

und Herren gab es, die, wie Gustav Adolph sagte, „gern ihr Bierchen in Ruhe und Unschuld trinken wollten."

Aber es blieb noch ein dritter Weg.

Letztes Schwanken.

Man hatte in Berlin mit wachsender Spannung nach Danzig gesehn; man hatte sich endlich, da die Verhandlungen dort gar nicht von der Stelle kamen, entschlossen, einen Bevollmächtigten dorthin zu senden, der sich erbieten sollte, das Geschäft der Vermittlung zu übernehmen. Wenigstens, so lautete seine Instruction,[1]) sollte er Gustav Adolph auffordern, dem obersächsischen Kreise, oder wenn auch das nicht zu erreichen, den Marken und Pommern Neutralität zu gewähren, unter der Zusicherung, daß die kaiserlichen Truppen diese Lande räumen würden. Allerdings war kaiserlicher Seits die Zurückziehung der Truppen gern zugestanden worden, da die Neutralität Pommerns und der Marken die kaiserlichen Lande auf ihrer schwächsten Seite gedeckt, den schwedischen Angriff nach Niedersachsen hin ablenkt hätte.

Als der Gesandte nach Danzig kam, empfing ihn die Nachricht, daß die schwedische Macht bereits unter Segel nach Pommern sei. Sobald der König gelandet war, eilte man, ihm einen zweiten Botschafter mit ähnlichen Erbietungen entgegenzusenden. In Stettin empfing ihn der König. Er wies die brandenburgischen Anträge auf das Bestimmteste zurück: der Würfel sei geworfen; nun gelte es große Entschlüsse, kühne Schritte, höchste Anstrengungen; „um

1) Der Gesandte war Peter Bergmann und das Memorial, das er empfing, ist vom 31. Mai 1630. Darin heißt es: „wir hätten schon früher den Versuch gemacht, wenn nicht die Interposition des Königs von Dänemark dazwischen gekommen wäre." Bergmann ging von Danzig, wo er bis Ende Juni blieb, nach Stettin, von wo sein erster Brief vom $\frac{1}{11}$. Juli ist.

Gottes Willen" beschwört er der Kurfürsten sich zu ermannen, sich etwas von den guten Tagen abzubrechen, um nicht länger im eignen Lande ein Statthalter des Kaisers, ja seines Dieners zu sein; „ich will von keiner Neutralität hören; mein Schwager muß Freund oder Feind sein." Zu einem kurzen Waffenstillstand, den Brandenburg vermitteln möge, war er bereit: „aber S. Kf. D. muß sich zugleich in Positur stellen und die Waffen zur Hand nehmen; ich warte nur darauf, daß sich ein Haupt im Reich hervorthue; wollte Gott, daß ein Mauritius da wäre." [1])

Noch waren die Verhandlungen in Regensburg in ihren ersten heftigen Schwankungen; „wenns nicht so sehr auf die Spitze gesetzt würde", schrieb Schwarzenberg, „so sollten beide Kurfürsten, Brandenburg und Sachsen, wohl in Ruhe bleiben und gut Contentament bekommen"; er hoffte noch, daß sie sich mit dem Kaiser verständigen würden. Andere am Hofe, namentlich Curt Bertram von Pfuel, Banners Schwager, drängten zur Verbindung mit Schweden. „Nur diese um keinen Preis", war Arnims Meinung [2]); er empfahl dringend Verbindung mit Sachsen. Eben das war die Meinung der Angesehenen aus den Ständen, die zum Anfang August nach Berlin geladen waren [3]): „nur in Conjunction möge man sich nicht einlassen, weder mit dem Kaiser, noch den Schweden, sich des Krieges weder offensiv noch defensiv theilhaftig machen, in des Kaisers Devotion verbleiben, inmittelst mit Sachsen communiciren und dort

---

1) Aus der ausführlichen Relation des von Wilmersdorf über seine Verhandlungen in Stettin Mitte Juli, aus der Helbig, Gustav Adolph p. 12 ff., einen Auszng giebt.

2) So Hans Georg von Arnim in einem späteren Schreiben an Burgsdorf, Dresden $\frac{4}{14}$. Sept. 1634.

3) Im Ausschreiben (26. Juni 1630) an den Dombechanten zu Brandenburg Velten von Priort sagt der Kurfürst: „er würde zu dieser Deliberation gern alle Stände gehört, in allen Kreisen darüber proponirt und dann den Ausschuß anhero gefordert haben, aber es gehe nicht wohl an." Also wieder ein Tag von Notabeln.

den Scrupel beseitigen, als ob man mit Schweden correspondire." In gleichem Sinne erklärten sich die Anwesenden aus den Städten.[1])

Ende August kamen beide Kurfürsten mit ihren Räthen in Zabeltitz zusammen. Brandenburg forderte Berufung des obersächsischen Kreises, Mitberufung der Seestädte, gemeinschaftliche Abordnung an den König, um den Frieden zu verhandeln. Aber Johann Georg fürchtete beim Kaiser Verdacht zu erregen, hoffte alles Beste von Regensburg, beklagte, „daß die Königl. Würde in Schweden gar keine Inclination zu Mittelwegen habe." Auf die Anfrage, ob Brandenburg im Fall, daß ihm entweder vom Kaiser oder von Schweden die unweigerliche Forderung der Verbindung gestellt würde, auf sächsische Hülfe rechnen dürfe, hieß die Antwort: „das werde wohl nicht zu besorgen sein." [2])

Wer irgend klar sah, mußte erkennen, daß Gefahr im Verzuge sei. Schon forderten die kaiserlichen Befehlshaber in der Mark, daß ihnen Landsberg, der Paß der Warthe, eingeräumt werde; sie besetzten die Festung; man konnte es nicht hindern.

Das harte Schreiben an Gustav Adolph, das die Majorität in Regensburg beschlossen, das auch Johann Georg unterschrieben hatte, kam zur Unterschrift nach Berlin; der Kurfürst wagte nicht, sie zu weigern. Schwarzenberg lenkte die Aufmerksamkeit auf Preußen, wo schwedischer Seits noch nicht alle Truppen aus den an den Kurfürsten überwiesenen Plätzen zurückgezogen seien; er drängte zu energischen Erklärungen; was er wollte, war nur zu deutlich.[3]) Und Gustav Adolph ging nicht, wie Viele erwartet hatten, raschen Schrit-

1) Aus dem höchst anziehenden Protokoll dieser Verhandlungen vom 5. bis 12. Aug. 1630 im landst. Archiv zu Berlin. Die Anwesenden von der Ritterschaft erboten sich, 50,000 Thaler in den Kreisen aufzubringen, wenn die Städte eben so viel zahlten, doch möge man sie bei den heimgebliebenen Ständen „durch ein bewegliches Schreiben" entschuldigen.

2) Helbig l. c. p. 24 aus den Acten des Dresdener Archivs.

3) Schwarzenberg an Knesebeck, 15. Sept. 1630.

tes vorwärts, sondern versicherte sich der Küste von Stettin bis Stralsund und Barth, bedrohte Mecklenburg. Um so mehr waren die Kaiserlichen, nun unter Hannibal von Schaumburgs Befehl, der Marken Meister.

In tiefstem Geheimniß sandte Georg Wilhelm eine zweite Botschaft an den König, sich zu entschuldigen, daß er sich nicht erkläre; er könne es nicht bei den Pflichten, mit denen er dem Kaiser verwandt sei; er habe die Acht, die Uebertragung seiner Kur und Lande an andere zu befahren, und der König werde ihn nicht schützen können. Noch bestimmter als die früheren Erbietungen wies der König diese reichsfürstlichen Bedenken zurück: „habe doch der Kaiser keinen Respect vor den Kur- und andern Fürsten, denen er nicht minder mit Pflichten und Eiden verwandt sei, als sie ihm; wollten sie des Kaisers Sclaven und Bauern sein, so könne es ihm gleich gelten; aber er müsse auf seine und seines Landes Sicherheit denken." Er forderte dringend, daß der Kurfürst Parthei ergreife; nehme man Anstand, sich schon jetzt öffentlich zu erklären, so sei er es zufrieden, „wenn man ins Geheim zur Sache thue"; er erbiete sich, dem Kurfürsten, da sein Land vielleicht einigen Schaden leiden könne, Pommern sofort einzuräumen und dem alten Herzog eine gewisse Alimentation zuzuwenden.[1]) Er forderte, daß man ihm den Paß bei Cüstrin frei gebe; dann werde sofort die Neumark frei sein; er wolle dem Kurfürsten 8000 Reiter auf fünf Monate für 100,000 Thlr. überlassen, und fehle es an Geld, so möge man, wie er selbst im dänischen Kriege gethan, „einen Ort Landes verkaufen oder versetzen".

So ungestüme Erbietungen des Schwedenkönigs hatte Georg Wilhelm allen Grund als Drohung und Beleidigung zu empfinden. Aber der Schluß des Regensburger Tages zeigte ihm, wie noch viel

1) Bericht des Rumelian Leuchtmar genannt von Kalkheim (Kalchun) 19. Nov.; er traf den König in Ribnitz 19. Okt. Derselbe hatte früher als Hofmeister die Markgräfin Katharina nach Siebenbürgen begleitet.

größere Gefahr von der andern Seite drohe. Er unterhandelte weiter mit Gustav Adolph, er ließ auch Charnacé, der sich im schwedischen Lager befand, um seine guten Dienste bitten[1]); er sandte von Neuem nach Dresden, beantragte die Berufung nicht bloß des Kreises, sondern aller Evangelischen. Wenn das evangelische Deutschland sich unter Kursachsens Führung vereinte und bewaffnete, war es unzweifelhaft stark genug, den Uebergriffen der Papisten Trotz zu bieten und der ungebetenen Hülfe Schwedens zu entbehren. Auch andere Fürsten und Stände forderten den sächsischen Kurfürsten auf, sich an die Spitze der Evangelischen zu stellen. Endlich entschloß er sich; am 29. Decbr. schrieb er einen Convent der Evangelischen zum Februar nach Leipzig aus.

Ehe dieser zusammenkam, hatte der König die Kaiserlichen in ihren festen Stellungen bei Greifenhagen und Garz (24. Decbr.) angegriffen; in völliger Flucht eilten sie über Küstrin, wo ihnen der Durchzug gestattet wurde, nach Frankfurt und Landsberg. Dort sammelten sich die Reste der Armee. Man war im schwedischen Lager äußerst erzürnt über den Kurfürsten: „hätte er uns den Paß bei Küstrin gewährt, so wären die Feinde vernichtet und wir stünden in Schlesien; ihr habt aber uns gehindert und dem Feind geholfen." Man entschuldigte sich, so gut es ging: der Kurfürst habe sich nicht von seinen Mitständen trennen und zum Könige schlagen können.

Die Verzögerung gab Tilly Zeit, hinter der Warthe, Spree und

---

1) Ueber die Friedensanträge, die Georg Wilhelm im Namen der sämmtlichen Kurfürsten durch Götze machen ließ, s. Richelieu VI. p. 533; und über die gleichzeitige Forderung der conjunctio armorum, die der König durch den Oberst Mitzlaff nach Berlin sandte, s. Chemnitz I. p. 114. Die mir vorliegenden Acten bestätigen die Richtigkeit ihrer Angaben. Ein kurfürstl. Schreiben an Charnacé bittet um dessen Hülfe, daß der König sich erkläre circa media, quibus contrahi possit. An demselben Tage wurde das schwedisch-französische Bündniß in Bärwalde geschlossen.

Havel die Armee neu zu formiren, die wichtigeren Posten, namentlich den auf dem Schloß zu Berlin, zu verstärken, die Festung Spandau so zu umstellen, daß sie mit einem Handstreich besetzt werden konnte.[1]) Der König wandte sich gegen Mecklenburg, angeblich um dem Leipziger Convent Zeit zum Entschluß zu lassen: „möchten sie einen rechtschaffenen Schluß fassen und ein formirtes Werk schaffen; ich will ihnen gern meine Armee geben und wieder nach meinem Schweden ziehn."[2])

Man tagte in Leipzig bis zum 2. April, ließ nach langem Streit die Frage von dem „ungeänderten Augsburgischen Bekenntniß" für diesmal auf sich beruhen, faßte eine Menge guter Beschlüsse, namentlich sich zu rüsten, während noch einmal an den Kaiser und den Kurerzkanzler die Forderung, das Restitutionsedict, die Contributionen u. s. w. abzuthun, gestellt werden sollte, und wenn keine Abhülfe erfolge, sich der Ausführung des Edicts, der Eintreibung der Contributionen u. s. w. mit gewaffneter Hand zu erwehren. Es war der Gedanke einer bewaffneten Neutralität, gewiß der angemessenste, wenn er mit Nachdruck durchgeführt wurde.

Als Georg Wilhelm aus Leipzig zurückkam, hatte der König, plötzlich von Mecklenburg, wohin ihm Tilly gefolgt war, nach der Oder zurückeilend, sich auf Frankfurt (3. April) geworfen, dort den Feind vollkommen geschlagen, gleich darauf (16. April) Landsberg genommen. Der rechte Flügel Tillys war gebrochen, den Schweden stand der Weg nach Schlesien offen.

Bisher hatte Magdeburg, auf die verheißene Hülfe der Schweden vertrauend, den Belagerern Trotz geboten. Jetzt wandte sich Tilly, mit seinem linken Flügel die mecklenburgischen Elbpässe fest-

1) So nach den fast täglichen Relationen des Markgrafen Sigismund an den Kurfürsten nach Leipzig.

2) So in den Besprechungen mit Curt Bertram von Pfuel in Demmin am 16. Febr. Relation vom 26. Febr. 1631.

haltend, dorthin; gelang es ihm, die Stadt zu nehmen, so war den Schweden der Weg ins Reich gesperrt, ihr Vormarsch nach Schlesien in der Flanke bedroht.

Hätte der evangelische Bund eine selbstständige Bedeutung gewinnen, hätte Kursachsen seine Stellung als Haupt des evangelischen Deutschlands sicher stellen wollen, so wäre die Rettung Magdeburgs der erste nothwendigste Schritt gewesen. Flehentlich baten die Magdeburger in Dresden um Hülfe; und der Kurfürst hatte Kriegsvolk genug unter den Waffen, mit einer Bewegung gegen Dessau hätte er wahrscheinlich Tillys Abzug erzwungen. Aber die Erhebung der Stadt war ja auf Anlaß des Markgrafen Christian Wilhelm, des früheren Administrators, erfolgt; und drohende Schreiben aus Wien lähmten den Rest von gutem Willen.

Um so ungeduldiger war Gustav Adolph, zu helfen. Für ihn war Magdeburg der entscheidende Punkt; er war matt gesetzt, wenn die Stadt in die Gewalt der Feinde fiel; im Besitz des geretteten Magdeburg konnte er die Streitkräfte der Welfen, Hessen, Ernestiner an sich ziehen und hatte dann militairisch freie Hand, sich nach Schlesien und Böhmen oder ins Reich zu werfen.

Er konnte nur durch die Marken dorthin. War es nicht im brandenburgischen Interesse, daß dem Administrator Rettung wurde? nur den Durchzug brauchte Georg Wilhelm zu gestatten: „werde ich gezwungen, heimzuziehen, so ergeht es euch wie dem Pfalzgrafen; es wird heißen veteres migrate coloni; das sehe ich allbereits vor der Thür und ist ganz nahe.“ Aber der Paß bei Küstrin ward ihm geweigert; „wider alles Verhoffen, mit Bestürzung“ vernahm er es.[1]) Er hoffte durch eine persönliche Besprechung den Kurfürsten zu bestimmen. Er eilte an der Spitze von zehn Regimen-

1) So seine Instruction für den Obristen Grafen von Ortenburg (Fürstenwalde 29. April), der Tags darauf in Berlin war. Die Angaben im Theatr. Europ. II. p. 353 sind zwar sehr detaillirt, aber nicht genau.

tern über Köpenick nach Berlin; eine Stunde vor der Stadt kam ihm der Kurfürst mit den fürstlichen Frauen und den vertrautesten Räthen entgegen. Der König wiederholte, daß er nicht um eigenen Vortheils willen nach Deutschland gekommen sei, daß er nur die Sache des Evangeliums im Auge habe, daß er des Kurfürsten Recht auf Pommern durchaus zur Geltung kommen lassen wolle, daß er sich nur das jus belli in Betreff der aufgewandten Unkosten vorbehalte[1]); aber er „bestand allerdings auf seine vorigen Postulate". Die Unterhandlung war daran, sich zu zerschlagen; nur die Bitten der Pfalzgräfin Wittwe bestimmten den König, nicht abzubrechen.

Der König folgte, von einigen Compagnien begleitet, nach Berlin; dort wurde weiter verhandelt; am 7. Mai kam es zum Abschluß; der König begnügte sich vorläufig damit, daß die Festung Spandau bis zum Entsatz von Magdeburg ihm eingeräumt und von seinen Truppen besetzt werde; die weitere Feststellung über die „Totalconjunction" sollte noch hinausgeschoben bleiben.[2])

Wohl mochte der Kurfürst „traurig und schwermüthig" sein. „Nachdem das kaiserliche Volk unser Land unter dem Vorwand der Defension, die man uns selbst nicht hat anvertrauen wollen, gänzlich ausgesogen und nach der liederlichen Verlierung von Frankfurt und Landsberg uns ganz bloß hinterlassen und uns zusammt unserer Gemahlin und Kindern und dem weit vornehmsten Theil des

1) „Worunter, so viel wir vermerken können, denn vornemlich auf den tractum maritimum ganz oder doch guten Theils und zuvörderst auf die Seehäfen des Orts, aufs wenigste, so viel das dominium maris baltici betrifft, gesehn sein mag." Georg Wilhelm an Graf Schwarzenberg 25. Juli 1631, wo diese Verhandlungen ausführlich erzählt werden.

2) Im 4. Art. fordert der König, wie der Kurfürst schreibt, „das ganze directorium belli in unserm Lande und zwar dergestalt, daß S. K. M. auch mit unsern eigenen Festungen wie sie es gut befinden werden, zu gebahren, die ihrigen Guarnisonen, wie sie wollten, hineinzulegen, und die Unsrigen hinaus zu commandiren, ja auch unsere Commandeurs und Officiere nach ihrem Gefallen abzusetzen und in summa so viel das Kriegswesen betrifft, absolute und liberrime zu schaffen und zu befehlen haben sollten."

Landes gleichsam in des Königs Hand überliefert hat, so ist uns nichts anderes übrig geblieben, wenn wir uns nicht unsers Landes und des Anspruchs auf Pommern selbst berauben wollten." [1]) Der König ordnete die schleunige Befestigung Berlins an, ließ Spandau von seinen Truppen besetzen, eilte nach Potsdam, um von da — den Weg über Wittenberg versagte Kursachsen — über Brandenburg nach Magdeburg zu gehen.

Schon in Potsdam erreichte ihn die Nachricht von dem Fall Magdeburgs, von der furchtbaren Zerstörung der Stadt. Schon war Fürstenberg mit den kaiserlichen Truppen, die der Friede in Italien verfügbar gemacht, im oberen Deutschland, zwang die Evangelischen im schwäbischen und oberrheinischen Kreis, sich vom Leipziger Convent loszusagen, ihr geworbenes Volk zu entlassen, nahm es seinerseits in Sold, erpreßte zu weiteren Werbungen ungeheure Strafgelder von Kais. Maj. rebellischen Ständen, von Kempten 80,000 Gulden, von Memmingen 30,000 u. s. w. Mit gleichem Terrorismus begann Tilly gegen die thüringischen Territorien, gegen Hessen zu verfahren. Vergebens wandten sich die Gefährdeten um Rath und Schutz an das Haupt der Leipziger Union; vergebens mahnte Gustav Adolph; in Dresden harrte man mit Sehnsucht des Frankfurter Tages, der, so hatte der Mainzer Kurfürst vermeldet, endlich im August eröffnet werden sollte. Freilich hatte in demselben Schreiben gestanden: „die leipziger Kriegsverfassung sei sehr übel vermerkt worden, zumal auch Stände darunter wären, die weder mit der katholischen Kirche, noch mit dem Augsburger Bekenntniß einig seien; diese jubilirten nun und schöpften Hoffnung, ihre sonst verbotene Secta überall zu propagiren." Johann Georg mochte sich der Hoffnung trösten, daß des Kaisers Ungnade nur die Reformirten treffen werde; er mochte meinen, der

1) In dem erwähnten Schreiben an Schwarzenberg und ähnlich in dem Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 20. Mai 1631.

Gegner Dank zu gewinnen, wenn er ihnen über die Genossen des Leipziger Bundes freie Hand ließ; er sah nicht, daß jene ihm höchstens den Vorzug, zuletzt verspeist zu werden, gewähren würden.

Mit dem Fall Magdeburgs stockte die populäre Bewegung, die Gustav Adolph empfangen hatte; ohne sie war seine Lage auch militairisch hochbedenklich. An die große Offensive von der mittleren Elbe aus war nicht mehr zu denken; er mußte, zumal da die Haltung Kursachsens immer zweideutiger wurde, sich auf die Havellinie zurückziehen, um von ihr gedeckt über die untere Elbe nach Niedersachsen vorzudringen. Aber der Hauptpunkt an der Havel war Spandau, und der König hatte in jenen Verhandlungen vom 3. und 4. Mai nachgegeben, daß die Feste nur bis zur Befreiung Magdeburgs schwedische Besatzung erhalte.[1]) Daß Georg Wilhelm freiwillig nachgeben werde, war nicht zu erwarten; und einfach den Vertrag nicht zu halten, wäre bei den Stimmungen, wie sie jetzt waren, nicht eben räthlich gewesen.

Der König ließ nach Berlin melden, daß er gewillt sei, sich gänzlich zurückzuziehen, und daß er demgemäß auch Spandau, wie er zugesagt, räumen werde. Der Schrecken am Hofe war namenlos; man sandte Knesebeck und Pfuel, ihm die Gefahr, die daraus entstehen werde, darzulegen, ihn zu beschwören, daß er das Haus Brandenburg nicht dem sichern Verderben Preis gebe. Als dann der König auf seine erste Forderung, die General-Conjunction, zurückkam, klagte und jammerte man nicht minder: man wolle dem König das Kriegsdirectorium ja nicht disputiren, wenn dem Kurfürsten nur die Verfügung über seine Festungen, namentlich Spandau und Küstrin, bleibe; man könne sich doch nicht von den andern Kurfürsten und Fürsten separiren u. s. w. Man schlug die Neutralität der an der Spree und Havel gelegenen Kreise vor, die auch Tilly gern

1) Die Ansicht, daß Gustav Adolph absichtlich gezögert habe, damit Magdeburg falle, wird durch diese Bestimmungen über Spandau hinlänglich widerlegt.

bewilligen werde; wenigstens möge eine Frist gestattet werden, um mit Kursachsen Rath zu pflegen. Sachsens Antwort liegt mir nicht vor; Arnim, der jetzt kursächsischer Feldmarschall war, wird sie mündlich überbracht haben. Daß ihn, der einst in schwedischem Dienst gestanden und denselben dann mit polnischem vertauscht hatte, Georg Wilhelm mit den weiteren Verhandlungen beauftragte, machte die Dinge nicht eben besser; je mehr sich Brandenburg zu Sachsen wandte, desto schroffer wurde der König; seine Forderungen waren der Art, daß „kein ehrlicher Mann", wie Georg Wilhelm sagte, „mir rathen würde, das alles einzugehen." Fort und fort berieth der Geheimerath. Der König zog, „um seine Königliche parole zu halten", seine Truppen aus Spandau; aber er rückte an der Spitze seines ganzen Heeres „mit fliegenden Fahnen und brennenden Lunten" gegen Berlin heran. Man mußte sich fügen. [1])

Die Schweden besetzten Spandau von Neuem, sie besetzten auch Brandenburg, befestigten sich dort; ihre Streifparthien gingen bis an die Elbe, setzten da und dort über. Endlich am 1. Juli wurde Tangermünde genommen, die nächsten Tage folgte die Besitznahme des linken Elbufers bis über die Havelmündung hinab, es wurde eine Schiffbrücke über die Elbe gelegt, ein großes Schanzwerk, sie zu decken, bei Werben errichtet. Aus Schweden führte die Königin neue Truppen nach Pommern, von denen ein Theil nach Mecklenburg eilte, die Kaiserlichen dort zurückdrängte, die alten Landesfürsten wieder einsetzte.

Der König, jetzt militairisch der Marken, Mecklenburgs, Pom=

1) Das war am 9. Juni; erst da „weiln sich die Stände nicht accomodiren wollen", sagt ein Berliner Brief in der „historischen Relation continuatio III", die Jacob Frame 1631 edirt hat. Daß der König sich begnügte 1. mit weiterer Ueberlassung Spandaus, 2. mit dem allzeit offenen Paß und Repaß bei Cüstrin 3. mit einer monatlichen Contribution, die in weiteren Verhandlungen vorher bestimmt werden sollte — ergiebt das Schreiben des Kurfürsten an Schwarzenberg, 25. Juni 1631. Ausführlicheres hat Chemnitz I. p. 171.

merns Herr, wiederholte seine Erbietungen und Mahnungen am Dresdener Hofe; er stellte die Wahl zwischen enger Allianz und gemeinsamer Kriegsführung oder selbstständiger Action des Leipziger Bundes unter kursächsischem Directorium, die er auf jede Weise zu unterstützen sich verpflichtete; er erbot sich, sobald die Evangelischen in der Lage wären, ihren Gegnern allein die Stange zu halten, aus Deutschland zurückzugehen, nichts als Entschädigung der Kriegskosten zu fordern.

Daß man in Dresden zu keinem Entschluß kam, vielmehr mit dem Kaiserhofe, mit Tilly fort und fort unterhandelte, machte den Anmarsch der Kaiserlichen unter Fürstenberg, Tillys Strafzug nach Thüringen und Hessen möglich. Schon war die Verbindung beider Heere hergestellt; Tilly fühlte sich im entschiedenen Uebergewicht; der Kurfürst, sagte er zu dessen Abgesandten, müsse sich mit dem Kaiser conjungiren; er würde wohl thun, seine Stifter herauszugeben; es sei doch kein Segen dabei; früher hätten die Evangelischen die Oberhand gehabt und den Katholischen vorgeschrieben, was ihnen beliebt, jetzt habe sich das Blatt gewandt; die Katholischen würden ihren Vortheil zu benutzen wissen; an den Religionsfrieden seien sie nicht gebunden; er sei nur ein Interim, zu dem die Katholischen gezwungen worden.

Er hätte sich am liebsten gleich jetzt gegen Kursachsen gewandt, aber weder der Kaiser, noch das Haupt der Liga wollten es; sie mißtrauten einander, sie wollten sich beide den gefügigen Kurfürsten für alle Fälle erhalten; sie forderten den Angriff auf das Schwedenheer, in der richtigen Voraussetzung, daß Sachsen nichts thun werde, es zu retten.

Mit überlegener Macht zog Tilly über Magdeburg gegen den König. Die Gefechte, die vom 16. bis 30. Juli dort in der Altmark geliefert wurden, zeigten zuerst die volle Ueberlegenheit der neuen schwedischen Tactik gegen die alte spanische Kampfweise. Daß

der König seine Stellungen behauptete, war die erste große Entscheidung in diesem Kriege.

Jetzt war die höchste Zeit, Kursachsen zu entwaffnen, das um so mehr, da sich die Fürsten von Weimar und Cassel ungebrochenen Muthes von Neuem erhoben.

In raschen Märschen wandte sich Tilly südwärts gegen Sachsen; er forderte von Johann Georg Einstellung der Werbungen, Ueberweisung der geworbenen Truppen in des Kaisers Dienst, Contribution; zugleich, „daß der Churfürst seine mitverwandten Chur-, Fürsten und Stände vermöge seiner hohen Autorität von allen Weitläuftigkeiten abhalte und sie zu dem gleichen disponire, damit sie die kaiserliche Mandata in Obacht nehmen und nicht alles ad extrema möchten kommen lassen". Die de- und wehmüthigen Einwendungen des Dresdener Hofes waren vergebens; Anfangs September stand Tilly vor Leipzig, begann die Stadt zu beschießen, während Tieffenbach mit der schlesischen Armee — schon hatte er Cottbus — den Anmarsch durch die Lausitz drohte.

Jetzt endlich entschloß sich Johann Georg zu dem Schritt, den der Berliner Hof schon längst dringend empfohlen[1]), Arnim bereits vorbereitet hatte. Während Leipzig, das Schicksal Magdeburgs fürchtend, capitulirte, zogen die Schweden über Wittenberg heran; am 5. Sept. vereinigte sich das sächsische Heer mit ihnen.

In eben diesen Tagen begann der Compositionstag in Frankfurt. Des Kaisers Propositionen sprachen allerdings von Wieder-

1) Schon am 27. Juni ließ Georg Wilhelm an Arnim schreiben, er habe sichere Nachricht, daß Tilly nach Kursachsen einrücken und es mit Gewalt entwaffnen wolle; er hoffe, daß der Kurfürst bei den Leipziger Verabredungen bleiben werde, und fordere Arnim auf, sich der Sache „mit höchstem Vermögen anzunehmen, damit der Kurfürst nicht zu einem andern und widrigen bewogen werden möge." Am 5. September war Georg Wilhelm bei der sächsischen Armee, bei der Schlacht schwerlich. Der erste gedruckte Bericht über die Vorgänge dieser Tage „kurtze jedoch gründliche und waarhaffte Relation &", der bis zum 17. Sept. reicht, erwähnt seiner gar nicht.

bringung des Friedens und allgemeinen Wohlstandes, Herstellung „des guten, alten, wolzuverlässigen teutschen Vertrauens“ und forderten die augsburgischen Confessionsverwandten auf, ihre Vorschläge zu machen, „als der impetrirende Theil“, aber so, „daß sie des H. R. Reiches Fundamental-Ordnungen und dem Religionsfrieden gemäß, auch J. Kais. M. ausgelassenem und publicirtem rechtmäßigen Edict nicht entgegen seien, und hierin Ihro Kais. M. als einzigem und höchstem Richter der endliche Schluß und Ratification in alle Wege vorbehalten bleibe.“ Von irgend einem Zugeständniß, irgend einer Nachgiebigkeit auch nicht die geringste Spur.

Da erfolgte am 7. Sept. die Schlacht bei Breitenfeld. Der König hatte sie widerrathen: „zwei Kurhüthe ständen auf dem Spiel“; aber die beiden Kurfürsten — auch Georg Wilhelm war im Lager — wünschten sie dringend. So begann der schwere Kampf; die sächsischen Regimenter waren bald in wilder Flucht; aber die Schweden hielten die Schlacht, sie erfochten den vollkommensten Sieg.

Gustav Adolph eilte, den geschlagenen Feind zu verfolgen und völlig zu vernichten; er überließ den Sachsen die Deckung gegen Böhmen und Schlesien.

Man kennt jenen kühnen Zug Gustav Adolphs durch Thüringen, zum Main, durch die bischöflichen Lande, nach Frankfurt. Mit dem Ausgang des Jahres war Mainz und Speier in seiner Hand, das kurpfälzische, das Neckarland befreit. Wie ein Keil war die schwedische Macht in das Gebiet der Liga eingedrungen, hatte sie völlig zersprengt. Vergebens rief Baiern Frankreich auf Grund des geschlossenen Bündnisses; „nur gegen Oestreich gelte es“, war die Antwort. Die geflüchteten Bischöfe von Würzburg, Mainz, Trier u. s. w. beschworen den Cardinal Richelieu, die allerheiligste Kirche nicht untergehn zu lassen; aber Gustav Adolph versagte der Neutralität für die Liga, welche Frankreich wünschte, unter immer neuen Vorwänden die Vollziehung. Mit dem Frühjahr brach der

König auf, den Rest der kaiserlichen und ligistischen Macht völlig niederzuwerfen. Anfangs April schlug er sie am Lech; der alte Tilly starb an den Wunden, die er in der Schlacht empfangen. Augsburg wurde befreit und da, wie überall, das Evangelium hergestellt. Auch München, ganz Baiern bis auf das feste Ingolstadt war in des Königs Gewalt; die Bauern in Oestreich erhoben sich; in Italien begann man zu zittern.

So weit über jeden Plan hinaus führte den König der Sieg seiner Waffen; in seiner Hand lagen die Schicksale Deutschlands; seine Maaßregeln zeigten, daß er sie neu zu ordnen, daß er die deutsche Frage im evangelischen und schwedischen Interesse zu lösen Willens sei.

Seine Kriegsmacht bestand überwiegend aus Deutschen[1]); die schwedischen Truppen waren nur der Kern, um den sich die Evangelischen Deutschlands zusammenschlossen, theils so, daß sie unmittelbar in den schwedischen Dienst und unter schwedische Befehlshaber traten, theils in der Weise, daß deutsche Fürsten, wie Bernhard von Weimar, Georg von Braunschweig, Wilhelm von Cassel in mehr oder minder freiem Dienstverhältniß zur Krone Schweden Regimenter warben und führten. Der König gab den Evangelischen im Reich, was ihnen bisher gefehlt hatte, ein Haupt, einen Vereinigungspunkt, einen Kern der Organisation; und indem er auch die nicht wollenden — wie er mit Brandenburg, mit Sachsen gethan hatte — zwang, sich einmal über sich selbst und ihre kleinen Sonderinteressen zu erheben und zu einem großen Zweck einig zu

1) Des Kanzler Oxenstjerna Propositionen an Kursachsen 1. Aug. 1635 bei Chemnitz II. p. 746. „4. hat der gottseligste König zu Ausführung dieses Krieges nicht allein die schwedische, sondern vornemlich die deutsche Nation gebrauchet, also daß bei itziger Zeit der vornehmste und grosseste Theil so Officiere als Soldaten von hohem und niedern Stande in der deutschen Nation bestunden.“ Beim Tode des Königs 1632 waren vier Fünftel der Officiere und Gemeinen Deutsche.

sein, lehrte er sie den einzig möglichen Weg, der Wiederkehr der Gefahren vorzubeugen, welche die Libertät über Deutschland und das Evangelium gebracht hatte.

Gleich nach der leipziger Schlacht hatte der Kurfürst von Sachsen „sich dem Könige präsentirt, als derjenige, der treulich rathen und helfen wolle, daß S. M. die römische Krone auf das Haupt gesetzt werde“. Nicht sofort, nicht ausschließlich diesen Gedanken verfolgte der König; die alte Reichsverfassung tauge nichts mehr, sagte er der nürnberger Deputation (21. März 1632); der evangelische Bund müsse von den Katholischen sich trennen und sich mit einem erforderlichen Haupt versehen, besonders für den Krieg; dieser Bund, dieß corpus formatum der Evangelischen müsse innerhalb des Reichs für sich bestehen und ein eigenes parlamentum haben, damit einem jeden die justicia gleich administrirt werde.[1]) „Ihr seht, wie der Kaiser und die Katholischen sich vereinigt haben, alle Evangelischen auszurotten und zu vertilgen; und ob sie sagen, daß sie Ruhe und Frieden wollen, sie werden nicht aufhören, unsern Ruin und endliches Verderben zu suchen.“ Er war der Meinung, daß in der alten Form von Kaiser und Reich „das gemeine evangelische Wesen und die Freiheit“ nicht zu retten sei, daß das Haus Oestreich immer von Neuem Gefahr drohe, so lange die alte Kirche so große Territorien im Reich, eine so hervorragende Stelle in der Reichsverfassung habe.

Es schien sein Wille, die geistlichen Fürstenthümer völlig zu beseitigen, ihre Gebiete weltlich und erblich zu machen, die Gestaltung der Dinge, die die papistische Reaction im Reich nur unterbrochen hatte, für immer und reichsverfassungsmäßig zu gründen. Schweden selbst sollte durch den Besitz Pommerns und der mainzi-

1) Corpus formatum evangelicum per se subsistens in ipso corpore Imperii Romani; also „ein engerer und weiterer Bund“.

schen Lande in den Reichsfürstenstand und die Libertät des Reiches eintreten, sie für immer sicher stellen, Brandenburg durch östreichische Gebiete, namentlich Schlesien und die Lausitzen entschädigt werden.[1])

In diesen Plänen war noch vieles schwankend und undeutlich. Aber das Bild eines neuen föderativen, auf Religionsfreiheit und reichsfürstliche Territorialität gegründeten Deutschlands trat bereits in seinen Umrissen hervor; es war Zug für Zug das Gegentheil dessen, was die östreichische Politik gewollt hatte.

Der König war entschlossen, ohne Frankreich und trotz Frankreich die Neugestaltung des deutschen Wesens hinauszuführen. Er kannte die zweideutige, her- und hinspringende, wühlende Politik Richelieus hinreichend; ihm war dieser politische Katholicismus Frankreichs eben so zuwider, wie die katholische Politik des Hauses Oestreichs. Mit einer gewissen Eifersucht wachte er darüber, mit dem französischen Hofe nicht in zu nahe Gemeinschaft zu gerathen; bei jedem Anlaß ließ er denselben fühlen, daß die französischen Subsidien, die er annahm, ihn in nichts bänden. Das Anerbieten eines französischen Heeres, das „den Triumph des Bundesgenossen auf deutschen Boden unterstützen solle," lehnte er ab: er gedenke auf eigene Faust mit dem deutschen Kriege fertig zu werden. Wie Richelieu die Absicht äußerte, „durch ein Heer den Elsaß, der seit König Dagobert zu Frankreich gehöre, mit dem Stammlande wieder zu vereinigen", so verbat er es sich: „er sei als Beschützer, nicht als Verräther des Reichs gekommen und werde keine Abreißung deutschen Gebietes zugeben."

An der Spitze des evangelischen Deutschlands, mit dessen Kräften fühlte er sich stark genug, sein Werk zu vollenden. Ihm Dauer zu geben, faßte er den denkwürdigsten Plan.

---

1) Breyer, Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges p. 207. Die Zusicherung Magdeburgs ergiebt ein Brief von Knesebeck an Götze (nach Frankfurt), Torgau 1. März 1632.

Er hatte keine Söhne, nur eine Tochter; diese sollte dereinst mit dem brandenburgischen Kurprinzen vermählt, die schwedischen und brandenburgischen Lande zu einer großen evangelischen Macht vereint werden.[1])

Es war eine Combination völlig der ähnlich, die vor anderthalb Jahrhunderten die spanisch-östreichische Macht gegründet hatte. Und diese neue schwedisch-brandenburgische Macht hätte Nord-Europa beherrscht, wie jene Süd-Europa. Sie hätte das dominium maris Baltici gehabt; sie hätte das kurmainzische Erfurt im Herzen Deutschlands, und Mainz, den Schlüssel zu Nord- und Süddeutschland, inne gehabt; sie hätte die Verbindung Oestreichs mit den spanischen Niederlanden durchschnitten, den Elsaß vor den Gelüsten Frankreichs geschützt; sie hätte dem papistischen Europa in eben so mächtiger Aggressivstellung gegenüber gestanden, wie die spanisch-östreichische Macht unter Karl V. und Philipp II. dem evangelischen.

Es war zum ersten Mal, daß der evangelische Gedanke die große Politik umzuformen, zu beherrschen unternahm. „Es ist Zeit", sagte man am französischen Hofe, „den Fortschritten dieser Gothen ein Ziel zu setzen."

Die Katastrophe.

Die Politik, die mit dem regensburger Tage 1630 gesiegt hatte, war vollkommen erlegen.

---

1) Am Ausführlichsten über diesen Plan ist Oxenstjernas Bericht, Berlin 4. Febr. 1633, bei Geijer II. p. 252; er selbst habe auf des Königs Befehl mit Sigismund von Götze (Frankfurt Febr. 1632) darüber mehrfach verhandelt. Und Götzes Berichte und Correspondenzen bis 1645 kommen wiederholentlich auf diese Verhandlungen zurück und geben von den Einzelnheiten Nachricht. Die Sache selbst wird als chose accordée von Feuquières im Aug. 1633 an König Ludwig XIII. berichtet. Lettres et Nég. II. p. 39.

Hatte der Kaiser damals der Liga seinen Feldherrn und sein Heer geopfert, so war jetzt die Verbindung zwischen ihm und der Liga, es war die Liga selbst zerrissen. In der Form der Neutralität war Baiern bereit den Kaiser zu verlassen; aber Schweden gewährte sie nicht, und die ersehnte französische Hülfe erschien nicht. Maximilian hielt kaum noch einen Winkel seines Landes; der Kurfürst von Mainz war zu dem von Cöln, in den Schutz der nahen Spanier geflüchtet; der von Trier hatte sich Frankreich in die Arme geworfen, seine Festen, auch den Ehrenbreitstein schon diesseits des Rheins, französischen Besatzungen geöffnet; die Fürstbischöfe von Bamberg, Würzburg, andere waren nun landflüchtig, wie zwei Jahre zuvor so viele evangelische Fürsten.

So furchtbar rechtfertigten die Ereignisse den Herzog von Friedland und seine Politik. Bald begriff man am Kaiserhofe, daß er allein retten könne; die Krone Spanien mahnte dringend, daß er von Neuem an die Spitze der kaiserlichen Macht gestellt werde. Man forderte seinen Rath: „wir wollten gern zurück auf unsre vorige Stelle und wissen nicht wie.“ [1])

Vorerst hielt er sich die Hand frei, blieb mit Freund und Feind in Verbindung. Er empfahl dem Dänenkönig ein Bündniß mit dem Kaiser gegen Schweden. Auf seinen Rath unterließ es das kaiserliche Heer, in Schlesien und die Lausitz vorzudringen: „um Kursachsen nicht noch mehr zu irritiren.“ Zugleich unterhandelte Graf Thurn im Namen des Schwedenkönigs mit ihm, der Führer der böhmischen Bewegung von 1618. Daß Arnim den Entschluß faßte, nach Böhmen einzudringen, geschah auf Wallensteins Rath; er half dazu, daß Prag von den Sachsen genommen wurde; er wußte wohl, wie starker Pressungen es bedürfe, damit man in Wien mürbe

1) Questenberg an Wallenstein, Wien 8. Oct. 1631.

werde. Nach allen Seiten hin empfahl er den Frieden, den man schließlich, „wenn die Lande in Asche lägen", doch machen müsse.

Natürlich setzte die clericale Partei in Wien und der bairische Hof alles daran, Wallenstein fern zu halten: „es sei eine Beleidigung des Kurfürstencollegiums, wenn man ihn wiederberufe". Erst der Fall Prags, dann das Eindringen der Schweden in Baiern, die Bedrohung Italiens beseitigte jedes Bedenken. Der Kaiser forderte Wallenstein auf, den Oberbefehl zu übernehmen. Endlich, unter Bedingungen, die ihn völlig und für immer unabhängig stellten, verstand er sich dazu. Sein Name lockte Tausende heran; in kürzester Frist stand in Mähren und Böhmen ein kaiserliches Heer von 60,000 Mann fertig da.

Man wird es dem Kurfürsten von Sachsen nicht zum reichspatriotischen Ruhm, seinem Feldmarschall Arnim nicht als militairische Meisterschaft anrechnen, daß sie sorgfältigst nichts gethan, so lange die kaiserlichen Lande fast wehrlos waren. Von dem Augenblick an, da Wallenstein zu werben begann, änderte sich die ganze Kriegslage.

Am dresdener Hofe hieß es jetzt wieder, nur aus Noth habe man mit dem Kaiser gebrochen. Es lag nahe, auf den Weg einzulenken, den man im Jahr vorher mit dem leipziger Tage hätte betreten können und müssen. Man konnte auf Landgraf Georg von Darmstadt rechnen; man hoffte die welfischen Herren zu gewinnen, man versuchte zunächst sich mit Brandenburg zu verständigen. Eine Zusammenkunft beider Kurfürsten in Torgau wurde verabredet.

Allerdings war Georg Wilhelms Verhältniß zu Schweden ein gezwungenes. Noch stand schwedische Besatzung in Spandau, noch mußten monatlich 30,000 Thlr. Contribution gezahlt werden. „Der König hat wie Preußen, so die ganze Kurmark in Disposition." [1])

Aber jenen Artikel, der dem Kurfürsten verbieten sollte, außer

1) Schwarzenberg an Knesebeck, 2. Juli 1632.

den Besatzungen seiner Festungen Truppen zu halten, hatte der König aufgegeben. Er selbst empfahl jetzt, einige tausend Mann zu werben, die gegen Schlesien mit ins Feld rücken könnten. Wie schwer es den Ständen ankommen mochte, sie mußten die Mittel dazu schaffen; mit dem Frühling 1632 hatte Georg Wilhelm 5000 Mann unter den Waffen.

Und zugleich war, Dank der Verbindung mit Schweden, das preußische Land einstweilen in friedlichem Stande. Die Aecker konnten wieder bestellt werden, Handel und Wandel wieder aufblühen.[1]) Der unerwartete Tod des König Sigismund — er starb im April 1632 — und die Frage der neuen Wahl gab den Polen vollauf mit sich selbst zu thun.

Auch in den Erbschaftslanden war es zu einem einstweiligen Abschluß gekommen. Unter dem überwältigenden Eindruck der schwedischen Erfolge hatten die Höfe zu Brüssel und Wien den Vollzug des Vertrages von 1629, die Abführung der spanischen Truppen, wenn eben so die holländischen zurückgezogen würden, zugestanden. Im April 1631 wurden die fremden Völker abgeführt, nur in Rees, Emmerich, Wesel blieb holländische, in Jülich, Orsoy und Sittard spanische Garnison. Der Kurfürst konnte endlich des Besitzes von Cleve und Mark froh werden; und die Stände dieser Lande erboten sich, ihn nicht bloß nach dem Vertrag von 1629 als „Provisionalinhaber", sondern als ihren Landesherren anzuerkennen.[2])

Wie anders war des Kurfürsten Lage gewesen, als des Kaisers Waffen im Siege waren? und was hatte er zu erwarten, wenn sie je wieder mächtig wurden. Der König selbst wünschte, daß Brandenburg nicht bloß zuschaue, sondern mit eingreife. Mußte man

1) So bewilligten 1631 die preußischen Stände 100,000 Gulden als Pathenpfennig. Baczko V. p. 97.

2) Aus einer Erklärung der Stände in dem Bericht der clevischen Regierung, 11/21. Nov. 1637.

nicht erkennen, daß dieß der einzige Weg sei, neuen Gefahren, neuen Erniedrigungen und Beraubungen vorzubeugen, auch Schweden gegenüber eine Stellung zu gewinnen? Welche Schranken immer in dem Recht der Stände, in dem Verhältniß zu Kaiser und Reich, zur Krone Polen, in sonstigen Verträgen zu scheuen sein mochten, in dieser eisernen Zeit waren einmal die Dinge über alles Maaß und Recht hinaus, sie waren wild, gewaltsam, revolutionär geworden; und nur wer kühn, mit gesammelter Kraft, mit dem klaren Bewußtsein dessen, was er wollte und wollen mußte, mit eingriff, konnte hoffen, sich über Wasser zu halten. Die Schlaffheit, Unklarheit, Unentschlossenheit brachte gewissen und unrühmlichen Untergang.

Man sah am Hofe zu Berlin das alles wohl ein; aber zu festen Entschließungen, zu einer bestimmten Politik kam man nicht.

Allerdings war Schwarzenberg seit dem Frühling 1631 nicht in des Kurfürsten Nähe; aber die Gunst, die Georg Wilhelm ihm zu gewähren fortfuhr, zeigte, wie entfernt er sei, sich völlig und für immer von den früheren Richtungen loszumachen; ja so stark war immer noch des Grafen-Einfluß, daß wohl daran gedacht werden konnte, ihn in schwedischen Dienst zu ziehen, um ihn „von dem Kurfürsten abzusetzen".[1]) Wie immer die Stimmung des Landes für die Schweden und deren König sein mochte, die Herren Stände trugen höchst unwillig die Steuerlast für die Kriegsrüstungen, die

1) Götze an Knesebeck, Frankfurt 17. Febr. 1632. Schwarzenbergs Schreiben aus dieser Zeit sind merkwürdig durch die Bemühung, sich wieder möglich zu machen; er erinnert an seine Verdienste, an seine Treue; vor Allem sorgt er für seine Privatinteressen. Bald reclamirt er das Silberzeug, 20,000 Thlr. an Werth, das er nach Wittenberg gerettet, wo es Kursachsen habe einschmelzen lassen, bald an die Herstellung der Ordensgüter in Mecklenburg; dann wieder fordert er für die ihm geschenkte Herrschaft Neustadt in der Grafschaft Mark Contributionsfreiheit; wiederholentlich spricht er von der Anklageschrift (wegen des düsseldorfer Vertrages), die der von Rochow im Kammergericht dem Kurfürsten überreicht habe; er beruft sich auf sein gutes Gewissen, daß er sich nicht von dem Pfalzgrafen habe bestechen lassen.

der König empfohlen hatte, und der Boitzenburger Arnim, der unermüdlich war, den Kurfürsten zu Sachsen herüberzuziehen, hatte unter ihnen größeren Anhang als zuvor. Wohl waren die Leuchtmar, Pfuel, Götze bemüht, die unleidliche Bevormundung, die der sächsische Hof so gern übte, ja fast als ein Recht in Anspruch nahm, abzuwehren; aber sie gewannen damit nichts weniger als den Dank ihres Kurfürsten, der lieber den kleinlichen und pedantischen Hochmuth des alten Herrn in Dresden, als den freistolzen, soldatischen Geist seines königlichen Schwagers ertrug. Daß er Winterfeld nicht wieder in den Rath berufen, zeigte deutlich genug, daß an eine Rückkehr zu der kühneren Politik, die 1627 ihr Spiel verloren hatte, an eine selbstständige und energische Action, an einen festen politischen Plan nicht zu denken war.[1]) Man lavirte. Auf die Erbietungen einer wirklichen Allianz mit Schweden, die Salvius im October nach Berlin brachte, war man nicht eingegangen; es wurde wohl der Ausdruck gebraucht: daß man die Pflichten, mit denen man dem Kaiser verwandt sei, nicht brechen könne.[2]) Aber jenes Eheproject — die Kurfürstin und deren Mutter werden ihren ganzen Einfluß für dasselbe eingesetzt haben — ließ sich Georg Wilhelm wohlgefallen; noch mehr die guten Versicherungen, die Gustav Adolph in Betreff des reformirten Bekenntnisses gab, während Sachsen fortfuhr, dasselbe als im Reich nicht zu Recht bestehend zu bezeichnen. Trotzdem ging er mit Freuden auf die Zusammenkunft in Torgau ein, zu der

1) Markgraf Sigismund Statthalter schreibt 19. Juli 1632: „Gott verhüthe in Gnaden, daß die widrige Parthei nicht wieder dieser Orten zu mächtig werde." Nach dem Prager Frieden (1635) fürchtet man immer nur, daß der Kaiser auf das, „was vor dem Jahr 1630 verlaufen und sinistre interpretirt werden könne", zurückkommen möge.

2) So die merkwürdigen Besprechungen in Liebenwalde (Nov. 1631); auf das Protocoll derselben wird Götze verwiesen ($\frac{1}{8}$. Juli 1632, als er nach Dresden ging, wo der König erwartet wurde), für den Fall, „das etwas vorkäme, die Alliance mit Schweden zu treffen." Auch das Kriegsdirectorium in der Mark ließ man den Schweden, um vor dem Kaiser als gezwungen zu erscheinen.

ihn Johann Georg geladen, und in der von dem Friedenswerk und der Defension gehandelt werden sollte.

Es war eine unklare, verworrene, steuerlose Politik, die man trieb, eine Politik je nach den momentanen Verlegenheiten, den letzten Eindrücken, ohne alle Initiative. Sie war das Ergebniß nicht Eines bestimmenden Willens, sondern der sich gegenseitig verwirrenden und abschwächenden Einflüsse am Hofe, zu denen schon auch die der französischen Politik und ihrer Agenten kamen. Sie war wie ein Abbild dieses weichen, früh erschlafften, seiner Schwäche sich bewußten Fürsten, der dann, von den Sorgen ermattet und der Erholung bedürftig, sich nur zu gern, nach Gustav Adolphs Ausdruck, „über eine neue Livrey oder ein hübsches Pferd und ein paar Windhunde alles andre aus dem Sinn schlug."

In der Mitte Februar begannen die torgauer Verhandlungen.[1]) Zuerst die Frage um die Friedensbedingungen, die man dem Kaiser empfehlen wolle; „sie haben uns", schreibt Knesebeck, „noch die unveränderte Augsburgische Confession und Concordienformel hineingebracht"; man legte Verwahrung dagegen ein, „daß dieß Wort in keiner Schrift, so die Evangelischen sämmtlich zu vollziehen, hineingebracht werde."[2])

Auf das lebhafteste drängte Sachsen, daß man den Frieden mit dem Kaiser suche; aber wenn Brandenburg die Herstellung der Kurpfalz als wesentliche Bedingung forderte, so fand Sachsen dieselbe keineswegs nöthig; und wenn Brandenburg für Schweden eine Entschädigung an Land und Leuten, namentlich das Erzbisthum

1) Knesebeck an Götze, Torgau 1. März 1632, mit dem Bemerken, es sei die nachfolgende Erklärung der Augsb. Conf. (die Aug. var.) gar nicht von den Reformirten, sondern von den Lutherischen selbst gemacht.

2) Weiln es nur difficultäten und unvernehmen machen werde, es auch keinem helfen könnte, sondern würde allein den katholischen materie zu cavilliren geben. Knesebeck an Götze, Torgau 1. März 1632.



Bremen vorschlug — wie hätte man sonst Pommern zu erhalten hoffen können —, meinte Sachsen, es genüge eine Geldsumme.

Dann kam das Defensionswerk zur Sprache. Die Sachsen verbargen es nicht, daß sie den lebhaften Wunsch hätten, die brandenburgischen Truppen mit den ihrigen „conjungirt", d. h., unter sächsischem Befehl zu sehen; sie hatten auch an den König den Antrag gelangen lassen, daß ein oder das andre schwedische Regiment hinzugefügt werden möchte; sie hatten zunächst die schwedischen Truppen unter Duval, die an der Warthe standen, im Sinn. Georg Wilhelm erbot sich zu der gewünschten Conjunction, wenn kursächsische Truppen nach Schlesien gesandt würden, „die Mark Brandenburg gegen einen Angriff von daher zu decken; auch der König habe eine Bewegung gegen Schlesien empfohlen."[1]) Johann Georg war nicht zu bewegen: er müsse erst abwarten, wohin sich Wallenstein mit seinem neuen Heer wenden werde, ob gegen Prag und Kursachsen oder gegen Franken und die obere Pfalz.

Gleich nach dem torgauer Tage ging Georg Wilhelm nach Preußen; er übertrug dem Markgrafen Sigismund die Statthalterschaft der Kurlande. Es schien nothwendig, die Südgrenzen sicher zu stellen, so lange das feindliche Kriegsvolk in Schlesien, namentlich in Glogau, noch nicht durch Wallenstein verstärkt war. Da auf sächsische Mitwirkung nicht zu rechnen war, wandte sich der Markgraf an Duval. Noch waren die 10,000 Mann frische Truppen aus Schweden, die in Stettin erwartet wurden, nicht angelangt; Duval nahm daher Anstand, ohne ausdrücklichen Befehl des Königs vorzugehen; aber er empfahl, mit den brandenburgischen Truppen allein einen Handstreich zu versuchen. Unter Curt vor Burgsdorf brachen sie Anfang Mai auf, nahmen Crossen, Grünberg, Freistadt;

1) Schon am 1. März schreibt Knesebeck (anonym) an Götze aus Torgau: „der König habe selbst schon so viel zu verstehen gegeben, daß ihm lieb sein würde, wenn S. Kf. D. ihr Volk nach Schlesien schickte."

dort drängten die Kroaten sie zurück; aber Crossen wurde behauptet. Es war wenigstens ein erster Versuch, und er war nicht völlig mißlungen.

Indeß hatte Wallenstein (im Mai) die Sachsen ohne Mühe aus Prag gedrängt, sich dann, den Dresdner Hof mit Friedenserbietungen täuschend, nach Franken gewandt, sich bei Nürnberg verschanzt.

Der König, der tief nach Baiern vorgedrungen war, eilte, um nicht seine Verbindungen zu verlieren, über die Donau zurück nach Nürnberg; er zog seine Corps aus Thüringen und vom Rhein heran, er sandte nach Dresden die Aufforderung, die irgend verfügbaren Truppen ihm zuzusenden. Seine Absicht war, einen Hauptschlag gegen Wallenstein zu führen.

Johann Georg sandte nur 5000 Mann. Mit doppelt so starkem Volk ließ er Arnim nach Niederschlesien eilen, „da dort fast alle Orte sehr bloß und daher viel Gutes in der Eile zu erreichen."[1]) Arnim drang über Sagan und Sprottau vor, nahm (17. Juli) Glogau.

Man war in Berlin der Ansicht, daß diese Bewegung jetzt nichts anders bezweckt habe, als die Oderpässe in Niederschlesien nicht in die Hände der Brandenburger oder Schweden kommen zu lassen.[2]) Im Besitz Glogaus bat Arnim in Berlin um schleunigen

1) Relation des Markgrafen Sigismund an Georg Wilhelm, 19. Juli 1632.

2) Georg Wilhelms Resolution, Königsberg ⅟₉. Aug. 1632, sagt, man möge Arnim disponiren, daß Glogau von brandenburgischen Truppen allein besetzt werde, eben so Sagan und Beuthen, „denn es liegen diese Orte dergestalt nahe an unserm Lande, daß sie dieselben gleichsam gegen Schlesien verschließen." Den Versicherungen Arnims traute man nicht: „und ist in denselben nichts Verbindliches, sondern sind allein gute Worte und Vertröstungen ..... sollte Gott den Sieg geben und sich Kursachsen und Arnim nicht der Billigkeit nach erklären oder erweisen, so wird man das brandenburgische Kriegsvolk abfordern und mit den schwedischen ein absonderliches corpus formiren, wohl 7000 M. stark; wollen uns nicht versehen, daß Kursachsens corpus uns daran zu verhindern begehren werde." Markgraf Sigismunds Relation vom 21. Aug. 1632.

Zuzug: „er habe eine schwere Uebermacht gegen sich“. Auf wiederholten Antrag Sigismunds entschloß sich Duval, auch ohne ausdrücklichen Befehl des Königs vorzugehn. Die Brandenburger traten unter seinen Befehl.

Am 8. August waren die Schweden und Brandenburger vor Glogau, sich mit Arnim zu vereinen, dann zog man auf Steinau; dort wurden die Kaiserlichen geschlagen, trotz aller Bedenklichkeiten Arnims rastlos bis Breslau verfolgt, auch dort gezwungen, ihr Lager zu räumen (17. Aug.).[1]) Wenigstens jetzt wollte Arnim Halt machen, seine Weisungen lauteten dahin, mit Schonung gegen die Kaiserlichen zu verfahren.[2]) Aber der Ungestüm Duvals — er wußte, wie es bei Nürnberg stand — ließ keine Ruh; auch Schweidnitz, Frankenstein und Neiße wurden genommen. Es waren nicht bloß militairische Erfolge; überall, wohin man kam, wurde die evangelische Predigt hergestellt; Tausende, die gezwungen ihr Bekenntniß daran gegeben, „empfingen mit Thränen das heilige Abendmahl“.

In Wien war man in nicht geringer Aufregung; man tadelte Wallenstein, daß er nichts thue, Schlesien zu retten und den ketzerischen Greuel abzuwehren. Er kümmerte sich nicht darum; er blieb ruhig bei Nürnberg hinter seinen Verschanzungen.

Vergebens hatte Gustav Adolph sie zu erstürmen, den Gegner zur Schlacht zu zwingen versucht. Das Eindringen Holks ins Meißnische, seine wilden Verheerungen, die Nothrufe, die der geängstigte Kurfürst sandte, ließen dem Könige keinen Zweifel, daß

1) Außer der vortrefflichen Darstellung von Chemnitz habe ich verschiedene brandenburgische Berichte benutzt. Das vereinte Heer zählte Schweden 27 Compagnien Fußvolk, 15 Comp. Reiter, Sachsen 27 Comp. zu Fuß, 11 Comp. Reiter, Brandenburger 15 Comp. zu Fuß, 9 Comp. Reiter.

2) Arnim schreibt 4. Nov. an Johann Georg: es könne keinen guten Ausgang haben, „einen für seinen Herrn haben und für seinen Feind achten, — den ich verletzen soll, daß ich den scheue und zu offendiren mich fürchten müsse.“ Aber er verfuhr trotzdem nach eben dieser Weisung.

Wallenstein vor Nürnberg die Entscheidung versage, um sie in Sachsen dem kurfürstlichen Heer gegenüber zu suchen.

Mit diesen Tagen von Nürnberg hörte der König auf, Meister dieses Krieges zu sein. Er machte noch einen Versuch, die verlorene Initiative wieder zu ergreifen. Er wandte sich pötzlich nach der Donau, in der Hoffnung, das kaiserliche Heer nach sich zu ziehen. Statt dessen ging Wallenstein durch das Voigtland nach Sachsen; zugleich rückte Pappenheim aus Westphalen heran; mit ihm, mit Gallas, mit Holck vereint, schien Wallenstein den Kurfürsten erdrücken zu wollen, ehe der König ihn retten könne. Schon nahm er Leipzig, Pappenheim erreichte Halle.

Da kam der König in Eilmärschen über Thüringen zurück; durch die Pässe von Naumburg vordringend, erreichte er Wallenstein bei Lützen (6. Nov.). In der mörderischen Schlacht fand er den Tod; Bernhard von Weimar vollendete den blutigen Sieg.

Freilich zog sich Wallenstein nach Böhmen zurück; im Cölnischen, am Oberrhein, in Franken drangen die Schweden von Neuem vor. Aber was war das Alles gegen den Einen Verlust; des Königs Tod empfand man als ein ungeheures Ereigniß. Trotz der Siegesnachricht ward in den Marken ein Lehns- und Landesaufgebot erlassen, „zur Rettung des gemeinen Vaterlandes und sein selbst hochnothwendige Gegenwehr und Abtreibung alles andräuenden Uebels gefaßt zu sein".[1]) Aehnliches überall; man war auf das Furchtbarste gefaßt.

Wenigstens nicht sogleich, nicht in der erwarteten Gestalt kam es. Noch blieben die Evangelischen im Felde Meister. Aber seit des Königs gewaltige Hand fehlte, lockerte sich das Band, das dieß Heerwesen geformt und gehalten hatte. In den deutschen Regimentern begannen Meutereien; die deutschen Obristen forderten „die

1) 12. Nov. 1632 bei Mylius III. 2. 41. Georg Wilhelm kam auf die Nachricht von des Königs Fall schleunigst aus Preußen zurück.

stattliche Vergeltung an Land und Leuten, die ihnen versprochen sei." Ihnen wurden schwedische Belehnungsbriefe auf Güter und Herrschaften in Deutschland gegeben, auf 5 Millionen Thaler an Werth. Dann durften auch die schwedischen Officiere nicht leer ausgehn. Mit der Hab- und Beutegier, mit der schnell gelernten Zuchtlosigkeit hatte das moralische Uebergewicht ein Ende, das Gustav Adolphs Kriegsvölker bis dahin gehabt; sie wurden bald ärger als die Kaiserlichen und die Spanier.

Dazu ein Zweites. Eine Regentschaft der obersten Kronbeamten stand nun an der Spitze des schwedischen Staates; bewunderungswürdig, wie sie ihn auf der Bahn politischer Größe, die der König erschlossen hatte, weiter führte; es war vor allen das Verdienst des Kanzlers Oxenstjerna, der bisher an des Königs Seite gewesen war.

Aber ein wesentlicher Unterschied ergab sich sofort. Wie immer Gustav Adolph die künftige Gestaltung Deutschlands und seine persönliche Stellung in derselben sich gedacht haben mochte, durchaus an seiner Person hatte diese Möglichkeit gehaftet. Mit seinem Tod fielen die beiden Elemente seiner Politik auseinander, und für die Regentschaft blieb mit Recht das schwedische Interesse das allein bestimmende.

Gustav Adolph war unermüdlich gewesen, den Einfluß Frankreichs fern zu halten. Noch hatte es nicht gegen Spanien, gegen den Kaiser den Krieg erklärt; es hatte nicht aufgehört, die Liga zu berathen und zu ermuthigen. Jetzt begann sich die Bedeutung der Erfolge, die es in solcher Mittelstellung gewonnen, zu enthüllen; es wurde ersichtlich, wie es sich in den Bereichen, auf denen die militairische Verbindung zwischen Oestreich und Spanien beruhte, einzunisten verstanden hatte. Es hatte, den Kurfürsten von Trier zu schützen, dessen Festen an der Mosel und am Rhein besetzt; einzelne Städte im Elsaß baten, um dem Jammer des hin- und herfluthenden Kampfes zu entgehen,

um französische Besatzung und erhielten sie. Auch die württembergische Grafschaft Mömpelgard wurde besetzt; schon vorher hatte der Herzog von Lothringen vier seiner festen Plätze und das Herzogthum Bar abtreten müssen; in den drei Bisthümern, die Frankreich bisher als Reichslande inne gehabt, wurde der Reichsadler mit den Lilien vertauscht. Und nun kam Feuquières ins Reich mit Vollmacht zu großen Zahlungen, zu größeren Erbietungen; Frankreich begann auch an den evangelischen Höfen Einfluß zu gewinnen.

Nicht jetzt erst erwachte Mißtrauen und Mißstimmung gegen Schweden. Aber daß jetzt „ein simpler schwedischer Edelmann" so viele Kurfürsten und Fürsten meistere, daß das kleine Schweden in Deutschland den Herrn spiele, sich auf Kosten des Reichs mit Reichsgebieten ersättigen wolle, schien unerträglich. Schon suchte der niedersächsische Kreis, als sei mit des Königs Tod die bisherige Verbindung gelöst, sich der gemeinsamen Sache zu entziehn, nicht ohne die Hoffnung, in König Christian IV. einen Rückhalt zu gewinnen. Landgraf Georg von Darmstadt, der Lutherische, der zwei Jahre kleinlaut still gesessen, begann wieder für das Haus Oestreich zu spinnen. Vor Allem hielt sich der Dresdner Hof berufen, die Rolle, die er zu spielen sich immer von Neuem unfähig erwiesen hatte, die der Führung des evangelischen Deutschlands, nicht länger in Schwedens Hand zu lassen.

Gleich nach der Schlacht von Lützen folgten Erörterungen unangenehmster Art. Kursachsen fand, daß nicht genug geschehen sei: „es hätte gewünscht, die von Gott gnädig verliehene Victorie in Gemeinschaft mit Schweden zu verfolgen." Der Kanzler antwortete, nachdem er Kriegsrath in Altenburg gehalten: „auch ihm wäre nichts lieber gewesen, aber der Schnee im Gebirge und die völlige Erschöpfung des schwedischen Heeres mache es unmöglich; wenn auch Kursachsen sich verstärkt und zum Einbruch nach Böhmen im Frühjahr fertig gemacht habe, so werde er mit einer solchen Armee zur

Stelle sein, die in Verbindung mit der kursächsischen dem Friedländer die Spitze bieten könne."

Der Kanzler sah, daß er sich vor Allem mit Kursachsen ins Klare setzen müsse. Er eilte nach Dresden: „drei Wege gebe es, man müsse sich für einen entscheiden; entweder daß alle evangelischen Stände einen Bund bildeten unter schwedischer Führung, mit einem Bundesrath aller Betheiligten; oder daß man zwei Körper formire, die vier oberen Kreise unter schwedischem, die beiden sächsischen unter des Kurfürsten Directorium, beide mit der gegenseitigen Pflicht vertrautester Gemeinschaft, bereitester Hülfe; oder daß sich die evangelischen Stände im Reich stark genug fühlten, ihre Sache selbst weiter zu führen, und die schwedische Macht, mit Vorbehalt einer billigen Satisfaction, sich zurückziehe." [1])

Kursachsen wollte weder die Satisfaction, noch die einheitliche Leitung Schwedens; „allein zum zweiten", schreibt der Kanzler, „scheinen sie mir hinzuneigen." Es kam zu keinem bestimmten Schluß. „Sie wissen sich in so gefährliche Zeiten nicht zu schicken, sind guter Tage gewöhnt, und machen sich eitle Hoffnungen in dem Wahne, so dem Unglück entgehen zu können."

Als demnächst in Heilbronn der Bund der vier oberen Kreise zum Abschluß kommen sollte, war Sachsen zurückhaltend, schwierig, überall im Wege; um so thätiger halfen die französischen Gesandten das Werk fördern. Mehr und mehr sah sich der Kanzler zu der Gemeinschaft mit Frankreich hinübergedrängt.

Es machte bösen Eindruck, daß jener Franz Albert von Lauenburg, von dem gesagt und geglaubt wurde, er habe in der Lützener Schlacht den König erschossen, den schwedischen Dienst verließ und

1) Ausführlich bei Geijer III. p. 276. In der am 19. Jan. nach Berlin gesandten sächsischen Registratur heißt es: „..... wenn Sachsen und Brandenburg das Werk auf sich nehmen und es dahin richten wollen, daß die Cron ein recompens erlangen möcht, wollte sie JJ. DD. alles Volk und die eingenommenen Plätze abtreten" u. s. w.

in Dresden willkommene Aufnahme fand; sein Bruder Franz Julius war kaiserlicher Kämmerer, ein anderer Bruder kaiserlicher Obrist, wie er selbst bis wenige Monate vor der Schlacht gewesen war. Schon im Januar gingen durch seine Hand geheime Erbietungen Sachsens an Wallenstein; dieser wies sie für jetzt noch von der Hand; er sah, daß er nur zu zögern brauche, um die Verbindung der Evangelischen völlig zu zerrütten.

In Dresden schien man vorerst kein höheres Interesse zu haben, als Brandenburg möglichst von Schweden abzulösen. Oxenstierna selbst hatte in Berlin gut geheißen, daß die brandenburgischen Truppen, die bisher mit den schwedischen in Schlesien vereint standen, unter sächsischen Befehl träten; es geschah brandenburgischer Seits mit der Zusicherung, sie außer im äußersten Nothfall, wenn die Lande von Feindesmacht überzogen würden, nicht abzurufen.[1])

Kaum ihrer gewiß, begann Kursachsen auf den Frieden zu dringen; Dänemark und Polen, schrieb man nach Berlin, hätten sich erboten, ihn zu vermitteln; er sei nothwendig, wenn das Reich vor gänzlicher Desolation oder doch höchst kläglicher und bedauerlicher Dismembration gerettet werden solle[2]); freilich Oxenstierna habe auf die ihm vor bereits sechs Wochen gemachten dringenden Friedensmahnungen noch nicht geantwortet; „wenn man solche absonderlichen Hauptschlüsse — jene Heilbronner Verträge — mache und die vornehmsten Interessenten, die bei dem ganzen Werk ein sehr Großes gethan und noch thun, zurückstelle, ja sich allerhand Eingriffe gegen sie erlaube, so sei leicht zu schließen, was davon Gutes kommen könne." Vergebens warnte Brandenburg vor einseitigen Schritten, vor zu eifrigem Entgegenkommen, ehe man wisse, ob auch kaiserlicher Seits der Frieden eben so eifrig gewollt werde[3]);

1) Registratur der in Dresden verglichenen Punkte, 12. März 1633.

2) Kursächsisches Schreiben an Georg Wilhelm, 30. April 1633.

3) „Das beste Mittel, den Gegentheil zum Frieden zu bringen, werde nicht

vergebens suchte es die Verbindung Sachsens mit Schweden, die für das ganze evangelische Deutschland so wichtig sei, aufrecht zu erhalten, die französischen Bemühungen, die auf dasselbe Ziel gerichtet waren, zu unterstützen. Am Dresdener Hofe wurde es übel vermerkt, daß Georg Wilhelm mit dem französischen Gesandten so lebhaft verhandelte, sich nicht völlig der sächsischen Leitung anvertraute, noch übler, daß Brandenburg mit den Welfen, dem Landgrafen, andern in Verhandlung trat. Schon mußte man erkennen, daß das Vertrauen der Evangelischen, das man mehr und mehr verlor, sich nach Berlin wendete.[1]) Man suchte nun um so eifriger die Verständigung mit Wallenstein, die Gnade des Kaiserhofes.

Raschen Ganges trieben die Dinge weiter, als man in Berlin ahnete.

Wallenstein war mit dem Frühling in Schlesien eingebrochen; er stand mit Uebermacht dem sächsisch-brandenburgischen Heere bei Schweidnitz gegenüber; Arnim wäre ihm gewachsen gewesen, wenn er sich mit den Schweden, die bei Brieg standen, vereinigt hätte. Statt sie dazu aufzufordern, nahm er den Waffenstillstand an, den ihm Wallenstein anbot.

War es Wallensteins Wille, die kaiserliche Politik auf die Bahn zurückzuführen, aus der sie sich drei Jahre früher von Baiern und der Liga hatte hinwegdrängen lassen? waren seine Erbietungen, „den

so sehr auf einen Convent zur kompositionshandlung als auf eine gute und wohlgegründete verfassung und einmütigkeit und conjunctio consiliorum et virium unter allen, die in societate belli versiren, neben einem vollkommenen ernst und eyffer bestehen.“ Kurbrand. Antw. auf das kursächs. Schreiben vom 30. April 1633.

1) Feuquières berichtet seinem König von dieser jalousie des Kurfürsten von Sachsen ausführlich, 22. Aug. 1633. Lettres et Nég. p. 64. Schon 21. Juli p. 46): .... lui a tellement ôté la créance dans tout ce parti, qu'il semble que tout venille se tourner vers l'Electeur d. Br., qui de sa part n'oublie rien de ce qu'il croit le pouvoir rendre le plus considérable dans son parti. Und später (p. 178): .... fonder son établissement sur la diminution de l'autorité du Duc de Saxe qui l'avoit jusqu' à present traité comme son inférieur.

Religions- und Profanfrieden, wie er in Kaiser Rudolphs und Matthias Zeit gewesen, herzustellen", ernstlich gemeint? umfaßte die „unbedingte" kaiserliche Vollmacht zum Friedensschluß, die er empfing auch diese Zugeständnisse?

Freilich endete der Waffenstillstand, ohne daß man ein Verständniß gewonnen; aber nach wenigen Tagen folgte neue Waffenruhe, neue Verhandlungen unter dänischer Vermittlung; wochenlang zogen sie sich hin, immer den officiellen Besprechungen zur Seite Erbietungen, Anknüpfungen, Heimlichkeiten weit aussehender Art, immer Sachsen daran, nachzugeben, Brandenburg um so mißtrauischer, zurückhaltender. Daß Wallenstein zugleich mit Schweden und Frankreich in Verhandlungen stand, seine Beziehungen mit Dänemark fortsetzte, mit Rom deren anknüpfte, nach allen Seiten hin seine Fäden spann, sich alle Wege offen hielt, davon erfuhr man in Berlin wenig oder nichts. Man fühlte wohl, daß die Luft schwül und voll unheimlicher Dinge sei, man wich eben so dem Drängen Sachsens zum Frieden, wie dem Frankreichs zum Eintritt in den Heilbronner Bund aus [1]). Schon hatte der Kurfürst den Grafen Schwarzenberg wieder an den Hof kommen lassen [2]); je unklarer die Lage der Dinge wurde, desto weniger war Einigkeit zwischen ihm und den andern Räthen [3]); es war wie in jenen bösen Tagen des dänischen Krieges: man trieb vor dem Winde.

1) Von allen diesen Verhandlungen mit Wallenstein, Feuquières, Oxenstjerna u. s. w. gebe ich aus überreichem Material nur das Nothwendigste.

2) Schwarzenberg war Nov. 1632 nach Königsberg beschieden, blieb dort bei der Kurfürstin, während der Kurfürst (Mai 1633) nach Berlin ging. Ich vermag nicht anzugeben, wann der Graf dorthin gefolgt ist; sicher ist er im Sept. 1633 in Berlin. S. folgende Note.

3) La désunion entre Messieurs de son conseil et le comte de Schwartzenbourg, à lequelle les uns et les autres ne sont que déjà trop disposés. Feuquières Schreiben vom 21. Sept. 1633. Lettres et Nég. II. p. 123. In diese Zeit gehören die persönlichen Verhandlungen des Kurfürsten mit Rusdorf über eine Verständigung zwischen Kurpfalz, Sachsen und Brandenburg. S. Arkenholz Mém. conc. la Reine Christine III. p. 130.

Allerdings war eine große Katastrophe im Anzug. Der Kaiser rang mit seinem Feldherrn. Wie immer die Entscheidung fiel, sie mußte von unermeßlichen Folgen sein.

Wallenstein hat in dem Verlauf dieser ungeheuren Schwankungen den Ausdruck gebraucht: „er werde zum Frieden thun, möge der Kaiser wollen oder nicht.“ Welchen Frieden, welche Neugestaltung der Dinge das Reich aus der Hand des gewaltigen Feldherrn erhalten, in welcher Weise er die deutsche Frage gelöst haben würde, ist nicht zu ermessen. Gedachte er Böhmen, das ihm der Kaiser als Sicherung verschrieben, für immer zu behalten? suchte sein dunkler Ehrgeiz noch Größeres? Die ausschweifendsten Pläne haben ihn zeitweise beschäftigt, und in seiner Armee durfte er das Mittel, in der unerhörten Vollmacht, die ihm zu Theil geworden, die Befugniß zu ihrer Durchführung zu haben glauben.

Je mehr die Gefahr schwand, gegen die der Kaiser Wallenstein aufgerufen, desto unerträglicher wurden ihm die Befugnisse, die er ihm zugestanden; „die fremden Potentaten müßten glauben, daß er einen Corregens an der Hand und in seinen eignen Landen keine freie Disposition mehr habe.“ Gegen die Zusicherungen, die Wallenstein in jenen Breslauer Verhandlungen an Sachsen gemacht, sofern er die Freiheit der Religion bewilligt, erhielt der kaiserliche Bevollmächtigte den Befehl, „solenniter zu protestiren“.

Sofort fand der Zwiespalt zwischen dem Kaiser und seinem Feldherrn eine zweite Frage, sich noch tiefer zu wühlen.

Frankreich war dem Namen nach im Frieden mit dem Kaiser, mit Spanien. Wir wissen, wie es diesen Frieden benutzte, sich am Rhein und in Lothringen festzusetzen; schon hatte der Herzog von Lothringen auch seinen festesten Platz, seine Hauptstadt Nancy, den Franzosen einräumen müssen. Die Verbindung der spanischen Niederlande mit Italien und den deutsch-östreichischen Landen war auf das Höchste gefährdet; sollte sie nicht völlig gesprengt werden, so

mußte man eilen, sich militairisch des Oberrheins Meister zu machen. Dringend forderte Spanien, daß es geschähe.

Wie hätte Wallenstein dem zustimmen sollen. Seine großen Erfolge bisher beruhten darauf, daß er sich in der hartnäckigsten Defensive hielt, daß er sie auf die wohlverstandene militairische Bedeutung Böhmens gründete, daß er von dort wie von einer vorspringenden Bastion aus, selbst unangreifbar und des Kaisers Kron- und Erblande deckend, die Macht des Feindes in Nord- und Süddeutschland aus einander hielt, in jedem Augenblick im Stande, auf die eine oder andere sich mit gesammelter Macht zu stürzen. Mochten die Heere Schwedens und des Heilbronner Bundes das Gebiet zwischen Main, Rhein und Bodensee inne haben, von Böhmen aus in der Flanke bedroht, waren sie außer Stande, weiter die Donau hinab bis zu den östreichischen Landen vorzudringen, und bis dahin war sedes belli in dem Lande des stolzen Baiernherzogs, der so den Frieden zu wünschen lernen mochte. Und schon ertrug Kursachsen den Druck der nahen Gefahr kaum mehr; es suchte eifrigst den Frieden; wurde ein solcher gewährt, der den Evangelischen im Reich Libertät und freies Bekenntniß gewährleistete, so nahmen sie ihn mit Dank an und halfen mit, den nicht mehr nöthigen Helfer nach seinem Nordlande zurückzuweisen. Dann endlich war es Zeit, mit Frankreich abzurechnen. Diesen ganzen Kriegsplan zerstörten die Forderungen des spanischen Hofes; gab Wallenstein ihnen nach, so wurde der Schwerpunkt des Krieges an den Rhein verlegt, und damit nicht bloß die unbezwingliche Stellung in Böhmen zur Nebensache gemacht, sondern vor Allem Frankreich mit seiner ganzen, noch ungeschwächten Kraft in den Krieg hineingezogen.

Man sieht, das spanische, das spanisch-östreichische Interesse forderte das Gegentheil von dem, was das deutsche, ja das deutsch-östreichische Interesse zu gebieten schien.

In Wien gefiel man sich darin, dem Rath des Feldherrn, der

das Recht hatte, Folgeleistung zu fordern, entgegenzuhandeln. Trotz seiner Einsprache ließ man spanische Heere aus Italien aufbrechen, um gegen den Oberrhein zu marschiren. Um so lebhafter betrieb Wallenstein seine Unterhandlungen mit Frankreich, Schweden, Bernhard von Weimar, den beiden evangelischen Kurfürsten, während zwischen dem Kaiser, Spanien, Baiern, einigen italienischen Fürsten ein Bündniß eingeleitet wurde, „dessen Namen sein wird Liga des Friedens, der Herstellung und Aufrechterhaltung"; diese Liga hoffte in Frankreich selbst eine Empörung gegen den Cardinal Richelieu, eine Schilderhebung der Prinzen von Geblüt und der unzufriedenen Großen hervorzurufen. Ausgangs September erreichte der Herzog von Feria mit dem Vortrab des italienischen Heeres den Bodensee, und trotz Wallensteins ausdrücklichen Verbotes vereinigte sich Aldringer mit ihm.

Genau in denselben Tagen brach Wallenstein die Unterhandlungen mit Sachsen und Brandenburg ab: „es gebe doch keinen Frieden, wenn man nicht die Fremden hinaustreibe und zu dem Ende beider Kurfürsten Volk mit ihm conjungire." Rascher, heftiger, als man sonst an ihm gewohnt war, eröffnete er die Feindseligkeiten. Der erste Stoß schien Arnim vernichten zu sollen, der sich eiligst auf Meißen zurückzog; dann plötzlich sich rechts wendend, warf sich Wallenstein auf das kleine schwedische Heer unter Duval, das bei Steinau stand, rieb es völlig auf (1. Oct.), eilte dann mit seiner ganzen Kriegsstärke gegen die Marken; für Wallenstein war der Augenblick gekommen, die beiden Kurfürsten zur Conjunction zu zwingen, der ja Brandenburg am hartnäckigsten widersprochen hatte. Vereint mit ihnen, mochte er sich der spanisch-bairischen Intrigue am Kaiserhofe gewachsen fühlen.

Mit Entsetzen sah man in Berlin, daß Wallensteins Zug den Marken galt. Die brandenburgischen Regimenter hatte Arnim mit nach Sachsen geführt; man forderte sie zum Schutz des Landes

zurück, wie im Vertrage vorbehalten war, aber vergebens; das Land war so gut wie wehrlos. Crossen, Landsberg, Frankfurt (8. Oct.) fielen in die Gewalt der Kaiserlichen.

Der Kurfürst flüchtete nach Brandenburg, bald weiter in die Altmark. Dann drangen die Feinde in zwei Colonnen auf Berlin vor, voran ein Obrist Wins, ein brandenburgischer Vasall, der Berlin brandschatzte (21. Nov.).

Kurz vor dem Angriff auf Crossen hatte sich Franz Albert von Lauenburg am Berliner Hofe eingefunden; der Kurfürst hatte ihn gegen die Meinung der Räthe auf Empfehlung Schwarzenbergs empfangen [1]). An ihn sandte Wallenstein jetzt einen neuen Vertragsentwurf, mit dem, so hieß es, Sachsen einverstanden sei. So schlimm augenblicklich die Dinge standen, der Kurfürst wies ihn zurück. „Wir sehen wohl“, schrieb er an Arnim, „daß der Zweck allein ist, uns von aller Assistenz zu entblößen, unsere eigenen Waffen aus unsern Händen zu spielen und dennoch den Unglimpf des ausgeschlagenen Friedens auf uns zu wälzen.“ [2])

Die großen Erfolge Bernhards von Weimar an der Donau, endlich der Fall Regensburgs (5. Nov.), der München, ja Wien zu bedrohen schien, die immer dringenderen Hülferufe des Kurfürsten Maximilian veranlaßten den kaiserlichen Hof, Wallenstein zu sofortigem Vorrücken nach Baiern anzuweisen. Wallenstein tadelte laut den Befehl; zögernd leistete er Folge; er zog seine Truppen aus den Marken zurück — nur Frankfurt und Landsberg blieb besetzt —,

---

1) De Rorté (Feuquières, Lettres et Nég. II. p. 133) schreibt von dieser entrevue im Oct.): à la persuasion d'une personne, en qui il ne faut pas fier et qui est autant notre ennemi que de la couronne de Suède, qu'on en puisse avoir en Allemagne, et qui néamoins occupe si fort l'esprit de ce Prince, qu'il lui fait faire une partie de ce qu'il veut.

2) Schreiben an Arnim, Brandenburg 16. Oct. 1633. Den Vertragsentwurf, 9. Oct., hat Chemnitz II. p. 273. Anderes giebt Helbig in dem Aufsatz: Wallenstein und Arnim p. 31.

er concentrirte seine Macht in Böhmen, nach der bairischen Grenze zu; dort blieb er stehen; so in der Flanke bedroht, mußte auch der Feind Halt machen.

Wallenstein hatte den Zweck seines Zuges nach der Mark nicht erreicht; eben darum hatte er noch einmal Parition leisten müssen. Um so mehr war er entschlossen, den letzten, entscheidenden Schritt zu beeilen; er rechnete auf Kursachsen, auf Bernhard von Weimar, auf seine Generale und Regimenter.

Als die Kaiserlichen längst aus der Mark zurückgegangen (Anfangs Dec.), rückte Arnim von Dresden heran, um einige vergebliche Versuche gegen Frankfurt zu machen; es schien nur zu geschehen, um der schwedischen Hülfe, die Banner heranführte, zuvorzukommen und den Berliner Hof zu „calmiren".

Allerdings war man hier in sehr gereizter Stimmung [1]). Sah es nicht wie ein abgekartetes Spiel aus, daß Sachsen die brandenburgischen Regimenter zurückbehielt, während Wallenstein in die Marken einbrechen ließ? Geradezu hatte der Lauenburger erklärt, diese Regimenter könnten nicht zurückgegeben werden, und zugleich brachte er jenen Entwurf vor, der ja in Dresden gutgeheißen war; daß jetzt Sachsen nur noch ungeduldiger zum Abschluß ohne Schweden und den Heilbronner Bund drängte, daß es Vollmacht für Arnim, auch für Brandenburg abzuschließen, forderte, steigerte das Mißtrauen [2]). Oxenstjerna, der gleich darauf nach Berlin kam, zur Beschickung des Frankfurter Convents aufzufordern, fand bereitwilliges Entgegenkommen, um so mehr, da er wegen Pommerns beruhi-

1) Schon im August 1633 schreibt Feuquières an den König: les mécontentemens que le dit Electeur et ceux de son conseil ont du procédé altier dont jusques aujourd'hui l'Electeur de Saxe a usé en leur endroit, les portent à un tel ressentiment u. s. w. Lettres et Nég. II. p. 39.

2) Das ergiebt sich aus Arnims Verhandlungen in Berlin, 27. Januar 1634, über die Helbig (Ferdinand II. und Wallenstein p. 26) aus dem Dresdener Archiv einiges mehr, als ich im Berliner Archiv vorfand, mittheilt.

gende Zusicherungen gab. Nur den förmlichen Eintritt in den Heilbronner Bund lehnte man ab, weil dessen Truppen von Bundes wegen, nicht durch die einzelnen Stände bestellt und gehalten würden; desto bereiter war man demnächst, die brandenburgischen Regimenter mit dem Heer Banners zum Vorrücken nach Schlesien zu conjungiren. Man schloß jetzt den schon lange mit Frankreich verhandelten Vertrag ab; das Einrücken der Spanier ins Reich hatte das letzte Bedenken beseitigt; „wenn der Kaiser Fremde ins Reich holt", hatte der Kurfürst selbst gesagt, „so ist es hochnöthig, daß auch Frankreich sein Heer herein schickt."[1]) Und Frankreich empfahl den Fürsten und Ständen beider sächsischen Kreise, sich Brandenburg anzuschließen, ihre Truppen mit denen Brandenburgs zu vereinen.

Da kam die Nachricht, daß Wallenstein als Rebell entsetzt, daß er ermordet sei (15. Febr.).

Der Prager Friede.

Wen immer die Schuld dieses Verbrechens treffen mag, dem Kaiserhofe galt es für eine rettende That; in Wien, wie in Madrid athmete man auf.

Man hatte nun, Dank dem Ermordeten, ein gewaltiges und trefflich geschultes Heer; denn die Aufregung über das Geschehene wurde rasch und leicht beseitigt; den „Tyrannen", hieß es, habe die gerechte Strafe ereilt. Man hatte, Dank dem Ermordeten, die dominirenden Positionen gegen Pommern, die Marken, Sachsen; man konnte einen Theil der feindlichen Macht dort festhalten, um den Hauptstoß die Donau aufwärts gegen den Rhein zu führen. Wallensteins Zögern und Unterhandeln hatte den Hader zwischen

1) de Rortés Bericht vom 4. Oct. 1633. Feuquières II. p. 136.

den Verbündeten, zwischen den Führern der feindlichen Heere genährt, hatte die schwedisch-deutsche Macht mürbe gemacht; warum jetzt noch die deutschen Gegner mit Zugeständnissen gewinnen; jetzt war nicht mehr von Frieden, sondern nur von Unterwerfung die Rede, jetzt galt es den Kampf aufs Messer.

Schon kam das große Heer über die Alpen herab; geführt von dem jungen Cardinal Infanten, König Philipps IV. Bruder. Und zum Generalissimus bestellte der Kaiser seinen Erstgebornen, den jungen König Ferdinand von Ungarn. Die Dynastie selbst trat an die Spitze der Armeen.

Kühn, wie in keinem früheren Feldzug, war der Kriegsplan. Man ließ es geschehen, daß Banner, aus Pommern vordringend, Frankfurt erstürmte, Landsberg nahm, daß Arnim die Kaiserlichen bei Liegnitz zurückdrängte; auf dieser Seite des Kriegs-Theaters genügte es, den Feind hinzuhalten; im Nothfall konnte man Kursachsen — es wurde in Leitmeritz, dann in Pirna unterhandelt — herüberziehen, sobald man wollte.

Die Entscheidung lag im obern Deutschland. In raschen Zügen entwickelte sich der Feldzug an der Donau. Während der junge König auf Regensburg vordrang, die Stadt einschloß, hemmte ein anderes Heer, von Baiern her vordringend, den Zuzug Horns aus Schwaben. Anfangs Juli fiel Regensburg; den Kaiserlichen stand der Weg nach Franken offen.

Eben jetzt tagte der Convent der Evangelischen in Frankfurt. Wahrlich, die Lage der Dinge war für sie so ernst als möglich; die innige Verbindung der beiden sächsischen mit den vier oberen Kreisen, die Oxenstjerna forderte, die Anspannung aller Kraft, um das Feld zu behaupten, schien im höchsten Maaß geboten. Aber Kursachsen fuhr fort, in Leitmeritz zu unterhandeln, und suchte hier in Frankfurt, nur zu hemmen und zu trennen. „Die Verbindung nach den Reichsgesetzen sei genügend", sagten die sächsischen Räthe; man müsse dem

Calvinismo nach Möglichkeit steuern und wehren. Als sich dann Brandenburg bestimmt für die Vereinigung aussprach, kam aus Dresden die Weisung, eben so bestimmt sie zu verwerfen: „denn deren Hauptzweck ist, Kurfürsten und Stände bei ihrer Religion zu lassen, womit dann der Calvinismus mit eingeschlossen wird, welchem direct oder indirect einigen Vorschub zu thun, weder gegen Gott, noch im Gewissen zu verantworten ist."

Ich erörtere den Verlauf dieser kläglichen Verhandlungen nicht. Die brandenburgischen Räthe thaten ihr Mögliches; sie glaubten mit den Schweden besser als je zu stehen, dann aber kam die Frage über die schwedische Satisfaction; mit Entsetzen hörten sie des Reichskanzlers Erklärung, daß Schweden Pommern behalten müsse. „Ich kann nichts anders annehmen", schreibt Georg Wilhelm auf diese Nachricht, „als daß ich sehr hintergangen oder, deutsch zu sagen, gegen besseres Vertrauen betrogen bin; und wird es mit Mecklenburg und Preußen dieselbe Meinung haben".[1]) „Man hat Gott zu danken", schreibt Arnim, „daß es noch Mittel giebt, dem zu entgehen und sich vor dergleichen listigem Reinecke vorzusehn." Dieß Mittel schien ihm, daß die brandenburgischen Truppen von Banner abgefordert und mit den sächsischen conjungirt würden.[2]) Das war auch Burgsdorfs Ansicht, der die brandenburgischen Truppen führte; und daß Schwarzenberg dasselbe meinte und längst gemeint hatte, wenn er auch anders sprach, versteht sich von selbst.[3])

Die Brandenburger hatten eben jetzt mit Banner einen glän-

---

1) Eigenhändiges Schreiben Georg Wilhelms an Arnim, 31. Aug. 1634.

2) Es waren die Fußregimenter Obrist Herzog Franz Carl von Lauenburg, Obrist Conrad von Burgsdorf, Obrist Ehrenreich von Burgsdorf, und die Reiterregimenter Obrist Conrad von Burgsdorf, Obrist Volckmann.

3) Am 10. Dec. 1633 meinte de Norté noch das Gegentheil (Feuquières II. p. 184): Vous assurant que d'autant que Borstorf avoit porté l'Electeur à écouter des traités, d'autant que Schwartzenberg à été contraint et ses pensées secrètes ne dementent point ses actions u. s. w.

zenden Zug gemacht. Der kühne Schwedenfeldherr war auf die Kunde von der Bedrohung Regensburgs aufgebrochen „nach Böhmen, längs der Moldau bis an die Donau“ vorzudringen, seine „Retraicte“ auf Sachsen und Brandenburg mit der auf Herzog Bernhard zu vertauschen.

So sein Plan. Er rückte, wie die Sachsen ihn auch hemmen, sich ihm anhängen mochten, um seine „Luftsprünge“ zu hindern,[1]) über Zittau, über Leitmeritz vor; am 16. Juli standen die Schweden, Sachsen und Brandenburger vereint auf dem weißen Berge bei Prag.

Der Fall Regensburgs, Herzog Bernhards Rückzug nach Franken zwang Banner, Halt zu machen. Er ging auf Leitmeritz, Arnim nach Melnick zurück, und in Pirna unterhandelten die sächsischen und kaiserlichen Räthe weiter um den Frieden. Alles sah mit Spannung nach dem wild wechselnden Kriegsspiel in Franken und Schwaben.

Die brandenburgischen Regimenter waren schon lange schwierig; Arnim schrieb fleißig an die Obersten: „ich vermeine, man wird nun sehen, ob es Passiones gewesen, wenn ich von der Gefahr geredet“; und wieder: „sieht man nun, warum man den Kurfürsten so vertieft hat und noch mehr vertiefen will, ihm alle Mittel abschneidet, seine eigenen Waffen andern untergiebt?“[2]) Sie meinten, es sei Zeit, ein Ende zu machen. Sie wollten entweder unter ihres Herren oder unter sächsischen Befehl. Aus Berlin kam ihnen die Nachricht, man wolle nur erst das Ende des Frankfurter Convents abwarten.[3]) Auf alle Fälle empfahl Schwarzenberg, eine Vollmacht zur Trennung von Banner auszufertigen.[4])

1) Ein Ausdruck Arnims. Helbig, Prager Frieden p. 30.

2) Arnim an Burgsdorf, 26. Aug., 31. Aug. 1634.

3) Chemnitz II. p. 496. Schreiben Georg Wilhelms an Johann Georg, 31. Aug. 1634.

4) Schwarzenberg an Knesebeck, Cöln a. S. 3. Sept. 1634. Für den Fall,

Schon war die Entscheidung gefallen. Die mörderische Schlacht bei Nördlingen (26., 27. Aug.) brach die schwedische Macht im oberen Deutschland. Horn wurde gefangen, Bernhard von Weimar — auch er war daran, in des Herzog von Lothringen Hand zu fallen — rettete sich mit den Resten des Heeres über den Rhein zu den Franzosen; der Herzog von Würtemberg verließ flüchtend sein Land, die Kaiserlichen besetzten es; alles Land bis zum Rhein und Main fiel in ihre Gewalt. Der Heilbronner Bund sandte Boten nach Paris, dem Könige den Elsaß zur einstweiligen Besitznahme anzutragen.

Schon überschritt Karl von Lothringen den Rhein: „in drei Wochen gedenke er vor Paris zu stehn und dem König Ludwig, dem zweiten Nero, die Krone vom Haupt zu reißen".

So brach im Süden das Werk Gustav Adolphs zusammen. Um wenigstens den Norden Deutschlands zu decken, eilte Banner durch das Voigtland nach Thüringen; bald mußte er an die Elbe zurück, um nur Magdeburg zu behaupten und die Verbindung mit der See zu sichern.

Seit Monaten wurde in Pirna unterhandelt. Die kaiserliche Gesandtschaft, der Convertit Graf Trautmannsdorf an ihrer Spitze, hatte klug gezögert; aber die „Privatsatisfaction" für den sächsischen Kurfürsten hatte man im Vorwege zugestanden, nemlich den erblichen Besitz der beiden Lausitzen, die Rückgabe des Erzstiftes Magdeburg an des Kurfürsten Sohn, die Einverleibung von vier erzstiftischen Aemtern in das Kurfürstenthum. Jetzt, nach dem großen Umschwung

daß Banner weiter gehn und den Kurfürsten um sein Volk bringen wolle, könne man an Herzog Franz Carl Vollmacht geben, sich von ihm zu trennen, „der muß sie in hoher Geheim halten und nicht vorweisen bis es hochnöthig, denn sonsten, wen einer der under dem Banner zu stehn überdrissig und gerne unter GL. Arnim baldte sein wollte, der kunnte sich dieser Ordre leicht misbrauchen." Chemnitz erwähnt einer solchen Weisung schon im Juni (II. 492), ich habe die Bestätigung dafür in den Acten nicht gefunden.

der Dinge war es Zeit, die Schlinge zuzuziehen. Am 14. November unterzeichneten die kaiserlichen und sächsischen Räthe „auf ihrer Principalen Ratification".

Johann Georg glaubte oder wollte zu glauben scheinen, daß „wenn er nicht zum Abschluß eile, die Dinge bald in einen noch schlimmeren Stand gerathen würden".

Allerdings hatte er Einiges außer dem eigenen Vortheil ausbedungen; die Frage des Restitutionsedictes sollte vertagt, der Besitz der geistlichen Güter, wie er 1627 gewesen, noch auf weitere vierzig Jahre zugestanden bleiben; es sollte die Anwartschaft Brandenburgs auf Pommern, wenn es diesem Vertrage beiträte, anerkannt sein; es sollte allen evangelischen Fürsten und Ständen im Reich der Zutritt bis zu einem bestimmten Tage offen bleiben. Auch eine Amnestie wurde zugesichert, aber die Liste der betreffenden Personen und Güter wurde noch vorbehalten; auch für Schlesien, für die Evangelischen in den Kron- und Erblanden bemühte sich Sachsen, aber ohne Erfolg.

Dann war bestimmt: mit diesem Frieden und nur für diejenigen, „welche sich zu seiner Handhabung und Vollstreckung wirklich bequemten", sollte Recht und Herkommen des Reichs hergestellt sein. Das hieß das Reichsrecht todtsprechen und an dessen Stelle den Vertrag setzen, den Kursachen ohne Auftrag, ohne Mitwirkung der Mitstände gegen mehr als zweideutigen Gewinn mit dem Kaiser geschlossen.

Und unter den Bedingungen dieses Friedens war: alle Unionen, Ligen und Bündnisse sind aufgehoben, ausgenommen der Kurverein, die Erbvereine des Hauses Oestreich und die Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Hessen und Brandenburg. Also die Fürsten und Stände des Reiches verlieren das althergebrachte Recht, Bündnisse im Reich und mit dem Ausland zu haben und

zu schließen, sie verzichten auf jede Art auswärtiger Politik und überantworten diese dem Kaiser.

Sodann: die Fürsten und Stände sollen kein Kriegsvolk halten, außer was sie zur Besetzung ihrer Festungen brauchen, und wenn die Festungen so nicht hinlänglich gesichert erscheinen, sollen sie kaiserliche Besatzung erhalten; und soll hinfort nur eine Armee, die kaiserliche und Reichsarmee genannt, bestehn, 80,000 Mann, von denen 50,000 als „des Kaisers eigene Armada" der König von Ungarn commandiren wird, 30,000 der jedesmalige Kurfürsten von Sachsen als „des Kaisers und Reiches General". Das Kriegsvolk in dem einen wie andern Heer wird dem Kaiser schwören. Zur Erhaltung dieses Heeres wird jeder Fürst und Stand im Reich 120 Monate nach der Matrikel zahlen. Also eine völlig neue Reichskriegsverfassung[1]), gegründet nicht mehr auf die territorialen Contingente, sondern auf die Geldleistungen der Fürsten und Stände an des Kaisers Kasse; der Kaiser nicht bloß der oberste, sondern der einzige Kriegsherr im Reich.

Endlich, was auswärtige Potentaten in Händen haben, zu dessen wirklicher Restitution sollen die Evangelischen, die diesen Frieden genießen wollen, dem Kaiser und den Katholischen mit gesammter Hand helfen. Und unter den zu restituirenden war „zumal" der Herzog von Lothringen mit seinen Landen und Leuten genannt. Das bedeutete einfach den Reichskrieg gegen Frankreich, die Verwendung der Kräfte des Reichs im Interesse der spanisch-östreichischen Macht.

Es ist nicht nöthig auf die weiteren Artikel des Vertrages ein-

1) Es soll dieser Vertrag „in vim einer freiwilligen transaction zwischen dem Kaiser als Oberhaupt und den Ständen des Reichs und nachmals, in der Form einer pragmatischen Sanction gefasset, inter leges Imperii publicas referirt, auch alle Kaiser durch die Capitulation darzu in specie verbunden, selbige dem curfürstlichen Verein mit eingeruckt, dem Cammer Gericht insinuiret und darüber festzuhalten und zu sprechen anbefohlen worden."



zugehen. Es wollte nicht viel besagen, daß eine neue Ordnung des Reichshofrathes, des Kammergerichts, dessen Revision, die Parität des Bekenntnisses in diesen Instituten in Ansicht gestellt würde. Und wenn man aussprach, daß „die jetzige klägliche Reichsbewandniß ein sonderbar eilendes und unverzügliches Rettungsmittel" gefordert habe, daß aber „dieser aus Noth gebrauchte Modus dem Reich und dessen Gliedern nicht präjudiciren solle", so war damit genug gesagt. Man octroyirte dem Reich eine neue Verfassung und nannte das eine rettende That.

Johann Georg ratificirte; „als eine der Haupt- und Grundsäulen des herrlichen, wunderbaren, anitzo aber leider allzusehr deformirten und zerstörten Reichsbaues" [1]) meinte er dem Wesen des Reiches aufhelfen zu müssen und mit diesem Frieden aufzuhelfen. Daß eine dieser Grundsäulen, Kurpfalz, gebrochen war und blieb, daß eine zweite, der Kurfürst von Trier, ohne Urtheil und Recht von kaiserlichem Volk in Luxemburg überfallen, gefangen, als Gefangener erst nach Brüssel, dann nach Wien geschleppt wurde, wo ihn zehnjährige Gefangenschaft erwartete, machte die albertinische Politik nicht irre.

Aber der Kaiser ratificirte nicht sofort; er machte immer neue Ausstellungen, Vorbehalte, Forderungen: „er dürfe den katholischen Ständen nichts vergeben; er werde sich so resolviren, daß jeder, der den Frieden liebe, damit zufrieden sein könne". Nur um so eifriger war Sachsen, mit Bitten, Anpreisungen, Bedrohungen, mit reichspatriotischen Phrasen die Glaubensverwandten für den Frieden zu gewinnen, freilich ohne die Nebenrecesse mitzutheilen, welche die Lausitz, Magdeburg, die Evangelischen in Schlesien, die Amnestie betrafen. Sachsen forderte Vertrauen und Dank obenein.

Endlich, nachdem immer mehr, immer Aergeres zugestanden war—

1) So in dem Bericht über eine Conferenz zwischen Kurfürst Georg Wilhelm und Arnim, 26. Jan. 1635.

man zählte 62 Punkte auf, in denen die Pirnaer Artikel nachträglich abgeändert waren [1]) — wurde der Prager Friede vollzogen und als Reichsgesetz verkündet (20. Mai).

Die evangelische Welt schrie Verrath: „es sei ein neues Judaswerk der Albertiner". Zum zweiten Mal sahen sich die Evangelischen in Schlesien von Kursachsen verrathen. Aber die Spanier und die Kaiserlichen waren im vollen Siegeslauf; mit äußerster Mühe hielt Banner die untere Elbe. Und mit dem Herbst 1635 ging der polnische Waffenstillstand zu Ende; der neue Krieg, der da drohte, forderte die ganze Kraft Schwedens. Was konnten die Evangelischen im Reich noch hoffen? Wie sollten sie widerstehen?

Auch Brandenburg unterwarf sich; die Art, wie es geschah, machte das Unvermeidliche nur noch demüthigender und verderblicher.[2])

Wenden wir uns zu den Anfängen dieser Verhandlungen, zu dem Abschluß des Pirnaer Vertrages im November 1634 zurück. Man sah am brandenburgischen Hof sehr wohl, um was es sich handle. Der französische Gesandte gab die besten Zusicherungen, die Krone Schweden erklärte, sie sei nicht gemeint, auf ihrer Forderung wegen Pommerns zum Nachtheil des Kurfürsten zu bestehen. Noch hatten die Schweden die wichtigsten Plätze in Schlesien, und Banner deckte die Marken auf der Elbseite. Mochte man sich längst überzeugt haben, daß Schweden nur nach eigenem Interesse verfahre, verfuhr denn der Kaiser oder Kursachsen anders? oder sollte der Prager Friede als Beweismittel gelten, wie reichspatriotisch die östreichische, wie ächt evangelisch die albertinische Politik sei? Wer garantirte, daß beide, wenn einmal kein anderes deutsches Heer als das ihrige übrig war, diesen Frieden halten würden? Wer

---

1) Ueber den Unterschied der Pirnaer und Prager Artikel giebt es eine ganze Literatur von Brochüren; einiges davon hat Rommel VIII. 367.

2) Ich beziehe mich auf das vortreffliche Gutachten Levins von Knesebeck, von dem ein Auszug bei Chemnitz II. p. 182 ff. zu lesen ist.

sicherte Brandenburg in der jülichschen Frage, die Sachsen sich immer noch offen hielt? Wer war Gewähr dafür, daß das reformirte Bekenntniß nicht demnächst von dem Reichsfrieden ausgeschlossen erklärt würde? Daß von der östreichischen Politik, so gut wie von der kursächsischen das Haus Brandenburg sich jeder List und Gewalt zu versehen habe, lehrte die Erfahrung zu Genüge; und wer nicht blind war, mußte voraussehen, daß beide nicht aufhören würden, es zu verfolgen und niederzudrücken, so lange es noch sein Recht auf die Rheinlande, auf Pommern, auf Preußen aufrecht erhalte, das heißt, die Möglichkeit behalte, nächst Oestreich das mächtigste Haus im Reich zu werden.

Die Frage des Friedens war die Entscheidung über die Zukunft des Hauses Brandenburg. Und welche Aussichten erschlossen sich dem Kurprinzen in der Verbindung mit Schweden. Jetzt, da die Krone Schweden bedrängt war, ihr Treue halten, hieß zugleich die Sache des Evangeliums im Reich vertreten und vielleicht retten; es hieß, jene große Machtstellung, zu der Gustav Adolph das kurfürstliche Haus ausersehen, nicht bloß den Siegen Schwedens, sondern auch eigner Leistung danken.

Vor Allen der Kanzler Götze hielt diesen Gesichtspunkt fest, mit ihm Rumelian Leuchtmar, dessen Bruder Erzieher des heranblühenden Kurprinzen war. Selbst der vorsichtige Knesebeck empfahl die Verwerfung des Friedens.

Und war nicht das ganze Norddeutschland durch denselben in gleicher Weise bedroht und Preis gegeben? Wie, wenn nun Brandenburg sich erhob, die Stellung, die Sachsen so schnöde mißbraucht, zu übernehmen und im Verein mit Hessen, den Ernestinern, den Welfen, Mecklenburg für den Glauben und die Freiheit einzutreten?

Vortrefflich, wenn man zu so kühnen und umfassenden Ideen die Mittel und die Thatkraft hatte, sie hinauszuführen. Man mußte

des Kurfürsten völlig gewiß sein, um den heimlichen Einflüssen Schwarzenbergs und Arnims, dem offenen Widerstand der Herren Stände gewachsen zu sein; man mußte den Muth haben, auf eigene Gefahr zu rüsten, zu wagen, siegen oder untergehn zu wollen.

Auf die ersten Mittheilungen über den Pirnaer Abschluß ließ der Kurfürst die Angesehensten unter den Ständen nach Berlin berufen, ihre Ansicht über diesen Vertrag zu äußern und über die Winterquartiere der brandenburgischen Truppen Rath zu geben[1]).

Hätten diese Herren den Räthen durchaus beigestimmt, so wäre damit noch nichts, was das Land hätte binden können, gewonnen gewesen. Jetzt traten sie, wenn auch nicht direct, dieser Politik entgegen. Sie forderten, daß die Hälfte der Truppen entlassen werde; sie bewilligten eine Geldsumme, um die sofortige Ablohnung derselben zu ermöglichen. In den nächsten Wochen erfolgte sie. Und die Obristen und Officiere, die man im Dienst behielt, die beiden Burgsdorf und der katholische Franz Carl von Lauenburg an der Spitze, waren lebhaft für den Frieden, der ihnen die Ehre und den Gewinn kaiserlichen Dienstes versprach.

Noch gaben die reformirten Räthe nicht alle Hoffnung auf. Selbst das Erscheinen Arnims am Hofe blieb für den Augenblick ohne Wirkung[2]); der Kurfürst selbst hielt ihm vor, daß auf dem eingeschlagenen Wege „statt der Eintrachtung eine noch weitere Disunion, ja völlige Desperation erfolgen müsse, daß nur noch mehrere Verstrickung und eines Theils wohl gänzliche Uebergebung zu andern auswärtigen Handen die Folge sein werde; Schweden habe sich um die Rettung des Evangeliums so verdient gemacht, daß man wünschen müsse, mit der Krone nicht in Unvernehmen zu sein;

1) „Die Anwesenden der getreuen Stände", geladen 17. Dec. 1634, versammelt 3. Jan. bis 25. Jan. 1635. Sie fordern, daß von den 29 Compagnien Fußvolk 20, von 30 Compagnien Reiter, 12 bis 14 bleiben sollen.

2) Verhandlungen mit Arnim 26. Jan. 1635. Einiges aus dem reichen Material dieser Verhandlungen hat Chemnitz l. c. und Helbig, Prager Frieden p. 37.

man müsse Schweden wie Frankreich so behandeln, daß man in künftigen Nöthen sich ihres weiteren Beistandes versehen könne."

Und inzwischen legte Oxenstjerna dem Kanzler Götze, der zu ihm nach Mainz geschickt war, ein Allianzproject vor, das in aller Weise lockend erschien. Schweden wollte sich verpflichten, wenn der Krieg die Besetzung der Häfen nicht mehr fordere, Pommern an Brandenburg zu übergeben; dafür sollte Brandenburg helfen, daß Schweden als Satisfaction Magdeburg, Halberstadt und Osnabrück erhalte. Oxenstjerna deutete an, daß auch Frankreich mit diesem Plan einverstanden sei, ja daß beide Kronen dazu helfen würden, nicht bloß Jägerndorf und Liegnitz, sondern das ganze Schlesien an Brandenburg zu bringen [1]).

Bisher hatte sich Schwarzenberg zurückgehalten; jetzt war nicht länger zu säumen. Er veranlaßte, daß zu weiterer Verhandlung mit Oxenstjerna der von Blumenthal gesandt wurde, der ihm ergeben war. Er unterließ nicht, in dem Kurfürsten Besorgniß vor der Ungnade des Kaisers und ihren möglichen Folgen zu erwecken, ihn vor dem verzeihlichen Eifer seiner Gemahlin und ihrer Mutter zu warnen, denen freilich nicht zu verargen sei, wenn sie die Rettung des unglücklichen kurpfälzischen Hauses wünschten [2]). Er ließ sich beauftragen, bei den noch immer schwebenden Verhandlungen nach Dresden zu gehen, um wenigstens in der jülichschen Sache ein Zugeständniß zu erwirken, wenigstens die preußischen Ansprüche, die Kursachsen noch immer festhielt, zu beseitigen [3]).

1) Das Project sandte Götze 2. Mai 1635 nach Berlin; vorbehalten wird für Schweden ein Hafen ubi adpellere et cum Magdeburgo correspondere commodius possit.

2) Diese Sendung Blumenthals erwähnt auch Chemnitz II. p. 722. Eine spätere zum niedersächsischen Kreistage am 9. Juni, den Blumenthal geflissentlich zögernd versäumt, und seine lehrreiche Correspondenz mit dem Kanzler Engelbrecht lag mir in den Acten vor.

3) Sendung Schwarzenbergs, Februar, März 1635. Er hatte u. a. vorzustellen, daß „Kursachsens L., weil sie mehr Erben als wir hätten, wohl einsmals

Statt der Zugeständnisse kam Anfang Juni die Meldung, daß der Friede zu Prag unterzeichnet sei, und daß, damit alles in gutem Einvernehmen bleibe, der in den Artikeln verfügte Eid der Truppen in sechs Wochen geleistet sein solle[1]).

Auch jetzt noch erwähnte Kursachsen nichts von den Nebenrecessen wegen Schlesiens und der Lausitz. Man erhielt von anderen Seiten her darüber Mittheilungen, die sehr beunruhigend waren, namentlich auch, daß dem Kaiser in Sachen der Religion ein sehr bedenkliches Arbitrium eingeräumt sei, daß die Amnestie von denjenigen, welchen sie nicht versagt werde, völlige Unterwerfung als Bedingung fordere. Wenn selbst Arnim erklärte, „er könne dem Kurfürsten von Sachsen nach diesem Friedensschluß nicht mehr mit gutem Gewissen dienen", wenn er dessen Dienst verließ und sich auf seine Güter zurückzog, so ließ das erkennen, was für Enthüllungen man noch zu erwarten habe[2]).

Von Neuem wurden jene Herren aus den Ständen nach Berlin beschieden. Eindringlich genug war der Vortrag, der ihnen gehalten wurde: es sei zu besorgen, daß die vier oberen Kreise des Reichs völlig zu Frankreich überträten, da die französischen Waffen von Gott ziemlich gesegnet, auch eine starke Allianz zwischen Frankreich und den Herren Staaten errichtet sei; trete der Kurfürst dem Frie-

nach Abgang unserer Erben zu den sämmtlichen Landen kommen könnten." Schreiben Georg Wilhelms an Schwarzenberg nach Dresden, 17. Februar.

1) Johann Georgs von Sachsen Schreiben, 30. Mai 1635. Ein kursächsisches Memorial aus Prag, 30. Mai, erklärte in Betreff des kursächsischen Commandos: es sei so zu verstehen, daß von dem kaiserlichen und Reichskriegsvolk 60,000 Mann unter dem Könige von Ungarn, 20,000 unter Kursachsen stehen sollten; „will der Churfürst oder der Churprinz von Sachsen der Führung diser Truppen enthoben sein, so soll einem Fürsten augsburgischer Confession" (also keinen Falls Kurbrandenburg) „das Generalat mit unterthänigstem Rath und Willen von Chursachsen und Churbrandenburg durch Kais. Maj. anvertrauet und übergeben werden."

2) Den schönen Brief Arnims an Johann Georg hat Helbig, Prager Frieden p. 58, abgedruckt.

den Sachsens bei, so sei zu besorgen, daß Frankreich und die Staaten sich der jülichschen und clevischen Lande thatsächlich bemächtigen und Sachsen, jetzt in des Kaisers blühender Gunst, den Rechtsanspruch auf dieselbe zugesprochen erhalten werde, während der in Aussicht gestellte Besitz Pommerns erst durch Siege über die schwedische Macht zu gewinnen sei; trete man auf schwedische Seite, so habe man die kaiserliche und sächsische Macht sofort in den Marken und sei von Schweden noch nicht einmal wegen Pommerns versichert [1]).

Die Ansichten der Berufenen gingen weit auseinander. Alle fanden die Abweichungen der Prager von den Pirnaer Artikeln hochbedenklich; die von den Städten meinten, Gott könne wohl noch einen Gideon oder Maccabäus erwecken; ein Theil der Herren aus der Altmark und Priegnitz erklärte, der Kurfürst könne den Frieden mit gutem Gewissen nicht eingehen; der andre Theil: trete man dem Kaiser entgegen und er siege, so sei es um die evangelische Religion in diesen Landen gethan, die Schweden könnten dem Kurfürsten das Land verderben, der Kaiser aber könne es gar nehmen. Die aus der Neumark faßten die Frage von der formellen Seite: sie müßten wünschen, daß die Sache nicht übereilt, sondern erst in den Kreisen berathen und dann in förmlichem Ausschußtage zum Schluß gebracht werde [2]).

1) Diese Propositionen sind datirt 24. Juni: „Die Kürze der Zeit habe es wieder unmöglich gemacht, die gesammten Stände zu berufen."

2) Aus dem landständischen Archiv zu Berlin. Die Propositionen sind vom 24. Juni; die ständische Antworten liegen in einem sehr merkwürdigen Protocoll vom 25. bis 28. Juni vor. Daß die Stände die Meinung hatten, den Frieden widerrathen zu haben, ergeben ihre Erklärungen vom Januar 1641. Schon Erasmus Seidel in dem von ihm verfaßten Ehrengedächtniß für Georg Wilhelm, das bei dessen Leichenfeier 1642 veröffentlicht wurde, läßt den Charakter dieser Versammlung unbeachtet; er sagt: „nach angehörtem Ihrer sämmtlichen Churbrandenburgischen Landstände unterthänigstem Gutachten" habe der Kurfürst den Frieden angenommen. S. die Leichenpredigt von Bergius p. 84.

Also jetzt zögern und überlegen, während mit jedem Tage ein freier Entschluß unmöglicher wurde.

Schon wirkte in Banners Heer — unter 26,000 Mann kaum 3000 Schweden — das kaiserliche Avocatorium, die sächsischen Umtriebe und Vorspiegelungen. Im Juli kam es zu offener Menterei; die deutschen Regimenter lösten sich von der Gemeinschaft des Heeres, begannen wie eine Macht für sich, wie eine Soldatenrepublik zu unterhandeln und zu handeln. Am Rhein waren die kaiserlichen und spanischen Waffen im kühnen Vordringen; in der Mitte Juli wurde durch einen Handstreich die Schenkenschanz im Clevischen genommen, der Rheinpaß nach dem Gebiet der Union; damit war deren ganze Kriegsmacht in Anspruch genommen, die eigenen Grenzen zu decken; die Spanier in Belgien hatten freie Hand; die ganze Last des Krieges begann auf Frankreich einzudringen. Schon sprachen Richelieus vertrauteste Rathgeber von der Nothwendigkeit des Friedens[1]). Frankreich mußte das Aeußerste besorgen, wenn mit ausgehendem Waffenstillstand im Weichsellande Polen den Krieg wieder begann und Schweden nöthigte, alle seine Kraft auf diesen „eigentlich schwedischen Krieg" zu wenden[2]). Seit dem Frühling arbeiteten in Stuhmsdorf die französischen, englischen, holländischen Gesandten und mit ihnen Markgraf Sigismund daran, zwischen Polen und Schweden einen dauernden Frieden zu schließen, namentlich d'Avaux entwickelte die äußerste Thätigkeit. Das von Sachsen Preis gegebene Schlesien suchte Schutz bei der Krone Polen, und d'Avaux bot jegliche Unterstützung Frankreichs, die Garantie des dauernden Besitzes Schlesiens, wenn Polen in das Bündniß gegen das Haus Oestreich eintrete.[3]) Aber alle Bemühungen waren vergebens; schon

1) Feuquières III. p. 216.

2) La guerre avec la Pologne sembloit être la guerre propre à la Suède. Richelieu VIII. p. 254.

3) Diese Seite der Verhandlungen hat Wuttke, Friedrichs des Großen Be-

sammelte Schweden ein neues Heer in Liefland und in den noch besetzten Aemtern Preußens.

Je höher die Spannung stieg, desto wichtiger wurde die Entscheidung, die Georg Wilhelm zu treffen hatte. Während die Geheimenräthe dahin arbeiteten, die Frage in der Höhe politischer Erwägungen zu halten, setzte Schwarzenberg seinen ganzen Einfluß daran, dem höchst besorgten Kurfürsten die Gefahr für seine Person und seine Stellung im Reich vor Augen zu stellen: „die Schweden könnten ihm Land und Leute verderben, der Kaiser aber könne sie ihm völlig nehmen, ihn entrechten und ächten"; er erinnerte ihn an das Schicksal des Kurfürsten von der Pfalz, der im Elend, von fremden Almosen lebend, gestorben sei, seine Wittwe und Kinder als Bettler zurückgelassen habe.

Und hatte nicht Kursachsen sich gegen Schwarzenberg erboten, wenn Brandenburg den Frieden annehme, sofort Pommern zu befreien? Freilich sah man näher zu, so bedeutete das nichts anders, als die nothwendige militairische Bewegung, um die Verbindung Banners mit dem in Preußen sich sammelnden schwedischen Heer unmöglich zu machen, sollte als ein besonderer Freundschaftsdienst gegen Brandenburg gelten; und dafür forderte man, daß Brandenburg einstweilen die Elbpässe gegen Banner zu behaupten übernehme. In Betreff Jülichs aber erklärte Sachsen, es könne beim besten Willen nichts thun, da die Sache zu des Kaisers Entscheidung stehe, und hoffe man, daß diese so wie die preußische Frage dem gegenseitigen herzinnigen Einvernehmen nicht Abbruch thun werde.

Wahrlich, es war wie Hohn, daß man Brandenburg auf solche Erbietungen für den Frieden zu gewinnen meinen konnte.

Wie anders Schweden. Oxenstjerna erbot sich zu Allem, was

sitzergreifung Schlesiens II. p. 68, aus Sienkiewicz Scarbie historyi polskiej, Paris 1830, mitgetheilt.

man nur irgend wünschen konnte. Nicht bloß, daß er den für Preußen entscheidenden Frieden mit Polen schon in gewisse Aussicht stellen konnte, daß er den Besitz der Rheinlande, den der Prager Friede völlig in Zweifel stellte, sicher zu stellen versprach; er gab in Betreff Pommerns die beruhigendsten Zusicherungen; er stellte in Aussicht, daß die Krone Schweden die Satisfaction mit Reichsland allenfalls aufgeben, sich mit einer Geldentschädigung begnügen werde.

Da schien das Mittel gegeben, zu friedlichem Schluß zu gelangen. Hatte doch Sachsen selbst sich früher immer zu dieser Art der Entschädigung Schwedens bereit erklärt. Konnte man jetzt noch auf dieser Grundlage sich mit Schweden verständigen, so war die furchtbare Gefahr, die Marken von Neuem zum Kriegsschauplatz gemacht zu sehen, entfernt. Dringend empfahl man dem sächsischen Hofe, in die gebotene Hand einzuschlagen.

Man sah in Dresden wohl, daß man, um mit Brandenburg weiter zu kommen, dieser Forderung nachgeben müsse, und daß keine Gefahr dabei sei, wenn man es thue. Man begann, während schon die stattlichste Kriegsrüstung zum Losbrechen bereit stand, mit den Schweden zu verhandeln. Oxenstjerna erklärte, daß er sich auf die Prager Artikel, die so höchst unzulänglich und für die Krone beleidigend seien, nicht einlassen könne, aber er erbot sich auf Grund neuer Artikel zu weiterem Verhandeln; die Antwort Sachsens war: wenn Schweden den Prager Frieden anerkenne und annehme, so wolle der Kurfürst sich bemühen, daß der Krone ein gewisses Stück Geld auf gewisse Termine gezahlt werde, nachdem zuvor die schwedischen Truppen aus dem Reich gezogen seien; an dem Prager Frieden sei nichts zu ändern, die Majestät des römischen Reiches leide es nicht"[1]).

1) Kursächsische Duplik vom 11. Aug. 1635.

Damit hatten die Unterhandlungen ein Ende. Der letzte Versuch Brandenburgs, einen mittleren Weg zu finden, war gescheitert.

Die kaiserlichen Truppen in Schlesien zogen sich unter Morzin nach der brandenburgischen Grenze hin zusammen. Die sächsische Armee, bei 30,000 Mann stark, vorläufig unter Baudissin, bis Arnim ihre Führung übernehmen werde, stand zum Ausmarsch bereit bei Leipzig. Banner concentrirte seine Truppen zwischen Halle und Kalbe (Anfang August). Nach Jüterbog und den andern abgetretenen magdeburgischen Aemtern, die noch von den Schweden besetzt waren, sandte der sächsische Hof Befehle, „die Lehns- und andern Pflichten zu leisten". Jeden Augenblick konnte der Ausbruch der Feindseligkeiten erfolgen. Noch zögerte Brandenburg; die im Prager Frieden zum Beitritt anberaumte Frist war verstrichen, Oxenstjerna forderte kategorische Erklärung; kursächsische Truppen waren bereits ins Crossensche eingerückt, hausten dort auf das Uebelste.[1])

Selbst Georg Wilhelm war über das Verfahren Johann Georgs entrüstet. Auf seinen Befehl entwarf der Geheimerath die schließliche Erklärung gegen Sachsen: Brandenburg könne sich zum Prager Frieden nicht eher verstehen, als bis man sich mit der Krone Schweden in Güte auseinander gesetzt habe, der Rechtsanspruch des kurpfälzischen Hauses sicher gestellt sei, eine allgemeine Amnestie erlassen werde, die jülichsche Frage mit Sachsen verglichen sei.

Aber mit dieser Erklärung sandte der Kurfürst Schwarzenberg nach Leipzig; er gab ihm Vollmacht, im äußersten Nothfall auch diese Bedingungen aufzugeben.[2]) Dann aber auf die Nachricht „von

1) Die Beschwerde Georg Wilhelms an den Kurfürsten von Sachsen geht 10. August von Berlin ab. Oxenstjerna sendet seine Forderung durch Hans Wolf von der Heiden am 4. August von Magdeburg ab, am 12. August hat Heiden Audienz beim Kurfürsten.

2) „Sollte aber von Chursachsens L. diese gar nicht zu erlangen sein, sondern sie ließen darauf ein Misfallen vermerken, und urgirten beständig den Friedensschluß ohne einiges Auszziehn und Bedingen pure et per omnia zu acceptiren, und unser Gesande befindet, daß außerdem wir in große Gefahr mit Land

der ansehnlichen Victoria" über die Kaiserlichen bei Mainz sendete er (15. August) den Befehl an den Grafen, zurückzukommen, oder wenn die Unterhandlungen schon zu weit seien, auf neue Weisungen zu warten.

Schwarzenberg hatte die Nachricht jener Mainzer Vorgänge gewiß eben so früh wie der Berliner Hof (13. August), er mochte um so mehr eilen, seine Vollmacht zu benutzen. Er hatte abgeschlossen, ehe jenes Schreiben seines Herrn kam; immerhin gegen allerlei Zusicherungen, mit allerlei Voraussetzungen; er hatte auch zugegeben, daß Frankfurt und Landsberg dem kaiserlichen Heer überliefert, daß die brandenburgischen Reiterregimenter demselben einverleibt würden.[1])

In der kursächsischen Erklärung, die Schwarzenberg heimbrachte, hieß es: „was Kais. Maj. sich weiter resolviren werde, werde Kursachsen, sobald es eingegangen, communiciren." Die sächsischen Räthe fügten die beruhigende Versicherung hinzu: „man habe es mit einem deutschen Potentaten, mit dem römischen Kaiser zu thun; der werde an dem Prager Tractat zu Schaden Brandenburgs gewiß nichts mindern; zwar sei es nicht ohne, daß etliche wohl möchten ein Auge auf Kurbrandenburg gesetzt und etwas unbillig judicirt haben, da die brandenburgische Erklärung so langsam eingekommen sei, denn sie sei die allerletzte außer der von Pommern; darum sei auch Morzin an die märkische Grenze vorgerückt; aber der Kurfürst von Sachsen habe das Commando über ihn und sein Volk und habe bereits die nöthigen Befehle erlassen."

Also auf die Güte und Fürsprache des Dresdener Hofes war

---

und Leuten gerathen dürften, so mag er endlich, jedoch mit vorgehender Bezeugung, daß wir die Nothdurft erinnert und weil wirs nicht erheben können, von aller Verantwortung frei sein wollen, unserthalb zu acceptiren unbedingt erklären." Memorial vom 29. Juli 1635.

1) Das Einzelne dieser höchst anziehenden Verhandlungen Schwarzenbergs, die in seinen täglichen Berichten vom 7. bis 17. August vorliegen, übergehe ich.

man nun angewiesen; und weder von seinen jülichschen Ansprüchen, noch von den preußischen Forderungen hatte er das Geringste nachgegeben; er unterhandelte mit dem Kaiser jetzt darum, daß Brandenburg seine Herrschaften in der Lausitz hinfort von dem Kurfürsten in Dresden zu Lehen empfangen, für sie sächsischer Vasall werden müsse.

Es war ein Unterwerfungsvertrag in bester Form, der zweite, den Brandenburg dem Grafen Schwarzenberg dankte; nur dieser noch demüthigender, noch gefahrvoller, selbst von dem Schein reichspatriotischer Nothwendigkeit oder letzter Aushülfe für das Kurhaus noch entfernter, als der von 1626. Nicht einmal die Sicherstellung seines Bekenntnisses erhielt der Kurfürst; denn die Friedensformel — und sie sollte ja Reichsgesetz sein — lautete nicht mehr wie die Pirnaer Artikel auf die „Augsburgischen Confessionsverwandten und Protestirenden", sondern auf jene allein; ausdrücklich im Hinblick auf die Reformirten war die Formel so verändert worden.

Und was sollte aus Preußen, aus den Rheinlanden werden? Selbst wenn der schwedisch-polnische Friede zu Stande kam, war das Herzogthum entweder in der Gefahr, des Kurfürsten Abfall von Schweden büßen zu müssen, oder nur soweit sicher, als es sich durchaus polnisch hielt. Und am Rhein lähmte nur augenblicklich der Fall von Schenkenschanz des Prinzen von Oranien Macht; wenn er, wie demnächst geschah, den Platz nahm, so war er Meister im Clevischen, beherrschte militairisch diese Gebiete, während ihr Landesherr auf spanisch-östreichischer Seite stand.

Die Politik Schwarzenbergs riß die Interessen der Marken, Preußens, der Rheinlande völlig aus einander. Wenn jemals die Vereinigung dieser Gebiete in der Hand Brandenburgs dem Hause Oestreich und den Papisten Sorge gemacht hatte, so konnten sie nun ruhig sein; von einer innigeren Verschmelzung derselben, von einer Zusammenfassung ihrer Interessen zu Einem staatlichen Gedanken war nicht mehr die Rede. Und die Stände in den Rheinlanden,

die Regimentsräthe in Preußen thaten nur ihre Schuldigkeit, wenn sie sich gegen ihren Landesherrn und seine märkische Politik so argwöhnisch und abwehrend als möglich verhielten.

Auch am Kaiserhofe wird man jenen Plan Gustav Adolphs, der der spanisch-östreichischen Macht eine schwedisch-brandenburgische entgegenstellen sollte, gekannt und zu würdigen gewußt haben. Jetzt konnte man auch darüber beruhigt sein; hatte Schwarzenberg glücklich den ersten großen Schritt zur Umkehr durchzusetzen vermocht, so folgten die weiteren von selbst, und weder die schwedischen Sympathien der Götze, Leuchtmar, Pfuel u. s. w., noch die hochfliegenden Pläne der Fürstinnen am Berliner Hofe konnten mehr Sorge machen.

Es liegen uns keine Berichte darüber vor, wie jene engsten Kreise, wie die kurfürstliche Familie selbst von diesen Dingen bewegt worden. Man mag Graf Schwarzenberg, der den Kurfürsten wie mit unheimlichem Zauber gebannt hielt, hart genug beurtheilt, man mag ihm, dem allezeit geschmeidigen, überall kundigen, unermüdlich eifrigen, alles Aergste zugetraut haben. Es fehlt nicht an Andeutungen, daß man schon früher Nachstellungen gegen das Leben des Kurprinzen gefürchtet hat; jetzt war er, seit dem Frühling 1634 in Holland, dort unter der Obhut des treuen Leuchtmar in Leyden zu studiren. Man mochte Gott danken, ihn dort in dem freien Lande und unter den Augen des Prinzen von Oranien in Sicherheit zu wissen. Wenn nur zu deutlich war, wie auf die Erniedrigung des Hauses hingearbeitet wurde, wahrlich, so durfte man zittern bei dem Gedanken, was den Feinden des Hauses des Prinzen Leben bedeutete. Er war der einzige Sohn des Kurfürsten; nur noch in ihm vereinte sich das Erbrecht auf die Marken und Pommern, auf die Rheinlande und Preußen. Wenn er starb, so waren die rheinischen Lande dem Hause Brandenburg verloren; im Herzogthum Preußen folgte als nächster Erbe der Sohn des Jägerndorffschen Johann Georg, Markgraf Ernst, der jetzt heimathlos und in Dürftigkeit

lebte[1]). Zur Erbschaft in den Marken hätte der Kaiser des Geächteten Sohn so wenig gelassen, wie die Söhne des jüngst verstorbenen Böhmenkönigs zu der der Pfalz; schon darum nicht, weil nach diesem Markgrafen Ernst der nächste Erbe der ehemalige Administrator von Magdeburg war, Christian Wilhelm, der seit 1632 ein eifriger Papist geworden war. Dann war auch die Kur Brandenburg katholisch.

So Großes hing an dem Leben des Kurprinzen. Alle Sorge, aber auch alle Hoffnung Derer, die es mit dem Hause Brandenburg wohl meinten, wandten sich auf ihn.

Brandenburg gegen Schweden.

Dieser Friede, sagt einer der Prager Artikel, wird zu dem Ende gemacht, damit die werthe deutsche Nation zu völliger Integrität, Tranquillität, Libertät und Sicherung zurückgeführt werde; so lange und viel auch, bis dasselbige zu Werke gerichtet, soll nicht geruht, noch gefeiert werden.

So war die Phrase; sie sprach, was jedermann erwartete und ersehnte, als Wesen und Inhalt des Friedens aus, weil derselbe das Gegentheil enthielt.

Wohl wäre nach dem Siege von Nördlingen ein Gang der Dinge denkbar gewesen, den das todtmatte Deutschland gesegnet hätte.

Die Schlacht von Nördlingen war für das Haus Oestreich eine Defensivschlacht; der Sieg war so glänzend, so vollständig wie möglich. Aber es war klar, daß Schweden nur zurückgedrängt, nicht überwunden war, daß Frankreich — noch hatte es weder gegen

1) Er war 1617 geboren. Schwarzenberg sendet ihm 1638 nach Hamburg noch einmal dreihundert Thaler: „weiter werde der Churfürst auf seine Briefe nicht Antwort geben".

Spanien, noch den Kaiser den Krieg erklärt, noch stand es mit seiner ganzen Kriegsstärke in Reserve — am wenigsten jetzt den großen Kampf gegen das Haus Oestreich, den es fort und fort genährt, aufgeben werde.

So lange Schweden und Frankreich, das Evangelium und die Libertät vertretend, über die Hälfte der deutschen Streitkräfte verfügen konnten, war und blieb die spanisch=öftreichische Macht in einer höchst bedenklichen Defensive. Außer Stande, trotz Schweden und Frankreich die deutschen Oppositionen niederzuwerfen, mußte sie um jeden Preis diese zu sich herüberzuziehen, mit sich gegen die fremden Kronen zu vereinigen suchen. Sie mußte ihnen, um sich das Reich und des Reiches Hülfe zu sichern, gewähren, was Frankreich und Schweden ihnen bot, um die öftreichische Macht zu lähmen und zu zerstören.

Und in Deutschland seufzte alles nach Frieden; aus tausend Wunden blutend, begann man inne zu werden, daß wie nun einmal die Territorien durch einander lagen und mit ihrem Wohl und Wehe, ihrer militairischen Sicherung auf einander gewiesen seien, die Herstellung des inneren Friedens die erste Forderung sei, wenn nicht Land und Volk untergehen solle. Mit Jammer und Schaam sah man, wie die fremden Mächte sich einnisteten und Stücke aus dem Körper des Reichs zu reißen begannen, um sich für gehabte Mühe zu entschädigen; man fühlte den Schimpf, der ränkevollen Zudringlichkeit der französischen Diplomatie, der krämerhaften Berechnung der Herren Staaten, dem herrischen beleidigenden Stolz der schwedischen Generale Preis gegeben zu sein.

Wie klaffend der Zwiespalt, wie tief eingefressen der Haß zwischen Denen, die bei einander auf deutscher Erde saßen, sein mochte, es war Zeit, diesem selbstmörderischen Hader ein Ende zu machen, es hing die Existenz Aller und des Ganzen daran, daß man die

mittlere Linie fand, in der sich alle deutschen Partheien unter sich und mit dem Hause Oestreich zusammenfinden konnten.

Es galt die Versöhnung der Partheien im Reich, ihre Vereinigung wenigstens zu gemeinsamer Vertheidigung des Vaterlandes gegen die äußeren Feinde.

Es wäre ein kaiserliches Werk gewesen. Selbst die schlimme Form der rettenden That hätte ihre Rechtfertigung gehabt, wenn sie in Wahrheit den Gedanken der doch gemeinsamen deutschen Interessen vertrat und in diesem die Kräfte des Reichs organisirte.

Nicht in solchem Sinne verfuhren die Sieger von Nördlingen; sie waren nicht gemeint, irgend einen Anspruch zu opfern, irgend einen Gewinn aufzugeben, um eine mittlere Linie, eine Diagonale der Kräfte herzustellen, die mehr deutsch geworden wäre, als ihrem Interesse entsprach.

Sie benutzten den Schrecken des Sieges, um endlich Deutschlands Meister zu werden.

Gleich nach der Schlacht war zwischen dem Kaiser, dem Könige von Ungarn und der Krone Spanien ein neues Bündniß zunächst auf drei Jahre geschlossen, dahin lautend, daß sie sich gegenseitig mit ganzer Macht beiständig sein, keiner ohne den andern Frieden schließen wollten.[1]) Damit war von Neuem das spanisch-östreichische Machtinteresse als die maaßgebende Grundlage für die Stellung des Kaisers zum Reich festgestellt, es war der Kreis gezeichnet, innerhalb dessen sich die deutsche Frage zu bewegen habe.

Es folgte ein zweiter Vertrag nicht minder bedeutsamer Art. Die Gemahlin Maximilians von Baiern war nach langer kinderloser Ehe gestorben (6. Februar 1635), sofort folgte sein Verlöbniß mit einer Tochter des Kaisers und nach wenigen Wochen die Vermählung; indem der Ehevertrag in Sachen der pfälzischen Lande und

1) Nach einem Vortrage, den der französische Gesandte Baron de Norté dem Kurfürsten von Sachsen am 9. März 1635 machte.

des geächteten Pfalzgrafen die alten Verträge auf das bündigste erneute, wurde die schlimmste Wunde, die dem Recht im Reich geschlagen war, unheilbar, die endliche Versöhnung der Partheien unmöglich gemacht. Für die Sicherstellung des dem Pfälzer Hause Entrissenen gab Baiern das Princip der Libertät Preis, das es vor wenigen Jahren mit Hülfe Frankreichs an der Spitze der Liga so energisch vertreten —, und gleich einer der ersten Akte des neuen Systems war jener Gewaltakt gegen den Kurfürsten von Trier, der die alte Politik der Liga hatte festhalten wollen.

Auf solchen Vorbedingungen stand der Prager Frieden; daß ihn Sachsen trotzdem annahm, ließ ihn um so mehr als die vollständige Niederlage der Evangelischen im Reich erscheinen, als ein demüthigendes Zugeständniß, das ihnen, einigen von ihnen, Denen, die sich reumüthig unterwarfen, der Kaiser aus unverdienter Großmuth gewährte.

Allerdings bewilligte er Einiges; eine Amnestie, aber wie war sie in den Unterhandlungen zusammengeschrumpft; das freie Evangelium nach dem Wortlaut des Religionsfriedens, aber in einer Formel, welche den Reformirten den Boden rechtlicher Existenz unter den Füßen fortzog; Aufhebung des Restitutionsedikts, aber nur auf gewisse Jahre und in der Form, daß von dem im ersten Jahrzehent Ferdinands II. Restituirten nicht mehr die Rede sein durfte. Es blieb die Beseitigung der Parität im Kurkollegium, es blieb die Vernichtung des Evangeliums in den kurpfälzischen Landen, in so vielen Reichsstädten, in dem ganzen Bereich der Kron- und Erblande. Die unermeßliche Reaktion des römischen Geistes, wie sie sich unter Tilly und Wallenstein über Deutschland ergossen, hatte nun die Sicherstellung dieses Friedens, der für ein Reichsgesetz gelten sollte; das evangelische Wesen, das unter den Triumphen der schwedischen Waffen fast das ganze Reich wieder eingenommen, erschien nur als Ausnahme von der Regel, nur da und dort und unter gewissen

Formen geduldet; der Papismus bestimmte die dogmatische Form, in der das Evangelium im Reich tolerirt werden könne, und ihm stand es zu, zu entscheiden, ob die Geduldeten sich in den ihnen gestatteten Formen des ungeänderten Augsburgischen Bekenntnisses, in dem correcten Lutherthume hielten oder nicht.

Denen, die sich diesem Frieden unterwarfen, wurde des Kaisers und Reiches Schutz zugesichert; das will sagen, sie mußten an ihrem Theil die Summen für das kaiserliche und Reichsheer aufbringen, das diesen Frieden gegen diejenigen durchkämpfen sollte, welche für ihre Libertät und das Evangelium eingetreten waren.

Nicht ein Reichstag aller Stände, nicht der Kurfürstenrath hatte diesen Frieden berathen und beschlossen; mit Baiern an der einen, mit Sachsen an der andern Hand, mit jenen Artikeln, die jeden von dem Recht des Reiches ausschlossen, der sich nicht unterwarf, mit den Gewaltformen, sie durchzusetzen, die der Friede gab, konnte der Kaiser die deutsche Frage, soweit sie für die spanisch-östreichische Macht von Interesse war, für gelöst ansehen.

Nun hatte er die Verfügung über die militairischen Mittel des Reichs, über die auswärtigen Beziehungen aller Fürsten und Stände; das „Directorium über Krieg und Frieden", das die Krone Schweden von ihren deutschen Bundesgenossen für die Dauer des Krieges gefordert hatte, ward ihm für immer über die katholischen und evangelischen Stände überantwortet. Fortan konnte es im Reich keine Freunde Frankreichs oder Schwedens mehr geben; wer nicht zur östreichischen Parthei stand, war außer dem Recht des Reichs.

Der Kaiser hatte keinerlei Artikel zu Gunsten der Evangelischen in seinen Landen gestattet: „das Haus Oestreich hat sich in Sachen der Religion mit Hintansetzung seiner Stände selbst autorisirt." [1]) Auch für die Reichslande des Hauses Oestreich galt hinfort nicht,

---

1) Aus dem Bericht über die Conferenz zwischen Arnim und Kurfürst Georg Wilhelm, 26. Jan. 1635.

was für alle anderen Reichsterritorien; reichsverfassungsmäßig stand nun fest, daß der Kaiser über sie nach eigenem Ermessen, allein, unumschränkt schalte. Sie blieben deutsch, aber nicht mehr des Reiches; und wenn eine neue Kaiserwahl vom Hause Oestreich abwich, so waren sie dem Reich verloren, so gut wie Lothringen und Burgund, wie die Schweizer Föderation und die Staaten.

Es kam für die spanisch-östreichische Politik nicht in Betracht, ob ein politisches System, wie es sich auf solcher Grundlage entwickeln mußte, dem Interesse der andern Fürsten und Stände im Reich, dem Gesammtinteresse der Nation entspreche, ob diese eine Ordnung der Dinge ertragen würden und ertragen könnten, dessen Norm außerhalb ihres Bereichs und ihrer Controlle lag. War Sachsen und Baiern dafür gewonnen, so mochten die übrigen sich fügen lernen; die Gewalt war bereit, sie zu zwingen. Waren sie bezwungen und verstummt, so mochten Baiern und Sachsen sehen, wie sie sich der Folgewirkungen des neuen Systems, das sie hatten gründen helfen, erwehrten.

Mit diesem Frieden, „dem neuen allgemeinen Recht, das Sachsen und Ferdinand geschmiedet“ [1]), war die Rechtscontinuität des Reiches aufgegeben; und wenn es hieß, daß in ihm Kaiser und Reich neu geeint sei, „um allen Dominat ausländischer Potentaten vom Reich abzuwenden“, so war mit demselben der Dominat der spanisch-östreichischen Macht, die Fremdherrschaft des entdeutschten Hauses Oestreich über Deutschland für immer entschieden; unter den altgewohnten Namen von Kaiser und Reich begann eine völlig neue Ordnung der Dinge.

Freilich die Furcht, die Ohnmacht, Hoffnung auf kleine Vortheile und kaiserliche Gnade trieb einen nach dem andern zur Unterwerfung. Aber welche sittliche Pflicht gebot dieß „neue allge-

1) Aus der „Leichbestattung des Prager Friedensschlusses“ 1639, p. 33.

meine Recht" für ein rechtes Recht zu halten, diesen Gewaltzustand länger, als der Zwang währte, der ihn aufrecht hielt, zu ertragen? und diejenigen, die er von der Gemeinschaft des Reiches ausstieß, wie hätten sie anerkennen sollen, daß das alte Recht und Herkommen im Reich damit ab und todt sei, weil es dem „Pragerischen Duumvirat" beliebt hatte, es dafür zu erklären? was hätte sie hindern können, die revolutionäre Neuerung, die sie niederzuwerfen unternahm, mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, wie sie sie aufriefen? Wenn der Kaiser mit Hülfe der Spanier bei Nördlingen gesiegt, wenn der Handstreich des spanischen Cardinal-Infanten gegen Trier einen Kurfürsten des Reichs zum Gefangenen gemacht hatte, so war Bernhard von Weimar, es waren des geächteten Pfälzer Kurfürsten Söhne, des Markgrafen von Jägerndorf Sohn, unzählige andere Geächtete und Beraubte in ihrem Recht, wenn sie die Hülfe Frankreichs, Schwedens, der Staaten, Englands anriefen, das neue Reichsrecht wieder abzuthun, und das alte Recht der Libertät und des Evangeliums, wie es der Kaiser in der Wahlkapitulation beschworen, zu retten.

Schon geschahen Dinge, die auch dem Dresdener Hofe zu denken gaben. Hatte der Frieden bestimmt, daß von den 80,000 Mann des kaiserlichen und Reichsheeres 20,000 unter erblicher Führung Kursachsens stehen sollten, so übertrug der Kaiser an Baiern ein zweites Generalat über andere 20,000 Mann, die katholischer Seits bestellt werden sollten. Also ein ligistisches Heer innerhalb des einigen Reichsheeres.[1]) Und wenn dann Kursachsen in aller Stille bemüht war, sich in Norddeutschland durch Erleichterung der Bedingungen, die der Frieden den Hinzutretenden auferlegte, eine Clientel zu schaffen, so war man östreichischer Seits schnell zur Hand, am Berliner Hofe Mißtrauen und Eifersucht gegen Sachsen zu er-

1) Georgs von Braunschweig Promemoria über seine Conferenz mit dem Kurfürsten von Sachsen zu Gartow, 29. Oct. 1635; bei Decken III. p. 237.

wecken und mit der Aussicht auf ein gleiches Generalat, wie Sachsen erhalten hatte, zu ködern; man that dazu, daß sich der niedersächsische Kreis zu Dänemark wandte.

Der Frieden war nicht ein Abschluß, sondern ein Anfang völlig neuer Gestaltungen. Aus den Principien, die er unausgesprochen enthielt, entwickelten sich sofort Forderungen und Ergebnisse, die das, was er zu sein vorgab, überholten. Selbst der Widerstand, den er hervorrief, mußte dazu dienen, das neue System um so energischer zu entwickeln.

Es verdient Bewunderung, wie kühn die östreichische Politik den einen Sieg zu benutzen und weit über seinen wirklichen Werth hinaus zu verwerthen verstand. Und wie einmal ihre Stellung im Reich und in Europa, die Mittel und Bedingungen ihrer Macht waren, schien ihr kein anderer Weg übrig zu bleiben, als der, den sie einschlug. War er nicht gerechtfertigt, wenn er sie zum Ziele führte?

Der Erfolg mußte zeigen, ob die kaiserliche Politik ihr eigenes Interesse richtig verstanden hatte, indem sie verfuhr, wie sie verfuhr. Die Geschicke Deutschlands führte sie mit diesem Frieden über die letzte Möglichkeit der Herstellung auf den alten Grundlagen hinaus, in unberechenbare Bahnen.

Mit diesem Frieden, mit dem frivolen Partheiwechsel, zu dem er verlockte oder zwang, mit der Ausstoßung Derer, welche so Kaiser und Reich zu verstehen für Frevel an dem Vaterlande hielten, mit der Rechtfertigung, die er ihnen gab, wenn sie die Rettung der deutschen Sache nur noch in der Vernichtung Oestreichs sahen und im Verein mit den Waffen des Auslandes suchten, vollendete sich die unheilvolle Verwirrung aller politischen und nationalen Begriffe, die öffentliche Moral verlor jede Norm und jedes Ziel. Was war noch deutsch, was undeutsch? Unser Volk verlor das Bild seiner selbst, sein Gewissen, sein Ich. Der einzige Gedanke, in dem Fürsten und Volk, Evangelische und Katholische,

die deutsche Nation sich je wieder zusammenfinden konnten, der des doch gemeinsamen Vaterlandes, der doch gemeinsamen Ehre des deutschen Namens, war schlimmer als todt, er war falsch gemünzt.

Sofort nach dem Abschluß des Friedens ließ der Kaiser die Einleitung zur Wahl seines Sohnes treffen, des Königs von Ungarn, des Siegers von Nördlingen; er forderte auch Sachsen und Brandenburg auf, persönlich zum Collegialtag nach Regensburg zu kommen: „Dero in Person erscheinen wird ein Großes thun, auswärtige Potentaten und Communen werden ein groß Auge darauf werfen und das heilige Reich zu infestiren ein mehreres Nachdenken schöpfen."

Mit jenem Gewaltakt gegen Trier hatten die Spanier von Belgien her die Mosellinie, die Verbindung mit den Kaiserlichen in Oberdeutschland gewonnen. Mit Befriedigung hörte man in Brüssel, Madrid, Wien, daß nun endlich auf Anlaß jener Gefangensetzung die Krone Frankreich den Krieg erklärt habe. Nun hatte sie die Schuld des Friedensbruches, und man konnte zum Kampf gegen den Erbfeind des Reiches aufrufen. Die spanisch-östreichische Politik erhob sich zu den kühnsten Entwürfen; mit dem Prager Frieden fühlte sie sich stark genug, sie hinauszuführen.

Der Plan war, vom Rhein und von Belgien her gleichzeitig in Frankreich einzubrechen, während Kursachsen, zu dem einige kaiserliche Regimenter unter Morzin commandirt wurden, sich gegen die Schweden wandte. Es schien nicht schwer, den Rest ihrer Macht jetzt völlig zu erdrücken. Banners Truppen waren in Gährung, „Keiner hatte Lust zu fechten."

Frankreich erkannte die Gefahr, mit der es bedroht war; so stolze Sprache es führte, den alterprobten spanischen und kaiserlichen Kriegsvölkern fühlte es sich bei Weitem nicht gewachsen; nur ein neues Vordringen der Schweden konnte retten.

Endlich, nach unendlicher Mühe und mit ungeheuren Be-

stechungen gelang es, die Stuhmsdorfer Verhandlungen zum Abschluß zu bringen (2. Sept.). Die Krone Polen nahm einen Waffenstillstand auf zwanzig Jahre an. Damit wurden die zum Polenkriege gesammelten schwedischen Regimenter frei; unter Torstenson brachen sie auf, den schwer bedrängten Banner zu verstärken.

Brandenburg, durch Markgraf Sigismund vertreten, hatte den Abschluß auf das Eifrigste befördert; es gewann mit demselben die Befreiung des Herzogthums; es nahm die bisher von Schweden besetzten Plätze Pillau, Memel u. s. w. wieder in Besitz und gab die sequestrirten westpreußischen Festungen und Aemter der Krone Polen zurück[1]).

Seltsam genug, Brandenburg hatte im Interesse seiner preußischen Politik das Entgegengesetzte von dem gethan, was nach Annahme des Prager Friedens seine brandenburgische Politik forderte.

In einer Zusammenkunft Georg Wilhelms mit dem sächsischen Kurfürsten (23. Sept.) wurden die letzten Verabredungen getroffen: die brandenburgischen Truppen, so weit sie nicht zur Besetzung der Festung nöthig seien, traten unter sächsischen Befehl, sächsischen Truppen wurden die Pässe der Havel und Oder übergeben. Auf den Wunsch Brandenburgs, noch einmal den Weg der Güte zu versuchen, versprach Kursachsen, „zu der Schweden Begütigung und der Kriegsobristen und Soldatesca Befriedigung“ 10, ja 25 Tonnen Goldes anzubieten[2]). Johann Georg wußte wohl, daß das jetzt den Kampf anbieten heiße; er hatte die Zuversicht, mit der Uebermacht, über die er verfügte, die Schweden erdrücken zu können, bevor ihre Truppen aus Preußen herankämen; und dem Verhalten des Kaiserhofes gegenüber erschienen rasche glänzende Waffenthaten

1) Der Vertrag ist abgedruckt im Theatr. Europ. III. p. 364.

2) Verhandlungen in Brandenburg, 23. Sept. 1635. Es sollten sächsische Besatzungen in Brandenburg, Rathenow (500 Mann), Havelberg (500 Mann), Plauen, Löcknitz bleiben.

doppelt wünschenswerth; nur mit großen Erfolgen konnte man die tiefe Aufregung der Evangelischen über den Frieden zu beschwichtigen hoffen.

Am 6. October erließ Johann Georg die Kriegserklärung, „seine Blutordre“; er ließ den größeren Theil seines Heeres über Havelberg die Elbe hinabgehen, um Banner in seiner linken Flanke zu umgehen und von Pommern abzuschneiden, während Morzin mit den Kaiserlichen durch die Neumark nach Pommern vordringen sollte, Torstenson den Weg zu verlegen. Aber Torstenson erreichte (13. Oct.) Wollin, als die Kaiserlichen erst bis Stargard gekommen waren; mit dem Gefecht am 22. Oct. öffnete sich Banner den Elbpaß bei Dömitz; bald war er mit Torstenson vereinigt. Mecklenburg und Pommern war wieder in der Gewalt der Schweden.

Die pommerschen Stände hatten sich mit flehenden Bitten an Georg Wilhelm gewandt: „sie seien rathlos und schutzlos, der Herzog krank; Brandenburg als nächster Interessent und im Voraus gehuldigter Nachfolger, möge sich doch des Schadens Josephs erbarmen“. Der Kurfürst wußte ihnen keinen andern Rath zu geben, als Neutralität zu suchen, „dergleichen wohl noch zu erhalten sei“; Macht zu helfen hatte er ja nicht. Schon nahte den Marken gleiche Gefahr; er bat im sächsischen Hauptquartier um Sicherung der zunächst bedrohten Uckermark; die Antwort lautete: „wenn er sie nicht zu halten vermöge, sei es besser, sie mit Güte darzureichen, als sie ganz ruiniren zu lassen.“ [1])

Johann Georg versuchte von Perleberg ins Mecklenburgische vorzudringen; das Gefecht bei Goldberg (28. Nov.) warf ihn zurück. Dann versuchte er, Morzin von der Oder her an sich zu ziehn, Banner drängte sich zwischen beide Heere (2. Dec.), warf sich dann

1) Bericht des Otto von Marwitz aus Perleberg, 10. Nov. 1635. Marwitz war als „Resident“ im Hauptquartier, und seine zahlreichen Berichte liegen der folgenden Darstellung zu Grunde.

mit ganzer Kraft gegen die Sachsen, die schleunigst wichen, nahm ihnen nacheilend Havelberg (8. Dec.) die Werbener Schanze (15. Dec.) den Paß von Fehrbellin (23. Dec.).

In Berlin war man in höchster Angst, mit einem Marsch konnte der Feind da sein. Der Kurfürst eilte wenigstens sich zu retten, er flüchtete nach Peitz „ohne auch nur die Kurfürstin dessen zu verständigen"[1]); er sandte Pfuel an Banner, seinen Schwager, eine „Versicherungserklärung" für die Residenz und die zum Hofhalt nöthigen Aemter zu erwirken; Otto Marwitz sollte den gleichen Antrag bei Johann Georg stellen, zugleich so gut möglich „die Verrückung aus der Residenz" entschuldigen.

Johann Georg war auf Dessau zurückgegangen, unterhandelte, um den vorstürmenden Feind aufzuhalten, um Waffenstillstand. Höchst ungnädig nahm er Marwitzens Botschaft auf: „warum sei der Kurfürst nach Peitz, nicht nach dem festen Spandau gegangen? es werde allerhand Reden verursachen, als wenn sich beide Kurfürsten nicht wohl mit einander verständen; er beklage, daß man so schlechte Zuversicht zu ihm habe: er würde eher den Kopf verlieren, als Brandenburg im Stich lassen; schon seien Truppen auf dem Marsch, Fehrbellin wieder zu nehmen." Freilich hatte man davon in Berlin nichts gewußt, „sonst wäre S. Kf. D. wohl geblieben, aber es werde alles so gar heimlich gehalten."[2])

Den Damm von Fehrbellin gelang es nicht zu nehmen; aber Morzin und einige sächsische Regimenter zogen sich um Berlin zusammen, deckten die Havelpässe. Georg Wilhelm konnte getrost der Aufforderung zur Rückkehr in seine Residenz Folge leisten. Vielleicht um den üblen Eindruck seiner Flucht zu verwischen, das schon rege Mißvertrauen zu beseitigen, befahl er — erst jetzt — die Kriegs-

1) Chemnitz II. p. 905; nach seiner Angabe wäre Curt Bertram von Pfuel von der Kurfürstin gesandt; nach den Acten ist es nicht so.

2) Berichte von Marwitz, 29. 30. Dec.

erklärung; durch Patente und von den Kanzeln wurde „die Krone Schweden und deren Heere“ für des Kurfürsten und des Reiches Feinde erklärt (6. Jan.).[1])

Ich kann nicht sagen, ob man in Wien oder in Dresden mehr Genugthuung über den tapferen Schritt Georg Wilhelms empfunden hat. Gefährlicher wurde er mit demselben den Schweden nicht; er forderte nur, ohnmächtig, wie er für sich war, ihre Rache heraus, und dann stand es beim Kaiser und bei Sachsen, wie weit sie ihn und sein Land schützen wollten.

Georg Wilhelm Generalissimus.

An sich war das Gefecht bei Goldberg mit den großen Schlachten dieses Krieges nicht zu vergleichen; aber Banners Kühnheit und Energie verstand demselben Folgen zu geben, die über alle Erwartung hinausreichten. Er war rastlos weiter gestürmt bis Naumburg, bis Meißen hinauf, ein andres Corps drang an die Weser, über sie hinaus bis an die Ems vor.

Es waren die ersten großen Erfolge seit der Nördlinger Schlacht; auch die deutschen Regimenter gewannen frische Luft; die Freunde Schwedens, die der Prager Friede entmuthigt, wurden wieder rege. Landgraf Wilhelm, der fort und fort mit Kursachsen und dem Kaiser verhandelt habe, ohne abzuschließen, rüstete sich; in Franken und Schwaben hoffte man demnächst die Schweden als Befreier zu begrüßen.

Der Feldzug von 1636 schien die größten Entscheidungen bringen zu müssen; von Banner erwartete man alles Kühnste.

Aber er hielt sich behutsamer, als man von ihm gewohnt war. Er ließ es geschehen, daß die Sachsen Magdeburg zu belagern

1) Ausführliches darüber in den ständischen Verhandlungen vom Jan. 1641.

begannen, während Morzin Stargard wieder nahm, schon auch Greifenhagen angriff. Die Schweden kämpften wie mit halber Kraft; was lähmte sie?

Als der französische Gesandte — schon standen die spanisch-östreichischen Völker tief in Frankreich, Johann von Werth streifte bis vor Paris — Banner drängte, endlich vorzugehen, antwortete dieser, er fürchte die dritte Parthei.

Dänemark hatte sich mit den braunschweigischen Fürsten und mit Mecklenburg-Schwerin vereinigt, der Krone Schweden gewisse Artikel, auf die sie die Friedenshandlung übernehmen wollten, vorzulegen, und wenn die Schweden die Annahme versagten, die Waffen gegen sie zu ergreifen. Der Gedanke war vom spanischen Hofe angeregt worden[1]), und der Kaiser belohnte Mecklenburgs Eifer durch Bewilligung eines Elbzolles[2]), wie ihn Dänemark schon erhalten hatte. Es war ein neuer Riß in das System des Prager Friedens, oder richtiger ein Schritt weiter in dessen Durchbildung; in dem Maaß, als sich diese politische Gruppe in Norddeutschland entwickelte, sank die Bedeutung Sachsens.

In demselben Sinn war es, daß der Kaiser Morzin, der bisher unter kursächsischem Befehl gestanden, von demselben entband, ein zweites Heer unter Hatzfeld in die Marken sandte, beiden die Weisung gab, dem Kurfürsten von Brandenburg „auf jedesmalige Forderung zu succurriren". Schon dachte man am Hofe zu Berlin daran, die eigenen Regimenter, die mit Sachsen vereint nur Schaden und Schande hatten, wieder an sich zu nehmen, „zu zeitlicher Abwendung ferneren besorgenden Unheils". Ja Schwarzenberg, der zum Wahltag nach Regensburg gesandt wurde, erhielt den Auftrag, darzulegen, wie manche Mißstände dadurch entständen, daß an der

1) Une nouvelle ruse des Espagnols. Richelieu IX. p. 14.

2) Dieß entnehme ich aus einem Schriftstück, das die kurbrandenburgischen Forderungen bei der Kaiserwahl enthält, datirt vom 17. Mai 1636.

Spitze der kaiserlichen Truppen im Norden „kein vornehmes Cape stehe", und damit des Kurfürsten Wünsche anzudeuten.[1])

Mit Hatzfelds Ankunft gewann der Krieg an der Elbe neues Leben. Anfangs Juli fiel Magdeburg; selbst Havelberg, selbst die Werbener Schanze vermochte Banner nicht zu halten; nur der Elbpaß bei Dömitz sicherte ihm noch die Verbindung mit Pommern. Schon stand Hatzfeld und Johann Georg bei Perleberg, sie erwarteten die brandenburgischen Regimenter von Brandenburg, die Morzinschen von der Oder her, um auch Dömitz zu nehmen. Da endlich raffte Banner alle Kraft zusammen, eilte über die Elbe, den Feind, ehe er jene Verbindungen hergestellt, zu treffen; in der blutigen Schlacht von Wittstock (24. Sept.) schlug er ihn vollkommen. Die Kaiserlichen eilten, in Magdeburg Zuflucht zu suchen; Johann Georg ging bis Meißen zurück; verfolgend drang Banner bis Leipzig, warf sich dann auf Thüringen, nahm Erfurt. Mit jedem Tage wuchsen die Wirkungen der Schlacht.

Brandenburg schien unrettbar verloren. Der Kurfürst war wieder nach Peitz geflüchtet; er sandte Markgraf Sigismund nach Berlin, mochte er sehen, wie er helfe. Die brandenburgischen Regimenter unter dem sächsischen General Klitzing, angeblich 3500 Mann, lösten sich bis auf einige hundert Mann auf; Conrad von Burgsdorf, der in Spandau stand, forderte Geld oder seinen Abschied. Die Herren Stände in den Kreisen beriethen, wie sie sich mit den Schweden verständigen, sich „bei dem ihrigen noch wenigen" erhalten könnten; es gab Viele, die nach den furchtbaren Erpressungen, welche die kaiserlichen, sächsischen, brandenburgischen Truppen im Lande geübt, Gott gedankt hätten, wenn man sich ganz den Schweden hingegeben hätte.

Für Schweden lag alles daran, Brandenburg zu sich herüberzuziehen. Banner forderte (7. Oct.), daß man sofort einige vom Rath oder

1) Aus der Instruction vom 17. Mai 1636. Mit Schwarzenberg waren in Regensburg die Geh. Räthe Levin von Knesebeck, Blumenthal, Dr. Fritze.

von den Ständen an ihn sendete, er wolle der Principalen Streit die Landschaft und Unterthanen nicht entgelten lassen. Da nicht sogleich Antwort erfolgte, ließ er Wrangel gegen Berlin rücken, alles Furchtbarste drohn. Da mußte der Markgraf wohl nachgeben; zunächst, daß Berlin und Cölln von den Schweden besetzt würden: „sonst wäre kein einziges Gebäude in diesen beiden Städten, den Vorstädten und dem Werder stehn geblieben".[1] Dann wurde weiter unterhandelt; mit Genugthuung vernahm Wrangel, wie „der gemeine Ruf sei, der Kurfürst werde leichtlich zur schwedischen Parthei wieder umtreten"; er forderte nur die Uebergabe von Spandau, die Mitbesetzung von Küstrin; die Ritterschaft in der Uckermark, Priegnitz, Havelland schloß jede für sich mit den Schweden ab, verpflichtete sich zu Contributionen.[2] Die Stimmung des gemeinen Mannes war unzweifelhaft für Schweden.

Der Kaiser — schon war er in Regensburg — hatte sofort nach der Nachricht von der Schlacht an den Kurfürsten geschrieben (18. Oct.): „er werde alle erforderliche Assistenz leisten, wenn der Feind ihn bedrohe, er möge sofort solche Anstellungen verordnen, daß der Feind nicht durchbrechen könne." Bald zeigte sich, daß die Gefahr größer sei, als man in Regensburg gedacht hatte; man erfuhr, daß in Berlin bereits um „Particulartractaten" verhandelt werde. Schwarzenberg war auf das Aeußerste besorgt, daß die Götze, Pfuel, Leuchtmar jetzt mit ihren Plänen durchdringen könnten; „ich will nicht vermuthen", schrieb er nach Peitz, „daß sich Leute finden, die dergleichen rathen"; er meldete dem Kurfürsten, „der Kaiser würde ihm gern einen guten Theil der Kriegsdirection übertragen, wenn es Kursachsens halber geschehen könne".[3] Woche auf Woche verging, ohne daß die versprochene kaiserliche Hülfe erschien.

1) Markgraf Sigismunds Schreiben vom 19., 24. Oct. 1636.

2) Aus der ständischen Beschwerdeschrift vom 8. Jan. 1641. Kaiserliches Schreiben vom 27. Nov. 1636.

3) Das Schreiben Schwarzenbergs an den Kurfürsten und an den Geheim-

Es war ein Moment, den Brandenburg, geschickt geleitet, in mehr als einer Weise hätte ausbeuten können.

Noch war die Wahl in Regensburg nicht vollzogen. Frankreich und Schweden hatten gegen dieselbe im Voraus protestirt, weil die Stimme von Trier, die von Kurpfalz fehle; Kursachsen weigerte sich, zur Wahl zu schreiten, bevor der Kaiser nicht die allgemeine Amnestie verkündigt hale, „da durch diesen und keinen andern Weg das Reich innerlich un) in sich beruhigt werden könnte". Auch die brandenburgische Gesandtschaft war in diesem Sinn instruirt.

Man brauchte nur darauf zu beharren, um den Kaiserhof in dem Mittelpunkte seiner Politik zu treffen.

Und statt die Marken, nachdem der Prager Frieden sie des eigenen Waffenschutzes beraubt, mit höchster Anstrengung zu vertheidigen, hatte das kaiserliche und Reichsheer sie erst auf das Heilloseste ausgesogen, dann Preis gegeben. Wie, wenn der Berliner Hof, nun dem Zwang der Noth folgend, sich mit Schweden verständigte? Wie, wenn er den besseren Schutz eines schwedischen Bündnisses suchte?

Noch ein anderer Weg bot sich, wenn dieser zu gewagt erschien. Die Marken hatten, selbst wenn die deutsche Heeresmacht wieder vordrang, nur noch die gräßliche Aussicht, des Weiteren sedes belli zu sein; der Kurfürst war außer Stande, sie zu schützen; nach dem Prager Frieden mußte er ihren Schutz Kaiser und Reich anheimgeben. Schon hatte er seine Gemahlin und Töchter nach dem jetzt ruhigen Preußen gesandt[1]); er konnte ihnen dorthin folgen. Und die cleve-märkischen Stände hatten nicht ohne des Prinzen von Oranien Rath an den Kurfürsten den Antrag gestellt, ihre Lande für

sekretair Johann Stellmacher, die nach einer archivalischen Angabe vom 3. Nov. sind, in Antwort auf Briefe vom 12. Oct.

1) Daß es 1636 geschehen, entnehme ich der 1660 von Bartholomäus Stoschius gehaltenen Leichenpredigt auf die Kurfürstin p. 70. Aus einem Brief des Kurfürsten an seinen Sohn in Holland (16. Juni) ergiebt sich, daß die Fürstinnen bereits in Königsberg waren.

neutral zu erklären, den in Holland weilenden Kurprinzen ihnen als Statthalter zu geben[1]); es war das eifrigste Bemühen der Generalstaaten darauf gerichtet, für sich gegen Kaiser und Reich die Neutralität zu erhalten, und dieß ihr System über die nächstliegenden Reichsgebiete bis zur Weser hin auszudehnen. Wie, wenn jetzt der Kurfürst auf jene Anträge einging, wenn er seinen westlichen Landen unter dem Schutz der Staaten eben so Frieden gab, wie die östlichen schon hatten, wenn er in ihnen die Mittel sammelte, in den mehr und mehr sich erschöpfenden Kampf um Norddeutschland zur rechten Zeit entscheidend einzugreifen?

Ich kann nicht nachweisen, ob und wie weit solche Möglichkeiten in Berlin und Peitz erwogen worden sind; gewiß ist, daß in den Verhandlungen zu Berlin gegen die schwedischen Herren offen „von unverrückter Affection des Kurfürsten, gezwungener Conjunction mit dem Feinde, nur bedingungsweise erfolgter Annahme des Prager Friedens, vielfältigen Disgusten, täglich weiter sich öffnenden Augen" gesprochen worden ist.

Dann endlich, Anfangs November, wurde in Peitz in Gegenwart des Kurfürsten Rath gepflogen und beschlossen, bei dem Prager Frieden zu beharren, den mit Wrangel verabredeten Vertrag nicht zu genehmigen, die Schweden „mit wirklicher Hostilität anzugreifen und zu dem Ende zu werben"[2]). In Folge dessen wurde an Wran-

1) Die abschlägige Antwort des Kurfürsten auf das erste Gesuch der clevischen Stände ist vom 20. Mai 1636. Ueber die holländischen Bemühungen um Neutralität berichtet Chemnitz III. p. 44. Ueber diese noch wenig aufgeklärten Bemühungen Hollands findet sich das Wichtigste in Leo ab Aitzema Zaken van Staet en Oorlogh II. p. 410 ff., dessen Oheim Foppe van Aitzema diese Verhandlungen in Wien und Regensburg betrieb.

2) Ich entnehme diesen Beschluß aus den Geh. Raths-Verhandlungen vom 9. Decbr. 1638. In Peitz war vom Geheimerath vielleicht niemand anwesend. Daß Arnim, Klitzing, Moritz August von Rochow damals in Peitz waren, ergiebt sich aus andern Acten. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Gedanke, für den Kurfürsten einen Theil der Kriegsdirection zu erhalten, nicht erst jetzt in Peitz entstand. Die Instruction, mit der in Folge der Verhandlungen Bern-

gel die Antwort gesandt: die beiden Festungen könne man ihm nicht einräumen, da sie nicht des Kurfürsten, sondern des Reiches seien. Schon waren einige kaiserliche Regimenter aus Schlesien herangekommen, hatten sich mit Klitzing vereint, marschirten auf Frankfurt. Wrangel wich vor ihnen nach Pommern zurück. Zugleich bot Markgraf Sigismund, da Brandenburg und Mainz vom Reich mit Schweden den Frieden zu unterhandeln beauftragt sei, einen Waffenstillstand, aber unter Bedingungen, die Wrangel verwerfen mußte.[1])

Was hatte den schwankenden Kurfürsten entschieden? Daß die kaiserliche Hülfe wochenlang zögerte, hatte Schwarzenbergs Einfluß ins Schwanken gebracht; und sie zögerte, so scheint es, weil Brandenburg mit Sachsen die Wahl nicht ohne die allgemeine Amnestie gewähren wollte. Da gab Schwarzenberg, ich weiß nicht, ob mit oder ohne seines Kurfürsten Zustimmung, die Amnestie auf, „daß also die kursächsischen Gesandten allein und dem Werk nicht mehr gewachsen waren". Es folgte die Zusendung der schlesischen Regimenter, und am 12. December wurde Ferdinand III. zum Nachfolger seines Vaters erwählt.

Die Welt erstaunte, daß so Großes, die Lebensfrage für die östreichische Politik, so rasch, so leichten Kaufes entschieden wurde. Man meinte, Brandenburg habe wegen Pommerns, wegen Jülichs bestimmte Zusicherungen erhalten.[2])

Wenigstens von Einer Begnadigung, die Schwarzenberg seinem Herren mitbrachte, erfuhr man sofort; es war ein kaiserliches Patent,

---

hard Goldacker nach Regensburg gesandt wurde, datirt Peitz 6/16. Nov. 1636. Leider sind die Vorgänge dieser Wochen nicht mehr völlig aufzuklären.

1) Die weiteren Verhandlungen des Markgrafen Sigismund mit Sten Bjelke berichtet Pufendorf IX. §. 54, der hier, da Chemnitz vom Ende 1636 bis 1641 verloren ist, Hauptquelle wird; er hat Chemnitzens musterhafte Darstellung benutzt, aber nicht bloß sie.

2) Chemnitz sagt: „Brandenburg sincerirte man aufs Neue der Pommerschen und Gülicher Lande halber" (III. p. 63); für letzteres habe ich keine weitere Bestätigung gefunden.

welches den Kurfürsten „zu Ihro kais. Maj. Generalissimus“ ernannte.

Georg Wilhelm war ein siecher Mann; ein offener Schaden am Schenkel, an dem er seit Jahren litt, erlaubte ihm nicht mehr, ein Pferd zu besteigen. Auch wird der Kaiser nichts weniger als Heldenthaten von ihm gewünscht haben. Aber indem diese Ernennung den Kurfürsten von seiner militairischen Unterordnung unter Kursachsen befreite, machte sie die politische Abhängigkeit vom Kaiserhofe um so größer und jede fernere Annäherung an Schweden unmöglich.

Von Anfang her hatte der Prager Frieden im Lande viel Mißbilligung gefunden; die Wittstocker Schlacht hatte die Stimmung nur noch mehr den Schweden zugewandt; die schonende Art, mit der Wrangel bei seinem Vordringen verfuhr, hatte ihm aller Herzen gewonnen; wo die kaiserlichen und sächsischen Truppen weder Geld, noch Lebensmittel mehr hatten erpressen können, war den Schweden beides reichlichst geboten. Daß Schwarzenberg jetzt den Kurfürsten völlig auf des Kaisers Seite zog, mußte die Kluft zwischen dem Lande und dem Landesherrn um so größer, mußte ihn seinem Herrn um so unentbehrlicher machen.

Noch einmal war seinen Gegnern möglich gewesen, Einfluß zu gewinnen, seine Stellung zu gefährden. Jetzt forderte auf seine Anregung Markgraf Sigismund den Kanzler Götze zur Rechenschaft, „weil er nicht nur in seinem Herzen schwedisch gesinnt, sondern auch in schwedischer Bestallung sei“. Allerdings hatte Götze früher eine Magdeburger Domherrnstelle von der Krone Schweden angenommen; aber, so erklärte er, er habe nie einen Heller Einkommen davon gehabt. Seine Rechtfertigung war vergebens, ein kurfürstliches Rescript, von Schwarzenberg verfaßt, voll schärfsten Tadels, verwies ihn von seinem Kanzleramt und aus dem Gehei-

menrath.[1]) Schon hatten sich auch Pfuel und Leuchtmar veranlaßt gesehn, ihre Rathsstellen aufzusagen und das Land zu verlassen. Ihre Stellen wurden nicht wieder besetzt, ein Kanzler und Director des Geheimenraths nicht wieder ernannt.

Noch weniger war Schwarzenberg, im Besitz der alleinigen Leitung des Regiments, gemeint, sich die Herren-Stände drein reden zu lassen. Auch nicht mehr die „angesehensten unter ihnen", wie zuletzt bei den Erörterungen über den Prager Frieden geschehen war, wurden berufen, geschweige denn ein gemeiner Landtag; in den wichtigsten Fragen, „woran des Landes Gedeihn und Verderben gelegen", entschied man ohne „das Land". Und der währende Kriegs- und Gewaltzustand in den Marken machte es möglich, Steuern und Leistungen zu befehlen und zu erzwingen ohne ständische Bewilligung.

Wenn die Stände vier Jahre später beim Regierungswechsel dem neuen Landesherrn vorstellen, wie schwerer Schaden dem Lande daraus erwachsen sei, daß man „erfahrene und wohl meritirte Räthe abgeschafft, daß man Urtheile des Kammergerichts ohne Untersuchung durch bloße Decrete reformirt", wenn sie ihn bitten, „seine getreuen Lande forthin keinem absoluten dominatui, wie bis daher leider geschehen, allein zu übergeben, sondern entweder, selbst zu regieren oder durch treue verständige Patrioten regieren zu lassen, so ist damit das System bezeichnet, mit dem Schwarzenberg seine Stellung fest zu gründen glaubte.

Rasch entwickelten sich die weiteren Folgen dieses absoluten Dominats.

Der letzte Herzog von Pommern krankte dem Grabe zu. Und

1) Das Wesentliche über diese Vorgänge ist in der Geschichte des Geh. Raths p. 167 mitgetheilt. Fortan saßen im Geheimrath: Knesebeck († Sept. 1638), Blumenthal, Sebastian Striepe, Dr. Fritze, Dr. Erasmus Seidel, Balthasar von Brunn, Dr. Frommhold.

Schwarzenberg hatte von Regensburg die bestimmtesten Zusagen des Kaisers mitgebracht: „auch nicht einen Bauer solle der Kurfürst von Pommern zurücklassen oder verlieren".

So wie Ferdinands III. Wahl erfolgt war, begannen die umfassendsten Vorbereitungen zum Feldzug gegen die Schweden. Ein kaiserliches Heer zog vom Rhein her, Hessen verwüstend, nach Thüringen, ein zweites sammelte sich im Voigtlande, durch Mähren zogen Schwärme von Kosacken heran.

Banner zog seine Streitkräfte zwischen Torgau und Wittenberg zusammen, entschlossen, dort so lange als möglich der Uebermacht zu trotzen, während Wrangel mit freilich nur 4000 Mann Pommern behaupten sollte.

In Pommern selbst war die höchste Aufregung; begreiflich, daß man die Schweden los zu werden wünschte, die sich um die Freiheiten und Rechte der Stände eben so wenig, wie um die Klagen der überbürdeten Unterthanen kümmerten; man hoffte, gleich nach dem Todesfall werde Markgraf Sigismund nach Stettin kommen, die Huldigung zu empfangen, die Privilegien zu bestätigen; man meinte, die Friedenshandlung mit Schweden werde ihm den Vorwand dazu geben. Mehrmals war Arnim von Boitzenburg aus nach Stettin gekommen; man vermuthete, daß er in dem großen Umschwung der Dinge, den der neue Feldzug bringen sollte, eine Rolle zu spielen habe und daß er im kursächsischen Auftrag thätig sei; nach Polen, nach Dänemark hin gingen seine Boten.

Aber schwedischer Seits wurde die Zusammenkunft in Stettin verbeten; sie wurde am 6. März in Vierraden gehalten, am 7. März erschien ein schwedisches Commando in Boitzenburg, hob Arnim auf, führte ihn gefangen nach Schweden ab. Am 10. März starb der Herzog.

Schweden bestritt keinesweges die Erbrechte Brandenburgs, aber bis zur geleisteten Satisfaction, so war bereits im Februar

den Ständen erklärt worden, werde das Land nach dem Vertrage von 1630 besetzt bleiben; doch sei man bereit, das Collegium der Räthe die Regierung fortführen, die Regalien und landesherrlichen Rechte bis auf Weiteres ruhen zu lassen.

Mit diesen Anträgen waren Abgeordnete der Räthe und Stände nach Küstrin zum Kurfürsten gekommen; sie erklärten, daß sie dessen landesfürstliche Succession und Landeshoheit — sie brauchten den Ausdruck jura superioritatis — durchaus anerkenneten und aufrecht erhalten wollten; aber sie müßten auch bitten, daß man auf den Zustand des zur Zeit ganz von den Schweden besetzten Landes Rücksicht nehmen wolle.[1])

Sie fanden nichts weniger als freundliche Aufnahme; jener Vertrag von 1630 sei brandenburgischer Seits nie anerkannt, auch der Artikel 14, der der Krone Schweden bis zur anderweitigen Entschädigung Pommern überweise, ohne Vorwissen des Herzogs eingeschoben. Die Mandate, die der Kurfürst ausfertigen ließ, weigerten sie sich mitzunehmen, Mandate solches Inhaltes, daß Rath und Stände jeden, der sie annehmen oder verbreiten würde, für einen Feind des Vaterlandes erklärten. Dann folgte das kurfürstliche Besitzergreifungspatent, begleitet von einem Aufruf an die pommerschen Vasallen und Unterthanen, ihrem jetzigen Landesherrn mit Aufbietung aller Mittel die Schweden verfolgen zu helfen. Dem Trompeter, der es überbrachte und dabei den Schweden in die Hände fiel, rettete nur die Fürbitte der Stände das Leben, „mit ganz spöttischen Worten" wurde er heimgesandt.

Man war am Hofe zu Küstrin der Zuversicht, demnächst auch ohne Hülfe der Stände und trotz der Schweden in den Besitz des Landes zu gelangen; man hatte die Aussicht, die eigene Sache mit den eigenen Truppen durchzuführen; der Kaiser hatte zu dem Titel

1) So die Darlegung der märkischen Stände vom 8. Jan. 1641. Pufendorf sagt IX. p. 45: Vix Custrinum pervenerant, cum dux extinguitur.

des Generalissimus ein neues Zugeständniß hinzugefügt, die Aufstellung brandenburgischer Feldregimenter.

Den Anlaß dazu hatte gegeben, daß einige dienstlose Obristen sich in Wien erboten hatten, im Herzogthum Preußen für den Kaiser zu werben; der Kurfürst war darüber in einiger Aufregung; darauf kam aus Wien die Erklärung: der Kaiser werde es ebenso gern sehen, wenn die Werbungen für den Kurfürsten und in dessen Namen geschähen.

Es scheint nicht, daß Schwarzenberg dieß kaiserliche Erbieten veranlaßt, ja nicht einmal, daß er dessen Annahme lebhaft empfohlen hat.[1]) Vielleicht waren es die Arnim, Klitzing, Rochow, andre „Kriegspersonen", die doch auch ihren Einfluß auf den Kurfürsten hatten, vielleicht des Kurfürsten eigene Velleität, endlich einmal etwas Großes zu leisten; und Schwarzenbergs Sache war es dann, die beschlossene Sache in diejenige Form zu bringen, die seiner Richtung entsprach. Er sandte Blumenthal, die weiteren Verhandlungen mit dem Kaiserhofe zu machen; sie kamen am 12. Juni in Prag zum Abschluß.

Schwarzenberg hat später den Ausdruck gebraucht: „mit dem Gelde des Kaisers seien die brandenburgischen Truppen geworben worden." Nach dem Prager Frieden und dem Regensburger Schluß hatte Brandenburg 200 Monate (365,000 Gulden) zu zahlen. Indem der Kaiser dem Kurfürsten diese zu den Werbungen überwies, indem er 60,000 Thlr. hinzufügte, hatte er ihm allerdings „über 400,000 Thlr. zugewandt"; daß der Wiener Hof unter andern vom Markgrafen Hans her dem Kurfürsten 170,000 Thlr. schuldete, daß nach dem Prager Frieden[2]) von jenen 200 Monaten abgezo-

1) Wenigstens hat Schwarzenberg bereits 1638 die „große Rüstung" als das Unglück des Landes bezeichnet, was er schwerlich gethan hätte, wenn er dazu den Anstoß gegeben hätte.

2) Der betreffende Artikel des Prager Friedens lautet: kein Stand soll

gen werden mußte, was das Land an Einquartirung und Verpflegung geleistet hatte, daß diese Leistungen seit dem Herbst 1635 bei Weitem mehr, über vier Tonnen Goldes betrugen, blieb außer Rechnung; der Kurfürst übernahm für jene Summen 1000 Mann zu Roß, 6000 zu Fuß zu werben, „und wurde ihm die ganze Kur Brandenburg zum Musterplatz in Ruhe freigelassen". Diese Truppen sollten in drei Monaten errichtet sein, im ersten Monat vom Kurfürsten, später aus den in Prag und Regensburg dem Reich auferlegten Römermonaten unterhalten werden; sie sollten in des Kaisers und Reiches Pflicht genommen, dem Commando des Kurfürsten untergeben werden; ihr Diensteid sollte lauten: „daß sie dem Kaiser und an dessen Statt dem Kurfürsten zu Brandenburg gehorsam sein wollten, damit das Herzogthum Pommern ihm als seinem natürlichen Erbherrn recuperirt werde".[1])

Es war ein im höchsten Maaß ungleiches und verworrenes Verhältniß. Nicht bloß, daß die Erwerbung Pommerns, zu der nach dem Prager Frieden Kaiser und Reich verpflichtet waren, nun dem Kurfürsten zugeschoben wurde; er übernahm es, ein Heer zu werben, das ihm nur zu diesem Zweck zur Verfügung stehen sollte, es für Geldsummen zu werben, für die er bereits durch die Feldzüge quitt geworden war, welche sein Land zwei Jahre hindurch ausgesogen hatten, ohne ihm Pommern zu erwerben. Wenn ihm nun die Eroberung Pommerns nicht gelang, so war es seine Schuld und der Kaiser war seiner Verpflichtungen ledig; gelang sie aber,

---

schuldig sein zugleich zu contribuiren und auch die Last des Quartiers zu ertragen oder die Verpflegung der Soldatesca umbsonst zukommen zu lassen u. s. w.

1) Nach dem Bericht Blumenthals, 2. Juli 1637 (wo auch die formula juramenti) und nach einem Schreiben Schwarzenbergs an Blumenthal, 22. Aug. 1638. Woher das Geld, das man baar verausgabte, gekommen, kann ich actenmäßig nicht nachweisen; Pufendorf IX. p. 14 sagt: Pecuniam suppeditantibus Hispanis et Schwartzenbergio comite. Daß der Graf solche Art Vorschußgeschäfte mit seinem Herrn machte, ist unzweifelhaft; als Sicherheit waren ihm Domainen verschrieben.

so war es des Kaisers Heer, das diese Lande gewonnen hatte, und es stand bei ihm, wie weit er dieselbe militairisch und finanziell in Anspruch nehmen wollte; der Diensteid der Truppen selbst war so verclausulirt, daß man gelegentlich alles Mögliche daraus machen konnte[1]); ausdrücklich zur Handhabung des Prager Friedensschlusses verpflichteten sie sich. Endlich: des Kurfürsten Vasallen und Unterthanen, aus denen die neuen Regimenter gebildet wurden, traten von nun an auf den Namen ihres Kurfürsten unmittelbar in des Kaisers Dienst und Pflicht; sie kamen damit in ein Doppelverhältniß, das ihnen militairisch eine ähnliche Stellung gab, wie politisch die Stände im Herzogthum Preußen hatten und zu benutzen verstanden; bald genug sollte es offenbar werden, was es bedeutete, daß die landesherrliche Gewalt in den Kurlanden bei währendem Kriegsstand auf die bloße Civilobrigkeit reducirt war.

Diese völlige Hingebung an die kaiserliche Politik hatte noch nach einer andern Seite hin Wirkungen bedeutsamer Art.

Noch immer war der Kurprinz in Holland, unermüdlich zu sehn und zu lernen, sich auf den Beruf, der ihn einst erwartete, vorzubereiten. Denn darauf ganz war des kurfürstlichen Jünglings Sinn gewandt; ein Segenswort, das die Mutter ihm zum Abschied gesagt, haftete fest in seinem Sinne. Es bezeichnet ihn, wie er aus einem Kreise junger Cavaliere und ihren verführerischen Gelagen sich losriß und zum Prinzen von Oranien ins Feldlager bei Breda eilte, „eine größere That", sagte der Prinz ihn und sich ehrend, „als wenn ich Breda nehme".

Zu der Politik Schwarzenbergs stimmte dieser Aufenthalt des Kurprinzen nicht mehr; ihm mußte es bedenklich scheinen, daß der

1) Sie schwören „wider alle Jh. Kf. M. und des Reichs Feinde zur Handhabung des Prager Friedensschlusses" getreu zu sein; der Eid erwähnt, daß der Kaiser „dieß Volk Inhalts einer absonderlichen mit dem Churfürsten verfaßten Capitulation diesem übergeben", ihr Eid an den Churfürsten lautet nur auf das, „was er zu der Pommerschen Expedition und Recuperirung anordnen wird."

Prinz dort, wo alles Kampf gegen Spanien athmete, an diesem Herde der großen europäischen Opposition gegen das Haus Habsburg, unter den Eindrücken des Hofes von Haag, des oranischen Feldlagers lebte, Eindrücke, welche die anziehenden Briefe des Prinzen über die politischen und kriegerischen Vorkommnisse, die er beobachtete, nur zu deutlich wiederspiegelten [1]); nicht minder bedenklich, daß er gern und oft in Doornwaard weilte, wo seines Oheims Wittwe, die Böhmenkönigin mit ihrem Erstgebornen Carl Ludwig, der hier Kurfürst von der Pfalz hieß, und ihren heranblühenden Töchtern bescheiden Hof hielt.

Schon im Juni 1636 gab die Pest, die in Holland grassirte, den Vorwand, den Kurprinzen zur Heimkehr aufzufordern; er möge, schrieb ihm der Vater, zur See über Hamburg nach Königsberg gehn, wo er seine Mutter, Großmutter und das Fräulein (seine Schwester) treffen werde. Aber erst nach Schwarzenbergs Rückkunft aus Regensburg wurde des Kurprinzen Heimkehr bestimmt beschlossen.

Ich weiß nicht, ob es beachtenswerth ist, daß eben jetzt beim Tode Ferdinands II. (17. Feb. 1637) in des Kurfürsten Umgebung erwogen wurde, „ob zur Condolenz auch das noch unverheirathete kaiserliche Fräulein anzusprechen sei". Man melde ihm aus Wien, schreibt Schwarzenberg dem Kurfürsten [2]), was für Practiken gemacht würden, den Kurprinzen aus dem Pfälzer Hause heirathen zu lassen, und in das clevische Land zu bringen, um ihn so gleichsam unter der Herren Staaten und Oraniens Tutel zu bringen und dem Reich zu entfremden; der Kaiser sei wenig damit zufrieden, er werde es gern sehn, wenn der Kurprinz an den kaiserlichen Hof

1) Manches aus diesen Briefen, besonders über Schenkenschanz und Breda, ist von v. Raumer in den beiden kleinen Abhandlungen Friedrich Wilhelms Jugendjahre 1853. 54. mitgetheilt.

2) Dieß Schreiben erwähnt Cosmar, Schwarzenberg p. 292, ohne Angabe des Datums; ich habe das Original des Briefes nicht gesehen. Möglich, daß derselbe noch aus Regensburg und in den letzten Monaten 1636 geschrieben ist.

komme und werde gern einen Theil der Kosten tragen. Er fügt hinzu: „die Kurfürstin und ihre Mutter würden freilich diesen Vorschlag nie annehmen, aber eben so wenig dürfe er verschweigen, wie hoch dahin getrachtet und practisirt werde, jene Heirath und die clevische Statthalterschaft durchzusetzen, wozu des Kaisers wegen nie die Zustimmung gegeben werden dürfe, wie viele auch deren seien, die in ein Horn blasen".

Allerdings hatte Oranien, die clevischen Stände, der Kurprinz selbst von Neuem um die Uebertragung der Statthalterschaft gebeten; „die Rettung des Landes hange von einem im Lande residirenden neutralen Haupt ab". Der Kurfürst wies die Bitte der Stände in sehr ungnädigen Ausdrücken zurück.[1]) Dem Sohn sandte er die wiederholte Weisung, über Hamburg oder Frankfurt zurückzukehren; er verwies dem Prinzen, der bald diese, bald jene Bedenken einwandte, sein unangemessenes Zögern, er drohte, ihm die ferneren Mittel zum Unterhalt zu entziehn; dann wieder begütigte er ihn mit der Zusicherung, es sei die Absicht nicht ihn in eine ihm widrige Heirath zu stecken oder ihn an solche Orte zu senden, die ihm widrig wären, er fordere nur, daß der Sohn ohne sein Wissen und Willen sich in keine Heirath einlasse und insonderheit für jetzt alle solche Sachen einstelle, widrigenfalls er, der Vater, es nicht genehmigen und ratificiren werde. Daß sich Oranien (12. Sept.) für einen längeren Aufenthalt des Prinzen verwandte, daß die clevischen Stände nochmals (25. Sept.) ihre Bitten vorbrachten, machte die Sache noch übler; es kamen Weisungen, Drohungen, die den Prinzen das Aeußerste, „höchste Ungnade", förmliche „Verstoßung" fürchten zu lassen schienen. Er hatte die Ueberzeugung, daß Schwar-

1) „Gleich als ob ihr unserer Regierung müde und überdrissig worden." Schreiben bei Cosmar p. 304. Aus Erasmus Seidels Bericht über die ständischen Verhandlungen in Cleve (25. Juli 1640) ergiebt sich, wie hoch die Stände sich erboten haben, wenn der Kurfürst „Dero Herrn Sohn mit genugsamer Plenipotenz anhero abzuordnen sich hätten bewegen lassen".

zenberg allein den Kurfürsten so dränge und verbittere, daß Schwarzenberg mit den schlimmsten Plänen umgehe, daß er in Allem den kaiserlichen Hof als Rückhalt habe. Wie es scheint, die Besorgniß, daß irgend ein Act reichsoberhauptlicher Willkühr eingeleitet werde, sein Recht und seine Zukunft zu vernichten, bestimmte ihn endlich, Folge zu leisten; Anfangs 1638 verließ er Holland.

Indeß hatte der Krieg eine überraschende Wendung genommen.

Banner hatte sich im Frühling 1637 trotz der wachsenden Uebermacht, mit der ihn Gallas umstellte, bei Torgau und Wittenberg behauptet. Schon war er von Wrangel in Pommern durch die kaiserlichen und Reichstruppen an der Spree und Oder völlig getrennt, Magdeburg und die Werbener Schanze hatte der Feind inne; nun fiel auch Wittenberg; immer dichter wurde er umstellt; er war „wie ein Wild im Netz", und nur noch ein kühnes Wagniß konnte ihn retten.

Zum Abmarsch rüstend, als wolle er nach Thüringen, wandte er sich plötzlich ostwärts, ging in Eilmärschen durch die Lausitz, über die Oder nach Landsberg, dort, wie er hoffte den Warthepaß zu benutzen, um sich mit Wrangel, der auf dem rechten Oderufer gegen Küstrin vorzudringen zugesagt hatte, zu vereinigen. Der staunenswürdige Zug gelang; die Vorhut besetzte Landsberg, aber auf den Höhen hinter der Stadt stand Kriegsvolk in voller Schlachtordnung; es war Gallas, der auf der kürzeren Linie über Baruth und Küstrin nach- und vorausgeeilt war. Banner erkannte die Unmöglichkeit, hier durchzubrechen; mit einer neuen Scheinbewegung, als wolle er nach Polen, den Gegner täuschend und irre leitend, wandte er sich plötzlich zurück zur Oder, durchwatete sie zum zweiten Mal, drängte Klitzing, der sich von dem nahen Küstrin auf ihn warf, nicht ohne Mühe zur Seite[1]), erreichte am 3. Juli hinter der Finow Wrangels Vorhut.

---

1) In hoc proelio Brandenburgicus miles prae reliquis laudem tulit Carve,

Er hatte sein Heer und seine Ehre gerettet; aber von allen Seiten drängte Uebermacht nach; kämpfend wich er aus Vorpommern auf das feste Stettin zurück; selbst die Inseln Usedom und Wollin fielen in Feindes Hand; nur in Stralsund, Greifswald, Anclam, in den mecklenburgischen Hafenstädten hielt sich noch schwedische Besatzung. Ein glücklicher Handstreich gegen Landsberg sicherte wenigstens Hinterpommern.

War der Zweck des Feldzuges, wie geglaubt und gesagt wurde, Pommern seinem rechtmäßigen Herrn zu erobern[1]), so mußte es auffallen, daß Gallas die brandenburgischen Truppen die Elbe abwärts und gegen Mecklenburg vorgehen ließ, dann zur Deckung der Neumark nach Küstrin zurückrief; mehr noch, daß er so viele und bedeutende Städte und Kreise Pommerns einnahm, ohne sofort die Huldigung für Brandenburg zu veranlassen.[2])

Mecklenburg hatte Truppen geworben, nöthigte die brandenburgische Besatzung, Dömitz zu räumen; Georg von Braunschweig hatte die brandenburgisch-sächsischen Truppen aus seinem Bereich abgewiesen, Lüneburg, Winsen u. s. w. selbst besetzt. Die Neutralität des niedersächsischen Kreises unter Führung Dänemarks wurde jetzt öffentlich ausgesprochen, wie es schien, unter Zustimmung des kaiserlichen Hofes. Zugleich war der kaiserliche Geheimerath Graf Kurtz in Hamburg, unterhandelte mit Adler Salvius; man begann zu

---

Itinerar. I. p. 203. Banner verlor, von Goldacker verfolgt, viele Todte, 1300 Gefangene. Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 17. Juli 1637.

1) Die märkischen Stände sagen 1641: Der Kurfürst habe die Erbietungen der pommerschen Stände (März 1637) zurückgewiesen, neue Werbungen gemacht, den kaiserlichen und sächsischen miles und andre ausländische potentaten ohne vorwissen der Stände zu Hülfen gerufen, irrito autem conatu das Land gänzlich ruinirt u. s. w.

2) Wenigstens finde ich nichts der Art; auch Pufendorf IX. §. 13 erwähnt zwar, daß der brandenburgische Obrist Vorhaner, als er Stargard nahm (schon im Mai), die Stände „ad homagium Brandenburgico praestandum“ aufgefordert, aber bemerkt durchaus nichts der Art bei dem späteren Vordringen der kaiserlichen Truppen.

muthmaßen, daß der Kaiser den Frieden mit Schweden mit der Abtretung Pommerns zu erkaufen Willens sei.

Allerdings lag der spanisch-östreichischen Politik alles daran, mit Schweden zu irgend einem Schluß zu kommen, um sich mit aller Kraft gegen Frankreich wenden zu können. Der glänzend begonnene Feldzug von 1636 hatte resultatlos geendet; Banners Sieg bei Wittstock hatte die Kaiserlichen gezwungen, aus Frankreich zu weichen. Jetzt war die spanische Macht in Belgien durch das Vordringen Oraniens von Norden her — schon umlagerte er Breda — und die gleichzeitige Bewegung Frankreichs gegen die Festungen an der Maas und Somme so gut wie gelähmt, und am Oberrhein hatte Bernhard von Weimar das entschiedene Uebergewicht. Sollte das für Spanien und Oestreich höchst wichtige Lothringen nicht völlig verloren gehen, so war es die höchste Zeit, alle Kraft zu einem entscheidenden Stoß hier zu sammeln. Jetzt, wo die Schweden bis auf das Aeußerste gebracht schienen, mußten sie gern bereit sein, einen Frieden anzunehmen, der ihnen mehr gab, als sie augenblicklich inne hatten. Wenn man ihnen Pommern opferte, so hatte im Reich gewiß niemand dagegen etwas einzuwenden außer Brandenburg, und dessen Einsprache schlug man nicht hoch an.[1]) Schon wurden auch evangelischer Seits Stimmen laut, welche es eine reichspatriotische Pflicht Kurbrandenburgs nannten, Pommern daran zu geben, damit Frieden werde; es sei eine Gewissenssache, ein casus conscientiae.

Wahrlich, dem Kurfürsten hätten endlich doch die Augen darüber aufgehen müssen, welche Rolle er spielte, und daß es Schwarzenberg sei, dessen Rathschläge ihn und sein Haus in so verächtliche

1) Einiges aus diesen denkwürdigen Verhandlungen hat Pufendorf IX. p. 58. Wenn er in Betreff der kaiserlichen Agenten bemerkt: Multa de Poloni, Dani, Saxonis, Brandenburgici conspiratione jactabant .... Polonum et Danum de Suecia inter se dividenda agere u. s. w., so habe ich für die Theilnahme Brandenburgs an derartigen Entwürfen in den Acten keine Bestätigung gefunden.

Lage gebracht.[1]) Aber der Graf war mehr als je in Gunst; und Seitens des Kaiserhofes ließ man es nicht an gnädigen Erweisungen und Zusicherungen fehlen; man sprach von Entschädigungen in Schlesien, selbst die Zurückgabe Jägerndorfs ließ man hoffen.

Aber jene Hamburger Verhandlungen stockten, seit d'Avaux, der kühnste und gewandteste Diplomat der Krone Frankreich, gekommen war. Nicht lange, und ein neues Bündniß zwischen Frankreich und Schweden war fertig; man verpflichtete sich, den Krieg gemeinsam fortzusetzen, den Frieden nur gemeinsam zu schließen.[2]) Schon hatte Graf Kurtz unter der Hand mit Dänemark angeknüpft; er erhielt jetzt aus Wien die Weisung, den König aufzufordern, „daß er sich des Werkes gegen Schweden annehme und sich zu einer wirklichen Conjunction mit den kaiserlichen und Reichswaffen entschließe.“[3]) Und daß Christian IV. „längst gern einen Fuß in Pommern gehabt hätte“, daß er für seinen Sohn, dem der Kaiser bereits das Erzbisthum Bremen überlassen, sich jetzt auch um Kamin bemühe, war offenkundig.

Nicht Bedenken in Betreff Pommerns, Rücksichten auf das Recht Brandenburgs veranlaßten den kaiserlichen Hof, diesen Handel mit Dänemark aufzugeben. Mußte von Neuem mit den Schweden geschlagen werden, so war es ja Brandenburgs Interesse, sich gegen sie auf das Aeußerste anzustrengen.

1) „Ich habe übel gethan, daß ich auf einen Knecht gehalten“, sagt der Kurfürst von Brandenburg in der Flugschrift „Allamodisch Picket Spiel aus dem Italienischen ins Deutsche vertiert“ (s. l. et a.); die oft sinnreichen Beziehungen der Schrift bezeichnen das Jahr 1637 als das der Abfassung.

2) Pufendorf X. init.: Die Zwecke sind: Pro praestanda defensione utriusque Regni et suorum respective communium amicorum, pro conservandis libertatibus Germaniae et asserenda securitate maris Baltici, et denique pro obtinenda et constituenda justa et decora utrique Regno pace.

3) „Es ist auch solche Negotiation durch der gesammten Herren Churfürsten absonderliche intervention secundirt worden.“ Schwarzenbergs Schreiben an den Kurfürsten den 23/13. Mai 1639; „vor anderthalben Jahren“, sagt er, „sei es geschehen“.

Der Kaiser vollzog jetzt die Belehnung des Kurfürsten mit Pommern. Und der Kurfürst verpflichtete sich, seine Werbungen auf 25,000 Mann zu bringen, sie im Frühling ins Feld rücken zu lassen.

In der That wurde im Frühjahr geworben; es wurden große Summen vergeudet, um schließlich kaum 6000 Mann zusammenzubringen. Die 23 Obristen, ihre Obristlieutenants und Hauptleute, fast durchgehend brandenburgische und preußische Edelleute[1]), leisteten Unglaubliches in Betrügerei und Gaunerei bei der Werbung; freilich noch ärger verstanden sie zu prellen und Gewinn zu machen, nachdem sie ihre Kompagnien und Regimenter bei einander hatten. Obrist v. Kehrberg ließ sich für 1200 Mann Sold und Verpflegung anweisen und hatte nicht 80 unter den Fahnen; des General v. Klitzing Regiment sollte 2000 Mann und 600 Dragoner haben und war nicht 400 stark; Conrad v. Burgsdorf wollte 2400 Mann stark sein und hatte nicht ganz 600; und wenn man von diesen 600, meint Schwarzenberg, die etwa 200 tüchtigen Leute abnehme, so würden nichts als sauerfüßige und nichtswürdige Jungen übrig bleiben.

„Die große Werbung", schreibt Schwarzenberg, „hat dem Lande wehe gethan; es ist ein elender Zustand, das Land geht vollends zu Grunde"[2]). Schon seit 1635 lagen viele Aecker unbestellt, der Viehstand war zu Grunde gerichtet, ganze Dörfer verlassen, die Städte nahrungslos, verarmt, seit 1637 wüthete Pest und Hungersnoth; nur die äußerste Gewaltsamkeit konnte noch Unterhalt für die Truppen schaffen; mit „mehr als türkischen Tribulationen" erpreßten

---

1) So werden sie später angeredet als „Patrioten und im Lande geborene". Alle im Text angeführten Zahlen sind aus Schwarzenbergs Briefen an den Kurfürsten u. a. und somit gewiß zuverlässiger als die officiellen Zahlen, die Stuhr Brand. Preuß. Kriegsverf. p. 150 mitgetheilt hat.

2) So Schwarzenberg, 27. Aug. 1638; aus andern Briefen Schwarzenbergs sind die übrigen Angaben über das Heerwesen. „Es ist zu beklagen, daß die Officiere so viel in den Beuttel gestochen und kaum den sexten mann gelievert haben."

diese Obristen und Hauptleute Geld und Geldeswerth und bereicherten sich an dem jammervollen Untergang ihres Heimathlandes, ihrer Landsleute; alles Entsetzliche, was das Land erst von den Mansfeldern und Wallensteinern, dann seit dem Prager Frieden von den kursächsischen und kaiserlichen Völkern gelitten hatte, schien gering gegen die Habgier, Grausamkeit, Niedertrichtigkeit der heimischen Soldateska.[1])

Während diese angeblich 25,000 an der Oder und die sächsischen Völker in Mecklenburg den neuen Feldzug begannen, und Gallas bei Schwerin stehend lässig zuschaute[2]), langten bei Banner die ersehnten Verstärkungen aus Schweden an; in den ersten Julitagen, nun mehr als 24,000 Mann stark, begann er seine Bewegungen.

Eben jetzt war der Kurprinz heimgekehrt. Kann es zweifelhaft sein, daß er, der seine Schule vor Breda gemacht, vor Begier brannte, die Waffen zum Schutz der bedrohten Grenzen zu ergreifen? War doch Prinz Moritz von Oranien nicht älter, Prinz Friedrich Heinrich noch jünger gewesen, als sie ihre Heldenlaufbahn begannen; und wenn es irgend ein Mittel gab, diese losen, liederlichen Kriegshaufen zu Soldaten zu machen, in den Offizieren das erstorbene Gefühl der Ehre und vaterländischen Pflicht zu entzünden, so war es das, daß sich endlich einmal ein Fürst des Hauses an die Spitze stellte. Schon schlossen sich die Burgsdorf und andere dem

---

1) „Die furchtbare Devastation des Landes", sagen die Stände 1641, „stammt nicht bloß von dem praeposterus belli modus, sondern von der elenden Disciplin; denn da ist der Officiere und Reuter Unbilligkeit so groß, daß sie das ganze Land gleichsam zu ihrem eigenthum und raub gemacht, die gemeinen Schatzungen aber zum guten Theil in ihren privatseckel gestecket." Sie nennen als einen der furchtbarsten den Obristen Moritz August von Rochow; aber auch von Flans, Waldow, Goldacker, Dargitz werden entsetzliche Dinge berichtet.

2) In einem Schreiben des Königs von Dänemark, 15. Juli 1638, heißt es: es sei der Leute Gedanke, daß von des Kaisers Seite alles nur zum Verderben abgesehen sei und daß die undisciplinirte Soldatesca alles, wohin sie komme, ruinire.

Kurprinzen an[1]); wie von selbst hätte sich alles um ihn zusammengeschaart.

Daß des Kurprinzen Rückkehr in allen Formen völliger Versöhnung und hergestellten Vertrauens gefeiert wurde, versteht sich von selbst. In Folge eines Festes, das ihm Graf Schwarzenberg gab, erkrankte er; er selbst hat in spätern Jahren noch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß ihm Gift gegeben sei.[2]) Vielleicht mit Unrecht; gewiß aber war das Verhältniß des Vaters zum Sohn gründlichst vergiftet; nur so konnte der Graf die Stellung behaupten, die er hatte, und die Politik fortsetzen, auf welche man in Wien rechnete, jetzt mehr als je rechnen mußte.

Er hielt noch eine weitere Maaßregel für nothwendig. Denn auf seinen Rath wird es geschehen sein, daß der Kurfürst mit dem Prinzen, der zu nahen Gefahr zu entgehen, nicht wie sonst nach Peitz und Küstrin, sondern nach Preußen ging, indem er den Grafen mit ausgedehntester Vollmacht als Statthalter zurückließ. Selbst der Kaiser antwortete auf die Anzeige davon: „er würde lieber gesehen haben, daß S. L. bei den gegenwärtigen gefährlichen Conjuncturen selbst persönlich in ihrem Kurfürstenthum geblieben wären.“[3])

Es war wie ein Signal zur völligen Auflösung. „Wie Schaum auf dem Wasser zergehn die Regimenter“, schreibt Schwarzenberg. In vier Wochen hatte Klitzing nicht 2000 Mann mehr im Feld; „es ist eine Schande, sagt er selbst, bei so wenigem Volk den Namen eines Generals zu führen“. Die Kriegszucht war bis auf die letzte Spur dahin, „viele Leute ziehen in allen Kreisen des Landes

---

1) Dieß erhellt aus Schwarzenbergs Schreiben vom 15. Oct. 1638.

2) Ipse semper toxicum sibi propinatum credidit non obscura in praepotentem ministrum suspicione. Pufendorf XIX. p. 102. Dasselbe sagte der Kurfürst 1680 dem englischen Gesandten: He expressed it in such words as if the design come from thence (vom Kaiser) and as if he was thought fit to be distroyed for being a heretic. Raumer, Beiträge I. p. 445.

3) Prag 27. Aug. 1638. Antwort auf das kurfürstl. Schreiben vom 7. Aug.

umher, als ob sie Salvagardien wären oder alte Reste eintreiben müßten; andere reisen im Lande auf und ab, rauben, plündern, treiben die Kühe bei 50 und 100 Stück fort, und geben sich für kaiserlich Volk aus; diese Buben werden darum so kühn, weil das Kriegsrecht, wo von den Kriegsofficieren Recht gesprochen wird, keinen einzigen bisher verurtheilt hat." Bald wurde man in Wien, bei den immer wachsenden Fortschritten Banners, auf diese Wirthschaft aufmerksam; Schwarzenbergs Sohn meldete von dort her: man sei am Hofe sehr übel zufrieden; Gallas stelle alle seine Entschuldigung darauf, schreibe den Grund alles Unglücks dem Kurfürsten zu; „das kommt", fügt der Vater hinzu, „von dem unmäßigen Geiz der Officiere, die E. kf. D. so schandbar, als wohl nie gehört sein mag, betrogen haben." [1])

Der „Generalissimus" dieser Armee war in Preußen; als sein Generallieutenant commandirte Klitzing, und ein Kriegsrath, in dem Blumenthal eine Hauptrolle spielte, hatte die „Kriegsexpedition und die Contributionen", die Militairverwaltung unter sich. Aber Klitzing, der mit besonderer Meisterschaft Geld zusammenzuscharren verstand [2]), forderte, daß man ihm die Militairverwaltung übertrage; „das hieße", sagte Schwarzenberg, „der Katze den Käse befehlen"; und unter der Hand traf der General die Einleitung, in kaiserlichen Dienst zu treten. Obrist v. Dargitz, der in Garz commandirt und den wichtigen Platz schimpflich genug verloren hatte, forderte seine Demission, weigerte die geforderte Rechnung über die 50,000 und

1) Schreiben Schwarzenbergs, Spandau $\frac{\text{30. Aug.}}{\text{9. Sept.}}$ 1637.

2) Er läßt sich monatlich 1000 Thlr. vom Ruppiner Kreise zahlen; der Morzin hat sein „Haus" plündern lassen und dort 40,000 Thlr. baar mitgenommen u. s. w.; er fordert (18. Oct. 1638) von dem Bürgermeister von Fürstenwalde für das Salz, das er ihm verkauft (er hat es Lübecker Bürgern auf der Elbe abnehmen lassen), das Geld mit Zins auf Zins, er schickt 20 Dragoner ab, „solchen Gesellen beim Kopf zu nehmen und anhero zu bringen, damit er lerne, daß man so hohe Officier nicht mit solchen Händeln betrügen solle."

später 80,000 Thlr., die ihm zur Werbung angewiesen, lehnte jede Untersuchung über die „so gar geschwinde Uebergabe“ von Garz ab: er sei dem Kurfürsten keine Rechenschaft schuldig, da er zugleich in des Kaisers Pflicht stehe; auf die Einwendung, daß jene Summen ihm „vom Kurfürsten allein ohne Zuthun des Kaisers gezahlt, auch vom Kurfürsten allein ihm Garz anvertraut sei“, erklärte er: vor dem General Gallas wolle er sich stellen; in aller Stille bewarb er sich zugleich bei Gallas und bei Banner um Dienst.[1]) Auch Blumenthal dachte nur daran, „sein Heu ins Trockne zu bringen“; seit einem Jahr schon, sagt Schwarzenberg, bemühe er sich kaiserlicher Generalcommissar zu werden[2]), „ein wunderbarer Mann, geizig, böse, rascher, als man in einem Deutschen vermuthen sollte, er ist an vielen Ungelegenheiten und Geschwätzen schuld, auch ein großer Veranlasser von dem, was Klitzing und Burgsdorf begehen.“ Conrad Burgsdorf selbst, der zugleich entschlossenste, zügelloseste und verschlagenste unter den Officieren, der schon große Reichthümer zusammengeschlagen und nun auch den neumärkischen Salzhandel an sich gebracht hat, auch er unterhandelt am Wiener Hofe um kaiserlichen Dienst, „begehrt in specie Generalwachtmeister zu werden; und wenigstens sein Regiment zu Fuß hat bereits der Kaiser in Dienst genommen, während sein Reiterregiment in des Kurfürsten Sold steht.“ Und ähnlich der Obrist von Kehrberg, der, da man ihn wegen seiner Betrügereien festnehmen will, zu den Schweden geht, — Rüdiger von Waldow, der, nachdem er mit Werbegeld für 2000 Mann nur 447 gestellt hat, nun, nach unerhörten Erpressungen, sich in braunschweigischen Dienst begiebt, — der Obristlieutenant von Milatz, der in Prenzlau, um Geld zu erpressen, die

1) Schwarzenberg an den Kurfürsten, 2. Oct. 1638.

2) Schwarzenberg an Blumenthal, 22. August: es würde sich nicht schicken, sagt er ihm und fordert ihn zugleich auf, von Burgsdorf und Klitzing „sich nicht abzusondern“, um auf ihre „bösen Discurse“ zu achten.

Bürger in ein inficirtes Pesthaus einsperrt, oder schwangere Frauen, auch eine von Adel, zu Tode prügeln läßt u. s. w., — Helmold Wrangel, der, wegen Todschlags aus der schwedischen Armee ausgestoßen, brandenburgischer Obrist geworden ist und wie die Schweden nahen, ihnen Gardelegen übergiebt und mit seinem Regiment in ihren Dienst tritt, bald als der „tolle Wrangel“ einer ihrer verwegensten Führer.

So das brandenburgische Heerwesen. Während Banner noch langsam und vorsichtig in Mecklenburg vorrückt, ist in den Kurlanden die vollendete Auflösung, die furchtbarste Art der Anarchie, die militairische. Dies Fürstenthum der Marken ist nichts mehr, ist wie ab und todt und zu Jedermanns Beute. Der Kurfürst von Sachsen läßt seine Völker in die südlichen Aemter einbrechen, die Gegend um Peitz ausrauben, Beeskow, Storkow, Zossen plündern, dann in den Teltow vordringen; „er scheint“, schreibt Schwarzenberg 8. Nov., „E. kf. D. etwas schuldig und bezahlt es jetzt; es hat ihn verdrossen, daß ihm Beeskow und Storkow entgangen, daß sein Mitkurfürst sich nicht vor ihm auf die Knie lassen und die Lehen empfangen, sich nicht unter seine hohe landesfürstliche Obrigkeit submittiren wollen“. Und der kaiserliche General Montecuculi läßt die Oderkähne, die des Kurfürsten Silber, bei 60,000 Thlr. werth, nach Küstrin flüchten sollen, überfallen und plündern; die kaiserlichen Commissarien nehmen auch die Kreise in Beschlag, aus denen die brandenburgischen Regimenter sich ernähren sollen, und eilen sie auszurauben, damit ja nichts den Schweden übrig bleibe. Schon erreicht Banners Vorhut Perleberg, Bernau; kein Gedanke, daß sich gegen ihn auch nur die Festungen halten werden; „Kurt Burgsdorf sagt öffentlich, daß alle Plätze Küstrin, Spandau, Landsberg, Driesen verloren sind, daß nur Peitz sich halten kann.“ So schreibt Schwarzenberg, um zu rechtfertigen, wenn er demnächst nach Peitz flüchtet. Schon meldet Gallas, der in die Altmark zurückgewichen, daß er

nach Schlesien aufbreche in die „Winterquartiere", und in der Berathung, ob man sein Erbieten, Berlin mit Kaiserlichen besetzt zu halten, eingehen soll, sagen die Räthe: „der Untergang und pernicies universalis ist vor Augen, man lege das Werk, wohin man wolle"; sie sprechen es unverholen aus, daß das die Wirkungen des in Peitz gefaßten Beschlusses, die Wirkungen des Prager Friedens seien.[1])

Sie hatten nicht Unrecht. Und nicht bloß hier sollte das östreichische System an seinen Wirkungen zu Schanden werden; in unerhörten Niederlagen brach es völlig zusammen.

Ein Reichstag.

Den Feldzug von 1638 hatte Bernhard von Weimar noch vor dem Abschluß des Hamburger Bündnisses mit dem Angriff auf Rheinfelden eröffnet; nach zwei glänzenden Siegen über die kaiserlichen und bairischen Truppen — die meisten Führer, auch Johann von Werth, wurden kriegsgefangen, — nach der Einnahme Freiburgs, der Schwarzwaldpässe, wandte er sich zur Umschließung Breisachs. Es galt, die Hauptfeste des Oberrheins zu gewinnen, den Knotenpunkt der Verbindungen zwischen Lothringen und Oestreich, zwischen Belgien und dem spanischen Italien, „die Zwangkette, an der die benachbarten Lande alle hangen". Immer neue Entsatzheere sandte der Kaiser, sie wurden zurückgeschlagen; die Noth der Festung stieg auf das Aeußerste.

---

1) Schwarzenbergs Bericht an den Kurfürsten, Spandau 19. Decbr. 1638, der „die in Berlin zurückgelassenen Geheimen Kammergerichts- und Kriegsräthe" am 9. Decbr. die Frage berathen ließ, nemlich Dr. Fritze, Striepe, Dr. Seidel, Frommhold. Jene Aeußerungen sind die Striepes. Frommhold sagt: „Mit der Einnehmung der kaiserlichen Völker könnte zwar forma status etlicher Maaßen evertirt werden, aber wenn die Feinde der Stadt Meister würden, so würde Serenissimi status universalis evertirt.

Dort lag sichtlich die Entscheidung. Vielleicht war es, um sie zu erwarten, daß Banner so zögernd sich über Mecklenburg und die Priegnitz nach der Elbe hin schob. Sein Blick war auf Erfurt gewandt, wo eine schwedische Besatzung sich tapfer behauptete; es war der gegebene Punkt für die Verbindung mit dem vordringenden Heere Bernhards. Und noch standen die hessischen Regimenter in Westphalen; die Landgräfin, die nach ihres Gemahls Tod die Vormundschaft übernahm, unterhandelte freilich um Zutritt zum Prager Frieden, aber unter der Hand war sie mit den Schweden bereits verständigt.

Mit englischem Gelde hatte Pfalzgraf Carl Ludwig, des Geächteten Sohn, im Clevischen und Gelderland geworben, und drang nun von Meppen aus an der Ems hinauf vor, sich mit den Hessen in Westphalen zu vereinen. Daß sein Zug mißlang, daß er, bei Blotho völlig geschlagen, sich nur mit Mühe rettete, gab hier im Nordwesten den kaiserlichen Waffen von Neuem das Uebergewicht; aber den schwedisch-französischen Kriegsplan störte es nicht, es war für ihn kein Nachtheil, daß die schwankende Politik der Krone England die fernere Betheiligung an dem deutschen Kriege aufgab.

Auf das Peinlichste empfand der Wiener Hof den wachsenden Druck des Kampfes am Oberrhein, der von Pommern und Mecklenburg her drohenden Gefahr. Man konnte sich nicht bergen, daß die Ordnung der Dinge, die der Prager Frieden hatte erzwingen sollen, in demselben Maaße wankend wurde. Wie hätte man sich von dem schwer gestraften Würtemberger, von dem Markgrafen von Baden, von der Landgräfin nicht alles Schlimmste vermuthen, wie den Braunschweiger Herren, den Ernestinern trauen sollen? Und in Bernhard von Weimar, dessen Ruhm und Popularität mit jedem Tage wuchs, der dem evangelischen Volk schon in dem Nimbus des nationalen Helden und Retters erschien, sah das Kaiserhaus der aufathmenden Gegenparthei im Reich einen Führer erstehen, dem

es keinen gleichen entgegenzustellen hatte. Man versuchte ihn zu gewinnen, man bot ihm Amnestie, ein Generalat im kaiserlichen Heer, einige böhmische Herrschaften; er antwortete mit dem Selbstgefühl der alten Libertät, die er vertrat: „auch seine Botschafter würden auf dem Friedenscongreß in Hamburg erscheinen, sobald derselbe eröffnet sei".

Unter solchen Umständen entschloß sich Ferdinand III., ein wenig einzulenken. Es wurden zum Herbst 1638 die Reichskreise aufgefordert, Kreistage zu halten, um „zur Defension des Reiches Volk und Geld zu Wege zu bringen". Aber „der allerunterthänigst schuldige Dank", mit dem geantwortet wurde, hinderte schon nicht mehr Aeußerungen bedenklichster Art: „erst müsse eine Generalamnestie decretirt, es müsse ein allgemeiner Reichstag berufen werden".[1]) Das hieß die Anerkennung der Libertät und die Rückkehr zu der alten Reichsordnung fordern.

In derselben Zeit, wo diese Versammlungen tagten, fiel Breisach, Herzog Bernhard war des Landes zwischen den Vogesen und dem Schwarzwald Meister; der Weg zum Main, zur Donau stand ihm offen.

Sofort setzte sich Banner in Bewegung. Im tiefen Winter drang er durch die Altmark, die Elbe aufwärts, entsetzte Erfurt, warf sich verheerend auf Kursachsen, während Stalhandsch an der Oder hinauf nach Schlesien einbrach, Liliehöck hinter ihm die Neumark besetzte, die Mittelmark durchstreifte, Berlin brandschatzte. Schon war Banner in Böhmen eingedrungen, im April stand er vor Prag, durch seine Streifschaaren bis Eger, bis Glatz hin das Land verwüstend, zur Seite weichend, als ein kaiserliches Heer zur Def-

1) „und des ungereimten Dinges viel mehr", schreibt Schwarzenberg 19. Nov. 1638 über den Leipziger Kreistag. Anderes über andere Kreistage bei Londorp IV. p. 697.

kung Prags erschien, nur wenig, um sofort, wenn Bernhard die Donau herab vordrang, zum letzten entscheidenden Stoß nahe zu sein.

Nicht sogleich hatte Herzog Bernhard vorrücken können. Die Gebiete, die er mit den Waffen gewonnen, Ortenau, Breisgau, den oberen Elsaß — ein künftiges „Herzogthum Sachsen-Breisach"[1]) — nahm die Krone Frankreich in Anspruch. Am wenigsten wäre ihr, ihren Grenzen so nahe, ein so bedeutendes Fürstenthum unter solchem Kriegsfürsten genehm gewesen: „mit der Armee, die er unter des Königs Autorität, und für dessen Geld geworben, habe er diese Eroberungen gemacht, diese kleine Erkenntlichkeit sei er ihr schuldig". Der Herzog verstand seine Stellung und seine mit Frankreich geschlossenen Verträge bei Weitem anders, und er fühlte sich an der Spitze seiner siegesstolzen Regimenter in der Lage, seiner Ansicht Geltung zu schaffen: „er wolle nicht, daß ihn mit Recht der Vorwurf treffe, der erste gewesen zu sein, durch den das Reich zerstückt werde."[2]) Er entriß den Spaniern einen Theil der Franche Comté und bot ihn den Franzosen als Ersatz für die elsassischen Festungen und Aemter, die sie inne hatten.

Endlich im Juni war er zum Aufbruch fertig; er war voll freudiger Zuversicht: „der Kaiser, sagte er, werde bei dem nächsten Schlage, den Banner führe, den Frieden suchen, bei dem zweiten, den er selbst zu führen gedenke, ihn unter jeder Bedingung schließen müssen." Ueber die würtembergische Feste Hohentwiel, die ihm bereits zur Verfügung stand, vom Bodensee nordwärts wollte er durch Schwaben die Donau hinab vordringen. Vergebens suchten ihn die französischen Diplomaten im Elsaß festzuhalten; er ließ seine Regimenter über den Rhein gehen, in wenigen Tagen gedachte er zu folgen. Da raffte ihn ein rascher Tod hinweg.

---

1) Schon auf der Goldmünze, die zur Feier der Einnahme von Breisach geschlagen wurde: Ducatus Saxon. Brisacensis.

2) Nach Marschall Guébriants Brief vom 25. Juni 1639 bei Röse II. p. 545.

Nun stockten die Bewegungen am Rhein, es trat ein Zustand höchst bedenklichen Schwankens ein. Was hätte die kaiserliche Macht jetzt erreichen können, wenn ihr nicht Banner in Böhmen auf dem Nacken saß. Her und hin verhandelten Bernhards Obersten, wem sie diesen „Kriegsstaat" zuwenden sollten; auch der Kaiser, auch Pfalzgraf Carl Ludwig machte Versuche, sie zu gewinnen. Endlich siegten die Ränke und das Geld des französischen Hofes; das Heer Bernhards, die Festungen und Aemter, die er erobert, auch Breisach kamen an Frankreich.

Damit war die ganze Lage der Dinge verwandelt, Frankreichs Uebergewicht entschieden.

Des Herzogs militairische Erfolge hatten die Stellung, welche die Krone Frankreich nach der Nördlinger Schlacht diplomatisch gewonnen, überholt; er kämpfte, immerhin von ihr unterstützt, gegen die spanisch-östreichische Macht, in der vollen Zuversicht, die Sache seines fürstlichen Standes, seines Vaterlandes und seines Glaubens zu vertreten; um ihn konnte sich alles, was von der kaiserlichen und papistischen Politik gefährdet und geschädigt war, sammeln, in ihm hatte „die gute Parthei"[1]), wie er sie wohl nennt, einen deutschen Führer, der das Reich zugleich gegen die Gelüste Frankreichs zu schützen vermocht hätte. Schon war von Herstellung des Heilbronner Bundes die Rede; und nicht mehr Schweden, sondern er wäre dessen Haupt geworden. Mit dem Schlage, den er zu führen gedachte, hätte er die östreichische Politik zu einem Frieden gebracht, in dem ihm jene zweite Stellung im Reich zugefallen wäre, die einst die Albertiner seinem Hause entrissen, die dann Kurpfalz mit dem Zuge nach Böhmen verloren hatte. Durch ihn wäre — denn höher ging sein Ehrgeiz, sein politischer Gedanke nicht — die alte

1) „Und thut mir Herr Generalleutnant zu viel Ehre an, indem er dafür hält, ich noch unter den deutschen Fürsten der guten Parthei allein übrig sei, ihren Krieg zu führen." Bernhard an Gen. Vikvoort, bei Rommel IV. p. 541.

paritätische Politik im Reich, wie sie der Religionsfrieden gegründet, hergestellt worden.

Jetzt hatte Frankreich die Erbschaft nicht bloß seiner Armee und seiner Eroberungen, sondern auch seiner politischen und militairischen Stellung angetreten; es hatte mit jenen Reichslanden am Rhein „einen Paß, seine Waffen überall hin zu tragen, wo es für deutsche Libertät nothwendig sein wird".[1]) Fortan war die Krone Frankreich „die Beschirmerin der Reichsstädte, der Rückhalt der unterdrückten Fürsten und das Asyl aller Derer, welche sich der Monarchie, die das Haus Oestreich erblich machen will, widersetzen". Die Herzöge von Braunschweig, welche die Politik der dritten Parthei festgehalten, die Landgräfin, die in demselben Sinn mit Bernhard unterhandelt hatte, schlossen nun ihre Verträge mit Frankreich. Frankreich überholte auch Schweden, das ihm nicht mehr um jenen doch erhebenden Gedanken eines evangelisch-deutschen Reiches voraus war, sondern nur noch Ruhm, Beute und Entschädigung mit deutschen Gebieten suchte. Frankreich übernahm die Führung der Opposition im Reich, nicht wie Gustav Adolph für das Evangelium, sondern für die Libertät, nicht wie jener, um den Körper des Reichs trotz Oestreich zusammenzuhalten, sondern um ihn trotz Oestreich zu lockern und in seine Glieder aufzulösen.

Die Geschicke des Reiches traten in ihr letztes Stadium. Das Haus Oestreich hatte sich nicht überzeugen wollen, daß es nur so viel wahre Macht über Deutschland gewinnen und behaupten könne, als es sich den deutschen Interessen hinzugeben, sie zu versöhnen vermöge; es hatte auch im Prager Frieden Deutschland dem nur spanisch-östreichischen Machtinteresse zu unterwerfen versucht. Jetzt

1) Lelaboureur in der Histoire du Maréchal Guébriant, 1656, p. 101: Brisac était nécessaire à la France pour la conservation de l'Alsace et de la Lorraine, qu'elle enferme .... elle nous donne un passage pour porter nos armes partout où il sera besoin pour la liberté germanique.



reiften die Früchte dieses Friedens; nach dem Ausgang Bernhards, „der Zierde und letzten Hoffnung Deutschlands“, wie Hugo Grotius ihn nannte, in der furchtbaren Pressung zwischen Oestreich und Frankreich war eine „gute Parthei“ nicht mehr möglich; alles, was im Reich nicht östreichisch sein wollte oder konnte, mußte zur französischen Parthei werden.

Und zugleich hatte die Krone Frankreich jene entscheidenden Stellungen, in denen es die Verbindung der spanisch-östreichischen Macht zerriß, die ganze Action des Hauses Habsburg lähmte. Frankreich hatte ihm den Fuß auf den Nacken gesetzt.

Mit dem Sommer und Herbst 1639 — während die Schweden Schlesien und den Norden Böhmens behaupteten — vollzog sich dieser große Wechsel.

Sehr bezeichnend sind die Schritte, welche die östreichische Politik that, ihn zu hemmen.

Noch im hohen Sommer war ein kaiserlicher Obrist Booth in Preußen erschienen, hatte dort einige tausend Mann geworben und dann mit ihnen einen Einfall nach Liefland gemacht; der nächste Zweck war, durch diesen Angriff die Schweden von Böhmen abzuziehen, damit die kaiserliche Macht dort frei zur Rettung des Oberrheines werden könne. Booths Zug mißlang völlig; er hatte nur den Kurfürsten compromittirt und den Anlaß zu sehr peinlichen Erörterungen zwischen Schweden, Polen und Brandenburg gegeben.[1])

Dann versuchte der Kaiserhof von Neuem mit Schweden zu einem Separatfrieden zu gelangen. Ich verfolge den Gang dieser

1) Ueber diesen Zug Pufendorf XI. §. 81, Theatr. Europ. IV. 70, Lengnich VI. p. 154 u. s. w. Im Einzelnen weichen die Angaben über diesen Zug sehr von einander ab. Nach einer Angabe bei Pufendorf (de Reb. Gest. Frid. Wilh. M. I. p. 21 ed. 1695) hat d'Avaux die Ansicht geäußert, daß mit diesem Unternehmen die spanische Seerüstung (s. u.) in Zusammenhang gestanden, daß die Absicht gewesen sei, spanische Schiffe in die Ostsee zu senden und Pillau zu occupiren. Ich lasse es dahingestellt.

Verhandlungen nicht im Einzelnen; so weit sie Brandenburg betrafen, sind sie höchst merkwürdig.

Der große diplomatische Krieg, der seit d'Avaux's Ankunft in Hamburg in dem dortigen Gesandtencongreß seinen Mittelpunkt hatte, war seit dem Fall Breisachs und dem Zug Banners nach Böhmen zu neuer Heftigkeit entbrannt. Während Graf Kurtz alles daran setzte, mit Adler Salvius zu einem Verständniß zu kommen, erfuhr d'Avaux „durch gewisse deutsche Fürsten, die den Separatfrieden Schwedens auf das Aeußerste fürchteten"[1]), die „Intrigue", die, so drückte sich Salvius, als er sie entdeckt sah, lachend aus, nichts als ein albernes Gerücht sei, ausgesprengt, um die innige Allianz beider Kronen zu trennen. Aber Kurtz eilte mit den allerdings verabredeten Artikeln nach Königsberg, des Kurfürsten Zustimmung zu erhalten. Die Hauptsache war die Abtretung von Stralsund und Rügen; „der Kaiser werde Brandenburg weder im Glück, noch im Unglück verlassen, aber jetzt da jede Aussicht, Dänemark zu gewinnen, verloren sei, da der niedersächsische Kreis sich neutral erklärt habe, bleibe keine andere Rettung, und der allmächtige Gott werde der Schweden Hochmuth auch noch einmal brechen". Sehr einfach war des Kurfürsten Einwand: „wenn er Stralsund und Rügen hätte abtreten wollen, hätte er schon längst Frieden mit Schweden haben können". Auf die Frage, ob bei den weiteren Verhandlungen mit Schweden auch Brandenburg einen Beauftragten haben könne, wurde erwiedert: „das müsse ganz im Geheimen geschehen, auch dürfe derselbe nicht officiell beglaubigt werden, da der französische Agent auf alles Acht gebe; Kais. Maj. werde übrigens ohne Brandenburgs Consens nichts eingehen."[2])

---

1) So Pufendorf XI. p. 68. Es werden die Welfen gemeint sein, die der Kaiser schwer gefährdete, unter andern bot er der Krone Dänemark, um sie gegen Schweden zu gewinnen, einen Theil des cellischen Landes.

2) Schreiben an Schwarzenberg, 4. Juni 1639, mit der Bemerkung: „Dieß

Die von Kurtz gemachten Anknüpfungen hatten Banner nicht aufgehalten; man versuchte mit ihm selbst in Unterhandlung zu treten; man mochte ihn bei den Veränderungen, die dem Tode Bernhards am Oberrhein folgten, um so nachgiebiger zu finden hoffen.

Es kam in der That zur Feststellung mehrerer Artikel, darunter namentlich: daß Schweden zur Satisfaction das Herzogthum Vorpommern mit Rügen als ein fürstliches Reichslehn erhalten und dafür als unmittelbarer Reichsstand angesehn werden solle. Der Kaiser ließ den Entwurf an Schwarzenberg mittheilen, mit dem Bemerken, daß von der brandenburgischen Erklärung abhängen werde, was Schweden Kais. Maj. und dem Reich einräumen könne und wolle.

Selbst Schwarzenberg war, wie er es ausdrückt, sehr bekümmert über diese Mittheilung; aber er sehe, fügte er hinzu, wenig Mittel zur Vermeidung, wenn Kais. Maj. mit Autorität allein, wie er doch nicht hoffen wolle, den Schweden ihr Recompens schaffen wolle.[1]) Und der Kurfürst erklärte, wiewohl mit äußerstem Widerstreben[2]), daß, wenn nun doch einmal ein Theil von Pommern geopfert werden müsse, zumal da schon Jägerndorf dem Hause entfremdet sei, wenigstens eine Entschädigung bewilligt werden müsse; er schlug zu dem Ende Halberstadt und Magdeburg oder Großglogau und Sagan vor, oder auch könne zum Entgelt die jülichsche Sache componirt werden.

Schreiben ist de verbo ad verbum S. kf. D. vorgelesen und hat derselbe es abgehn zu lassen expresse befohlen."

1) Schreiben Schwarzenbergs an den Kurfürsten, 6/16. Decbr. 1639.

2) „Es macht uns nicht wenig perplex, das, nachdem wir ehe unser lande und leute ganz ruiniren und verderben lassen, als von der unterthänigsten getreuen devotion gegen Kais. Maj. im geringsten aussetzen wollen, nun auch noch den endlichen Verlust davon tragen und dadurch den Reichsfrieden erwerben sollen." 26. Jan. 1640.

Die Vorbehalte, die Einreden Brandenburgs würden die Verständigung des Kaisers mit Schweden nicht aufgehalten haben. Schon war zum December ein Kurfürstentag nach Nürnberg berufen, über Banners Artikel zu berathen. Aber weder in Hamburg, noch in Stockholm billigte man dessen Verhandlungen; am wenigsten jetzt, wo ein neuer schwerer Schlag die habsburgische Macht getroffen hatte, war man gemeint nachzulassen.

Die Krone Spanien war nicht bloß in ihren Niederlanden durch das französisch-holländische Bündniß in immer schwerern Nachtheil gekommen; schon erhob sich neben der holländischen Seemacht auch eine französische, die in den Gewässern zwischen Spanien und Italien eine höchst bedenkliche Thätigkeit entwickelte. Es war die höchste Zeit, solchen Gefahren mit einem großen Schlage ein Ende zu machen.

Mit Aufbietung aller Kraft war in Corunna eine große Armada ausgerüstet, die in die See von Flandern und Holland gehen sollte. Daß die englische Krone, die die puritanischen und popularen Tendenzen in Schottland und England mit wachsendem Druck niederhielt, sich um so mehr dem spanischen Hofe näherte, daß Karl I. sich bereit finden ließ, das große Unternehmen thätig zu unterstützen[1]), gab um so größere Hoffnung des Gelingens. Im Hochsommer 1639 ging die Armada unter Segel.

Wenn jetzt Spanien siegte, so hatte die Opposition in Schottland und England keine Hoffnung mehr, und die für die evangelische Welt unheilvolle stuartsche Politik war für immer gesichert. In Paris war man auf das Aeußerste besorgt; die Staaten hatten ihre Orlogschiffe meist in fernen Gewässern, wie sollten sie der vereinten Seemacht Spaniens und Englands widerstehen? Aber Prinz Friedrich Heinrich stand an der Spitze der staatischen Macht; „man

1) Assistée des vaissaux même du Roi d'Angleterre. Estrades, Lettres et Nég. I. p. 41.

kann ruhig sein", schrieb d'Estrades nach Paris, „ich versichere, daß man in wenigen Tagen etwas Großes sehen wird." Der Prinz sandte, während er mit höchster Anstrengung und Eile, was irgend an großen Schiffen da war, ausrüsten ließ, Tromp mit wenigen Schiffen der Armada entgegen, und sie zog sich nach den Dünen, in den Schutz der englischen Küste zurück. In vier Wochen war eine große holländische Flotte fertig und in See; Tromp erhielt die Weisung, den Feind zu schlagen, wo er ihn fände. In den Dünen, in den Gewässern, die König Karl als zu seinem Gebiet gehörig ansah, wurde die Armada überwältigt.

Es war der schwerste Schlag, der die Krone Spanien treffen konnte; es war der Todesstoß für ihre Seemacht. Sie vermochte nicht mehr das Mittelmeer, die sichre Verbindung mit den italienischen Provinzen zu behaupten. Schon hatte Frankreich den Turiner Hof zu sich herübergezogen; in Catalonien, in Portugal begannen, von Frankreich geschürt, höchst bedenkliche Bewegungen. Und in England erhob sich die Opposition mit frischem Muth; der König begann zu weichen; er berief jenes Parlament, vor dem er endlich selbst sinken sollte.

Man wird sich am Kaiserhofe nicht verhehlt haben, daß die Lage der Dinge ernster sei, als in irgend einem früheren Moment des furchtbaren Krieges, daß selbst ein Zurückdrängen Banners aus Böhmen — es erfolgte im folgenden Frühjahr — nur eine augenblickliche Erleichterung bedeute, daß man nicht mehr daran denken könne, ihm Norddeutschland zu entreißen, es militairisch zu behaupten, da nun Frankreich, nicht mehr von Spanien gehemmt, mit doppelter Macht auf den Rhein dringen werde. Es war durchaus nothwendig, den Ausfall an Macht, den das Unglück Spaniens brachte, anderweitig zu decken.

Es gab zwei Wege, welche die kaiserliche Politik einschlagen konnte.

Entweder sie entschloß sich, das System des Prager Friedens aufzugeben, und diejenigen, die es den beiden Kronen in die Arme getrieben hatte, zu sich herüberzuziehen. Aber dies System verlassen hieß nicht bloß die militairische und politische Verfügung über Deutschland aufgeben, die der Kaiser jetzt mehr als je festhalten zu müssen schien; es hieß die alten Partheien im Reich wiederherstellen und anerkennen, die östreichischen Interessen von ihnen abhängig machen, sie von denen Spaniens trennen.

Oder man führte jenes System des Prager Friedens in organischen Formen weiter, um Diejenigen, die ihn anerkannt — sie allein waren das officielle Deutschland — desto inniger mit der kaiserlichen Politik zu verbinden, zu desto größeren Anstrengungen zu veranlassen; man gab ihnen durch einen großen Akt des Vertrauens neuen Eifer und neue Zuversicht, entflammte die reichspatriotische Ueberzeugung, daß die deutsche Sache bei Oestreich sei.

Seit fast dreißig Jahren waren die Reichsstände nicht versammelt gewesen. Der Kurfürstentag — erst im Januar kamen die Gesandtschaften nach Nürnberg — empfahl dem Kaiser, einen Reichstag zu berufen. Am 26. Mai erfolgte die kaiserliche Berufung, Ende Juli sollte sich der Reichstag in Regensburg versammeln.

Man mochte in Wien hoffen, daß dies Zugeständniß einen großen Eindruck machen, daß die reichspatriotische Stimmung auch diejenigen mit sich reißen werde, welche sich bis dahin dem Prager Frieden fern gehalten. Man unterließ nicht, darauf hinzuweisen, daß die Türken „wegen des mit Babylonien erhaltenen Sieges und nunmehr zum Gehorsam gebrachten Kriegsvolkes sehr hochtrabend und vermessen" mit einem furchtbaren Angriff drohten, daß es um so nothwendiger sei, alles andere hintanzusetzen und dem Kaiser zu helfen. In höchst eindringenden Schreiben — auch der Kurfürstentag in Nürnberg erließ deren — ermahnte man Hessen, Braunschweig, den niedersächsischen Kreis, jetzt zur gemeinen Sache des

Vaterlandes zu stehen und alle Truppen zu den kaiserlichen stoßen zu lassen.

Aber war denn irgend etwas gewährt, was sie sicher stellte? sollten sie den Rückhalt, den Schweden und Frankreich ihnen bot, aufgeben, um sich dem Kaiser und seiner Politik anzuvertrauen? Zum Reichstag hatte er sie nicht geladen; bis sie sich unterwarfen, sollten ihre Truppen, wo man sie träfe, nicht als ehrliche Feinde, sondern als Verbrecher behandelt werden.

Schon war das französisch-weimarische Heer über den Rhein nach Hessen vorgerückt, die Landgräfin vereinigte ihre Völker mit demselben; dann stießen auch die Braunschweiger dazu, an der oberen Saale vereinten sich die drei Heere mit Banner. Sie waren nicht eben einig unter sich, es kam zu keiner großen gemeinsamen Unternehmung; aber sie hatten Deutschland fast bis zur Mainlinie; die Bischöfe in Franken waren in höchster Besorgniß.

Unter solchen Umständen begann der Reichstag in Regensburg. Der Kaiser mußte es geschehen lassen, daß auch die, „welche von dem Prager Frieden ausgeschlossen oder sich noch nicht dazu verstanden", Hessen und Braunschweig, auf dem Reichstag erschienen und Session forderten; „es gelte die Behauptung eines wichtigen reichsständischen Rechtes, schrieb die Landgräfin an Frankreich, dessen sie sich durch die Allianz nicht begeben habe." Gleich in den ersten Verhandlungen wurde über „ihre höchst nachtheilige Vorbeigehung" sehr lebhaft gesprochen; selbst Würzburg und Bamberg empfahlen die allgemeine Amnestie, die sie forderten; und mit der Amnestie wäre die Vertreibung und Beraubung so vieler Fürsten und Stände des Reichs, Kurpfalz, Kurtrier, Würtemberg voran, verworfen gewesen. Graf Trautmansdorf erwiederte: „eher werde er dem Kaiser, seinem Herrn, rathen, nach Madrid ins Exil zu gehen".

Es war nicht ein Reichstag in alter Weise; kein Kurfürst, keiner von den weltlichen Fürsten war erschienen, nur Gesandtschaften;

es war ein diplomatischer Congreß der deutschen Territorien, nur noch mit dem Schein und in dem schleppenden Gewande der alten Reichstage. Monate lang wurde unterhandelt, ohne daß man über die Formfragen hinauskam.

Aber in eben diesen unfruchtbaren Verhandlungen trat mehr und mehr die wahre Lage der Dinge, das reifende Ergebniß der chaotischen Verwirrung hervor.

Wenn die kaiserlichen Propositionen den Rath der Stände darüber forderten, wie man den Frieden mit den fremden Mächten herstellen und bis dahin den Krieg „mit einmüthiger Macht, ungetrennter Zusammensetzung und guter Ordnung" fortsetzen könne, so war das ein ziemlich grober Versuch, durch die Fragstellung den Verhandlungen einen Weg vorzuzeichnen, der der Sachlage nicht entsprach. Hatte die spanisch-östreichische Politik des Reichsoberhauptes ihre europäische Uebermacht auf die Unterjochung Deutschlands zu gründen versucht, so standen jetzt Schweden und Frankreich militairisch mächtig in dem Herzen Deutschlands. Es war klar, daß der Friede mit den beiden Kronen die Bedingung, ja der einzige Weg sei, die zerrütteten deutschen Verhältnisse zu irgend welcher Ordnung zurückzuführen, und deren erste Forderung war freies Geleit ihrer Verbündeten zu den Friedensverhandlungen. „Das Gleichgewicht Europas", schreibt Adler Salvius, „ist unmöglich, so lange nicht das Gleichgewicht in Deutschland hergestellt ist".[1])

Man sieht, hier war der entscheidende Punkt; in der Gestalt einer Formfrage trat die große Alternative auf, um die es sich handelte.

Der Kaiser — er selbst war anwesend — beharrte bei der

1) Adler Salvius 23. Januar 1640: Ut tractatus pacis justus ...... instituatur et in aequilibrio omnium rerumpublicarum constituatur securitas universalis; singulae Europae respublicae non possunt aequilibrium servare nisi stabilito in Germania inter protestantes et pontificales aequilibrio.

Forderung, Namens des Reichs und der Stände insgemein zu unterhandeln. Was war das Reich, wenn es nicht dem Ausland als Einheit gegenüberstand, was das Kaiserthum, wenn es nicht diese Einheit repräsentirte? Aber dann verstand es sich von selbst, daß der Kaiser die Unterhandlungen so führte, wie es das spanisch-östreichische Interesse forderte, und den Krieg so lange fortsetzte, wie es zu diesem Zweck förderlich schien.

Und wieder die Kronen Frankreich und Schweden beharrten dabei, für ihre Verbündeten Amnestie und Betheiligung bei den Friedenshandlungen zu fordern, das heißt ein Princip zu vertreten, mit dem das Band zwischen dem Kaiser und den Reichsständen gelöst, mit dem die Territorien zu Staaten, die Libertät zur Souverainität, das Reich zu einer völkerrechtlichen Föderation wurde.

Die Frage des Reichstags von 1640 war die letzte, die an das Reich noch gerichtet werden konnte. Und es gab keine gemeinsame, keine nationale Antwort mehr auf dieselbe.

Noch stand das officielle Deutschland in seiner Mehrheit auf Seiten Oestreichs und des Prager Friedens. Aber diejenigen, welche dieser Frieden aus dem Reich ausgeschlossen erklärt hatte, standen auf ihrem Recht, das die beiden Kronen ihnen gewährleisteten; und sie hatten Waffenerfolge für sich, welche die stolzen Androhungen jenes Friedens zum Gespött machten.

Zwar hatte jene Vereinigung der vier Armeen an der Saale keinen weiteren Erfolg; ja es drang das kaiserliche und Reichsheer von Neuem vor, erreichte im Spätherbst die mittlere Weser. Aber in derselben Zeit fiel Portugal, fiel Catalonien von der Krone Spanien ab, unter französischem Beistand erhob sich dort das Königthum der Braganza, hier eine ständische Republik. Mit neuem Eifer warf sich die französisch-schwedische Macht in Deutschland in die Offensive; im tiefen Winter brach sie in Franken ein, drang bis an die Donau vor; der versammelte Reichstag sah die Schaa-

ren Banners und Guébriants, ihre Stückkugeln erreichten die Stadt, in der er tagte.

Hätte das Eis der Donau ein paar Tage länger gehalten, so wäre die Stadt in ihre Gewalt gefallen; aber das Eis ging auf, und der Reichstag konnte weiter tagen.

Sie zogen sich durch die Oberpfalz zurück; entsetzliche Verheerungen bezeichneten jeden ihrer Märsche. Aber wohin die Kaiserlichen, ihnen folgend, kamen, erschienen sie wahrlich nicht als Befreier. „Wir müssen", klagen Fürsten und Stände auf dem Reichstag, „den kaiserlichen Kriegscommandanten und verordneten Commissarien uns fast unterwerfen, uns auch, den Churfürsten, den Hauptsäulen und Kſ. M. selbsteigenen vornehmsten Gliedern, wird aller Respect benommen; wir müssen ihre Gewalt, Bedrohung, Ehr= und Geldgeiz um des kaiserlichen Namens willen, den sie stets im Munde führen und doch wenig achten, auch viel höhnliche und schmähliche Reden verschmerzen und unzählige Drangsale über unsre von Gott habenden und nur noch wenig übrigen Land und Leute stillschweigend ergehen lassen; von vielen tausend Städten, Flecken und Dörfern sind nur noch wenige hundert übrig, in Trümmern, öde und wüst." Sie sagen: „Schand und Laster, die sonst in deutschen Landen unbekannt gewesen, haben überhand genommen, die Jugend ist in einem ruchlosen Wesen, von dem uralten splendor des Reichs, so der Welt Bewunderung, Furcht und Schrecken gewesen, ist fast wenig außer dem Namen mehr übrig". [1])

Wer siegen, wer erliegen mochte, das alte Deutschland war todt; nicht bloß politisch, auch in seinem Wohlstand, in seiner Zucht und Sitte, in jeder friedlichen Thätigkeit war es völlig zerstört; es war nur noch der wüste Tummelplatz für die verwilderten Kriegshorden, die Freunden und Feinden gleich furchtbar über die aus=

1) Aus dem Gutachten der Reichsstände, 21. Dec. 1640; bei Londorp IV p. 1105.

gezogenen Landschaften hin- und herflutheten, in entfesselter Bestialität, in teuflischer Frevellust, in unersättlicher Mordlust und Habgier das Recht des Schwertes übend.[1]) So zertreten und zermalmt, in Elend, Hunger, Verzweiflung, jedem Frevel und Uebermuth, jeder Schande Preis gegeben, jammerten die Menschen nach Frieden, nach Frieden um jeden Preis; wer ihnen, ihrem Fleckchen deutscher Erde „den lieben Frieden" brachte, der war ihr Retter. Was Kaiser und Reich, was Vaterland und Ehre und Stolz des deutschen Namens sei, das hatten in zwanzig Jahren voll Jammer die Alten vergessen, das herangewachsene Geschlecht nicht mehr kennen lernen. Es gab keine deutsche Nation mehr, sie hatte das Bild ihrer selbst verloren; es waren nur noch elende, zerrissene Reste eines untergegangenen Volkes, „der getreuen Kurfürsten, Fürsten und Stände in geringer Zahl vorhandene arme Unterthanen."

So die Lage der deutschen Dinge, als in Brandenburg der Regierungswechsel eintrat.

Georg Wilhelms Ausgang.

Seit dem Sommer 1638 war Georg Wilhelm mit seiner Familie in Preußen.

Kein Zeitgenosse, kein gesandtschaftlicher Bericht schildert — für wen auch hätte es ein Interesse haben können — diesen heruntergekommenen Hof und dessen Vorgänge, das Netz von Ränken und Umlauerungen, mit denen Schwarzenberg und seine Anhänger auch in Preußen den siechen Fürsten umsponnen hielten, mit nur

1) Unter den zahlreichen Flugschriften, die dieß Thema behandeln, hebe ich hervor: „Actaeon Germanicus, das ist Abbildt wie Ellendt das heylige Römische Reich von Außlendischen Völkern zerrissen und zerstückt wird, v. J. 1640." Diese Flugschrift befindet sich in dem reichen Schatz von Drucken aus dieser Kriegszeit, den die Münchener Bibliothek aufbewahrt.

zu leichtem Erfolg bemüht, sein Mißtrauen gegen die Kurfürstin und deren ehrwürdige Mutter zu nähren, ihn in steter Sorge und Aufregung, in Erbitterung gegen seinen Sohn zu erhalten.[1])

Was immer des Grafen letzte Ziele gewesen sein mögen, seine nächsten Bemühungen mußten darauf gewandt sein, die Dinge so zu leiten, daß die neue Regierung, deren Beginn sichtlich nahe war, in dem bisherigen Geleise zu bleiben gezwungen war.

Natürlich ergriff er jede Gelegenheit, dem Kurprinzen seine Ergebenheit zu bezeugen. Er suchte sich bei ihm durch kleine Aufmerksamkeiten zu empfehlen; er versprach, sein Bestes zu thun, daß die Frage wegen der clevischen Statthalterschaft nach seinem und der dortigen Stände Wunsch entschieden werde. Einstweilen waren diese Lande, soweit nicht staatische Besatzungen sie inne hatten, von den Truppen der Landgräfin überschwemmt, und beide wetteiferten, sie auszusaugen; ja die lang angedrohte staatische Execution wegen der Hofiserschen Schuld wurde nun wirklich vom Haag aus decretirt.[2]) Von diesen Landen hatte der Kurfürst nichts mehr als den Titel.

1) Friedrich Wilhelm sagt in seiner Instruction für den Gesandten nach Schweden, 28. Dec. 1641: „Unsres Ortes aber haben wir mit solchen consiliis niemals einige Gemeinschaft gehabt, sondern waren eben darum in schweren Verdacht bei unserm in Gott ruhenden Herrn Vater gesetzt, gleicher Maaßen wie auch andre redliche Leute um solcher Ursach Willen äußerst verfolgt wurden". Damit im Widerspruch ist eine Aeußerung Friedrich Wilhelms an der Tafel des Prinzen von Oranien, die Brasset in einem Briefe an Mazarin, 26. Nov. 1646, meldet (Groen van Prinsterer Archives de la maison d'Orange II. p. 172); er habe gesagt: qu'il se fourra dans les affaires, qu'il faut qu'un jeune prince s'ayde de soy-mesme u. s. w. Aeußerungen, die da in bestimmter Tendenz gemacht sind, und durch zahlreiche andre Angaben als unrichtig erwiesen werden.

2) Schwarzenberg schreibt 19/9. Dec. 1640, wie die Herren Staaten und die Frau Landgräfin es in den clevischen Landen anstellen und sich unfreundlich, ja, was die Hessen betrifft, „als argist viande bezeigen"; er vermuthet, daß die Lande ganz dem Reich abgerissen werden sollen, „wie denn der Staaten unbilligkeit und vorgenommene proceduren nicht undeutlich zu verstehen geben". Im November erfolgte das Executionsdecret der Staaten, „alle J. kf. D. Renthen und Gefälle dieser Orten in possession und die betreffenden Diener in der

Ungefähr eben so viel hatte er von Pommern, dessen Herzog er seit 1637 von Gott und Rechtswegen war; und nicht viel mehr von den greuelhaft zerrütteten Marken.

Nur Preußen hatte, Dank dem Frieden von 1635, Ruhe. Es war nicht Schwarzenbergs Verdienst, daß nicht auch dieß Land wieder in den Jammer des Krieges gestürzt war; er hatte jenes Unternehmen des Herman Booth betrieben, hatte durch einen Vertrauten in des Kurfürsten Kammer mit ihm correspondirt, ihm die Gelder zu den Werbungen auszahlen lassen.[1])

Mochte das hinter dem Rücken des Kurfürsten geschehen sein, aber noch in Berlin, also unter des Grafen Beirath, hatte er das Erbieten des Königs von Polen angenommen, den gleichen Einfuhrzoll, den der König auf Danzig und Elbing legen wollte, in Memel und Pillau zu forden und den Ertrag dieser beiden Häfen mit dem Könige zu theilen; ja in einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Könige (Grodno 1639) verpflichtete er sich, in seinen Häfen den Anfang zu machen.

Das fehlte nur noch, um die Erbitterung der preußischen Städte aufs Aeußerste zu treiben.[2]) Seit Jahren sahen sie ihre Rechte und Interesse durch die Oberstände, durch die Krone Polen, durch den Landesherren systematisch untergraben; den Kleineren unter ihnen war bereits das Recht, ihre städtischen Ordnungen selbstständig zu verfassen und zu verändern, entzogen; selbst gegen die mächtigen

H.H. Staaten General Pflicht zu nehmen, die unwilligen zu cassiren und andre an ihre Stelle zu setzen". Sie berechneten die ursprünglich 100/M. Thlr. Hofiersche Schuld durch Zins auf Zins zu 1,126,955 Gld. und rechneten noch andre Posten zu 50,000, 30,000, 20,000, 280,000 Gulden auf. Die Verhandlungen, die mir in Christian von Heimbachs Berichten vorgelegen, zeigen die Herren Staaten von ihrer widerwärtigsten Seite.

1) Es war der Kammerkanzelist Heinrich Elvert, der diese Dinge später im Wahnsinn ausplauderte. Cosmar, Schwarzenberg p. 393.

2) Ich beziehe mich auf die merkwürdige Eingabe von Königsberg, 30. März 1639 unterzeichnet: „Die Räthe, Gerichte und samtliche Gemeinden daselbst alle als ein Mann einmüthiglich".

drei Stadtgemeinden von Königsberg war 1637 bei der Krone Polen eine Verfügung ähnlicher Art erwirkt; es war ihnen das Recht, Steuern zum Unterhalt ihrer Befestigungen und ihrer Stadttruppen aufzulegen, entrissen worden.[1])

Freilich, der Adel war mit solchen Schritten höchlich zufrieden; er war gern zur Hand, den verhaßten Bürgerstand, der sogar das Herrenrecht der Edelleute über ihre Güter und Bauern in Frage zu stellen wagte[2]), niederdrücken zu helfen; aber nur um so eifriger forderte er Vorrechte und Vortheile für sich.

Mit dem Hader der Stände und der Zerrüttung des ständischen Wesens wuchs nicht etwa die Macht des Landesherrn und die Unabhängigkeit seiner Regierung; es bekam nur die Krone Polen und der polnische Reichstag um so mehr Anlaß, sich einzumengen und das Herzogthum fühlen zu lassen, daß es ein der Republik unterthäniges Land sei.[3]) Am polnischen Hof, im Senat, auf den Reichstagen war nur so viel zu erreichen, als man Geld aufwendete, die Einzelnen zu bestechen.

Als der Kurfürst seinen letzten preußischen Landtag berief oder vielmehr auf Weisung von Warschau her berufen mußte, als er dort die Bezahlung seiner Vorschüsse, die Löhnung des Militairs, die Zahlung des königlichen Honorariums forderte, die polnischen

1) Responsum vom 10. März 1637. Der König nimmt das früher ertheilte Recht zurück, salvo in simili necessitatis bellicae casu supremi directi dominii jure. Urk. bei Baczko V. p. 283.

2) Ich beziehe mich auf den fiscalischen Proceß, den die Regimentsräthe gegen die von Königsberg veröffentlichte Schrift einleiteten; über den einiges bei Baczko V. p. 130 ff.

3) Selbst die Ausdrücke der polnischen Erlasse waren verletzend. Nach dem resultatlosen Auseinandergehn des Landtags von 1639 schreibt der König: Non potest nobis non esse molestum .... quare benigne fraterneque a Ser.te V. efflagitamus, daß ein neuer Landtag berufen werde. Mit der größten Hartnäckigkeit wird gefordert, daß die Berufung die Formel indicente eam ex auctoritate regia enthalten müsse. Ich entnehme diese Dinge aus den eingehenden Berichten Hoverbecks, des brandenburgischen Residenten in Warschau.

Commissarien noch die Befestigung Pillaus, die eine halbe Million Gulden kosten sollte, hinzufügten, und die Stände mit langen Beschwerden antworteten und jede weitere Berathung weigerten, da hob der Kurfürst mit höchst ungnädigen Ausdrücken die Versammlung auf, übernahm, um der Krone seinen Eifer zu zeigen, das Honorarium durch seine unmittelbaren Unterthanen im Herzogthum aufbringen zu lassen und verklagte bei den königlichen Commissarien die Stände, die dann eben so ihrer Seits ihre Klage einreichten.[1])

Man sieht, Zustände höchst unleidlicher, höchst unwürdiger Art; um so beschämender, als diese Polenmacht, vor der man sich so tief beugte, im Innern völlig zerrüttet, nach Außen wie der letzte Schwedenkrieg gezeigt, völlig ohnmächtig war. Ich vermag nicht anzugeben, in welcher Richtung hier Schwarzenberg durch die ihm ergebenen Räthe, namentlich den preußischen Marschall Waldau einwirkte; das Ergebniß war in seinem Sinn; je unlösbarer die Verhältnisse des Herzogthums in die polnischen hineinwuchsen, desto weniger war, wenn der gefürchtete Regierungswechsel eintrat, eine Aenderung des Systems möglich, und der neue Regent mußte schon aus Rücksicht auf Polen in der Politik seines Vaters, das heißt, der östreichischen bleiben.

Den rechten Schluß und Halt sollte das System in den Marken haben.

Das Vorgehen der Schweden im Anfang 1639 hatte die brandenburgische Kriegsmacht völlig lahm gelegt; ihre Reste — zahllose Officiere bei wenigem Volk — lagen in den wenigen festen Plätzen, die man noch nicht verloren, und ihre weitere Kriegsführung bestand, „wie etliche hohe Officiere aussagten", darin, daß sie die Städte

1) Hoverbeck meldet aus Warschau, 8. Juni 1640, über die Klagen des preußischen Adels: „Und wäre es schon so weit gekommen, das man ein newes Collegium von märkischen Räthen eingeführt, welche Abscheyde auch gegen die Regimentsräthe ertheilten, und dieselben nicht allein verachten, sondern auch zum höchsten gefährden."

und Ortschaften ruinirten und alle Vorräthe aufzehrten oder zerstörten, „damit dem Feinde nichts übrig bleibe." Flehentlich baten die Stände einzelner Kreise, daß man diese entsetzliche Soldatesca auflösen möge, die keinerlei Schutz gebe und den Feind nur erbittere [1]). Wenn mehrere Obristen, wenn auch Klitzing den Dienst quittirten und zu den Schweden, den Braunschweigern gingen,[2]) so hatte Schwarzenberg selbst alles daran gesetzt, sie los zu werden, nicht weil sie ärger frevelten und erpreßten, als diejenigen, die im Dienst blieben, sondern weil sie nicht für nöthig hielten, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Für diejenigen, welche sich ihm anschlossen, hatte er jegliche Nachsicht und empfahl sie bei Hofe als treue Männer und gute Patrioten. Mehr und mehr, zumal da er seit Klitzings Abgang auch „die Direction des Kriegsstaates" übernommen hatte, wurden die Obristen und Officiere, die Commandanten der Festungen seine Clientel [3]), wie es die Beamten in der Kammer, in der Kanzlei, in den Hauptmannschaften und Rentämtern schon waren; so Kracht in Berlin, Rochow in Spandau, Goldacker in Peitz, und nur Curt von Burgsdorf in Cüstrin fuhr fort, ihm Trotz zu bieten.

Gerade diese Festung war ihm wichtig; sie lag in der Nähe der Residenz seines Meisterthums Sonnenburg, und es ließ sich viel-

1) „Denn da ist der Officiere und Reuter Unbilligkeit so groß, das sie das ganze Land gleichsam zu ihrem Eigenthum und Raub gemacht", sagen die Stände Januar 1641.

2) „Obrist Waldow, Obrist Hake und viele andere mehr", schreibt Schwarzenberg 31. Jan. 1641. Es blieben Burgsdorf, Rochow, Kracht, Volkmar, Trotha, und die Reiterobristen Goldacker, Lüdicke.

3) „Daß der Graf fast alle unsere Officiere dermaaßen an sich gezogen, daß der großere Theil von ihm dependiret u. s. w." Aus der Instruction Friedrich Wilhelms für die Gesandtschaft nach Schweden, 1. Mai 1641, die Pufendorf I. p. 14 fast wörtlich übersetzt mittheilt. Noch eingehender zeigen die Stände von Barnim und Teltow in ihren Beschwerden, Herbst 1641, wie der Graf seine Bedienten „zu Officieren, Räthen, Haupt- und Rathleuten herfürgezogen, sie in allem Stolz und Uebermuth prahlen lassen" u. s. w.

leicht beweisen, daß sie auf Ordensgrund gebaut sei. Schon hatte er seinen Sohn Johann Adolph von den ihm ergebenen Comthuren zum Coadjutor wählen lassen, und dieser, Katholik wie der Vater, stellte nicht den Revers zur Sicherstellung des evangelischen Bekenntnisses im Meisterthum aus; durch ihn gingen die Verbindungen des Vaters mit dem Kaiserhofe. Auf diesen Sohn gingen dereinst die Herrschaften und Güter in den Rheinlanden, die der Vater „mit allen Regalien, Hoheit und Landesobrigkeit" vom Kurfürsten und vom Neuburger Pfalzgrafen erworben hatte,[1]) gingen die kurmärkischen Domänen, die er für mehrere Tonnen Goldes Vorschuß in Pfandschaft hatte[2]), ging das Meisterthum und dessen Güter dereinst über; und schon jetzt sah man den jungen Herrn, den kaiserlichen Kämmerer und Reichshofrath, als Mitstatthalter in den Marken und dereinstigen Erben der Statthalterschaft an.

Am Kaiserhofe konnte man sich nichts Besseres wünschen. Der Feldzug von 1639 hatte gezeigt, was es bedeutete, daß die Festungen in den Marken immer noch ein Paar tausend Mann Schweden festhielten, die, wenn sie Banner nach Böhmen, Stalhandsch nach Schlesien hätten nachfolgen können, ihnen ein unwiderstehliches Uebergewicht gegeben haben würden. Die kaiserlichen Lande waren in demselben Maaße gedeckt, als die Marken zu Grunde gerichtet wurden, ohne daß man dem Kurfürsten dafür irgend ein Zugeständniß auch nur in Betreff Jülichs oder Jägerndorfs zu machen brauchte.

Die ungeheuren Schwankungen des Feldzuges von 1640, die weitschweifenden Züge der beiderseitigen Heere ohne irgend ein ent-

1) So heißt es in dem Schutzbrief, den Georg Wilhelm für des Grafen Herrschaft Huckeswagen, Königsberg 18/8. Juli 1640, ausstellte (in meinem Besitz).

2) Gleich nach des Grafen Tode forderte der Sohn die Huldigung zunächst in den Aemtern diesseits der Oder, Saarmund, Fehrbellin, Neuendorf, Oderberg, „gleich als wäre er daselbst condominus oder gar Landesherr". Schreiben des Markgrafen Ernst, 27. Mai 1641.

scheidendes Zusammentreffen zeigten nicht die Erschöpfung der Krieg-führenden, — sie zehrten ja aus den deutschen Landen und preßten, bis sie hatten, was sie brauchten — wohl aber, daß keiner den Andern niederzuwerfen die Kraft habe. Nur, daß die kaiserliche Macht in der Defensive, wie sie war, je länger desto mehr dabei in Nachtheil kam. Die Dinge waren militairisch auf demselben Punkt, wie sie politisch die noch währenden Verhandlungen in Regensburg zeigten; ein kleines Gewicht mehr in diese oder jene Schaale der Wage konnte den Ausschlag geben.

Die kaiserliche Politik ergriff ein Project, das ihr das Uebergewicht versprach, ohne wesentliche Opfer aufzuerlegen.

Arnim, der aus der schwedischen Gefangenschaft entkommen war, brannte vor Begier, gegen diese Schweden zu kämpfen, „nicht anders“, so war sein Ausdruck, „als wenn es gegen die Türken gelte“. In der Stille wurden die Booth, Houwald, Krockow, andere Schwedenfeinde aufgemahnt; er selbst war bald in Dänemark, bald am polnischen Hofe, dann wieder in Dresden, in Königsberg. In Königsberg sprach er auch den Kurprinzen, er glaubte ihn ganz gewonnen zu haben. Der Plan war, gleichsam in der Flanke der schwedischen Macht, in Schlesien und Polen, ein großes Heer zu werben, „darüber Sachsen das Capo sein werde.“[1]) Arnim selbst war bereit, wenn der Kaiser den Evangelischen in Schlesien freie Religionsübung gewähre, den Befehl zu übernehmen. Herzog Franz von Lauenburg machte den Vermittler am Kaiserhofe; „er hat eine Capitulation bei Kaif. Maj. erhalten, die sich mancher niemals eingebildet hätte“, heißt es in einem Briefe jener Zeit, „daß man so nahe heranrückt, mag wohl wegen der catalonischen und portugisi-

1) So meldet Burgsdorf an Götze 19. Mai 1641 nach den Angaben der sächsischen Obristen Hans Rochow und Christo, denen Arnim kurz vor seinem Ende diese und andere Dinge anvertraut hatte. Aehnliche Meldungen hat ein Schreiben von Samuel von Winterfeld aus Hamburg, 15. Mai 1641.

schen Unruhen geschehen sein, auch vielleicht, daß man das Wetter, so in England aufsteigen will, von Weitem gesehen".

Der Plan des neuen Feldzugs war, daß, während Erzherzog Leopold und Piccolomini den von Regensburg zurückweichenden Gegnern durch das Voigtland die Saale hinab ins Braunschweigische folgten, Arnim mit dem neuen Heere, verstärkt durch die brandenburgischen und kursächsischen Völker, sich eben dahin wendete; im Braunschweigischen sollte dann trotz der Regensburgischen Verhandlungen der Hauptstreich geführt, alles Land bis zu der Wesermündung hinab, besonders Bremen und Verden genommen werden.[1])

Zugleich nahm Hermann Booth die Pläne von 1639 wieder auf; es sollten die von den Schweden besetzten Hafenstädte in Pommern und Mecklenburg überfallen, die Besatzung niedergemacht, zugleich der Einfall in Liefland wiederholt werden. Booth unterhandelte mit den kühnen Schiffern von Dünkirchen, die lange schon, halb in Piratenweise, das Kriegshandwerk zur See trieben; und die Kronen Spanien und Dänemark boten eifrigst die Hand zu einem Unternehmen, das den Schweden die Seeverbindung mit den deutschen Küsten zu sperren, ja ihr dominium des baltischen Meeres zu brechen verhieß.

Man rechnete mit Sicherheit auf das Gelingen des „Hauptstreiches, nach welchem alles im Reich und zu Regensburg sollte gerichtet werden", natürlich nach den Normen des Prager Friedens.

Auf das Lebhafteste ergriff Schwarzenberg solche Aussichten. Ein Paar glückliche Ausfälle der Brandenburger nach der Priegnitz, nach Hinterpommern hatten ein wenig Luft geschafft; die ganze Havellinie mit Einschluß der Werbener Schanze war von den Brandenburgern besetzt; schon kamen einzelne Haufen, die Arnims Beauftragte in Polen geworben hatten, die Warthe hinab. Mochte

1) Diesen Kriegsplan theilt Samuel von Winterfeld in seiner Relation aus Hamburg 16. Mai 1641 mit.

Liliehöck drohend seine Streitkräfte bei Stargard sammeln, Stalhandsch sich von Niederschlesien aus bis Guben und weiter in der Richtung nach Berlin ausdehnen, jetzt galt es, alles daran zu setzen, daß im nächsten Frühjahr der große Schlag erfolgen könne. Schwarzenberg mochte hoffen, daß Arnims Name in den Marken mächtig wirken, die Stände zu neuen Anstrengungen bereit machen werde. Er lud die Stände, „so viele deren bei gegenwärtiger des Landes Dismembration und Zerrüttung aller Kreise zu erlangen sein mögen", zum 29. November nach Berlin, „wegen Continuirung des Krieges" mit ihnen zu berathen[1]).

Bevor die Stände zu tagen begannen, kam die Nachricht, daß Georg Wilhelm gestorben sei.

1) Einberufungsschreiben vom 13. Oct. 1640.



Die zweite Gründung.



Friedrich Wilhelms Anfang.

Es war eine traurige Erbschaft, die Friedrich Wilhelm antrat.

Sein Haus war tief gesunken, in sich selbst zerrüttet, bei Freund und Feind verachtet; und alles war dazu gethan, das Verlassen der Bahnen, die es so tief erniedrigt hatten, unmöglich zu machen. Der einzige ruhige Besitz, den Georg Wilhelm noch gehabt hatte, der Preußens, war mit seinem Tode außer Kraft bis zur neuen Belehnung und Huldigung; und welche Bedingungen die Krone Polen, die Stände des Herzogthums fordern würden, war unberechenbar.

So übernahm der junge Fürst das Regiment, „eine schwere und fast unerträgliche Regierungslast", wie er in einem seiner ersten Schreiben sagt.

Aber er war in der vollen Frische unentweihter Jugend[1]), von festem Gottvertrauen, durch innere Arbeit und den Ernst der Zeit früh gereift.

Er hatte die Jahre, in denen der jugendliche Geist seine Richtung fürs Leben empfängt, in den Niederlanden verlebt, unter den Eindrücken großer Verhältnisse, weltumfassender Interessen, kühn fortschreitender Bildung, man darf wohl sagen in der Atmosphäre eines neuen Zeitalters. Er lebte und webte in den Gedanken dieser neuen Zeit, in der der reformirte Geist die ganze Segensfülle seiner Wirkungen zeitigen zu sollen schien.

1) Juventas .... in qua nihil excusandum habes, sagt Cornelius Tollius 1646 in der Rhenana gratulans p. 4.

Dort im Feldlager und am Hofe seines Großoheims hatte er eine Fürstenart kennen lernen, die sehr anders war, als die im Reich hergebrachte. Diese Oranier standen an der Spitze der Republik, weil sie ihr mit unermüdlicher Hingebung dienten; in Strömen war das Blut der Nassauer für die Niederlande geflossen; sie hatten die Liebe des freien Volkes, das in ihnen die Gründer seiner kirchlichen und politischen Freiheit, die Träger seines Heldenruhmes sah. Solches Vorbild haftete tief in der Seele des jungen Fürsten; ihn bezeichnet sein Ausdruck: „ich will in meinem fürstlichen Regiment stets eingedenk bleiben, daß es nicht meine, sondern des Volkes Sache ist, die ich führe.“[1]) Und in einem denkwürdigsten Moment seines Lebens sprach er sein fürstliches Bekenntniß in dem Wahlspruch aus: pro deo et populo.[2])

Noch ein Drittes darf hervorgehoben werden. In den deutschen Landen, vor Allem auch an dem Hofe seines Vaters lebte man in einem Dunstkreis reichspatriotischer Phrasen, verworrener Rechtstheorien, kirchlicher Verbitterungen, in dem die nächsten und einfachsten Aufgaben alles staatlichen Lebens mehr und mehr verdunkelt wurden und dem Blick entschwanden. Wie anders erschien von den Niederlanden aus beobachtet das Wesen des Reichs, die spanisch-östreichische Politik, der vielgepriesene Eifer Schwedens für das Evangelium, Frankreichs für die Libertät. Hier lernte der junge Fürst die heimischen Dinge in ihrem europäischen Zusammenhange, in ihrem pragmatischen Werth sehn.

1) In dem schwerinschen Tagebuch über die Erziehung der kurfürstlichen Prinzen heißt es, 4. Dec. 1668: Als wir zu S. kf. D. gingen, haben dieselben den Prinzen diese Sentenz in calamnm dictirt: sic gesturus snm principatum, nt sciam rem popnli esse, non meam privatam, und dabei versprochen, welcher dieselbe zuerst memoriter wissen werde, der solle sechs Ducaten haben.“ Handschr. der Berl. Bibliothek.

2) Inschrift der Denkmünze, die nach der Erwerbung der Souverainetät in Preußen geprägt worden ist.

Dann heimgekehrt hatte er eine andre schwerere Schule durchgemacht. Selbst Demüthigungen wurden ihm nicht gespart: „man hat uns nicht mehr wie einem Wildfremden getrauet, und von allen Consiliis ausgeschlossen". Er mußte „gleichsam in einem kümmerlichen Zustand" leben, daher, so sagt ein Schreiber Schwarzenbergs, „bei S. F. D. Gram und innerliche Traurigkeit entsteht".[1]) Es war eine schwere Prüfungszeit; sie drückte ihn nicht zu Boden. Sein stolzer und feuriger Geist wurde nur um so fester in sich und wie zu doppelter Spannkraft zusammengepreßt.

Nah und fern sah man in dem Regierungswechsel ein wichtiges Ereigniß. „Viele spitzen die Ohren und meinen, es werde nach dem alten Sprüchwort mit dem alten Schnee viel abgegangen sein".[2]) Man glaubte zu wissen, daß der junge Fürst mit der Politik seines Vaters nichts weniger als einverstanden sei, daß er sofort die entgegengesetzte ergreifen werde. Diejenigen, die es fürchteten, und die es hofften, sahen nur diese Alternative „kaiserlich oder schwedisch", rüsteten sich darauf, jene mit der höhnischen Zuversicht, daß das bisherige System nicht mehr zu beseitigen sei, diese mit dem ungeduldigen Eifer, daß jetzt oder nie ihre Zeit beginne.

Gab es noch einen dritten Weg? entschied sich der Kurfürst für ihn?

Seine Lage war unermeßlich schwierig, sie forderte die äußerste Behutsamkeit und Verwegenheit; mit jedem Schritt, den er wagte oder nicht wagte, handelte es sich für ihn um Alles. Mit dem ersten Versuch eines freien Entschlusses mußte er fürchten in seiner Ohnmacht zusammenzubrechen, bei dem ersten Erfolg erwarten, daß sich die kämpfenden Mächte zermalmend auf ihn stürzten. Und mit welchen Mitteln sollte er wagen? In seinen Landen war weder

1) Schreiben Schwarzenbergs an den Kurfürsten, 17. Oct. 1639.

2) Im Theatr. Europ. III. p. 225 ed. 3; leider habe ich die Quelle dieses Berichts nicht zu finden vermocht.

die Kraft noch der Wille, sich zu erheben; es war jedes auf andere Art elend und in Auflösung. Es gab da wohl Gegner des bisherigen Wesens, Neider Schwarzenbergs, Anhänger Schwedens, kirchliche, ständische Partheien, aber eine kurfürstliche Parthei, eine Parthei der Einheit, der gemeinsamen Vertheidigung und Rettung gab es nicht. Die alten reformirten Freunde seines Hauses waren zersprengt, ermattet, zum Theil landflüchtig, alle Stellen im Heer und in der Verwaltung, alle Aemter in den Händen von Personen, die nur zu sehr in die bisherige demoralisirende Weise eingewöhnt waren. Wo Männer finden, auf deren Treue, Hingebung, Energie er sich verlassen konnte? Und von woher draußen hätte ihm Hülfe oder Rath kommen sollen? Er kannte die Politik genug, um zu wissen, daß jeder Fürst in und außer dem Reich, jeder Staat, klein oder groß, nur nach eigenem Interesse ihm Freund oder Feind sein, daß er unter ihnen nun so viel gelten werde, als er sie zwingen werde, ihn gelten zu lassen; er wäre ein Thor gewesen, wenn er noch irgend Schutz vom Kaiser, vom Reich, von Polen, wenn er irgend Hülfe von Glaubensverwandten, Blutsverwandten hätte hoffen wollen. Er mußte sich auf sich selbst stellen; er mußte in dem Wust unwahrer und verwilderter Verhältnisse, welche alles um ihn her erfüllten, das Wirkliche und Dauernde erkennen und erfassen; er mußte in seiner nächsten, der landesherrlichen Pflicht die Kraft und die Mittel finden, sie zu erfüllen.

Es war ihm aus dem Herzen gesprochen, wenn in der Trauerrede am Sarge des Vaters das Schlußgebet für ihn lautete: „Möge der Herr mit ihm sein, daß durch ihn wieder gebaut werde, was so lange wüst gelegen, daß er einen Grund lege, der für und für bleibe“. Er hoffte mit Gottes Hülfe es zu vollbringen.

Anderen Fürsten hat das Schicksal des Staates, des Volkes, das in ihre Hand gelegt worden, ihre Aufgabe und mit ihr die Wege, die Mittel, sie zu lösen, gegeben. Seinen Staat sollte Frie-

drich Wilhelm erst schaffen, durch denselben ein staatliches Gemeingefühl der ihm Zugehörigen, ein Volk erst erwachsen. Er glich dem Künstler, dem seine Aufgabe sich entwickelt, indem er sie löst; und das dann geschaffene Werk ist ein Ausdruck seines eigensten Wesens; sein Geist lebt in ihm.

Der junge Fürst begann, als wolle er in des Vaters Weise fortgehen. Von dem, was er weiter zu thun Willens sei, scheint nach dem, was vorliegt, niemand unterrichtet gewesen zu sein. Er wird, wie es auch später seine Weise blieb, des Einen und Andern Meinung gehört, die nächstliegenden Fragen hin und her besprochen haben; aber auch Die, auf deren Ergebenheit er sich verlassen konnte, erfuhren, wie er sich entschlossen erst aus den Befehlen, die er dann gab. Und auch diese Befehle enthielten nur das diesen Auftrag, diesen Beauftragten Angehende; genug, um deutlich verstanden, sicher ausgeführt zu werden, nicht mehr. Gleich die ersten Weisungen, die noch vorliegen, zeigen den klaren, festen, intuitiven Geist, der die Situation durchdringt, nach allen ihren Möglichkeiten voraussieht, für jede das dann Erforderliche voraus bestimmt, den Meister im Befehlen. Man fühlte sofort, daß ein fester Punkt da sei, und daß er zu wirken beginne.

Die wichtigste Frage, die dem jungen Fürsten entgegentrat, war die des Regiments in den Marken. Zehn Tage nach seinem Regierungsantritt [1]) sandte er seinen Kammerjunker Werner von

1) Die Instruction ist vom 2. Dec. 1640, nach der Gewohnheit der kurfürstlichen Kanzlei alten Styls, wie das auch das Antwortschreiben Schwarzenbergs „vom 13/23. Dec." ergiebt, das Cosmar (Beil.) gedankenlos mit der Datirung 2/12. Dec. hat abdrucken lassen; p. 313 sagt er gar: am 2. Dec. 1640, am Tage nach dem Ableben Georg Wilhelms, sandte der neue Kurfürst den Vertrauten Werner von Schulenburg nach der Mark. Die Reihenfolge der Daten ist: $\frac{\text{21. Nov.}}{\text{1. Dec.}}$ Georg Wilhelms Tod; 2/12. Dec. Sendung Schulenburgs, 9/19. Dec. Ankunft bei Schwarzenberg. Das zur Berichtigung vieler Irrthümer.

Schulenburg an Schwarzenberg, mit der Aufforderung, der Graf wolle sich auch ferner mit der Mühwaltung des Statthalteramtes beladen lassen, auch sein rathsames Bedenken, was ferner, namentlich in Betreff des Regensburger Reichstags zu thun, einsenden, „die weil wir itzund in der Eile wegen großer Bekümmerniß uns noch nicht recht begreifen und also der Sache nicht reiflich nachdenken können". Er erklärte sich zufrieden, „daß die Festungen mit den jetzigen Commandanten und Volk auch ferner besetzt bleiben, könnte auch dem Feinde an dem einen und andern Ort Abbruch geschehen, so würde das uns lieb sein, wenn nur das vornehmste Absehn stets auf die Festungen gerichtet bleibe, wie bisher der Graf löblich und rühmlich gethan". Gesprächsweise „wie für sich" sollte Schulenburg den Grafen sondiren, ob er geneigt sei, sich auf kurze Zeit nach Preußen zu begeben, „um uns desto besser zu rathen, wie unsre schwere Regierung anzustellen", und wer einstweilen seine Stelle verwalten könne.[1])

Schon waren zur Verhandlung über die preußische Belehnung Gesandte nach Warschau geschickt, und mit den noch versammelten preußischen Ständen wurde über die Gravamina weiter verhandelt. Es wurde dem Kaiser und den verwandten Fürsten in und außer dem Reich der Regierungswechsel notificirt; es wurde den Ständen der verschiedenen kurfürstlichen Territorien die gleiche Anzeige gemacht, auch denen von Pommern, diesen mit der Bemerkung, daß mit kaiserlicher und des Reiches Hülfe das Land seinem gebornen Landesherrn erhalten werden solle.

Hatte Schwarzenberg mit wachsender Unruhe auf Weisungen des neuen Herren gewartet, so empfing er jene Eröffnungen mit um so größerer Befriedigung. Jetzt glaubte er sicher zu sein und er eilte die Dinge in der Bahn weiter zu führen, die er unumwun-

---

1) Des Kurfürsten Instruction vom 2. Dec. 1640.

dener als er erwartet hatte, von dem jungen Fürsten gebilligt sah; Er ließ die ihm vertrauten Obristen gegen die Schweden streifen. er trat den aufgeregten Berathungen der Stände mit erneuter Zuversicht entgegen; er empfahl dem Kurfürsten, mit den Gesandten, die der Kaiser zu seiner Beglückwünschung nach Preußen senden werde, um einen Zuschuß von 50,000 Thlrn. zu weiteren Rüstungen zu verhandeln, für Pommern, das doch nicht leicht zu gewinnen sei, ein Aequivalent zu fordern, in den clevischen Dingen des Kaisers Fürsprache bei Sachsen und Neuburg nachzusuchen, um endlich zum Schluß zu kommen. Auch seine Herrschaften Huissen und Huckeswagen, fügt er hinzu, hätten die Hessen, seine clevischen Güter die Staaten eingenommen, wie er dann immer mit seinen Herren gemeinsam zu leiden habe.[1])

Schon nach wenigen Tagen kamen ihm Anzeichen, daß die Luft doch nicht so ganz hell sei. Er erfuhr, daß der Kurfürst seine Räthe in Regensburg angewiesen habe, mit den Verhandlungen über Pommern innezuhalten, und was vorkomme, nur zum Bericht entgegenzunehmen; er erfuhr, daß die Geheimenräthe Balthasar von Brunn und Rumelian v. Leuchtmar nach Königsberg berufen seien. Noch mehr befrembete ihn, daß der Kurfürst Befehle an Burgsdorf in Küstrin, an Trotha in Peitz unmittelbar, nicht durch ihn, den „Director des Kriegsstaates", gesendet.

Und zu alle dem nahm die Berathung der noch versammelten Stände eine Wendung, die noch vor wenigen Wochen ganz unmöglich geschienen hatte. Sie beschlossen trotz der sehr nachdrücklichen Abmahnung des Statthalters, dem Kurfürsten die klägliche Lage des Landes und deren wahre Gründe darzulegen; sie forderten ihn auf, das Kriegsvolk zu reduciren, der Feindschaft mit Schweden, in welcher Form immer, ein Ende zu machen, „nicht dergestalt", sagten

1) Schreiben Schwarzenbergs vom 23/13. Dec. 1640, 2. Jan. 1641; Schulenburg hat wohl nur mündlich berichtet.

sie, als wenn sich J. kf. D. aus Dero Devotion gegen Kf. Maj. setzen oder von ihren wohlhergebrachten Rechten an Pommern etwas begeben sollen, sondern um aus der Gefahr des Krieges, und des eben jetzt drohenden neuen Einbruches der Schweden zu kommen". Sie flehten ihn an, seine getreuen Lande einem absoluten Dominat nicht ferner zu untergeben, sondern selbst die Regierung zu übernehmen, oder wenn das für jetzt noch nicht möglich sei, durch verständige treue Patrioten das Land regieren zu lassen.[1]) Und unter Denen, die mit dieser Eingabe nach Preußen gesandt wurden, war Samuel von Winterfeld.

Der Kurfürst mochte bis dahin über die Stimmung der Marken nichts weniger als gewiß gewesen sein. Um so erwünschter kam ihm diese Erklärung. Für ihn lag alles daran, nur erst die Zügel zu fassen, wie weit er sich auch hinüber beugen mußte, sie zu ergreifen. Und was die Stände forderten, entsprach bis zu einem gewissen Grade seiner eignen Auffassung der Sachlage. In dem Maaße, als er ihrem Rath und Willen Folge leistete, verpflichtete er sie zu thätiger Mitwirkung, zu nachhaltiger Unterstützung; wenn er dem Lande Ruhe gab, so that er nach seiner nächsten, der landesherrlichen Pflicht und war vor Kaiser und Reich gerechtfertigt. „Seine einzige Intention, erklärte er ihnen, sei dahin gerichtet, wie er seine bedrängten Lande und Leute aus der Kriegsflamme in eine beständige Ruhe und Friedenssicherheit setzen und wohl regieren könne."[2])

Er sandte Befehl an Schwarzenberg, daß hinfort jeder Angriff

1) Diese Eingabe der Stände ist die früher mehrfach erwähnte vom 8. Jan. 1641. Es liegt mir der Bericht vor, den die Deputirten nach ihrer Rückkehr aus Königsberg (s. d. aber wohl vom 2. April) an die Stände erstatteten (landst. Arch. in Berlin); er zeigt, wie man gegenseitig behutsam verfuhr; ich erwähne dieß, damit man nicht etwa ein vorgängiges Einverständniß durch Winterfeld vermuthe.

2) So in dem Dankschreiben der Stände an Joh. Fried. v. Leuchtmar, den Erzieher des Kurfürsten, den Bruder Rumelians. d. d. 3. April 1641.

auf die Schweden und die von den Schweden besetzten Orte unterbleiben, der Krieg auf die Vertheidigung beschränkt werden solle.[1]) Er sandte Commissarien, die Besatzungen der Festungen, die Schwarzenberg beim Regierungswechsel nur durch Handschlag verpflichtet hatte, in aller Form zu vereidigen. Er befahl, daß die Truppen bis auf weitere Verständigung mit den Ständen sich mit dem Sommertractement müßten genügen lassen, zumal da die Compagnien tief unter dem in Rechnung gestellten Bestande seien.

Ehe diese Befehle nach Berlin kamen, hatten Schwarzenbergs allarmirende Vornahmen die Wirkung gehabt, die er vielleicht bezweckte. Axel Lilie war aus Mecklenburg gegen die Havel vorgegangen; Stalhandsch rückte aus der Lausitz heran, nahm das jüngst befestigte Zossen; schon streiften seine Reiter bis in die Nähe Berlins. Vergebens flehten die Stände und namentlich die Stadt Berlin, dem anziehenden Feinde mit gütlichen Mitteln entgegenzugehen und die nach Berlin zusammengezogenen Kriegshaufen bis auf die gewöhnliche Besatzung zu entlassen. Der Graf versicherte, Nachricht zu haben, daß Banner den Befehl zur Zerstörung Berlins gegeben habe; er behauptete, wenn Berlin falle, seien die Festungen separirt und nicht mehr zu halten, summa rerum beruhe auf Berlin; er ließ, um die Stadt sturmfrei zu machen, die Vorstädte, namentlich den Werder, niederbrennen.[2]) Schon hatte er Goldacker mit seinen Reitern nach Mecklenburg aufbrechen lassen, nun zog er sächsisches Volk nach Brandenburg, sandte dem weichenden Stalhandsch einige Compagnien nach, die ihm die Quartiere im Beeskowschen und Cottbusser Kreise entreißen sollten. Alles war im besten Gang, von Neuem die Kriegsflammen über die Marken aufschlagen zu lassen; da kam jener Befehl. Schwarzenberg war auf das Aeußerste auf-

1) Dieser Befehl ist vom 24/14. Jan. 1641, nicht, wie Pufendorf angiebt, vom 9. Jan.

2) So meldet Schwarzenberg dem Kurfürsten, 31. Jan. 1641.

geregt; er sprach in den heftigsten Ausdrücken: „er befürchte, es werde eine terrible Resolution müssen gefaßt werden“ [1]); man deutete es dahin, „daß es auf eine allgemeine Preisgebung und Plünderung gemeint sei.“

Noch wüster sprach sich die Stimmung der Truppen aus. Die meisten Obristen weigerten sich des geforderten Eides, da sie dem Kaiser geschworen hätten. Der von Rochow, der in Spandau Commandant war, erklärte, erst müsse er vom Kaiser seines Eides entlassen sein und eine neue Capitulation mit dem Kurfürsten errichtet haben. Noch weiter gingen die Reiterregimenter Lüdicke und Goldacker: „wie sie gehört, daß sie bis auf Weiteres auf das Sommertractement gesetzt seien, haben sie sich zusammengeschworen, sind mit ihren Officieren ausgerückt“; sie hauseten auf das Aergste in den Dörfern des Teltow, „wie es denn itzo fast einer Rebellion ähnlich ist.“ Auch das Krachtsche Volk in Berlin rottirte sich, zog vor des Zahlmeisters Haus, schickte sich an, es zu plündern und zu demoliren, bis man die Tobenden mit einigem Geld befriedigte.

Conrad Burgsdorf in Küstrin, der, längst der geschworene Feind Schwarzenbergs, sich gleich und mit Freuden dem neuen Regiment zugewandt hatte, empfahl dringend die strengsten Maßregeln: „E. kf. D. möge dem Werk nun recht ins Maul greifen und dem Statthalter ohne Säumniß anbefehlen, die Obristen Rochow, Goldacker, Lüdicke u. s. w. in Arrest zu nehmen“; er fügt hinzu, Goldacker habe seinen Bruder, den Rittmeister, an den jungen Schwarzenberg nach Regensburg gesandt. [2])

Was in Regensburg — der Kaiser selbst war dort — geplant worden, vermag ich nicht nachzuweisen. Die Bestätigung Schwarzenbergs als Statthalter in den Marken hatte das mit dem Regierungswechsel sofort erwachte Mißtrauen kaum beschwichtigt, so

1) So schreibt der Oberhauptmann v. Ribbeck nach Königsberg, 31. Jan.
2) Burgsdorf an den Kurfürsten, 9. Febr. 1641.

kamen jene Weisungen nach Regensburg, über Pommern nicht weiter zu unterhandeln. Freilich zugleich ließ der Kurfürst seine Versicherung wiederholen, daß er in pflichtschuldiger Treue gegen Kaiser und Reich verharre; nur wenn es unmöglich sei, Schweden mit einer Geldsumme zu entschädigen, wenn Schweden durchaus einen Theil Pommerns fordere, möge es ihm gestattet sein, über die Art der Abtretung und die dafür zu gewährende Entschädigung mit der Königin zu verhandeln, und wünsche er, daß ein Beauftragter des Kaisers an diesen Verhandlungen Theil nehme; er erklärte, daß er nicht ohne Vorwissen des Kaisers abschließen werde und hoffe, daß ebenso der Kaiser nichts ohne ihn in Betreff Pommerns entscheiden werde.

Man war am Kaiserhofe an eine solche Sprache Brandenburgs nicht gewöhnt; man gab ausweichende Antworten. Es kam vor Allem darauf an, die Marken militairisch in der Hand zu behalten. Freilich war es gegen die mit Georg Wilhelm geschlossenen Verträge, daß auch die Commandanten und Besatzungen in den Festungen in des Kaisers Eid standen [1]); aber man war zufrieden, daß sie ihn so treu hielten; es wurden Befehle an die Obristen erlassen, ihre Truppen bei einander zu halten und einer etwaigen Reduction nicht Folge zu leisten. [2]) So lange Schwarzenberg das Regiment dort hatte, durfte man unbesorgt sein; vielleicht erwartete man jene „terrible Resolution", um Weiteres folgen zu lassen.

Schwarzenberg wagte sie nicht. Mit jedem Tag, den er zögerte, wurde seine Stellung schwächer. Schon hatten einige Regimenter Fußvolk geschworen, Küstrin war in Burgsdorfs Hand.

1) Schwarzenberg schreibt an den Kurfürsten, 4. Febr. 1641: „Der dem Kaiser geleistete Eid verstehe sich auf den Fall, wenn einige Völker im Felde zur Recuperirung der Pommerschen Lande oder sonst gebrauchet und mit den kaiserlichen Truppen conjungirt werden sollten .... auf die aber, welche in den Festungen liegen, so lang sie darin verbleiben, kann sie (die Eidespflicht) nicht extendirt werden."

2) Dieß erhellt aus einem Schreiben Goldackers an den Kurfürsten, 11. Apr. 1641.

„Sobald wir“, schreibt der Kurfürst später, „so weit gekommen, haben wir immer eine Ordre auf die andere folgen lassen, woraus der Graf spüren können, daß wir uns nicht von ihm nach seinem Willen wollten leiten lassen.“ [1]) Götze wurde berufen, sein altes Kanzleramt wieder zu übernehmen; es wurden dem Statthalter die ihm anvertrauten Blankette und Rechenschaft über die verwendeten abgefordert; er wurde angewiesen, die für den Kurfürsten eingehenden Schreiben nicht wie bisher zu eröffnen, sondern nach Preußen zu schicken; es wurde der Geheimerath, der völlig in Abgang gekommen war [2]), neu besetzt und mit Weisungen versehen, die der schrankenlos gewordenen Gewalt des Statthalters ein Ende machten.

Schwarzenberg sah seine Macht in unerhörter Weise zerrinnen. Gewaltsame Dinge, die in seiner nächsten Nähe vorgingen, erschütterten ihn; vor seinen Augen fast wurde der Kammergerichtsrath v. Zastrow, den er zur Deliberation beschieden, von einem der gräflichen Cavaliere, dem v. Lehndorf, „unnöthiger Weise querellirt und dann freventlich entleibt“. Dann kamen Briefe aus Regensburg: „ein Obrist aus Königsberg habe berichtet, er habe von einem S. Kf. D. vornehmen Diener erfahren, daß es um den Grafen übel stehe, da er etliche Male dorthin berufen und nicht gefolgt sei.“ Der Schrecken über diese Nachricht warf ihn nieder. [3]) Wenige Tage darauf starb er.

1) Aus der Instruction für die nach Schweden bestimmte Gesandtschaft, 1. Mai 1641.

2) Schwarzenberg schreibt 31. Jan. 1641: „Von Geheimenräthen sei niemand als Sebastian Striepe zur Stelle; einstweilen habe er nebst Striepe den Kammergerichtsrath Dequede zur Deliberation dessen, was er in dieser Relation schreibe, gezogen, und werde also bei allen andern continuiren.“ Die zunächst ernannten Räthe waren der von Ribbeck und Otto Marwitz.

3) „Darüber er endlich in solche Bestürzung gerathen, daß er der medicorum, so ihn eröffnet, einstimmiger Aussage nach ex moerore animi et perturbatione sensuum gestorben, den sonsten alle andren viscera gesund gewesen“. Aus der angeführten Instruction vom 1. Mai 1641. Der Bericht der Geheimenräthe vom 14/4. März 1641, dem Tage des Todes, hat ziemlich vollständig Cosmar Schwarzenberg Beil. XI.; sie führen neben jener Regensburger Nachricht als

Seine Vertrauten eilten, viele Papiere seines Nachlasses über Seite zu schaffen.[1])

Dem Kurfürsten kam dieser Todesfall sehr ungelegen; er konnte für den Augenblick nur die Schwierigkeit seiner Lage vergrößern. Dem Kaiser gegenüber war der Graf eine erwünschte Deckung gewesen; ihn hätte man für die einreißende militairische Anarchie verantwortlich machen können. Die Frage, wer des Grafen Nachfolger sein werde, ob sein Sohn, ob Burgsdorf oder wer sonst, wurde mit wachsender Aufregung besprochen; eifrige Lutheraner thaten das ihrige, sie zu steigern: nur Calvinisten habe der junge Kurfürst bisher berufen, am Hofe wie im Rathe sollten überhaupt keine Lutheraner mehr geduldet, ja den Lutherischen ihre Kirchen entrissen werden. Ein Rescript des Kurfürsten, 21. März, daß ihm mit solchen Gerüchten Unrecht und zu viel geschehe, die Untersuchung über die Urheber und Verbreiter solcher Gerüchte diente nicht dazu, die Gemüther zu beruhigen.

Nach dem Antrag der Stände — sie forderten, daß nur zwei Obristen und 16 Compagnien bleiben sollten — hatte der Kurfürst Befehl gesandt, die Reduction der Truppen zu beginnen. Er hatte zugleich eine Untersuchung über die durch die Obristen und Officiere im Land erpreßten Forderungen und Obligationen angeordnet, und die von allen Seiten eingehenden Klagen und Beschwerden gaben ein nur zu scheußliches Bild davon, wie gewirthschaftet worden war, namentlich seit Schwarzenberg den Befehl erlassen hatte, nicht bloß

---

als Grund des Todes an, daß die 6 Capitäne des Rochowschen Regiments „mit starker Instanz“ Geld begehrt.

1) „Die Briefe, wegen welcher mir so angst war“, schreibt Johann Adolph Schwarzenberg an Graf Leslie, 23. Mai 1641. Das Uebrige aus den Gravamina der Stände von Barnim und Teltow, Herbst 1641, Art. 30; sie bemerken, daß die Versiegelung des Nachlasses versäumt sei, während der Graf bei Georg Wilhelms Absterben alles habe versiegeln lassen, „worüber ein wunderbares und seltsames Nachdenken curstret“.

an der fahrenden Habe, sondern auch an den Personen die Execution vorzunehmen.

Mit Entrüstung erhob sich die ganze Soldatesca gegen jene, wie sie meinte, schimpfliche Einmischung der civilen Obrigkeit; die Obristen und Officiere folgten den an sie erlassenen Befehlen nicht mehr, weigerten sich, Rechenschaft zu legen, vor dem Geheimenrath zu erscheinen; Goldacker, der dem verhafteten Lehndorf einen Paß zur Flucht gegeben, ließ sagen, er wolle kommen, aber an der Spitze seines Regiments; Rochow drohte, Spandau in die Luft zu sprengen; andere erklärten, der Kaiser werde sie schon manuteniren. Mit jedem Tage wurde die militairische Anarchie wüster; in unerhörten Excessen da und dort kam sie zum Ausbruch.[1])

Dieß geschah, während die Kaiserlichen, dem weichenden Banner und den Weimarischen unter Guébriant folgend, schon bis zur oberen Saale gekommen waren, die Werbungen Arnims in Schlesien den linken Flügel der Schweden bedrohten.

Der große Kriegsplan — der Kurfürst kannte ihn durch Arnim — begann sich zu entwickeln. Georg von Braunschweig sah die ungeheure Gefahr, die gegen ihn heraufzog; er ließ den Kurfürsten dringend mahnen, sich endlich für die gute Sache zu entscheiden und sie damit zu retten. Des Kaisers Gesandter, Graf Martinitz, der Mitte März in Königsberg war, sprach eben so zuversichtlich Kf. Maj. gnädige Erwartung aus, daß Brandenburg in dem bisherigen reichspatriotischen Eifer beharren und nicht dulden

1) Namentlich die Vorgänge in Altstadt Brandenburg sind entsetzlich: „Da haben die Goldackerschen Reuter alles Hausgeräth, Kisten, Schränke, Thüren, Fenster zerschlagen, die Wände an den noch gar wenigen vorhandenen Häusern eingestoßen, Riegel und Balken herausgerissen, die Dielen aufgerissen, das Holz in den Häusern oder auf der Thorwache verbrannt, ihre Pferde in die Gärten und Weinberge getrieben“ u.s.w. Bericht der Geheimenräthe, 10. Nov. Der Rath von Brandenburg schreibt 21. Mai: „Die Gewalt der Soldaten ist sehr groß geworden, also wenn auch zehn Bürger krumm und lahm oder gar todt geschlagen worden, so müssen doch alle Soldaten Recht und die Bürger unrecht haben.“

werde, daß sich ein unerträgliches fremdes Dominat im Reich festsetze; er forderte, daß der Kurfürst seine Truppen, soweit sie nicht für die Festungen nöthig seien, unter Arnims Befehl stelle.

Aber von Gegenleistungen hatte Graf Martinitz kein Wort gesagt, weder in Betreff Jülichs und Jägerndorfs, noch Pommerns; und der Polenkönig, der die östreichischen Forderungen auf das Lebhafteste unterstützte, verzögerte die dringend gewünschte Belehnung mit Preußen durch immer neue Bedenken und Forderungen. Der Kurfürst wiederholte, daß er seiner Pflicht gegen Kaiser und Reich allerdings eingedenk sei und bleiben werde, aber die Marken seien so erschöpft, daß sie kaum mehr das für die Festungen nöthige Fußvolk erhalten könnten; seine Reiter gedenke er bis auf 300 Mann abzudanken und sie Kais. Maj. zur Disposition zu stellen.

Es war klar, daß in dem Maaße, als Banner weiter wich, die militairische Bedeutung der Marken in den Vordergrund treten mußte; es war vorauszusehen, daß demnächst die Schweden aus Schlesien, Pommern, Mecklenburg hereinbrechen würden, die Positionen zu nehmen, die sie von einander und von Banners Armee trennten. Daß Kaiser und Reich weder die Kraft, noch den Willen hatten, das Land zu schützen, geschweige denn Pommern, wie der Prager Friede versprochen, wieder zu erobern, lehrte die Erfahrung und zeigten die Nachrichten aus Regensburg; es sei nicht löblich, wurde dort von Evangelischen wie Katholischen gesagt, den Reichskrieg um Brandenburgs Recht auf Pommern willen fortzusetzen. Ja man glaubte zu wissen, der Kaiser werde, wenn er demnächst Pommern einnehme, es nicht dem Kurfürsten überlassen, sondern die Kriegsunkosten berechnen und Pommern so lange behalten, bis ihm solche von dem Kurfürsten erstattet seien.[1])

Eben jetzt faßte man die ersten Fäden einer Intrigue, die sich

1) So meldet der jüngere Schwarzenberg an Leslie, 5. Juli 1641.

sehr bedrohlich anließ. Burgsdorf erhielt von einem Knecht, der aus Preußen kam, Briefe ausgeliefert, die Sebastian von Waldow, Schloßhauptmann, Oberschenk und Hauptmann zu Ruppin, aus Preußen an den jungen Schwarzenberg, an Goldacker u. a. geschrieben hatte. Es zeigte sich, in welcher Weise Martinitz in Preußen thätig gewesen war, den schwarzenbergischen Anhang zu sammeln, welche Ränke geschmiedet wurden, das alte Spiel fortzusetzen. Dringend forderte Burgsdorf, einzuschreiten, „die von dem gefallenen Baume nachgelassenen Wurzeln auszureuten; nur eine heroische Resolution könne großem, erschrecklichem Unheil vorbeugen."

In der Mitte April war Banner, schon siech und sein nahes Ende fühlend, bis Halle gewichen; Arnim war in Dresden, bereit, an der Spitze des schlesischen Heeres vorzubrechen. Stalhandsch, der in Cottbus und Jüterbog stand, und Axel Lilie, der die Priegnitz besetzt hielt, begannen sich gegen die Havel in Bewegung zu setzen. Liliehöck in Stettin zog seine Truppen näher zusammen. So drohend erschien die Gefahr für Berlin und Brandenburg, daß der Geheimerath mit der Reduction inne zu halten befahl.

Der Kurfürst hatte nur diesen Moment erwartet, um endlich einen Schritt weiter zu thun. Eben jetzt hatte er ein erstes Zugeständniß von der Krone Polen errungen; er durfte vorläufig die Regierung des Herzogthums übernehmen. Er sandte Befehl nach Berlin[1]), Stalhandsch, Liliehöck, Axel Lilie um vorläufige Waffenruhe für die Marken anzusprechen; er schickte Winterfeld nach Hamburg, mit Adler Salvius in dem gleichen Sinn zu unterhandeln; er schickte Rumelian v. Leuchtmar nach Stockholm, die Friedensversicherungen der in Regensburg versammelten Stände, die Brandenburg

1) Mit Stalhandsch unterhandelte Conrad von Arnim (dessen Bericht an Burgsdorf, 1. Mai), mit Liliehöck Johann Friedrich von Buch (in Wollin 27. April), mit Axel Lilie Isaak Ludwig von Gröben, 24. April. An Banner war Hempo von Knesebeck gesandt.

damit beauftragt hatten, zu überbringen, zugleich die Königin über die Schritte der neuen Regierung aufzuklären und ihr „ein Armistitium und Cession der Hostilitäten" anzutragen[1]); gelegentlich und wie von sich sollte er auch den alten Plan Gustav Adolphs, die Hand der Königin betreffend, berühren.[2])

Es traten unerwartete Ereignisse ein, deren Wirkungen den gethanen Schritt außerordentlich erleichterten.

Mitte April starb Herzog Georg von Braunschweig; auf ihn und sein Land hatte Banner bei seinem Rückzug vorzüglich gerechnet; daß jetzt dort eine andere Politik eintreten werde, war vorauszusehen. Banner selbst starb am 10. Mai in Halberstadt; sein Tod wirkte zerrüttend auf die Armee; die deutschen Obristen weigerten den drei General-Majors, die den Befehl übernahmen, den Gehorsam. Sie meinten, es sei Zeit, daß der deutsche Soldat die Dinge in die Hand nehme; sie und die Weimaraner seien stark genug, dem Reich einen ehrenvollen Frieden zu verschaffen, die fremden Kronen wollten es nur verderben, um es zu zerstückeln; sie bekämpften Deutschland nur mit deutschen Kräften.[3]) Zugleich erhoben sich in der Altmark die Bauerschaften, als zwei schwedische Regimenter, Slange und Heiking, dem weichenden Hauptheer den Rücken zu hal-

1) So die mehr erwähnte Instruction für Leuchtmar, 1. Mai 1641. Pufendorf I. p. 14 giebt sie fast vollständig. Daß eine Aufforderung zu Verhandlungen schwedischer Seits schon bei der Condolenz geäußert war, entnehme ich aus Pufendorf de rebus Suec. XIII. p. 70.

2) Winterfeld schreibt 19. Mai aus Hamburg: Daß (in der Instruction für Leuchtmar) in puncto einer Heirath nichts in mandatis, consilium non improbo; ich versteh aber von einem vertrauten Freunde, daß die Inclination gar gut und wohl übel dürft genommen werden, wenn davon gar nichts sollte erwähnt werden, könnte leicht alle Negotiation darüber zu Wasser werden. cf. Chemnitz, 1641 p. 16.

3) Lelaboureur Hist. du Mar. Guébriant p. 313 .... L'empire, que les Couronnes vouloient ruiner pour le partager entr' elles puisqu' elles ne le combattoient que par ses propres forces.

ten, sich dort einlagern wollten.[1]) Die schwedischen Generale, die vor Kurzem noch die kurfürstlichen Anträge zum Theil sehr hoffärtig abgewiesen hatten, erklärten sich jetzt nach Weisungen von Salvius bereit, eine vorläufige Waffenruhe für die Marken eintreten zu lassen, bis weitere Befehle aus Stockholm kämen.

Jetzt wäre der Moment gewesen, wo die kaiserliche und Reichsarmee mit raschen Schlägen hätte vorgehen müssen.[2]) Aber auch dort hatte der Tod lähmend eingegriffen. Am 29. April war Arnim in Dresden gestorben; noch auf dem Todbette hatte er gesagt: „sein ganzes Absehen wäre auf den jungen Kurfürsten gerichtet gewesen, dem habe er das ganze Werk in die Hände spielen wollen, aber er sei von dem jungen Herrn, seit er Kurfürst geworden, gar sehr despectirt worden."[3]) Mit Arnims Tod erlahmte auch die Bewegung Krockows von Danzig aus gegen Pommern; und was unter Golzens Führung in Schlesien geschah, war nicht der Mühe werth; nur das Heer an der Saale, an dessen Spitze demnächst Erzherzog Leopold Wilhelm treten sollte, ging behutsam vorwärts.

Man scheint am Kaiserhofe sich geraume Zeit über den Gang der Dinge in den Marken getäuscht zu haben; entweder man durchschaute nicht die Politik des jungen Kurfürsten, oder man tröstete sich seiner Ohnmacht und der eigenen Erfolge. Dann wurde einer jener Briefe von Salvius, welche die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Brandenburg vorschrieben, aufgefangen. Der Kaiser, sagt man, erblaßte, da er ihn las; er glaubte nicht anders, als daß der Kurfürst auf dem Wege sei, mit Schweden gemeinsame Sache

---

1) So Hempos von Knesebeck Bericht, 21. Mai 1641: Die Bauern erheben sich unter dem Prätext, daß ihnen darüber von den Kaiserlichen zugesetzt und leicht etliche Regimenter in die Altmark geschickt werden können.

2) Burgsdorf hat nach einem aufgefangenen Bericht Johann Adolphs von Schwarzenberg gesagt: „Wenn 499 dießmal die Schweden nicht schlägt und ruinirt, so ...." Die weiteren Chiffern sind unverständlich.

3) Burgsdorf an den Kurfürsten, 19. Mai 1641.

zu machen, das er nur nach Stockholm gesandt habe, um das in früheren Jahren verabredete Verlöbniß mit der jungen Königin abzuschließen. Auch der Kurfürst von Sachsen sprach seine lebhafte Besorgniß aus; er hob in einem Schreiben an den Kaiser wie entschuldigend hervor, daß Friedrich Wilhelm wohl nur aus jugendlicher Unerfahrenheit so bedenkliche Schritte gethan; er gab nicht undeutlich zu verstehen, daß der junge Fürst übel berathen sei.

Es wird nicht zufällig sein, daß jetzt Johann Adolph v. Schwarzenberg nach Berlin eilte, dort, wie Burgsdorf schreibt, seine Residenz nahm, auch seinen übrigen „estat" von Regensburg dahin nachkommen ließ. Er trat auf, als wenn er fordern könne, seines Vaters Nachfolger zu sein; Oberst Kracht stellte ihm Schildwachen vor die Thür, ließ sich von ihm die Parole erbitten. Dann forderte der Graf in den dem Vater verpfändeten Aemtern die Huldigung; er sandte Befehle nach Sonnenburg, als wenn er bereits Ordensmeister sei. Die Freunde seines Vaters sammelten sich um ihn; „es sind viele", schreibt Burgsdorf, „die lamentiren, daß man dem Vater nicht die alte Gewalt gelassen habe, und daß dem jungen Grafen Unrecht geschehe, daß man ihn mehr vorziehen müßte."[1]) Unter den thätigsten war Sebastian von Waldow, der jetzt aus Preußen zurückkam, wo sein Bruder, der Marschall, in gleichem Sinn zu wirken bemüht war. Natürlich, daß die meuterischen Officiere, Rochow und Goldacker an der Spitze, sich ganz zu des Grafen Verfügung stellten. Mit jedem Tage wurde seine Einwirkung bedrohlicher; „schon sind die beiden Waldow, Otto von Marwitz, Blumenthal in Küstrin angelangt", schreibt Burgsdorf, „wenn sie allhier ankommen, so wird das Collegium um so viel mehr verstärkt und die Kette erweitert sein."

---

1) Nach Burgsdorfs Schreiben an Götze, 19. Juni 1641 und aus Markgraf Ernstens Schreiben an den Kurfürsten, 19. Mai 1641.

Der Kurfürst hatte den jungen Markgrafen Ernst zum Statthalter ausersehen, den Sohn des geächteten Jägerndorfers. Am 11. Mai kam er nach Berlin. „Der Karren", schreibt Burgsdorf, „ist so tief in den Koth geführt, daß wir sämmtlich und wenn unser noch mehr wären, ihn ohne große Mühe nicht werden herausziehen können."

Zum 18. Mai wurden die Stände wieder berufen. „Von diesem Landtag", schreibt Schwarzenberg, „werden alle weitern Dissegni und Nachrichtungen abhangen, denn der Kurfürst will ohne Berathschlagung der Stände nichts von hoher Importanz oder von hauptsächlichen Sachen vornehmen und schließen; und die Stände sind fast alle den Schweden Freund, dem Kaiser Feind; vor Allem", fügt er hinzu, „ist Burgsdorf dem Kaiser sehr feind und alle Stände hangen an ihm."

Allerdings forderten die Stände von Neuem, daß den Feindseligkeiten ein Ende gemacht werde. Mit Unruhe sahen sie die Anwesenheit Schwarzenbergs, den erneuten Eifer der „Favoriten", den Widerstand der Soldatesca. Auf ihre Zustimmung gestützt, konnte Markgraf Ernst energische Schritte wagen.

Die Untersuchungscommission, die bisher Materialien gesammelt, begann ihre Sitzungen. Dem Grafen Schwarzenberg wurden die Wachen entzogen; es wurde in die verpfändeten Aemter und nach Sonnenburg Befehl gesandt, die geforderte Huldigung nicht zu leisten. Oberst Kracht wurde in Arrest genommen. Die Untersuchung gegen Goldacker ergab die schlimmsten Dinge; seit sieben Monaten hatte er seinen Reitern den Sold nicht ausgezahlt, der ihm richtig verabfolgt war; er weigerte sich Rede zu stehen. Als Obrist Volkmar, der beauftragt wurde, ihn festzunehmen, am 28. Mai gegen Brandenburg anrückte, fand er die Zugbrücken aufgezogen, die Reiter kampfbereit; Goldacker hatte den Befehl, der erst am Morgen 6 Uhr an Volkmar gekommen war, durch Vertraute aus Berlin schon früher mitgetheilt erhalten. Er ließ

es nicht zum Aeußersten kommen; mit 30 Reitern sprengte er davon, ging zu Piccolomini; der Rest des Regimentes wurde dem Georg v. d. Marwitz übertragen. Bald zeigte sich, wie auch er in Fürstenwalde Obligationen erpreßt, wie er Dörfer ausgeplündert, die Schulzen in Ketten gelegt hatte; er berief sich darauf, daß er in des Kaisers Dienst stehe; es wurde ihm „in Gnaden bewilligt, daß er seinen Marsch, um des Kaisers und Reiches Dienst nach Gebühr zu versehen, in Gottes Namen fortsetzen könne". Der trotzigste war Rochow; er hatte eben jetzt seinen Musterschreiber in Eisen schlagen, von dem Officiergericht zum Galgen verurtheilen lassen, um ein falsches Zeugniß über geleistete Zahlungen von ihm zu erpressen; er war persönlich nach Berlin gekommen, die geforderte Ablieferung des Schreibens zu verweigern, und dann nach Spandau zurückgegangen; seine Verständnisse mit dem jungen Schwarzenberg ließen das Schlimmste fürchten. Der Markgraf forderte ihn zum zweiten Male nach Berlin, „um ihm eine wichtige Sache zu eröffnen", kündigte ihm dann, als er kam, an, daß er seine Abdankung habe und Berlin nicht verlassen dürfe, bis ein anderer Commandant für Spandau ernannt sei.[1])

Endlich kam auch an Schwarzenberg die Reihe; man hatte chiffrirte Briefe von ihm aufgefangen, in denen er „unverantwortliche Reden geführt"; er hatte die Worte gebraucht: „er werde seines Theils alles thun, was dem Kurfürsten Schaden bringe"; er hatte über die märkischen Stände, über einzelne Personen, namentlich Burgsdorf, Obrist Ribbeck, Götze Beleidigendes geäußert; es zeigte sich, daß er förmliche Instruction erhalten hatte, „die Leute durch Liberalität zu devinciren", Markgraf Ernst für die Sache des Kaisers zu erkaufen.[2]) Er wurde

1) Daß so verfahren werden solle, meldet des Markgrafen-Schreiben an den Kurfürsten vom 17/27. Mai 1641; die Verhaftung folgte am 19. Mai. Die Jagdgeschichte bei Pöllnitz, Mém. I. p. 25, ist ohne Werth.

2) So in dem Schreiben des Markgrafen Ernst an den Kurfürsten von

vor den Geheimenrath gefordert, Auskunft über die Briefe zu geben und die Richtigkeit der Dechiffrirung anzuerkennen. Namentlich die Stände waren in höchster Aufregung. Sie sandten dem Kaiser eine Protestation gegen die wider sie gerichteten Verunglimpfungen[1]): „sie seien entschlossen, neben Kf. D., ihrem Herren, in Kſ. Maj. und des Reichs Devotion noch ferner bis auf den letzten Tropfen ihres Bluts beständig und unverrückt zu verharren." Sie forderten von dem Kurfürsten die Erlaubniß, den Grafen, der sie als Majestätsverbrecher bezeichnet, auf dem Wege Rechtens zu verfolgen. Der Graf hielt sich nicht mehr für sicher; in Gemeinschaft mit Rochow, von seinem Pagen v. d. Schulenburg begleitet, entwich er aus Berlin[2]); seine Sachen und Papiere rettete sein Hofmeister v. Wallenrodt nach Magdeburg und Wittenberg; auch dieser ein Vasall des Kurfürsten, sein Vater war Regimentsrath und Kanzler in Preußen gewesen.

Man hatte allen Grund, vor des Grafen Rache zu zittern; und bot sein Anspruch auf das Meisterthum, die Beschlagnahme seiner Herrschaften Huissen und Neustadt, der dem Vater verpfändeten Aemter in der Mark dem Kaiserhofe nicht Vorwand genug zu den schlimmsten Maaßregeln? Man sprach schon davon, daß Herzog Franz Albrecht von Lauenburg, aus dem alten ascanischen Hause, den Lohn seiner reichspatriotischen Dienste in den brandenburgischen Kurlanden zu finden hoffe, daß Kursachsen für seine Jülichschen Ansprüche, die dem Kaiser überlassen werden sollten, die noch brandenburgischen Herrschaften in der Lausitz zu erhalten wünsche.

Sachsen, 24. Sept. 1641. Dresd. Arch.; das Genauere ergeben die Acten des Berl. Arch.

1) Schreiben an den Kaiser, 21. Juli 1641.

2) Er entwich vor dem ihm gesetzten Termin (5. Aug.) „bei nachtschlafender Zeit und besetzter Wache auf ungewöhnliche Art und mit verächtlicher Hintansetzung S. Kf. D. desfals an ihn ergangnen Befehls, heimlich." Schreiben der Stände an den Kurfürsten, 10. Aug. 1641.

Noch waren die Verhandlungen in Stockholm ohne Ergebniß; die Kaiserlichen blieben im Vorgehn; die nothwendige Folge war, daß die Schweden sich mehr und mehr über die Marken ausdehnten; „um Gottes Barmherzigkeit und des jüngsten Gerichtes willen" flehten die Städte und Dörfer mehrerer Kreise um Rettung, sie konnten nichts mehr geben[1]). Schon hieß es, daß kaiserliche Völker einrücken sollten.[2]) Und nun weigerte sich Piccolomini, die brandenburgischen Reiter zu übernehmen, bevor der Erzherzog angekommen sei; auch diese zuchtlosen Haufen blieben noch im Lande. In offener Meuterei sammelten sie sich um Spandau; die Officiere erklärten, man könne das Volk nicht nach Belieben von dannen schicken, und daß man eines Jeden Anbringen und Beschwerde, von denen sie selbst nichts mehr wüßten, gegen sie annehme, sei unerhört; sie forderten, daß man alle Klagen niederschlage, die Obligationen, die sie einmal in Händen hätten, confirmire; sie drohten mit allem Schrecklichsten. Umsonst hielt Markgraf Ernst ihnen vor, daß sie als Patrioten und im Lande Geborne ihres Vaterlandes Ruin doch ansehen möchten. Tagelang wurde unterhandelt, ohne daß man zum Ziel kam.[3])

Endlich am 17. Juli ward der Stockholmer Vertrag abgeschlossen. Es hatte bei den stolzen schwedischen Herren nicht wenig Anstoß erregt, daß der Kurfürst ein deutsches, nicht lateinisches Schreiben an die Königin gerichtet, sie Durchlauchtige, nicht, wie mit seinem Vater ausgemacht war, Durchlauchtigste genannt, ihnen selbst nur dieselben Curialien wie seinen eigenen Räthen gegeben hatte.[4]) Aber sie hatten Entschuldigungen dafür gefunden, ihnen lag für den Augenblick zu viel an Brandenburg. Die Königin Mutter, die wahr-

1) Markgraf Ernst an den Kurfürsten, 22. Juni 1641.

2) Markgraf Ernst an den Kurfürsten, $\frac{28. \text{ Juli}}{7. \text{ Aug.}}$ 1641.

3) Aus Markgraf Ernsts Berichten, Ende Juni 1641.

4) Pufendorf de reb. Suec. XIII. p. 71.

lich nicht mit der ihrem Rang gebührenden Achtung von der schwedischen Regentschaft behandelt würde, war nach Dänemark geflüchtet, Christians IV. Schutz anzurufen, und er schien entschlossen, für sie einzutreten; in dem Moment, wo die Kaiserlichen unaufhaltsam vordrangen, mußte Schweden auch noch einen dänischen Krieg fürchten, wenn nicht der junge Kurfürst für die Schwester seines Vaters vermittelnd eintrat.

So war ein Waffenstillstand auf zwei Jahre abgeschlossen worden.

Freilich forderten die Schweden die festen Plätze Driesen, Landsberg, Frankfurt, Crossen, Gardelegen; aber sie hatten diese bereits inne. Auch die Werbener Schanze, die noch von brandenburgischen Truppen besetzt war, sollte ihnen überlassen werden; sie wurde eben jetzt zerstört, damit sie nicht, so hieß es, von den Kaiserlichen in Besitz genommen werde[1]); dafür blieb den Schweden die Altmark, die sie nur gegen jene Schanze hatten vertauschen wollen. Wenn ein anderer Artikel lautete, daß kaiserlichen Truppen der Paß bei Küstrin, also der Weg nach Stettin, geschlossen sein solle, so entsprach das dem Interesse Brandenburgs nicht minder wie dem Schwedens. Aber die Schweden forderten zugleich das Recht, einen Residenten in Küstrin zu haben, der auf die Ausführung dieses Artikels achte, eine Bestimmung, die nicht bloß im höchsten Maaß unbequem, sondern erniedrigend war. Und auf alle weiteren Anträge, die jülichsche Frage, die kurpfälzische Sache, Jägerndorf u. s. w. betreffend, hatten sich die Schweden nicht eingelassen; das einzige wirkliche Zugeständniß, das sie machten, war, daß sie sich verpflichteten, ihr Kriegsvolk nicht anders als bei unvermeidlichen Durchzügen in die Marken kommen zu lassen, und auch dann

1) Die Instruction für Leuchtmar und Brunn, 28. Dec. 1641, sagt, die Werbener Schanze anlangend, sei schon, da dieselbe mitten im Lande und nicht zu behaupten, im Nov. 1640 auf dringende Bitte der Stände deren Demolirung beschlossen und von dem hochseligen Kurfürsten eingeleitet, sie sei vollzogen gewesen, ehe die Unterhandlung mit Schweden begonnen.

nur unter Zuziehung kurfürstlicher Commissarien Quartier und Verpflegung zu nehmen. Ueber den Unterhalt und die Contributionen für die schwedischen Besatzungen sollten besondere Verträge geschlossen werden. Eine Reihe von Bestimmungen sicherten und erleichterten den gegenseitigen Verkehr auf den Land- und Wasserstraßen, andere beseitigten die Monopole, die willkührlichen Zölle u. s. w. Dieser Waffenstillstand sollte von der Auswechselung der Ratificationen an gelten, und Leuchtmar stellte einen Revers aus, daß der Kurfürst in drei Monaten ratificiren werde.

Für den Augenblick durfte dem Kurfürsten die Möglichkeit des Abschlusses genügen; er durfte hoffen, daß das Gerücht von den so weit gediehenen Verhandlungen und der Wunsch, der Ratification noch vorzubeugen, in Warschau wie in Regensburg zu größerer Nachgiebigkeit stimmen werde.

Vor Allem das Wichtigste war, die militairischen Verhältnisse in den Marken ins Klare zu bringen. Schleunigst wurde die Auflösung der Soldatesca zu Ende geführt; nur zur Besetzung der Festungen blieben vier schwache Regimenter Fußvolk, dreihundert Reiter in Sold; es wurden die Stände von Neuem berufen, die zu ihrem Unterhalt nöthigen Verwilligungen zu machen. Der von ihnen gegen Graf Schwarzenberg vorbereitete Proceß wurde dem Kammergericht überwiesen; die intercipirten Briefe hatten über die Intentionen und Gesinnungen der kaiserlichen Räthe, ja des Kaisers selbst Aufschlüsse gegeben, die man am Kaiserhofe recht unbequem finden mochte; nur um so ärgere Dinge wurden dort vom Kurfürsten und seinen Umtrieben erzählt und geglaubt. Er beauftragte seinen Gesandten am Reichstag (21. Aug.), zu erklären: „allerdings stehe er mit Schweden in Verhandlung; aber es sei ihm nicht eingefallen, sich neutral zu erklären oder gar sich mit Schweden zu verbinden; es handle sich um nichts, als um eine Waffenruhe, wie seine Stände sie gefordert hätten und das völlig erschöpfte Land sie

bedürfe; wenn die kaiserlichen Heere Pommern angreifen sollten, so hindere der Waffenstillstand sie daran nicht." Aber zugleich traten die brandenburgischen Gesandten auf dem zu Ende gehenden Reichstag mit Hessen und Braunschweig für die allgemeine und unbeschränkte Amnestie auf, widersprachen der geforderten Anerkennung des Prager Friedens als eines Reichsgesetzes, empfahlen die Herstellung auf den Stand von 1618.

Sie blieben in der Minorität; sich mußten sich „eine fast nachdenkliche Remonstration und Erinnerung" von Seiten des Kais. Kämmerers, Grafen Leslie, gefallen lassen; sie selbst sagten, daß sie seit der schwedischen Handlung „den Kaiserlichen mehr ein Dorn im Auge, als in dem Credit, anderen Ständen und dem gemeinen Wesen zu helfen" gewesen seien.[1])

Der Kurfürst war eben jetzt in Betreff Preußens in Mitten der schwierigsten Verhandlungen.

Die preußische Belehnung.

Wir kennen bereits die ersten Schritte, die der junge Kurfürst that, um in den wirklichen Besitz seines Herzogthums zu gelangen. Er hatte den vom Vater berufenen und wieder berufenen Landtag fortgesetzt; ihm mußte alles daran liegen, mit den Ständen zum Abschluß zu kommen, um an ihnen einen Rückhalt gegen Polen zu gewinnen. Die Gravamina enthielten Dinge unglaublichster Art; voran die Religionsbeschwerden: daß ein Reformirter (Podewils) Obrister eines preußischen Regiments sei, daß in einem Privathause reformirter Gottesdienst gehalten, daß von dem Kurfürsten den Reformirten ein Stück Land zum Begräbnißplatz angewiesen sei, allerdings erst, nachdem ihnen die Bestattungen auf lutherischen Kirchhöfen versagt worden. Dann wurde gefordert, daß nur Eingeborne von Adel zu

1) So Chemnitz 1641, p. 43.

den Landesämtern, im Rath und in Legationen verwendet werden und was durch andere gethan, null und nichtig sein solle, dann daß Eingebornen von Adel bei Kauf oder Pacht landesherrlicher Güter vor den Bürgerlichen die Vorhand gelassen, daß auch die landesherrlichen Gnadenakte, Verleihungen von Aemtern, Lehen, Indigenat u. s. w. erst durch die Zustimmung der Stände oder der Regimentsräthe rechtsgültig sein sollten u. s. w. Der Kurfürst war bereit, so weit irgend möglich zu weichen; aber der wachsende Zwiespalt zwischen denen von Adel und den Städten machte die gewünschte Einigung unerreichbar.

Am polnischen Hofe war die Fortsetzung des Landtages sehr ungnädig aufgenommen worden; auf das Bestimmteste wurde die Erlaubniß, um die der Kurfürst nachsuchte, vor der Belehnung das Regiment zu übernehmen, versagt, sein persönliches Erscheinen vor dem Thron zum Lehnsempfängniß und zwar auf dem nächsten Reichstage gefordert. Noch mehr gerieth man darüber in Aufregung, daß er bereits Regierungshandlungen vornehme; die von ihm ausgestellten Versicherungen und die Berufung auf die Vorgänge bei früheren Regierungswechseln warf man weit hinweg; man behauptete, daß während der Sedisvacanz dem Könige die Regierung zustehe und daß er sie durch seine Commissarien auszuüben habe.[1]) Da eben jetzt das Landhofmeisteramt erledigt war, besetzte es der König und der von ihm ernannte, derselbe von Kreyzen, der als kurfürstlicher Gesandter eben in Warschau gewesen, trieb den vom Kurfürsten Berufenen mit einem bewaffneten Haufen aus dem Amtshause.

Man schien in Warschau in der That diesen Regierungswechsel benutzen zu wollen, um endlich die völlige Abhängigkeit des Herzogthums festzustellen. Man empfand dort lebhafter als je, wie

1) „Wir müssen mit Schmerzen und Verwunderung vernehmen, das uns solche Sachen angemuthet werden, die wir für ganz inpracticabel halten.“ Des Kurfürsten Schreiben vom 22. März 1641.

gefährlich dieß Land für die Republik werden könne, wenn einmal das Haus Brandenburg aufhöre, ohnmächtig zu sein, und nach dem Recht der Oberlehnsherrlichkeit schien es in ihrem Belieben zu stehen, die Bedingungen zu machen, unter denen die Kurfürsten die Belehnung erhalten sollten.

Aber eben so natürlich war es, daß der Kurfürst sich auf alle Weise Bedingungen widersetzte, die für die Politik Polens ganz erwünscht sein mochten, aber weder seinen, noch den preußischen Interessen entsprachen und im Recht nicht begründet waren. Er machte geltend, daß das Recht, nach dem er seine „Erblandschaft" zu besitzen habe, ein für alle mal feststehe, daß er Vasall nicht der Republik, sondern des Königs sei. Er unterließ nicht, den König darauf aufmerksam zu machen, daß es die königliche Prärogative sei, die Belehnung zu ertheilen, und daß die Krone sich vorsehen möge, nicht auch dieß Recht zu verlieren. Nicht bloß dem Könige und der Königin, sondern auch den hohen Kronbeamten, den einflußreichsten Senatoren verpflichtete er sich bedeutende Summen aus preußischen Einkünften zu zahlen; aber um sie zahlen zu können, müsse ihm die Regierung des Herzogthums übertragen sein. Mit Entschiedenheit verbat er, daß die königlichen Gesandten in Königsberg als Commissarien aufträten, „da wir uns durchaus keiner commissarischen Jurisdiction zu unterwerfen gesonnen sind"; er wies seine Gesandten in Warschau an, die Meinung, als ob Sedisvacanz sei und dem Könige die Anordnung einer Immediatregierung gebühre, „S. K. M.", so ist sein Ausdruck, „gänzlich zu benehmen, da wir es also durchaus nicht verstehen können und wollen".

Schon konnte man nicht zweifeln, daß man es mit einem Fürsten zu thun habe, der eben so entschlossen wie umsichtig sei, und vor lärmenden Drohungen nicht weiche; man mußte besorgen, daß er, der unermüdlich war, zwischen seinen hadernden Ständen zu vermitteln, mit ihnen zum Schluß komme und mit ihrem Willen die Stellung

thatsächlich nehme, für deren Gewährung man sich jetzt noch gut konnte bezahlen lassen.[1]) Am 21. April übergab der Woywode Graf Dönhof die Erklärung, daß K. M. nunmehr die völlige Regierung des Herzogthums an S. Kf. D. deferire und deshalb gratuliren lasse.

Wir wissen, mit welcher Wendung der Dinge in den Marken dieser wichtige Act zusammenfiel, wie unmittelbar drauf die Unterhandlungen mit Schweden begannen.

Der Kurfürst verbarg sich nicht, daß sie beim Könige und „bei andern Großen des Reichs" allerlei „Einbildung und Argwohn" erwecken würden[2]), und er hatte noch den zweiten wichtigeren Act, den der Belehnung, zu ermöglichen; es wurde darauf bestanden, daß er sie persönlich vor versammeltem Reichstag empfange. Er erfuhr, daß der König den Plan habe, ihm die Hand seiner Schwester anzubieten; es war sehr klar, daß damit das schwedische Verlöbniß gekreuzt werden sollte. Und jene polnische Prinzessin war die Tochter einer Erzherzogin, einer Schwester des verstorbenen Kaisers; gewiß war die östreichische Politik bei jenem Plane mit thätig. Es konnte dem Kurfürsten nur erwünscht sein, daß man etwas fürchtete, was von seinem freien Entschluß abhing. Wenn er dann auch die Instructionen Leuchtmars und die schwedische Antwort dem Könige mittheilen ließ, so waren damit noch keines Weges alle Zweifel zerstreut; mochte man sich gefällig erweisen, um ganz sicher zu gehn.

Stark genug waren die Bedingungen der Belehnung, wie sie zuerst gefordert wurden. Dann gab der König Einiges nach, wenigstens, daß nicht polnische Befehlshaber über Pillau und Memel gesetzt, die Seezölle, von denen der König einen Theil erhielt, nicht

---

1) Schreiben des Kurfürsten an Hoverbeck, 15. Sept. 1641 bei Orlich III. n. XII.

2) Schreiben Winterfelds an den Kurfürsten, Hamburg 1. Juni 1641. Ueber den andern Plan, den Prinzen Johann Casimir, des Königs Bruder, mit der Schwester des Kurfürsten zu vermählen, Pufendorf I. 21, habe ich keine archivalische Nachricht.

von den königlichen Verwaltern erhoben werden sollten. Aber es blieb die Befugniß der Republik, die beiden Festungen zu inspiciren, es blieb die Verpflichtung, ohne königliche Genehmigung nie mit den Feinden der Republik Neutralität zu schließen, es blieb die jährliche Zahlung von 30,000 Gulden ordentliche Subsidien an die Republik; vor Allem die beschämenden Bedingungen gegen die Reformirten und zu Gunsten der römischen Kirche wurden aufrecht erhalten.

Der König hatte die feierliche Belehnung auf den 8. October angesetzt. Aber schon wurde in den Provinzialconventen, die dem Reichstag vorausgingen, die preußische Frage mit großem Eifer verhandelt; der König, hieß es, habe die Regierung des Herzogthums gar nicht übertragen dürfen, die geschehene Uebertragung sei null und nichtig; mit der Uebergabe von Pillau 1626 habe das Haus Brandenburg das Lehen verwirkt u. s. w. So wie der Reichstag zusammentrat (2. Sept.), begannen in der Landbotenkammer die heftigsten Erörterungen, es kam zu ganz maaßlosen Beschlüssen; als der Senat sie verwarf, wurde die Aufregung nur noch heftiger; es wurde der Versuch gemacht, den Reichstag zu sprengen.

Schon war der Kurfürst auf dem Wege nach Warschau. Er hatte daheim wenigstens die Oberstände vollständig befriedigt, von ihnen eine Danksagung und Attestation ausgestellt erhalten, daß sie befriedigt seien.[1]) Er ließ diese in Warschau vorlegen und zugleich erklären, daß er auf keine neuen Bedingungen der Belehnung eingehen werde.[2])

Aber die Städte Preußens waren nur um so erbitterter; sie hielten es für angemessen, sich mit ihren Beschwerden nach Warschau zu wenden. Auch vom Senat aus wurde jetzt ein Versuch gemacht,

1) So in dem gedruckten Erlaß vom 12. Dec. 1641 und in dem Schreiben des Kurfürsten an seinen Gesandten, d. Przasnitz 30. Sept. 1641, bei Orlich III. 14.

2) Schreiben des Kurfürsten an seinen Gesandten Ortelsburg, 26. Sept. 1641.

neue Bedingungen zu erpressen; er erwirkte vom Könige die Erlaubniß, über diese Beschwerden mit den Gesandten der Kurfürsten zu conferiren. Der Kurfürst befahl seinen Gesandten, die vermeinten Beschwerden anzuhören, aber nichts abzuschließen: „wir wollen uns in unserm Fürhaben dadurch nicht hindern lassen". Er erklärte, nicht eher in Warschau einziehen zu wollen, als bis er höre, daß der Reichstag geendet sei; mochte der König sehen, wie er dem bereits festgestellten Vertrage Nachachtung bei seinen Senatoren und Landboten schaffe.

Die Aufregung in Warschau war so groß, daß man alles Schlimmste fürchtete. Dem Kurfürsten ließ d'Avaux aus Hamburg Warnungen zukommen, namentlich möge er vor Gift auf seiner Hut sein. Tags nach der Beendigung des Reichstages, am 5. October, ritt er in Warschau ein unter großem militairischen Gepränge, mit dem ihn der König empfing; am 8. October folgte die Belehnung, „friedsam und still", wie ein Berichterstatter sagt; „es haben sich zwar einige unterstehen wollen, dagegen aufzutreten, aber der König hat sie bedrohen lassen, daß sie, wenn sie auftreten würden, von den Stiegen hinuntergeworfen werden sollten; den päpstlichen Nuntius haben S. K. Maj. auch so weit gestellt, daß er nicht öffentlich aufgetreten, sondern seine Protestation in Schriften übergeben".

Nach einer Reihe glänzender Festlichkeiten verließ der Kurfürst Warschau; den Vermählungsanträgen, die ihm gemacht waren, war er geschickt ausgewichen. Er eilte nach Königsberg zurück, die Verhandlungen mit den Ständen zu Ende zu führen, die Huldigung des Landes zu empfangen; die Oberstände bewilligten die doppelte Trankſteuer, einen Hufenschoß, eine Steuer von ausgeliehenem Capital, „weil es des allgemeinen Landfriedens genießt, dem Land zu Hülfe". Aber die Städte, namentlich Königsberg, fuhren fort, jede Bewilligung zu weigern, bis ihnen willfahrt sei; der Landtag wurde verabschiedet, ohne daß man mit ihnen zum Schluß gekommen. Der Abschied (12. Dec.) besagte, auch zur Abhelfung ihrer Be-

schwerden sei ein solcher Ausschlag gegeben, daß sie damit zufrieden sein würden und bleibe nur noch die Aushändigung desselben nach, die erfolgen werde, wenn sie nach Exempel derer von Adel in Erklärung auf des Kurfürsten Propositionen sich ebenmäßig dankbar erzeigen würden. Es währte noch wochenlang, ehe sie sich wenigstens zur Huldigung verstanden; sie leisteten sie mit der Formel: „ohne Präjudiz ihrer wohlhergebrachten Rechte und Freiheiten".

Wie bezeichnend ist es, daß, als endlich die feierliche Bestattung des verstorbenen Kurfürsten geschehn sollte, bei der Krone Polen eine Weisung an die Stadt Königsberg ausgewirkt werden mußte, dafür zu sorgen, daß die Feier in der Schloßkirche nicht gestört werde.[1]) Nur so war der reformirte Gottesdienst, selbst in Anwesenheit des Landesherrn, vor den Insulten der lutherischen Bevölkerung sicher. Und wenn die Stände zur Bestattung je 20 Groschen von der Hufe bewilligt hatten, so mußte noch nach mehr als zwei Jahren an die Einzahlung der „freiwilligen Beisteuer" erinnert werden.

Und doch das Wenige, was erreicht war, bedeutete unendlich viel. Wie lästige, ja demüthigende Bedingungen der junge Fürst gegen die Krone, wie gegen seine Stände hatte genehmigen müssen, er hatte nun die landesherrliche Gewalt in aller Form Rechtens, und er war entschlossen, sie in dem Sinn zu üben, der allein ihrem Wesen angemessen schien: daß sie so weit reiche, als nicht ausdrückliche Bestimmungen sie beschränkten, daß der Vortheil der Unbestimmtheit nicht mehr, wie bisher, von den Ständen und der Krone in Anspruch genommen und gegen den Erbherrn des Landes gerichtet werden dürfe.

1) Ne quid turbarum forte daretur per Lutheranos, befiehlt der König auf Hoverbecks Antrag den Räthen der drei Städte Königsberg, ut sedulo praecaveant omnes turbas nec patiantur ullos motus concitari, dum Dr. J. Bergius orationem funebrem habiturus esset in templo arcis. So Martin Schookius in dem handschriftl. liber primus de vita et rebus gestis Friderici Guilelmi Electoris, ein weitläuftiges, nur hier und da lehrreiches Werk, das übrigens schon vor 1666 geschrieben worden ist.

Das Wesentliche war, die Strömung der Dinge hatte gewechselt, und man begann zu bemerken, daß die tiefste Ebbe vorüber und die Fluth eingetreten sei.

Waffenruhe in den Marken.

Wenigstens Preußen hatte jetzt der Kurfürst, und damit einen festen Punkt, für seine weitere Politik den Hebel zu stützen; Einkünfte von nicht unbedeutenden Betrag; er blieb noch Monate lang dort, um weiter Ordnung zu schaffen.

Was bisher in den Marken geschehen war, erschien kaum wie der Anfang eines Anfangs, wie der erste Schnitt in die tiefen, durch die verderblichste Politik vereiterten Wunden. Freilich die schwarzenbergische Wirthschaft war gesprengt, der tief eingenistete östreichische Einfluß durchschnitten, die militairische Anarchie gebrochen; aber damit war das Land militairisch ohnmächtiger als vorher. Wie mußte man sich krümmen und winden, um sich nur zu halten, wie wenig war man auch nur des nächsten Erfolges gewiß. Es war zu berechnen, daß, wenn sich augenblicklich die Schwedischen und Kaiserlichen die Wage hielten und damit die Ohnmacht der Marken gefahrlos war, der nächste Augenblick der einen oder andern Seite ein Uebergewicht geben könne, und was sollte dann werden?

Es gab nur eine Rettung. Es mußte die brandenburgische Kriegsmacht schleunigst reorganisirt und so erhöht werden, daß sie wenigstens eine gewisse Selbstständigkeit behaupten, wenigstens die wichtigsten Punkte des Landes decken konnte. Die Stände mußten die Einsicht haben, daß es jetzt einmal außerordentliche Anstrengungen zu machen gelte, um das Land vor den noch größeren Opfern zu sichern, die es den Kriegführenden gezwungen bringen mußte, wenn es wehrlos blieb.

Das war die Frage auf dem ständischen „Convent", der im

Herbst in Berlin gehalten wurde. Die Stände selbst hatten, als sie die Reduction forderten, die Beibehaltung von 16 Compagnien zu 150 Mann und von 300 Reitern vorgeschlagen. Jetzt erklärten sie, „mit Anziehung des großen Landverderbens", es könnten nur 2000 Mann und 125 Reiter erhalten werden. Für die Proviantirung der Festungen war seit Monaten wenig oder nichts mehr geleistet worden; vergebens wurde ihnen die daraus entstehende Gefahr, namentlich für Küstrin eindringlichst vorgestellt; und als den Befehlshabern der Festungen „in Rücksicht auf den traurigen Stand ihrer Garnisonen" gestattet wurde, die ihnen aus dem Vorjahre zustehenden Reste „aus den säumigen Kreisen zu exigiren", wurden die heftigsten Klagen, namentlich von den Herren aus der Neumark, die am wenigsten gelitten hatten, erhoben; die andern Stände stimmten ihnen bei, sie drohten, „wohl gar ein Gravamen daraus zu machen". Wohl genehmigten die Stände insgemein den Anschlag auf 101,939 Thaler „für Unterhalt und Kleidung der kurfürstlichen Soldatesca"; aber die Städte weigerten sich entschieden, nach der alten Quotisation von dieser Summe zwei Drittel zu übernehmen; sie sagten, „die von der Ritterschaft hätten sich meistentheils so weit befreit, daß sie von ihrem eigenen Drittel das Wenigste gäben, sie wälzten alle Last auf ihre und der kurfürstlichen Aemter Unterthanen; der Adel im Teltow und Havelland mit seinen Dörfern leiste in einem Jahr nicht so viel als das elend ausgebrannte Städtlein Mittenwalde, wo von 300 Bürgern nicht mehr 22 übrig seien, in einem Monat leisten müsse." Vor Allem erbittert waren sie, daß die Ritterschaft die Eröffnung des Landes zur Ausfuhr ihres Korns, Hopfens u. s. w. forderte und beifügte, es geschehe, damit des Kurfürsten Zolleinnahmen nicht geschmälert würden; „das sei nichts, die vom Adel würden sich ihrer Zollfreiheit schon zu bedienen wissen, sie dächten nur an ihren privaten Vortheil." [1])

1) „so und weilln wir nur pro patria de damno vitando, die Ritterschaft

Alles Bemühen, die Verhandlung in besseren Gang zu bringen, war vergeblich; ja demnächst erklärten die Stände: „wenn sie nicht von Haus und Hof wandern sollten, so müsse weiter reducirt werden; nicht mehr 16, nur 12 Compagnien könnten ferner erhalten werden, und auch diese zu erhalten falle dem Lande unerschwinglich schwer."[1]) Sie fügten Beschwerden über Burgsdorf hinzu, der, wie sie meinten, mehr Truppen halte, als er nach dem Anschlag dürfe; „sie seien der Hoffnung, der Kurfürst werde es nicht ungnädig vermerken und sein bis anhero hocherfreulich verspürtes Vertrauen und landesherrliche Affection gegen sie nicht schwächen noch fallen lassen, viel weniger andern Leuten, so mehr auf ihren eignen als den allgemeinen Nutzen und Frommen beflissen oder mit dem eines Humors und Schlages seien, der das Land mit schweren Rüstungen so unglücklich gemacht, Gehör geben und sich von ihnen verhetzen lassen".

So diese Stände Angesichts der handgreiflichsten Gefahr; die furchtbarsten Erfahrungen hatten sie nicht klüger gemacht; sie waren unverbesserlich.

Schon hatte sich die Kriegslage auf die bedrohlichste Weise geändert.

Die kaiserliche Politik hatte mit dem Schluß des Regensburger Tages einen großen Erfolg erreicht. Die sogenannte Amnestie, die erlassen war, gab ihr, „bis die wirkliche Vereinigung aller Stände mit dem Reichsoberhaupt erfolgt sei", freie Hand gegen diejenigen, die sich nicht fügten. Schon sprachen die kaiserlichen Heerführer davon, man müsse dem Brandenburger, der die Schwedenkönigin

---

aber de lucro privato captando sorgfältig ist, so haben wir desto mehr Ursach, wider solches und dergleichen der Ritterschaft suchen zu vigiliren." Erklärung der Städte, 1. Nov. 1641.

1) Sie berechneten ihre Leistungen auf das Jahr: für die Soldatesca 97,638 Thlr. und 308 Wispel 18 Scheffel Futterkorn (5467 Thlr. 12 Gr.), 16,000 Thlr. zu Bekleidung, 5000 Thlr. Legationsgelder, also 118,683 Thlr. baar. Eingabe der Stände vom 14. Jan. 1642.

heimzuführen, und so des Kaisers Rival zu werden gedenke, die Flügel beschneiden, damit er nicht zu hoch fliege.[1]) Des Kaisers Heere waren in Schlesien im Vorgehen, sie drangen zwischen Weser und Elbe immer weiter vor; so bedrohlich wurde ihr Uebergewicht in Norddeutschland, daß die Krone Dänemark ernstliche Rüstungen machte, ein Heer vor Hamburg zusammenzog; „denn der Dänenkönig will ein König in Niedersachsen sein ohne Absehn auf den Kaiser".[2])

Aber im October kam Leonhard Torstenson, den Befehl über das schwedische Heer zu übernehmen, er brachte frische Truppen mit; während in Hamburg die Präliminarien, die die Eröffnung des Friedenscongresses in Osnabrück und Münster auf den 25. März 1642 bestimmten, zum Schluß kamen, begann Torstenson behutsam seine Bewegungen, zunächst die Pässe der untern Elbe zu sichern und sich durch die Mark hin mit dem schwer bedrängten Stalhandsch in Niederschlesien in Verbindung zu setzen.

Die Ratification des Stockholmer Vertrages hatte im October ausgewechselt werden sollen; erst im November — nachdem die Dinge in Preußen etwas geordnet waren — erinnerte der Kurfürst an die noch nöthige Schlußhandlung, und wieder schoben die Schweden den Termin auf den Ausgang des December hinaus. Der Kurfürst sandte Leuchtmar und den neumärkischen Kanzler vom Borne nach Stettin, wo Johann Oxenstjerna, des Kanzlers Sohn, als Legat eintreffen sollte. Von beiden Seiten gab es neue Zögerungen; endlich im Februar 1642 kam es zu den ersten Besprechungen.

Sofort trat hervor, daß die Schweden „die bereits behandelten Conditionen nur zu ihrem Vortheil wenden", daß sie „freie Hand

1) Ich gebe diese Worte nach Pufendorf I. 16; ich habe das Schreiben, aus dem er sie entnommen, nicht in Händen gehabt.

2) Schreiben des kaiserlichen Gesandten in Hamburg, Reichshofrath von Lützow, an Erzherzog Leopold Wilhelm, Hamburg 2. Oct. 1641.

behalten wollten, das Land nach ihrem Gefallen zu verderben".[1]) Sie hatten es übel vermerkt, wie lebhaft sich gegen Leuchtmar, der aus Preußen über Stolpe und Cöslin gekommen war, überall die Stimmung für Brandenburg ausgesprochen, ja wie die Ritterschaft in Hinterpommern sich mit bestimmten Anträgen an den Gesandten ihres Erbherren gewendet und dessen landesherrlichen Schutz und Fürsprache angesprochen hatte.[2]) Sie wurden mit jedem Tag in ihren Forderungen härter, in ihren Verhandlungen zäher.

Schon im Februar waren die feindlichen Armeen in die Altmark eingerückt und sogen sie auf das Furchtbarste aus; dann hatten die Kaiserlichen nach einem vergeblichen Versuch, nach Mecklenburg durchzubrechen, sich über die Zauche und den Teltow verbreitet; Ende März warf sich Torstenson, den Feind mit einem Scheinmarsch nach Westen täuschend, plötzlich in die entgegengesetzte Richtung, eilte bei Werben über die Elbe, drängte die Kaiserlichen auf Dessau zurück, ging nach Schlesien, sich mit Stalhandsch zu vereinigen. Es war für den Kaiser die schlimmste Wendung, die der Krieg nehmen konnte; sie verlegte die Entscheidung in seine eignen Lande, während sich am Rhein Frankreich mit erneutem Eifer erhob; von der allgemeinen Friedenshandlung, die eben jetzt hatte beginnen sollen, war nicht mehr die Rede. Der Kaiser hatte, um nur die Welfen von Schweden abzuziehen, ihnen die Neutralität gewährt, die sie für ihre Lande forderten; ja selbst für die brandenburgischen Rheinlande wurde man am Kaiserhofe nachsichtiger.

Die staatische Execution war glücklich beseitigt; es war ein Vertrag zu Stande gebracht, nach dem die Hofisersche Schuld mit

---

1) Schreiben des Kanzlers vom Borne. Küstrin 11. April 1642.

2) Einiges aus den betreffenden Berichten Leuchtmars hat Orlich I. p. 81 abdrucken lassen. Ein Brief aus Stolpe, 15/25. Januar, schreibt von der „unermeßlichen Freude Pommerns"; er sagt: „also groß und sehnlich ist die Begierde einiger Fried und Sicherheit bringenden Erquickung."

jährlich 50,000 Thlrn. abgezahlt und als Pfand dafür den Staaten gewisse Zölle und Licenzen überlassen werden sollten.[1]) Der Kurfürst hatte beantragt, daß von den Kriegführenden die Neutralität jener Lande anerkannt werde, und am Kaiserhofe hatte man sich für dieselbe erklärt unter der Bedingung, daß Seitens der Landgräfin Lippstadt und Calcar geräumt würden. Vor Allem, mußte Leuchtmar in Stettin erklären, sei dem Kurfürsten an der geschwinden Festsetzung der clevischen Neutralität gelegen, und es sei kein Zweifel, daß das Werk gelingen werde, wenn die Krone bei der Landgräfin einige Beförderung thun wolle; der Kurfürst habe durch Eröffnung des Waffenstillstandes, durch Abdankung seines Kriegsvolkes, durch andere Thatsachen genugsam erwiesen, wie hoch ihm an der Wiederaufrichtung der Freundschaft mit der ihm so nah verwandten Königin gelegen sei.

Vergebliche Hoffnung! Als ein märkischer Edelmann gegen Liliehöck seine Freude über den bevorstehenden Abschluß äußerte, da der Kurfürst und sein Land sich dann etwas erholen würde, hatte der Schwede geantwortet: „Ah, den Kurfürsten muß man nicht lassen aufkommen". Nicht bloß, daß für Torstenson das Meisterthum des Johanniterordens, für Stalhandsch und andre Generale Comthureien desselben ohne Weiteres in Besitz genommen wurden; man erfuhr, daß bei der Krone „Erinnerung gethan werde, die Altmark nicht

1) Ueber diesen Abschluß liegt mir ein Bericht Heimbachs vom 2. August 1641 vor. In Rücksicht auf die Malversationen Schwarzenbergs, über welche die märkisch-clevische Landschaft einen „articulirten Bericht" im Herbst 1641 einsandte (84 Artikel), wurde bei seinem Tode seitens der clevischen Regierung auf seine Herrschaften „im Niederland" Beschlag gelegt, und der kurfürstliche Landrentmeister Lucas von Blaspiel verarrestirt. Dieß ergiebt sich aus der anziehenden Correspondenz des jungen Grafen mit seinem Rath und Oberamtmann Johann von Herding, Propst zu Soest und Kaiserswerth. Ein Schreiben von Johann von Broel gen. Plater (Emmerich, 27. Juni 1641) spricht davon, wie der selige Kurfürst von dem Grafen „hinters Licht geführt worden".

wieder in des Kurfürsten Hände kommen zu lassen, sondern daselbst ein absonderliches königliches Regiment zu errichten.[1])

Nur mit schleunigem Abschluß hätte man den immer weiter greifenden Forderungen begegnen können; man hätte die 100,000 Thlr. und 20,000 Scheffel Korn jährlich für die Besatzungen von Frankfurt, Driesen, Landsberg und Crossen bewilligen, sie in der gesetzten Frist von vier Wochen bewilligen müssen. Aber wie hätten die Herren Stände, die die zur Vertheidigung des Landes nöthigen Mittel aufzubringen für unmöglich erklärt hatten, sich entschließen können, das zur Befriedigung der Schweden Erforderliche noch dazu zu bewilligen; sie versuchten, ob es nicht mit einem Viertel, mit der Hälfte genug sei.

„Mit Bestürzung“, schreiben die Gesandten aus Stettin 12. Mai, „vernehmen wir, daß die Stände sich so gar schwierig und desperat erwiesen und daneben den Gedanken ergriffen haben, als ob das Werk in solchem Stande wäre, daß wir die Summe auf die Hälfte zurückhandeln könnten“. Sie fügen hinzu, „die Stände möchten immerhin so verfahren, wann sie es mit ihrer gnädigsten Landesherrschaft zu thun hätten; hier handle man mit solchen, die das Recht des Schwertes brauchten, und sich um alle Verfassung weniger denn nichts kümmerten“.

Vergebens bemühte sich Markgraf Ernst bei den Ständen auf das Aeußerste; die Stände erklärten (6. Mai), daß die Altmark nicht zur Stelle, ja vielleicht gar nicht geladen sei, erwecke die übelsten Gedanken: „was helfen uns unsre Privilegien, was helfen uns die Urkunden und Documente, welche unsre Vorfahren mit so großer Mühe erworben, wenn die Lande zerstückt werden; und werden nicht die Kaiserlichen sich andere Stücke des Landes nehmen und sie

1) Aus Leuchtmars Bericht, Stettin 18/28. Mai 1641.

zum Ersatz der Kriegskosten, anderweite Prätensionen zu schweigen, sich für immer aneignen?"

Und zugleich brach der alte Hader der Städte und des Adels mit neuer Heftigkeit aus; die Städte erklärten, um keinen Preis würden sie die ihnen zugemutheten zwei Drittel zahlen; auf die Kriegsleistungen habe diese Theilung erst Schwarzenberg 1638, ohne auf die Einrede der Städte zu achten, willkürlich angewandt, während sonst bei Türkensteuer und ähnlichen Leistungen zu halb und halb gezahlt sei. Sie sagten: „der Adel müßte, wenn es nicht zum Waffenstillstand komme, seinen pflichtschuldigen Dienst mit 1500 Lehnspferden leisten; würden ja doch bei jedem Verkauf adliger Güter eben darauf 1000 Thlr. für das Lehnspferd gerechnet; zahle nun der Adel für jedes Lehnpferd auf das Jahr die Zinsen dieser Summe (60 Thlr.) so gebe das 90,000 Thlr. und damit erst sei die Gleichheit der Lasten hergestellt; das sei die wahre Landsünde, daß die vom Adel sich gegen ihre blutarmen Nächsten in den Städten solche Ungerechtigkeit und Unterdrückung ungestraft erlauben dürften".[1])

Wie zu irgend einem Schluß kommen? Schon forderten die Schweden den Wiederaufbau der Werbener Schanze; sie erklärten, nach dem Stockholmer Vertrage, der den Handel frei gebe, müßten alle während des Krieges entstandenen Zölle, ja müsse das Monopol des Salzhandels, das fälschlich als Regal bezeichnet werde, aufgegeben werden. Der Legat schien unerschöpflich in Forderungen. „Wir haben ihm endlich gesagt", schreibt Leuchtmar, „man scheine sich vorgenommen zu haben, den Kurfürsten zu drücken, ihm alles aus der Hand zu reißen, ihn in Verachtung zu bringen"[2]). Vorne

1) Erklärung der Städte vom 17. Mai 1642.

2) „Sollte man dafür halten, daß S. kf. D. aus Furcht oder Kleinmuth zu diesem Waffenstillstand geschritten wären, und daß sie deshalb Alles über sich würden gehen lassen, so wäre es gewiß ein sehr großer Irrthum. Gott der Allmächtige hätte sie mit einem so herzhaften Gemüth begabt und armirt, daß

reiste ab, ohne Abschied zu nehmen, zu nicht geringer Ueberraschung des Legaten; auf seinen Wunsch, daß wenigstens ein Termin zur Wiederaufnahme der Verhandlungen verabredet werde, erklärte Leuchtmar: sie müßten bis zur Ankunft des Kurfürsten in der Mark ausgesetzt bleiben, über die noch nichts bestimmt werden könne. Und wieder äußerte sich der Legat auf Leuchtmars Wunsch, daß bis dahin die Feindseligkeiten ausgesetzt bleiben möchten, „kaltsinnig" und in allgemeinen Vertröstungen. Auch Leuchtmar verließ (20. Mai) Stettin ohne irgend einen Abschluß.

Die Stettiner Verhandlungen hatten, wenn kein anderes Ergebniß, so doch das, völlig klar gemacht zu haben, wie sich Schweden zu Brandenburg in Wahrheit verhalte. Die schwedische Politik, die immer noch Vielen auch in der Mark als die der guten Sache und des Evangeliums erschien und sich selbst gern als solche bezeichnete, hatte sich in ihrer ganzen herrischen Selbstsucht, in ihrem Siegesübermuth gezeigt; sie hatte mit nackten Worten das jus gladii geltend gemacht, sie hatte ihr Gewaltrecht in Betreff der Altmark, der Ordensgüter in Wirkung zu setzen begonnen. Ebenso bestimmt wurde brandenburgischer Seits der Standpunkt des Rechts festgehalten; noch am Schluß der Verhandlungen hatte der Kurfürst erklären lassen, daß er Pommern „noch auf zwei Jahre abtreten und die Krone damit schalten und walten lassen wolle"; auf das Bestimmteste wies er jede Zumuthung zurück, die seine landesherrlichen Befugnisse in den Marken[1]) beeinträchtigen, oder dies „vornehme Glied des Reiches" in seiner Integrität verletzen könne; er bezeichnete scharf die Linie, die ihn von der östreichischen Politik und dem System des Prager Friedens trennte, aber eben damit, so war

---

jetziger Zeit unter den Prinzen wenige oder keine seien, so es ihnen darin vorthun möchten." So Leuchtmar im März (Relation vom 19/29. März) 1642.

[1]) In jurisdictione civili et oeconomia lautet die oft wiederkehrende Bezeichnung.

sein Anspruch, habe für Schweden das Kriegsrecht gegen ihn und seine Lande aufgehört, und es könne sich nur um das Quantum der Leistungen handeln, welche das Land für die Garnisonen zu machen habe, welche die nicht mehr feindliche Schwedenmacht bei noch währendem Kriege mit dem Kaiser in einigen märkischen Plätzen zu halten veranlaßt sei.

Mehr als einmal hatte man in den Stettiner Verhandlungen bemerken können, „daß die Ministri mit ihren Principalen nicht allemal gleich gesinnt seien". Auch aus Hamburg erfuhr man von der Spannung zwischen Adler Salvius und dem alten Kanzler; in der Regentschaft in Schweden wuchs, je näher die junge Königin dem Alter der Mündigkeit kam, die Rivalität ihrer Mitglieder. Schon wurden die Oxenstjernas verdächtigt, die Hand der Königin einem der Ihrigen gewinnen zu wollen; sie selber schien um so mehr die de la Gardies zu begünstigen; die Brahes galten dafür, beiden feind zu sein u. s. w. Aber einig waren diese großen Familien in den aristokratischen Tendenzen, in der immer weiter greifenden Zersplitterung der Krongüter, in der immer dreisteren Ausbildung der gutsherrlichen Gewalt, in der Schmälerung und Lähmung des politischen Rechts der unteren Stände. Unter dem Namen und Schein der Monarchie war das oligarchische Regiment so gut wie fertig.

Der Kurfürst hatte an diesen Dingen ein doppeltes Interesse. Es war nicht eben zur Ehre der Regentschaft und der jungen Königin, daß deren Mutter immer noch am dänischen Hofe und von dänischem Gelde lebte; sie war von jener Oligarchie zurückgesetzt worden, weil sie nicht gut schwedisch, weil sie zu brandenburgisch gesinnt sei; der Kurfürst hielt sich verpflichtet, für seines Vaters Schwester vermittelnd einzutreten. Und wenn es sich um die Hand Christinens handelte, so hatte der unzweifelhafte Wille des großen

Königs darüber eine Verfügung getroffen, die dem Kurfürsten ein Recht vor andern gab.

Er beschloß eine Gesandtschaft nach Stockholm zu senden, die mit diesen beiden Fragen zugleich die des Waffenstillstands behandeln sollte; er beauftragte neben Leuchtmar den Kanzler Götze, der einst die vertraulichen Verhandlungen über jenes Verlöbniß geführt hatte. Er gab ihnen zugleich auf, dem französischen Residenten in Stockholm in aller Weise zuvorkommend zu sein.[1] Geflissentlich wurde diese Gesandtschaft mit einem gewissen Glanz ausgestattet, mit einer gewissen Ostentation abgeschickt.

Es war bezeichnend genug, daß, als die Gesandten nach Schweden kamen, die junge Königin veranlaßt wurde, in die Provinzen zu reisen. Allerdings wurde die Vermittelung in Betracht der Königin Wittwe gern angenommen, und trotz der dänischen Gegenbemühungen kam es zu einem Abkommen, nach dem sie fortan in Preußen ihre Residenz nehmen und dort, so lange die Regentschaft währen würde, bleiben sollte. Aber in Sachen des Waffenstillstandes zeigten sich die schwedischen Herren nichts weniger als günstig; sie forderten jetzt nicht 100,000, sondern 120,000 Thlr. Contribution außer den 20,000 Scheffeln; sie hoben hervor, daß der Handel auf der Oder zu großer Beschwerde Stettins bedrückt werde; sie erklärten, daß diese und ähnliche Dinge abzustellen die Verhandlungen in Pommern fortgesetzt werden müßten.

Die Sendung nach Stockholm hatte in den weitesten Kreisen Aufsehen gemacht. Allerdings war sie im Wesentlichen mißlungen. Aber der Kurfürst, so wurde gesagt, sei im hohen Maaße mit dem Ergebniß zufrieden; also, schloß man, werden die Verhandlungen am schwedischen Hofe ein Ergebniß gehabt haben, das man schwedischer Seits mit dem officiellen Schein des Mißlingens verdecken

1) Instruction vom 17. Juli 1642. Die Gesandten erhalten zugleich Creditive an die Königin, an die Regentschaft, an den König von Dänemark.

will. Man glaubte nicht anders, als daß die Frage der Vermählung entschieden sei; man hatte Anlaß, sich das ganze Gewicht der nun, so schien es, ganz nahen Vereinigung Schwedens mit Brandenburg zu vergegenwärtigen.

Dänemark und Polen näherten sich; am polnischen Reichstag wurde die Frage, was bei einem so hochbedenklichen Ereigniß zu thun sei, verhandelt[1]); der polnische König ließ in den stärksten Ausdrücken Protest dagegen einlegen, daß sein Vasall und Lehnsmann nach einer Krone trachte, auf die er selbst so großes, ja das ausschließliche Recht habe; er verpflichtete die Regimentsräthe in Preußen bei den Eiden, mit denen sie ihm verwandt seien, darauf zu achten, ob der Kurfürst in dieser Sache vorgehe, und sofort Anzeige davon in Warschau zu machen.

Und mit nicht minderer Sorge sah der Kaiser und die Krone Spanien die nahe Möglichkeit einer Verbindung, welche alle bisherigen Machtverhältnisse Europas aus den Fugen zu drängen drohte.[2]) Selbst in den Niederlanden begann man besorgt zu werden; der Handel und damit die Macht der Republik war gefährdet, wenn ein schwedisch-brandenburgisches Reich entstand, das die baltische Politik ohne weiteres beherrscht haben würde. Zwischen dem Prinzen von Oranien und dem Könige von England wurde über eben diese Frage verhandelt; „und ich denke", sagte König Karl I. „er muß sich mit einer Verwandten des Kaisers vermählen, um so mit diesem zu irgend einer Verständigung zu gelangen, ich sehe sonst keine Rettung für ihn." [3])

1) Art. IX. der Proposition: Quod princeps feudatarius connubium agitet in domo inimica. Pufendorf de reb. Suec. XV. 75.

2) Nach Pöllnitz, Mem. I. p. 30, soll dem Kurfürsten durch den König von Polen die Hand der Erzherzogin Maria Anna, Tochter des Kaisers, angeboten worden sein, die 1634 geboren war.

3) Bericht des Herrn van Heenvliet an den Prinzen von Oranien, 29. Jan. 1642. Groen v. Prinsterer Arch. II. p. 6.

Dem jungen Kurfürsten konnte es nur erwünscht sein, wenn die Höfe Europas mit Spannung erwarteten, was er thun oder nicht thun werde. Und wenn seine Räthe vor den Drohungen Polens, vor der Ungnade des Kaisers besorgt zu werden begannen, wenn die Regimentsräthe in Preußen ihn beschworen, die schwedische Heirath aufzugeben und die Polen durch bindende Erklärungen zu begütigen, so willfahrte er ihnen insoweit, daß er den polnischen Gesandten von der Grundlosigkeit der Gerüchte, denen man in Warschau Glauben geschenkt, überzeugte. Daß er nichts destoweniger die angeknüpften Verhandlungen fortsetzte, versteht sich von selbst; die Uebersiedelung der Königin Wittwe nach Preußen gab ihm eine neue Handhabe gegen diejenige Parthei in Schweden, die ihm nicht bloß die Hand Christinens, sondern auch Pommern durchaus vorenthalten wollte. Aber zugleich ließ er es geschehen, daß von Vertrauten andere Heirathspläne in Paris, im Haag angeregt wurden, Pläne, deren jeder ihm weitere und erwünschte Beziehungen erschloß und die verschiedensten Interessen veranlaßte, den seinigen Rücksicht zu schenken.

Während er so behutsam, in kleinen Schritten vorgehend, nach allen Seiten hin sich deckend, nur erst ein wenig mehr Raum, ein paar weitere Beziehungen zu gewinnen suchte, traten in den großen politischen Verhältnissen Wechsel unerhörter Art ein. Wie in keinem früheren Stadium des Krieges schwankte die Wage des Glücks; und in diesem Schwanken wurde das Gewicht Brandenburgs, so klein es war, entscheidend.

Torstensons Einfall nach Mähren im Sommer 1642 hatte am Kaiserhofe sehr ernste Sorgen gemacht; es war der Weg gerade auf Wien, auf den der kühne Schwede vordrang. Man versuchte ihn durch eine drohende Bewegung in seiner Flanke abzuziehen; mit dem glänzenden Siege bei Leipzig (23. Oct.) warf er die Kaiserlichen; es folgte ein zweiter furchtbarerer Einbruch über Böhmen

und Schlesien nach Mähren. Schon regte sich auch Fürst Rakoczy von Siebenbürgen; es hieß, daß er sich mit den Schweden vor Wien zu vereinigen gedenke.

Die kaiserliche Macht war in größter Gefahr, wenn es ihr nicht gelang, Schweden durch eine große Diversion abzuziehen. Man wandte sich an Dänemark; mit großen Zusicherungen, die das Bisthum Bremen, die Elbfeste Dömitz und einige mecklenburgische Aemter betrafen, ließ sich König Christian gewinnen; auch Polen, auch der Großfürst von Moskau wurde bearbeitet und gewonnen.[1]) Wenn Schweden an der Newa und Düna, von Schonen und Holstein aus zugleich angegriffen wurde, so mochte es sehen, wie es sich wehrte. Der so eben erfolgte Tod Richelieus schien auch Frankreich zu lähmen; Baiern machte neue großartige Rüstungen; noch vor dem Frühjahr war Guébriant aus Schwaben bis an den Rhein zurückgeworfen. Mit neuen Hoffnungen begann man den Feldzug von 1643; man meinte in Wien, Torstenson werde demnächst in Mähren sein Nördlingen finden.

Friedrich Wilhelm war im Anfang des Jahres nach den Marken gekommen, vielleicht jene schweren Wetter voraussehend, die über den Norden heraufzogen; und Markgraf Ernst war im Herbst gestorben, der einzige, dem er die Leitung des Landes auch in den schwierigsten Lagen mit Vertrauen überlassen hätte. Er nahm sofort die Verhandlungen wegen des Waffenstillstandes mit Schweden wieder auf; er ließ Bevollmächtigte der Stände mit nach Stettin gehen, wegen der vom Lande geforderten Leistungen das Nöthige sogleich zu veranlassen[2]); „das ganze Moment, sagte er, beruht auf dem Quantum an Geld und Getreide, das Schweden fordert.“ Aber

1) Ueber diese Dinge, die Pufendorf (de bell. Suec) im Wesentlichen treffend schildert, lagen mir einige Papiere vór, welche er nicht gekannt hat; ich darf hier bei denselben nicht verweilen.

2) Memorial der Ritterschaft und Städte für ihre in Stettin anwesenden Commissarien, 17. April 1643.

auf das Hartnäckigste bestanden die Schweden auf diejenigen Punkte, die er abgewiesen hatte, namentlich, daß er die Werbener Schanze wieder baue und ihnen einräume; „noch sei Dömitz in Feindeshand, vielleicht bald den Dänen übergeben, die bis dahinauf die Elbe beherrschend die schwedische Macht völlig lähmen würden, wenn sie nicht in Werben ein Bollwerk habe."

Wie hätte der Kurfürst nachgeben, wie den Schweden eine Position zur Verfügung stellen sollen, mit der sie ihm, Elbe und Havel beherrschend, den Fuß wie auf den Nacken setzten: „er habe des Kaisers und des ganzen Reiches höchste Indignation zu fürchten, wenn er es thue; man werde ihn als Reichsrebellen ächten und seiner Lande und Leute verlustig erklären; wenn in der Königin noch ein Blutstropfen der verwandten Art sei, so möge sie nicht fordern, was ihn zum Exulanten, wie es anderen widerfahren, machen und langsam, wenn je wieder, zu dem Seinen kommen lassen werde." [1])

Schon hatten die Dänen schwedische Schiffe im Sund aufgebracht, hatten ein Zollschiff vor die Insel Ruden gelegt; sie verfuhren, als seien sie die Herren im baltischen Meere. Die Sendung des jetzt dänischen Generals Baudiß nach Danzig zeigte, daß auch Polen sich erheben werde. In aller Stille wurde auch um den Kurfürsten geworben; der König, sagten die dänischen Gesandten, werde nie dulden, daß Pommern an Schweden komme, er sei entschlossen, seine Krone daran zu wagen, damit der Kurfürst zu seinem rechten Besitz gelange. [2])

Natürlich nicht auf diese Erbietungen ließ sich Friedrich Wilhelm ein. Aber er instruirte jetzt seine Gesandten in Stettin, wie

---

1) Schreiben des Kurfürsten an Leuchtmar, 26. April.

2) Ich folge hier den Angaben Pufendorfs de rebus Suec. XV. 75—85 und den weniger eingehenden von Chemnitz IV. 3. p. 53. Acten über diese dänisch-brandenburgische Verhandlung haben mir nicht vorgelegen.

in dem Quantum, so in Betreff Werbens nachzugeben. Und die Schweden gestanden ihm gern dafür zu, daß die Lande „frei und in seiner Disposition" bleiben, daß dieser Vertrag sofort in Geltung treten, weitere Besserung vorbehalten bleiben sollte.[1])

Die Schweden konnten sich über die Absicht des Kurfürsten nicht täuschen; er werde, sagten sie, die Ratifikation auf die lange Bank spielen, er wolle nur freie Hand behalten, um gelegentlich abspringen und dem Kaiser sagen zu können, daß es zum Schluß mit Schweden nie gekommen sei.[2]) Wenn sie trotzdem den Vertrag vom 28. Mai so schlossen, wie sie ihn schlossen, so hatten sie ihre guten Gründe dafür. Sie hatten beschlossen, gegen Dänemark, bevor dessen Rüstungen und die nordische Coalition fertig sei, den Krieg zu erklären, mit dem Angriffe zuvorzukommen; sie waren zufrieden, sich wenigstens die Neutralität der Marken zu sichern; sie ließen durch eine vertrauliche Mission dem Kurfürsten weitere Erbietungen machen, selbst in Betreff Pommerns, in Betreff der Vermählung Aussichten eröffnen.[3]) Denn schon brach kaiserliches Volk unter Krockow aus Schlesien auf, ging durch polnisches Gebiet, über die Warthe von Osten her in Pommern einzudringen, erreichte Ende August Cöslin und Belgard. Dann im Spätherbst, als Torstenson plötzlich aus Mähren aufbrach, um gegen die Dänen zu ziehen, wurden auch Crossen und Frankfurt von den Schweden geräumt und dem

1) Instruction für Leuchtmar und Götze, 7. April und 26. April 1643.

2) So äußerte sich der Legat Johann Oxenstjerna gegen Hempo von Knesebeck nach dessen Bericht vom 14. Aug. 1643.

3) Diese Verhandlungen, die erst Baron von Effern, dann Transehe von Roseneck führte, enthielten doch viel mehr, als Pufendorf auch in der schwedischen Geschichte (XV. 36. 85), und Chemnitz (IV. 3. p. 94) erkennen läßt. Die „bewußte Sache", die in den betreffenden Schreiben vom 22. Juni 1643 an mehrfach erwähnt wird, ist eben die Hand der Königin. In mehreren Schreiben, u. a. am 24. Sept., empfiehlt der Kurfürst den Herren der schwedischen Regentschaft die Förderung der Sache, die er durch der Königin Secretär Baron von Effern vor Kurzem habe eröffnen lassen, und mit Fortführung dieser Sache habe er den Roseneck, der diese Schreiben überbringt, betraut.

Kurfürsten zurückgegeben, damit er sie mit seinen Truppen sicher stelle[1]); wie hätte Schweden jetzt noch auf den Wiederbau der Werbener Schanze bestehen können?

Mit jenem Vertrage vom 28. Mai war für die Marken das Wichtigste erreicht. Die Schweden verzichteten darauf, in diesen Landen nach dem Recht des Krieges zu verfahren; sie gaben sie völlig und in ihrem ganzen Umfange der landesherrlichen Regierung und Jurisdiction zurück; selbst in den von ihnen noch besetzten Plätzen Landsberg, Driesen und Gardelegen, und in den Ordensgütern, „so von etlichen schwedischen Ministern possedirt werden", hatte der Kurfürst selbst die Hoheit zu exercieren. Mochten noch schwedische Durchzüge erfolgen, sie durften nicht mehr wie durch Feindes Land geschehen; vertragsmäßig hatte das Land die hergestellte Herrschaft des Gesetzes und der bürgerlichen Ordnung.

Es hatte die größte Mühe gekostet, die Sache auch bei den Ständen durchzubringen; nur durch energische Einwirkung des Kurfürsten selbst und durch anderweitige Zugeständnisse, die er der Ritterschaft machte, war eine Verständigung über die Quotisation zu Stande gekommen. Nun übernahmen die Stände die Leistung des von Schweden Geforderten; sie verstanden sich dazu, überdies für das nächste Jahr 115,000 Thlr. für die kurfürstlichen Truppen, 10,000 Thlr. zu Legationskosten zu zahlen. Indem der Kurfürst die beiden Kreise Beeskow und Storkow, „als nicht zu den Marken gehörende Provinzien" sich zu besonderer Contribution vorbehielt, wurde es möglich, die Zahl der Truppen weiter zu erhöhen.

Mochten dann auch die Kaiserlichen den Schweden nachziehend, in der Altmark auf das Uebelste hausen, mochte Gallas mit Feuer und Schwert drohen, wenn Brandenburg sich nicht gegen den ge-

---

1) Der Vertrag wird seit dem Februar 1644 verhandelt und kommt 5/15. Juni zum Abschluß zwischen Lilieström und „Gerhard Rumelian von Kalchheim genannt Leuchtmar", wie seine Unterschrift lautet.

meinsamen Feind wende, er mußte weiter nach dem Norden, wo bereits die Dänen in schwersten Bedrängnissen des Retters harrten; und wenige Wochen später war er, von dem siegreichen Torstenson umgangen, auf fluchtähnlichem Rückmarsch, und dankte Gott, daß er unter den Wällen von Magdeburg wenigstens eine kurze Rast gewann, die dann freilich mit neuer Flucht endete.

So war, während noch ringsher der Krieg in ungeheuern Wogen brandete, hier in den Marken die zerstörende Fluth wenigstens zum Stehen gebracht; und mit der Ruhe, mit der Zuversicht geschützt zu sein, begann Stadt und Land aus der Erstarrung zu erwachen.

Der Kurfürst hatte schon von Preußen aus Commissare umhergesandt, den Zustand des Landes zu untersuchen.[1]) Wie furchtbar verwüstet und versunken war Alles: „die Aecker sind Wald geworden", sagt ein Bericht, „von den 2245 Hufen, die der Kurfürst in Niederbarnim hat, genießt er das Geringste nicht", sagt ein andrer. Aber schon 1645 war erkennbar, daß das Land sich aufnehme.[2])

Leider ist von denjenigen Acten, die über die große und wahrhaft landsväterliche Thätigkeit des Kurfürsten Aufschluß geben müßten, aus dieser Zeit so gut wie nichts erhalten. Das Einzelne, was vorliegt, ist wenigstens bezeichnend; so, daß er, aus Preußen kommend, mehrere hundert Lasten Getreide mitbrachte „zur Aussaat"; daß er die wüsten Hufen, die verlassenen Dörfer wieder zu besetzen, sofort Colonisten ins Land lud, daß er den alten Plan, Spree und

1) So nach einer Angabe Orlichs I. p. 97; ich habe bisher auch in den märkischen Amtsacten, die ich zu sehen Gelegenheit gehabt, nichts Näheres über diese Commissarien gefunden.

2) Torstenson sagt 1645, 14. Jan., von des Kurfürsten Land und Unterthanen: Sintemal selbige in gutem Zustand, also das nicht allein die alten Inwohner zu dem Ihrigen sich wieder gefunden, sicher wohnen, den ackerbau, handel und wandel ungehindert fortsetzen, sondern auch andrer herrschaften unterthanen sich unter des Churfürsten Schutz begeben und gleich den Seinigen, dessen Lande zum besten und mehreren Aufnehmen, ihre Nahrung treiben thun. Chemnitz IV. 5. p. 32.

Oder durch einen Canal bei Mülrose zu verbinden, (1647) wieder aufnahm.[1]) Ja schon dachte er an überseeischen Handel; bis Indien hin schweiften seine Gedanken, er unterhandele schon 1647 mit dem holländischen Admiral Lieres und einigen Amsterdamer Kaufleuten über die Gründung einer ostindischen Compagnie. Es mußte doch endlich mit dem Frieden Pommern in seine Hand kommen; an den Besitz Stettins und der Odermündungen knüpfte er die größten Entwürfe.

Die Politik des Friedens.

Bis jetzt war so gut wie nichts für die rheinischen Lande geschehen; ihre Lage war auf das Aeußerste verworren.

Der Provisionalvertrag von 1629 hatte eine für Brandenburg höchst ungünstige Theilung geschaffen, und die Sorglosigkeit, mit der man dem Pfalzgrafen gestattete, seine Ausführung zu verzögern, hatte die Interessen Brandenburgs nur noch mehr beeinträchtigt. Zwischen beiden Fürsten standen die Stände der gesammten Lande, nicht ohne den Anspruch, über ihnen zu stehen. Bald insgemein und Namens der Union, bald die der einzelnen Landschaften für sich unterhandelten sie am Hofe zu Wien, bei den Generalstaaten, mit den Feldherren der in ihrem Bereich kommenden Heere.

Allerdings gab es eine kurfürstliche Regierung in Cleve; aber sie hatte wenig zu regieren, und was vom Lande einkam, reichte kaum hin, sie zu erhalten. Von den clevischen Plätzen waren die meisten von den Truppen der Staaten besetzt, die, im Kriege mit Spanien, dem Reich gegenüber sich neutral hielten. Die Spanier hatten alle Festungen der jülichschen Lande inne; ihnen gegenüber bis Goch und Kalkar hinab, hatten sich seit lange die Truppen der

1) Eine archivalische Notiz vom 11. Febr. 1648 erwähnt, daß Conrad von Burgsdorf gegen den Canal u. a. eingewendet habe, Schweden werde es nie zugeben, daß S. Kf. D. die Oder in die Spree führe.



Landgräfin festgesetzt, stark genug, um die Verbindung der Spanier mit den Kaiserlichen in Hamm und Dortmund zu hindern. Und die Herren Stände sahen diese fremden Besatzungen in den Festen des Landes nicht ungern; um so mehr war ihre Libertät gegen die „possidirenden Herren" geschützt.

Verhältnisse, die dem Kurfürsten nach seiner Art unerträglich erscheinen mußten. Da brachten ihm die nordischen Verwickelungen, die 1643 eintraten, auch hier eine glückliche Wendung. Um die kaiserlichen Truppen möglichst weit hinwegzuziehen, warfen sich die Franzosen mit ganzer Macht auf den Oberrhein, während die Landgräfin vom Main her ihren Angriff unterstützen sollte. Zu dem Zweck schien es wünschenswerth, einen Theil der hessischen Truppen aus dem Clevischen herauszuziehen, und die Landgräfin erbot sich, Kalkar und Goch dem Kurfürsten zu übergeben und die Neutralität Cleves anzuerkennen, mit der Bedingung, daß die Kaiserlichen ihrerseits ihm Hamm überließen. Zugleich hatten die Staaten es übernommen, die spanische Kriegsmacht in den Niederlanden zu beschäftigen; um sich mit möglichst starker Macht auf die untere Schelde werfen zu können, übergaben sie einige der von ihnen besetzten Plätze, namentlich Duisburg und Dinslaken, dem Kurfürsten. Er eilte, die nöthigen Truppen zu werben, um diese Festungen zu besetzen.[1])

Nächst dem Prinzen von Oranien hatte namentlich Frankreich diese Unterhandlungen unterstützt, während man in Wien alle Anträge des Kurfürsten in Betreff der rheinischen Lande zurückgewiesen, selbst die Anerkennung des factischen Besitzes der Lande verweigert hatte.[2]) Um so zuvorkommender war der französische Hof; man empfing dort den brandenburgischen Gesandten Winandt Rodt mit

1) Ueber diese holländischen Dinge (Pufendorf II. p. 49. 50) bieten die Acten noch eine Fülle von merkwürdigen Einzelnheiten, die ich übergehn muß.

2) Die jülich-clevische Stimme auf dem Deputationstag zu Frankfurt, die der Kurfürst führen wollte, blieb unvertreten.

großer Aufmerksamkeit; man legte es ihm nahe, daß man die Tochter des Herzogs von Orleans mit niemand lieber als dem Kurfürsten vermählen würde, man bat sich dessen Portrait aus. Man hörte mit lebhafter Theilnahme die Beschwerden über die abscheuliche Wirthschaft, welche die Commissarien und Obristen der Landgräfin im Clevischen geübt hatten, jener Herr von Krosigk, der für vier Tonnen Goldes Holz in den landesherrlichen Waldungen hatte schlagen lassen, jener Obrist Rabenhaupt, der des Kurfürsten Truppen, die in Xanten einrückten, überfallen, niedergemacht, die Stadt geplündert hatte; solche Verbrecher müßten, sagte Mazarin, dem Kurfürsten ausgeliefert, es müsse von der Landgräfin Genugthuung gegeben werden.[1]) Und wenigstens die Wirkung hatte die französische Verwendung, daß die Landgräfin Xanten wieder räumen ließ und die Neutralität des Clevischen jetzt auch ohne Rücksicht auf die Räumung Hamms zugestand.

Es war der Anfang, auch in den rheinischen Landen einen erträglichen Zustand zu schaffen. Ihn zu befestigen, bedurfte es vor Allem der Verständigung mit dem Pfalzgrafen, der zu erkennen begann, daß ihn die spanische Verbindung nicht mehr sicher stellte, und der, so papistisch er war, doch mit noch größerem Eifer und mit allen kleinen Künsten einer krämerhaften Oeconomie seine Einnahmen zu sichern und zu erhöhen beflissen war. Es wurden demnächst jene Verhandlungen eingeleitet, die endlich 1647 in dem Düsseldorfer Vertrage die Besitzverhältnisse bis auf Weiteres ordneten.

Wie gering waren Friedrich Wilhelms Anfänge gewesen! Jetzt mußte Freund und Feind erkennen, daß er doch etwas bedeute und daß er auf dem Wege sei, noch größere Bedeutung zu gewinnen.

Es ist bezeichnend, wenn in Folge jenes xantischen „Affronts“

1) Ich folge den Berichten von Winandt Rodt, die vom August 1643 bis zum Ausgang 1644 reichen. Namentlich die über seine Verhandlungen mit d'Avaux in Münster sind lehrreich.

einer seiner Gesandten schreibt: „jener Anlaß muß benutzt, es muß Himmel und Erde in Bewegung gesetzt werden, um zu zeigen, daß man sich nicht einen so edlen und hochherzigen Fürsten aussuchen soll, wenn man seinen Uebermuth üben will, einen Fürsten, den Gott dazu geschaffen hat, nichts zu leiden, ohne Rechenschaft dafür zu fordern." [1]) Und in Stockholm verbittet sich Leuchtmar gewisse Forderungen: „es würde meinen Herren ungeachtet machen, als wenn derselbe keinen herzhaften Muth und Verstand hätte, damit ihn doch Gott mildiglich zu seiner Unterthanen großen Freude gesegnet hat." [2]) So war jetzt der Ton der brandenburgischen Minister; es war derjenige, den der Kurfürst wünschte. In dem Stolz, ihm zu dienen, in der Achtsamkeit auch auf den leisesten Wink, auf die möglichen Intentionen des Herrn zeigte sich, mit welcher Ueberlegenheit er sie leitete, mit welcher Sicherheit er sie an seine Art gewöhnte. Und schwierig genug, nach seiner politischen Lage oft und plötzlich wechselnd war seine Politik; bald da vordringend, bald dort ein wenig weichend, dann einen Umweg suchend, um wieder vorzugehen, dann wieder zögernd, um endlich einen entscheidenden Moment zu benutzen, und sofort im Erfolg wieder behutsam und sich mäßigend; er selbst immer rastlos thätig, nach allen Seiten hin achtsam, stets am Steuer, ganz Nerv, ganz Initiative. In späteren Jahren nennt ihn ein englischer Bericht einen wetterfesten Steuermann; er war es schon jetzt und jeder fühlte, daß mit dem Lootsen an Bord das Schiff sichern Cours fahre.

Vor Allem er hatte die Gabe, seine Leute zu wählen, jedem die Stelle zu geben, für die er geeignet war. Auch die alten Räthe, die unter Schwarzenberg gearbeitet, die Löben, Fromhold,

1) .... que Dieu a fait naistre pour ne rien souffrir sans en tirer raison; celà augmentera l'opinion que toute la terre a consue de sa magnanimité et courage et donnera subject aux autres à songer à eux mesmes devant que de l'aller attaquer. Winandt Rodt an Leuchtmar, 28. Oct. 1644.

2) Schreiben aus Stettin, 18/28. Mai 1642.

Seidel, Striepe folgten gern und mit wachsendem Eifer der neuen Führung, die erst ihre ganze Tüchtigkeit zur Geltung kommen ließ;[1] sie arbeiteten Hand in Hand mit den alten Schwedenfreunden, den beiden Leuchtmar, dem feurigen Winterfeld, der nur zu bald starb, dem alten Kanzler Sigismund von Götze, der jetzt — unzählige Schriftstücke aus diesen Jahren sind von seiner Hand — in der Fülle glückender Arbeit sich zu verjüngen schien. Auch Conrad von Burgsdorf, der alte soldatische Intrigant, dessen Vergangenheit keinesweges vorwurfsfrei war, schien jetzt ein andrer und mitgehoben durch den jugendfrischen Zug, der von dem Fürsten ausging; und war er in seinem neuen Amt als Oberkammerherr mit ebenso viel Gewandtheit wie Selbstgefühl thätig und mit einiger Ostentation brandenburgisch, so sah es ihm Friedrich Wilhelm gern nach, wenn er sich als eine Art Mentor fühlte oder doch dafür gelten wollte.

Schon wurde ein Kreis jüngerer Männer herangezogen und in die großen Geschäfte eingeführt, Anfänge, wenn ich so sagen darf, einer neuen staatsmännischen Schule: Otto von Schwerin, der Pommer Ewald von Kleist, Fabian von Dohna, der Jurist Wesenbeck, der eine Zeit lang als Doppelsöldner gedient hatte. Es war nicht eine politische Doctrin, die sie verband, noch weniger persönliche Vertraulichkeit; es gab in diesen Kreisen Rivalitäten und Heftigkeiten in Fülle; aber sie alle hatten den einen gleichen Richtpunkt; sie wetteiferten in Hingebung an ihren Herren, der sie mit seiner Ruhmbegierde, seinem Feuer zu entzünden, ihnen das Selbstgefühl des Mitschaffens an einem großen und zukunftreichen Werk zu geben verstand.

Schon regte sich auch in weiteren Kreisen, in denen, wo bisher ausschließlich das eigenste Interesse und der neidische Eigen-

1) So schreibt Burgsdorf dem Kurfürsten über den Kriegsrath Marwitz, 12. April 1641: „Welcher ein ehrlicher, begüterter Mann ist, der obgleich derselbe bei Lebzeiten des Herrn Meister furchtsam gewesen, wiewohl ich weiß, daß er sich ihm in unterschiedlichen, unbilligen Dinge opponirt, so hat der Graf wohl andern vornehmen Räthen Furcht eingejagt."

wille geherrscht hatte, ein neuer Geist. Wenn Prälat und Ritterschaft der Marken in Betreff fällig gewordener Zahlungen Moratorien forderten, so wiesen etwa sechzig adlige Gutsherrschaften die, wie es ihnen schien, zu nachsichtige Gewährung des Kurfürsten zurück, die, so sagten sie, „zur Verkleinerung seiner hohen Autorität, zur Schmälerung der Justiz, zur Verachtung des adligen Standes und Beschimpfung der ganzen märkischen Nation gereichen werde". [1]) Es waren meist Reformirte, die diese Erklärung unterzeichneten.

Freilich fehlte noch viel daran, daß solcher Geist auch nur in den Marken allgemein gewesen wäre; aber es waren doch erste Regungen eines Gemeingefühls, das allein den schlimmsten unter den Schäden der alten Zeit, die Libertät, innerlich zu überwinden die Kraft geben konnte. Und erst dann, wenn der alte Fluch des ständischen Wesens so innerlich gelöst war, konnte der Kurfürst mit fester monarchischer Hand durchgreifend das schaffen, was ihm schon klar vor der Seele stand: Pro deo et populo.

Und dies führt zu einem zweiten Punkt. Nicht die neue Weise, in der die brandenburgische Politik geführt wurde, wenigstens nicht sie allein, begründete die Bedeutung, die sie gewann. In diplomatischen Künsten waren andre Höfe nicht minder kühn, nicht minder gewandt; genug, daß der Kurfürst in dem klaren Bewußtsein seines Rechtes und seiner Pflicht, seiner „Staatsraison", denen, zwischen denen und trotz derer er sich emporzuringen hatte, in den Mitteln der Politik gewachsen zu sein verstand. Und er durfte sich ihrer, auch der zweideutigsten, nicht enthalten, wenn er, der Schwächere, nicht der Andern Opfer werden wollte.

Seine Ueberlegenheit lag in der Aufgabe, die er ergriff, in seinen politischen Gedanken.

In den ungeheuren Glückswechseln, deren der rastlos weiter

1) Protest vom 13. Juli 1643. An der Spitze der Unterzeichneten steht die Gräfin Lynar, dann Frau Kanzler Löben, und dann folgen die Pfuel u. s. w.

rasende Krieg mit jedem Jahre wildere und erschütterndere brachte, waren die alten Grundlagen der christlichen Staatengemeinschaft völlig zerstört; alles Recht, alles Maaß war dahin, alle Principien verwirrt; das Unerhörteste schien in jedem Augenblick möglich, das Willkürlichste gerechtfertigt, wenn die Gewalt es vertrat. Ohne Erbarmen mit dem Untergang des deutschen Landes und Volkes trieb der Kaiser den Krieg weiter, weil es sein spanisch-östreichisches, sein Hausinteresse so forderte; daß Schweden die Sache des Evangeliums, Frankreich die der deutschen Libertät eben so nur als Vorwand brauchte, um sich an deutschen Eroberungen zu ersättigen, war nicht minder klar. Von den vornehmsten deutschen Fürsten waren die einen geächtet, landflüchtig, des Kaisers Gefangene, die andern mit der Beute, die sie schon gemacht oder noch zu machen hofften, bei dem greuelhaften Kriege mitbetheiligt und Parthei, Kursachsen so gut wie Baiern, die Welfen so gut wie die Landgrafen von Hessen. Daß der religiöse Fanatismus, der der Papisten gegen die Evangelischen, der Lutherischen gegen die Reformirten, die wildesten Leidenschaften zu schüren fortfuhr, daß die Tausende von Räthen, Commissarien, Lieferanten, Commandanten, Amtleuten nur um so mehr Gewinn machen konnten, je wilder und dauernder die Kriegswirthschaft im Reich, die Zerrüttung aller bürgerlichen Ordnung, die Gesetzlosigkeit wurde, daß die verwilderten Horden, die sich als Kriegsheere durch die deutschen Lande wälzten, auf beiden Seiten überwiegend Deutsche „von Adel und Unadel", mit ihrem Troß von Buben, Weibern, Gaunern und Hehlern in dem währenden Kriegselend ihren „Nahrungsstand" hatten, — das Alles verhieß, den Jammer ins Endlose fortzusetzen und das deutsche Wesen bis in die Wurzeln auszubrennen.

Freilich die kämpfenden Mächte sprachen fort und fort vom Frieden, unterhandelten unablässig; jeder schob dem Andern die Schuld zu, daß nichts zu Stande komme. Es konnte nichts zu Stande

kommen, so lange man fortfuhr, sich in dem Kreise von Tendenzen und Alternativen zu bewegen, die den Kampf hervorgerufen, ihn zu so ungeheuren Dimensionen angeschwellt hatten. Es mußte ein völlig neues Moment eintreten, die Schraube ohne Ende endlich stille stehn zu machen. Die Zukunft des deutschen Namens hing davon ab, daß es geschehe und bald geschehe.

Das alte Gemeinwesen der deutschen Nation war unrettbar dahin. Die Gesetze und Ordnung, auf denen es geruht, hatte kaiserliche Willkühr und Gewalt zerstört; der ungeheure Krieg hatte die letzten Bande zerrissen, welche die Territorien noch irgend zusammengehalten hatten. Von allen den sittlichen Motiven, auf denen ein politisches Gemeinwesen ruht, und kraft deren sich alle Glieder in dem Ganzen getragen und gebunden fühlen, war völlig nichts mehr übrig; nichts als das Zerrbild eines Reiches, das nur noch die Möglichkeit rechter staatlicher Gestaltungen hemmte.

Es gab nur noch Ein gemeinsames deutsches Interesse, Eine Rettung für die elenden Ueberbleibsel des deutschen Volkes: daß Frieden werde.

Den Frieden und nur den Frieden wollte Friedrich Wilhelm; den Frieden zunächst für seine Lande und Leute, wie er ihn mit der Waffenruhe schon eingeleitet, dann den allgemeinen Frieden, der endlich die künftige Ordnung der deutschen Dinge gründete und völkerrechtlich vor der Wiederkehr so greuelhafter Zeiten sicher stellte. Weder durch Drohungen, noch durch Verlockungen ließ er sich irre machen. Er begehrte nichts zu gewinnen, was er nicht zu fordern ein Recht hatte.

Der Zustand, in dem er seine Lande gefunden hatte, war der Art, daß vorerst jede andere Rücksicht hinter der, ihnen wieder Ordnung, inneres Leben, Wohlstand zu schaffen, zurücktreten mußte. Mit der alten patrimonialen Fassung des landesherrlichen Amtes war nicht mehr auszukommen; es mußte eine völlig neue Art von

Regiment gefunden, es mußte mit den Herren Ständen oder trotz ihrer eine fürsorgende, eingreifende, alles umfassende Regierung im Innern entwickelt werden; wie aus wilder Wurzel mußte sie einen neuen Staat schaffen.

Des Kurfürsten Lande lagen so, daß sie mit fast allen jetzt kriegführenden Mächten grenzten. Er konnte weder schwedisch, noch östreichisch, weder polnisch, noch französisch sein wollen; er mußte sich mit jedem nachbarlich zu verhalten, trotz aller politischen und confessionellen Differenzen das Gemeinsame hervorzukehren, darauf sich zu stellen verstehen.

In seinen Rheinlanden waren alle drei Confessionen in Uebung, in Preußen die römische neben der lutherischen Kirche in Geltung; er selbst war zu sehr von der rechten evangelischen Frömmigkeit, als daß er intolerant hätte sein können, und als Landesherr glaubte er keine höhere Pflicht zu haben, als allen den gleichen Schutz und gegenseitigen Frieden zu sichern. Er war auf das Entschiedenste gegen das jesuitische Wesen, das diesen Frieden zu stören für Frömmigkeit hielt; er fand den lutherischen Haß gegen die Reformirten um so schmählicher, als beide evangelische Bekenntnisse ihm ihrer Wahrheit nach eins zu sein schienen. Er arbeitete unermüdlich, sie zu versöhnen, und er fand ihre Versöhnung, ihre Union, schon vorgezeichnet in dem Augsburgischen Bekenntniß, wie es im Reich gegolten, bis die Concordienformel dessen erste unentwickelte Gestalt als den Kanon der lutherischen Kirche aufgestellt hatte.

Es konnte den Kurfürsten nicht irren, wenn er mit solchen Gedanken dem kaiserlichen Dominat im Reich, dem in dem furchtbaren Kriege verwilderten Reichssystem in den Weg trat. Er fühlte sich als ein Glied des Reichs; er anerkannte seine Pflicht gegen den Kaiser „als das Haupt"; aber nicht was kaiserliche Willkühr oder gefälschte Majoritäten verfügt hatten, galt ihm für bindend, um so weniger, als des Krieges kein Ende war, so lange Kaiser und Reich

in den Willkührformen beharrten, die dieser Krieg selbst erst geschaffen. Gegen dies Zerrbild des heiligen römischen Reichs, gegen diese Trugformen des officiellen Deutschlands, gegen diese spanisch-östreichische Politik, die über sein Haus, seine Lande, das deutsche Vaterland so unermeßliches Unheil gebracht hatte, fühlte er sich moralisch nicht weiter gebunden. Er hielt es für sein Recht und seine Pflicht als deutscher Mann und deutscher Fürst dem entgegenzutreten.

Das geschah auf dem Frankfurter Deputationstag; es ist die entscheidende Wendung in den Geschicken des Reichs, es ist der Anfang der deutschen Politik Preußens.

Der Frankfurter Deputationstag.

Mit dem Regensburger Reichstag hatte der Kaiser den ersten Schritt rückwärts gethan.

Er hatte nur den Schein gewollt, als kehre er zu den reichsverfassungsmäßigen Formen zurück. Er hatte einen neuen Hebel, die Kräfte Deutschlands für sich in Bewegung zu setzen, gewinnen wollen. Es war ihm über Erwarten gelungen.

Schon in Regensburg hatte Friedrich Wilhelm die allgemeine Amnestie, die Beseitigung des Prager Friedens, die Herstellung der Dinge auf den Stand von 1618 in Gemeinschaft mit Hessen und Braunschweig gefordert. Aber nicht mit diesen ergriff er dann, da seine Forderungen ohne Erfolg blieben, die Waffen gegen Kaiser und Reich. Die Erschöpfung seiner Lande gab ihm den Vorwand, sich von dem weiteren Kampf fern zu halten, mit den Schweden, gegen die ihn Kaiser und Reich nicht schützten, Waffenstillstand zu schließen. Er forderte und empfing die kaiserlichen Belehnungen für die Kurlande, für Pommern; die für Jägerndorf, für die rheinischen

Lande wurde ihm geweigert; um so weniger fühlte er sich dem Kaiserhofe zu Dank verpflichtet.

In Regensburg war beschlossen worden[1]), einen Deputationstag nach Frankfurt zu berufen, um mit der Reform der Reichsjustiz, so sagte man, die völlige Eintracht im Reich herzustellen. Die Berufung, die im Frühjahr 1642 erfolgen sollte, wurde verzögert, da die kaiserlichen Waffen im siegreichen Vordringen waren, die braunschweigischen Herren sich von Schweden trennten. Dann mit den Erfolgen Torstensons, mit dessen Sieg bei Leipzig änderte sich die Sachlage; der Kaiser genehmigte die Eröffnung des Tages in Frankfurt.

Mainz, Baiern, Cöln eilten zu Vorberathungen zusammenzutreten, sie mahnten in Dresden und Berlin, „zur Abwendung ferneren Unheils" schleunigst Theil zu nehmen. Sie selbst waren nichts weniger als mit dem, was man in Wien that und wollte, einverstanden; in erneuter Schärfe trat der alte Gegensatz der ligistischen gegen die östreichische Politik hervor; sie erwogen schon, „wie man das deutsche Wesen vom spanischen Interesse losmachen, den Kaiser dazu veranlassen müsse"; sie waren entschlossen, „sich in den spanischen Krieg nicht mehr zu mischen, nichts mehr dazu zu contribuiren".

Friedrich Wilhelm leistete vorerst jener Einladung nicht Folge: er besorge, es werde mit den Frankfurter Verhandlungen das Friedenswerk — es sollten demnächst in Osnabrück und Münster die „Generaltractate" beginnen — nur gehindert werden.

Schon hatte der Kaiser in den Kreistagen des Reichs neue Contributionen fordern lassen, hundert Römermonate. Er bemerkte ungnädig, daß in Frankfurt die Verbindung mit Spanien in Frage gestellt, daß dort gesagt werde, der rechte Weg, die Reichsjustiz zu reformiren, sei der Friede. Er zögerte mit der Eröffnung der Pro-

1) Reichstagsabschied, Art. XXX.

positionen, angeblich, weil die Stimme für Brandenburg noch fehle. Er forderte den Kurerzkanzler auf, den Deputationstag aufzulösen und einen Reichstag zu berufen. Es unterblieb; das Kurkollegium lenkte ein wenig ein.

Jetzt im April sandte Friedrich Wilhelm seinen Rath, den Juristen Wesenbeck, „damit", so sagte er, „der im Reich sich gegenwärtig ereignende üble Zustand nicht uns allein beigemessen und uns Schuld gegeben werde, als wollten wir die zur Beruhigung des Vaterlandes angestellten Zusammenkünfte der Gebühr nach nicht abwarten, noch des Reiches Wolfahrt unserm tragenden Amt nach beobachten".[1])

Wesenbeck fand die Verhandlungen auf seltsamen Wegen. Vergeblich rangen die Stimmen für Oestreich und Burgund gegen die Forderung, vor Allem das Friedenswerk zu betreiben; aber mit ihnen waren die kurfürstlichen Räthe darin einig, daß an den Generaltractaten die Fürsten und Stände nicht Theil nehmen dürften, sondern nur die Kurfürsten; und die Fürsten und Stände wieder wollten um keinen Preis den Kurfürsten einen Vorzug lassen, der in dem Reichsrecht nicht begründet schien. Noch verworrener wurde die Frage durch die Bemühungen Baierns, den fränkischen, bairischen und schwäbischen Kreis mit sich, die beiden rheinischen und den westphälischen mit Cöln zu „conjungiren", ein Plan, für den Frankreich bereits gewonnen sein sollte. Dann wieder schien sich Baiern mit den Kaiserlichen verständigt zu haben; daß die Verhandlungen, die mit der kurpfälzischen Familie in Wien gepflogen wurden, von dieser als doch vergeblich aufgegeben wurden, daß sich Stimmen erhoben, die diese Frage in Frankfurt vorzunehmen forderten, daß schon auch von der nothwendigen Wiedereinsetzung des Herzogs von

1) Instruction vom 25. März 1643. Der Kurfürst beschickte den Tag, „nicht allein als ein Churfürst des Reichs, sondern auch als ein Herzog von Pommern", und sollte die Stimme für Pommern der baireuthische Kanzler von Feilitzsch zu führen aufgefordert werden. Dieß zur Berichtigung der unklaren Angabe bei Pufendorf II. 2.

Würtemberg, des gefangenen Kurfürsten von Trier gesprochen wurde, bedrohte die kaiserlichen und bairischen Interessen zugleich. Auch Kursachsen begann bei so heftigem und rücksichtslosem Eindringen auf den Kaiser für sein theures Werk, den Prager Frieden, zu fürchten. Es gab die bittersten Erörterungen, die heftigsten Scenen; mit jeder neuen Session wuchs der Zwiespalt und die Verwirrung.

Die kaiserliche Politik hatte vor Allem gehofft, diese Versammlung so zu benutzen, als wenn sie eine unbeschränkte Vollmacht habe, Namens des Reichs in allen beliebigen Fragen zu beschließen. Hatte sie in dem Regensburger Abschied zugestanden, daß in den Verhandlungen zu Osnabrück und Münster die Religionsbeschwerden erledigt werden, und „auch alle Reichsstände die Ihrigen dahin abordnen sollten", so hoffte sie in Frankfurt sich dieser lästigen Dinge zu entledigen. Und weder der Rath der Kurfürsten, noch die in dem zweiten Rath vereinten Fürsten und Stände, wie sehr sie in den einzelnen Fragen opponiren mochten, hatten ein Bedenken dabei, die Competenz anzunehmen, die der Kaiser ihnen beilegte.

Kurbrandenburg ging von entgegengesetzter Ansicht aus; die Instruktion des Kurfürsten wiederholte, daß nur „eine Zusammensetzung aller Interessenten von beiden Theilen" den Frieden schaffen könne. Und wenn Wesenbeck auch auf die gutachtliche Berathung aller sonst vorkommenden Fragen einging, so hatte er doch streng den Standpunkt festzuhalten, den der Regensburger Abschied vorzeichnete.

Gleich in den ersten Wochen seiner Anwesenheit kam es zur Erörterung, die Religionsbeschwerden erst nach dem allgemeinen Frieden vorzunehmen, für sie dann nach sechs Monaten einen Deputationstag aller drei Stände zu berufen.[1]) Im Kurfürstenrath waren

---

1) Aus Wesenbecks Bericht vom 13. Juni 1643. In dem Fürstenrath waren die katholischen Stimmen: Oestreich, Burgund, Baiern, Würzburg, Münster, Cost-

drei katholische Stimmen und die Sachsens schwankte; in dem Rath der Fürsten und Stände waren unter dreizehn Stimmen nur vier evangelische. Nur mit dem Princip, das Brandenburg vertrat, war es möglich, einen Beschluß zu hindern, dessen Zweck nur zu deutlich war.

Wieder kam die Frage vor, ob nicht die Kurfürsten allein befugt sein sollten, an der allgemeinen Friedenshandlung Theil zu nehmen. Auf das Aeußerste bemühten sich die kaiserlichen Räthe; „theils gütlich, theils mit Bedrohungen" suchten sie die katholischen Stimmen zu gewinnen. Nur Brandenburg opponirte im Kurfürstenrath: „es widerspreche dem Abschied von 1641; die andern Stände hätten den bisherigen Krieg so hoch empfunden, wie die Kurfürsten, und der Friede solle sie eben so binden; es könne den Kurfürsten daraus eine schwere Verantwortung erwachsen, wenn sie den Mitständen im Reich das jus armorum et pacis abstrickten." Es war ein seltsames Schauspiel, daß auch die katholischen Stimmen im Rath der Fürsten und Stände, Würzburg voran, sich um das reformirte Brandenburg schaarten, mit der dringenden Bitte, zu verhüten, daß nicht die politischen mit den Religionssachen vermengt würden. [1])

In dem Maaße, als die Aussicht auf einen Krieg zwischen Dänemark und Schweden wuchs, wurde die Sprache der Kaiserlichen zuversichtlicher; der schwedischen Kriegserklärung folgte der Abzug Torstensons nach Holstein. Man sehe, hieß es, daß Schweden nicht den Frieden wolle, wenn es den, der die Vermittlung übernommen, so „ablohne". Schon hatten die Baiern bei Tutt-

---

nitz, Abt von Weingarten, Fürstenberg, Cöln; die evangelischen: Braunschweig, Pommern, Hessen, Nürnberg. Die Stimme von Jülich-Cleve ruhte.

1) Nach der Instruction des Kurfürsten vom 24. Mai und Wesenbecks Berichten aus dem Juli. Auch Chemnitz 1643 p. 114 ff. hat Ausführliches über die Verhandlungen.

lingen (24. Nov.) Guébriants Heer vernichtet, waren nun Meister bis zum Schwarzwald und Bodensee. Zu Passau schlossen Baiern, der Kaiser, Spanien neue Verträge und verabredeten den Feldzug des nächsten Jahres. Wie herrlich ließ sich alles an. Es wurde verbreitet, daß der Kaiser, Sachsen und Baiern den Prager Frieden „in etwas mitigiren wollten", um alle Reichsstände und ihre Mittel zum Krieg wider die Franzosen und Schweden zu vereinigen, man werde die noch sich weigernden „dazu zwingen oder sie ausschließen"; zu dem Zweck sollte ein Reichstag berufen und „das große Werk" da vorgenommen werden.[1]) Einstweilen wurde in Frankfurt die Bewilligung von neuen hundert Römermonaten gefordert.

Wie hätte Brandenburg dem beistimmen, wie zu einer Reichspolitik die Hand bieten sollen, welche als Preis für die Fortsetzung des Krieges, dessen Beendigung die dringendste Nothwendigkeit war, die Entwicklung des Prager Friedens verhieß. Und im Entferntesten nicht waren diejenigen, die nun so preislich als die Vertreter der deutschen Sache forderten und drängten und drohten, unter sich einig und für das Reichsinteresse geeint. Schon war es kein Geheimniß, daß Baiern „mit Frankreich aparte tractire, offensiv gegen einander nichts vorzunehmen, und daß Cöln mit in dem Vertrage begriffen sein solle"[2]); und aus den Aeußerungen Kursachsens war zu entnehmen, daß es mit den Kaiserlichen und Katholischen gehen werde, wenn nur den Reformirten nicht zugestanden werde, unter dem Schutz des Religionsfriedens mitbegriffen zu sein.

Aber die Frage der Contribution für den dänischen Krieg allarmirte die katholischen Fürsten und Stände auf das Aeußerste; selbst der kurmainzische Gesandte Schwalbach sprach sich in den heftigsten Ausdrücken darüber aus: „weder Sachsen, noch Baiern zahle Contribution, alles werde den geringern Ständen aufgebürdet; sein Kur-

1) Wesenbecks Bericht vom 9. Jan. 1644.
2) Desselben Bericht vom 6. Febr. 1644.

fürst und andere geistliche Stände seien entschlossen, ihre Quota nicht zu zahlen, da kein Mensch wisse, was mit den Geldern gemacht werde; Mainz wolle lieber selbst zwei Regimenter werben und zu seines und des Reiches Diensten halten." Ja Schwalbach äußerte: „hinter alle dem Wesen stehe Baiern, das nur seine Privatsache im Auge habe; es werde schon auch dem Kaiser zu mächtig und wolle alle katholischen Stände unterdrücken." Nicht minder heftig sprachen Würzburg und Constanz im andern Rath; „gar teutsch" erklärte Würzburg, daß es sich gar nicht um die Religion handle, sondern daß eine neue Art von Dominat im Reich gegründet werden wolle. „In Summa, fügt Wesenbeck hinzu, es scheint bei den Herren Catholicis, als wollten sie selbst unter einander zerfallen, indem sie sehr perplex sind und fast dafür halten, daß eine große Veränderung im Werk sei."[1]) Und die Nachricht, daß in Passau Baiern, der Kaiser und Spanien sich von Neuem verbündet hätten, steigerte nur die allgemeine Besorgniß.

Die so Bedrohten fanden ihre natürliche Stütze in Brandenburg; und die Ruhe und Entschiedenheit, mit der Wesenbeck fortfuhr, die Ansicht seines Herrn gegen die Insolenzen des bairischen Gesandten, gegen die reichspatriotischen Phrasen Sachsens und gegen die jesuitische Logik der Kaiserlichen zu vertreten, gab den kleineren katholischen Ständen den Muth auszuharren. Auf Wesenbeck wandte sich die ganze Wuth der Gegner; die schnödesten Reden wurden ihm zu hören gegeben; „man sehe, daß Brandenburg bei dem gemeinen Wesen doch ganz nichts mehr thun wolle; keiner sei beim Kaiser so treu als Sachsen; warum denn Brandenburg nicht endlich mit dem schwedischen Fräulein fortmache, es sei ja doch einmal ganz schwedisch."[2])

Als aber Wesenbeck auch der Ansicht, daß das Reich der Krone

1) Wesenbecks Bericht vom 23. Jan., 27. Febr. 1644.
2) Desselben Bericht vom 23. Jan., 6. Febr. 1644.

Dänemark mit ganzer Kraft beistehen müsse, entgegentrat, als er den gefaßten Beschluß mit zu vollziehen sich weigerte, da schien es den vier andern Kurfürsten angemessen, einen ernsten Schritt zu thun. Sie erließen ein gemeinsames Schreiben nach Berlin: „fast mit Verwunderung hätten sie aus den Berichten ihrer Räthe ersehen, daß der brandenburgische Abgeordnete fast durchgehend alle Conclusa, namentlich die, welche von allen andern kurfürstlichen Räthen einstimmig gefaßt seien, mit vollziehen zu helfen sich geweigert, mit der Entschuldigung, nicht instruirt zu sein; Brandenburg werde nicht gemeint sein, gegen den Kurverein und das Herkommen Neuerungen einzuführen, wonach, was per majora beschlossen, vollzogen werden müsse; sie müßten das für ein sehr gefährliches und allerhand höchst schädliche consequentia nach sich ziehendes Werk halten und ansehen und hielten sich verpflichtet, dem vorzubauen, indem sie Brandenburg ersuchten, bei dem Kurverein und löblichen Herkommen zu bleiben und seinen Gesandten demgemäß zu instruiren." [1])

Als wenn die Entsetzung Triers, die Austreibung des Pfälzer Kurfürsten nach dem löblichen Herkommen und dem Kurverein geschehen sei; am wenigsten von dieser gefälschten Majorität im Kurkollegium, von diesem Deputationstag, der nur für die Justizreform berufen war, konnte Friedrich Wilhelm Neigung haben, sich majorisiren zu lassen. Die abscheulichen Vorgänge in Pforzheim, wo Baiern „ohnerachtet der früher gethanen Sinceration" die Stadt und Umgegend, vierzig evangelische Kirchen, papistisch reformirte, die ähnlichen in Göppingen und andern schwäbischen Städten, über die vergebens Beschwerden in Frankfurt überreicht wurden, zeigten die „Obstination der Herren Katholischen"; [2]) und wenn Dänemark in

1) Schreiben der Kurfürsten von Mainz, Cöln, Baiern und Sachsen, vom 20. Juli 1644.

2) Bei den „allerhand harten und heftigen Discursen", die darüber in Frank-

seiner schweren Bedrängniß dringend empfohlen hatte, daß man endlich der Landgräfin in der Frage der Religion nachgeben möge, weil sie nur so von den Feinden abgezogen werden könne, so widersprach Kursachsen: „entschieden seien die Reformirten nicht unter den augsburgischen Confessionsverwandten begriffen, höchstens könne man der Landgräfin per modum tolerantiae nachgeben, wenn sie dafür der Allianz mit den fremden Kronen entsage."[1])

Friedrich Wilhelm ließ seinen Gesandten in Frankfurt in der einmal eingeschlagenen Richtung fortfahren. Er antwortete den Kurfürsten nach fünf Monaten (24. Nov.), sie möchten sich versichert halten, daß er, was zu des Reiches Besten zu thun und im Abschied von 1641 vorgesehn sei, gern und in Uebereinstimmung mit ihnen fördern werde; also nur so weit und nicht weiter.

Die Dinge waren bereits in ein völlig neues Stadium getreten. Der große Kriegsplan, den man in Passau verabredet, hatte einen kläglichen Ausgang gehabt; der Zug der Kaiserlichen nach Holstein endete mit dem fluchtgleichen Rückzug nach Magdeburg, und die Baiern hatten nach dem ruhmvollen Kampf gegen Turenne, mit dem sie Freiburg eroberten, nach der ruhmvolleren Vertheidigung Freiburgs gegen Enghien, endlich weichen, das Rheinthal den Feinden lassen müssen; Mannheim, das äußerst feste Philippsburg, Worms, Landau, Bingen, ja Mainz waren mit dem Herbst in der Gewalt der Franzosen.

Seit dem Frühjahr waren die Gesandschaften der auswärtigen Mächte in Osnabrück und Münster; wie stolz hatten die kaiserlichen Botschaften sie damals angelassen, mit welcher Entrüstung jene

---

furt gehalten worden, wurde u. a. gesagt: „daß bei sothaner obstination und da man denen Evangelischen auch in ihren schwersten gravaminibus im geringsten nicht nachzugeben gedächte, gar schwerlich weder zu innerlicher noch auch consequenter äußerlicher Beruhigung des Reichs werde zu gelangen sein." Wesenbecks Bericht vom 20. Aug. 1644.

1) Wesenbecks Bericht vom 9. Juli 1644.

französische Aufforderung an die Reichsstände, ihre Gesandschaften zu schicken, zurückgewiesen. Jetzt im September, als Gallas seinen Rückmarsch begann und die Baiern das Rheinthal aufgaben, schlug die kaiserliche Politik andere Wege ein.

Nicht die wahrer Versöhnung. Graf Schwarzenberg kam nach Frankfurt, wie es hieß, um nach Münster zu gehen. Er suchte Wesenbeck auf: „wie zum Frieden zu gelangen, sehe er keinen Weg, wenn nicht Gott ein Mittel durch Heirathen schicke"; er meinte des Kurfürsten schwedische Heirath werde die Frage wegen Pommerns erledigen können, und die Forderungen Frankreichs am obern Rhein würde eine Vermählung des Erzherzogs in Tyrol (Ferdinand Karl) mit der Tochter des Herzogs von Orleans befriedigen u. s. w.[1])

Dann, als diese Erbietungen völlig ohne Wirkung blieben, ward kaiserlicher Seits in Anregung gebracht, einen Kurfürstentag in Regensburg zu halten. Selbst Kursachsen erklärte sich entschieden dagegen: „es werde da nichts mehr als in Frankfurt zu Stande kommen, weil die Majorität der Katholischen den Evangelischen doch in nichts nachgebe, sondern alles gleichsam par force zu ihren Absichten zu zwingen gedächte." Neue Contributionen, meinte selbst Mainz, auf die es doch nur abgesehen sei, könnten nicht anders als durch einen Reichstag bewilligt werden. Und Wesenbeck: „die Erfahrung zeige, daß mit Krieg dem gemeinen Wesen ganz nicht mehr zu helfen; man müsse endlich zu den Friedenstractaten schreiten."

Drei Wochen später — schon war Gallas bei Magdeburg auf das Härteste bedrängt — meldete Wesenbeck, daß die Kaiserlichen jetzt die Generalfriedenshandlung auffallend lebhaft wünschten. Erst allmählig gelang es ihm, die Sache, wie er schreibt, zu penetriren; er bezeichnet als Grund die bedrohliche Wendung der bairischen Politik.

1) Wesenbecks Bericht, Sept. 1644.



Baiern hatte in diesen Kriegen eine große Stellung, eine europäische Bedeutung gewonnen; die pfälzische Kurwürde, der Besitz der kurpfälzischen Lande war deren Grundlage. Diese galt es zu retten; daß Oestreich jetzt dazu auch nicht das Geringste helfen könne, hatte der letzte Feldzug gezeigt; ja je tiefer das Glück und das Selbstgefühl der kaiserlichen Politik sank, desto argwöhnischer schien man in Wien gegen Baiern zu werden. Wie wenn man dort sich entschloß, ohne Baiern, auf Kosten Baierns Frieden zu schließen? Für Baiern schien der Moment gekommen, das im Bunde mit dem Kaiser Gewonnene durch Verständigung mit des Kaisers Gegnern sicher zu stellen.

Anfangs October ließ sich der bairische Rath in Frankfurt vernehmen: „es werde endlich doch noch zu einem Religionskrieg ausschlagen, wenn nur ein rechter Papst komme; der jüngst gewählte (Innocenz X.) verspreche, ein solcher zu sein; er sei gut spanisch und östreichisch, er sei daran, der Krone Frankreich mächtig zu werden.“ Drohungen, die nicht verfehlten auf die minder mächtigen Evangelischen einen Eindruck zu machen. Aber Kurbaiern hatte zugleich die Hülfe gegen solche Gefahr in der Hand: „der Kaiser, Spanien und Frankreich würden bei jeder Friedenshandlung die catalonische Frage mit heranziehen und damit jeden Abschluß unmöglich machen; da müsse nun ein mächtiger Reichsstand beiden Kronen vorschlagen, mit dem Reich allein, allenfalls auch anderswo als in Münster und Osnabrück zu verhandeln, ohne Rücksicht auf den Kaiser und Spanien; dann könne Baiern mit Frankreich, Kursachsen mit Schweden zu verhandeln beauftragt werden.“ Schon hatte Baiern den Bischof von Bamberg für diesen Plan gewonnen, beide hatten ihn auf dem jüngsten fränkischen Kreistag vorgeschlagen, sie hofften auch den schwäbischen Kreis zu gewinnen; und wie hätte der Mainzer Erzbischof, nachdem er Mainz verloren, wie der von Cöln der Politik seines Bruders nicht folgen, diese rheinischen Kreise nicht Gott dan-

ken sollen, wenn ihnen nur endlich Frieden ward?[1]) Die Bedenken, die etwa Sachsen haben konnte, schienen sich mit jenem Erbieten zu erledigen, das dem Ehrgeiz des dresdener Hofes neue Wege erschloß.

Dieß bairische Project bedeutete nichts anders, als Trennung vom Kaiser, um ein katholisch-bairisches Deutschland unter französischer, ein evangelisch-sächsisches unter schwedischer Schutzherrschaft dem östreichischen gegenüber zu stellen. Selbst wenn dann der Kaiser den weiteren Kampf aufgab, die Einheit des Reichs, welche Baiern und Sachsen bisher mit so ostentiösem Eifer vertreten hatten, war dann für immer dahin, und das dreigetheilte Deutschland mochte sehen, ob es auch nur die Einheit eines geographischen Begriffes zu bewahren vermögen werde.

Daß diesem cynischen Plan Brandenburg seine Zustimmung versagte, verstand sich von selbst. Zwischen allen den wilden Wegen, in denen sich die deutsche Politik umtrieb, war und blieb der einzig richtige der, den Friedrich Wilhelm zu fordern nicht müde wurde. Waren einmal alle Verhältnisse im Reich so vollkommen zerrissen und verwildert, war es bei der tiefen confessionellen Spaltung, bei der Stellung, die Baiern neben Oestreich, Sachsen neben beiden eingenommen, nach so unermeßlichen Beraubungen und Vergewaltigungen nicht mehr möglich, daß das Reich sich in sich verständigte und versöhnte, so blieb keine andere Hülfe, als unter Zutritt der fremden Mächte, wie theuer man ihn erkaufen mochte, zum Frieden zu gelangen.

Noch die letzten Stadien der Frankfurter Verhandlungen zeigten, wie der Kaiser, Baiern, die katholischen Stimmen, die Majoritäten beider Räthe nur darauf aus waren, zu überlisten, zu terrorisiren, zu übervortheilen. Was wurde da nicht versucht, um dem Kaiser

1) Wesenbecks Berichte vom 1. und 22. Oct. 1644 mit den darauf erfolgten Bescheiden des Kurfürsten.

die alleinige Vertretung für das Reich zu sichern, den Deputationstag als solchen an den Ort der Verhandlungen zu verlegen, damit er dem Kaiser Namens der gesammten Stände des Reichs zur Seite stehe, wenigstens ihn in Frankfurt bei einander zu halten, „damit es nicht das Ansehn habe, als wenn Kais. Maj. ganz von den Ständen ausgesetzt sei, damit die Auswärtigen noch einige Reflexion auf das Reich nähmen".[1]) Dann als die Kaiserlichen nachgaben, daß wenigstens die Kurfürsten bei dem Generaltractate sich betheiligen sollten, wiederholte sich dasselbe Feilschen: als Collegium müßten die Kurfürsten mitwirken; „das heißt, sagte Mainz, nach dem Reichsherkommen habe dann die Majorität zu gelten und Mainz das Wort zu führen, wenigstens müsse neben den einzelnen kurfürstlichen Gesandten zugleich das Kurcollegium als solches zur Stelle sein." Wie hätten die Fürsten und Stände sich sollen ausschließen lassen; ausdrücklich machten die fremden Kronen die Anwesenheit aller Stände zur ersten Bedingung, zwangen den Kaiser endlich nachzugeben. Also, hieß es, müsse man den ganzen Deputationstag nach dem Ort der Friedenshandlung verlegen, denn dieser sei verfassungsmäßig Namens aller Stände. Als auch das zurückgewiesen ward, „da die Deputation dazu kein Mandat habe", so kam man auf den Ausweg, einen Reichstag zu berufen, der ja aus der Ferne die kaiserlichen Bevollmächtigten am Congreß überwachen und seine Forderungen durch sie vorbringen können, u. s. w.

Diese Erörterungen setzten sich, nachdem bereits thatsächlich der Deputationstag aus einander gegangen und viele Botschafter deutscher Fürsten nach Osnabrück und Münster gekommen waren, dort fort. Noch die letzten Versuche der Kaiserlichen und Katholischen, wenigstens die eigentlich deutschen Verhandlungen nach Münster, auf den Congreß der katholischen Mächte, zu verlegen, wenig=

1) Erklärung von Mainz; nach Wesenbecks Bericht vom 20. Januar 1645.

stens zuerst über die Satisfaction der beiden Kronen zu verhandeln und dann erst von den inneren Angelegenheiten des Reiches, scheiterten an dem consequenten Widerstand Brandenburgs.

„Die Festigkeit, mit der Brandenburg den Kaiserlichen widerstanden, ist eine Sache von nicht geringer Bedeutung", schreibt der französische Minister Brienne seinen Gesandten am Congreß.[1])

Das Verdienst der brandenburgischen Politik bestand darin, daß sie den officiellen Formen des Reiches gegenüber die Principien vertrat und durchsetzte, die allein noch den Frieden im Reich ermöglichten.

Die beiden Kronen hatten in ihrem Bündniß von 1634 ausdrücklich als ihre Absicht die Zurückführung des deutschen Zustandes, „wie er a. 1618 vor Anfang dieser Wirren gewesen", ausgesprochen[2]); sie hatten in allen bisherigen Verhandlungen mit dem Kaiser eben diese Bedingung vorangestellt; sie wiederholten sie in den Friedenspropositionen, die sie, jede für sich, am 1. Juni überreichten;[3]) sie forderten für jeden Stand im Reich die unverkürzte Gel-

1) La fermeté avec laquelle le député de l'El. d. Br. a resisté aux Imperiaux n'est pas une chose de legère considération. Brienne an d'Avaux und Servien, Paris 8. Juli 1645, in (Jean le Clerc) Négoc. Secr. II. 2. p. 88. Der brandenburgische Secretarius Schlezer berichtet, 9. Juli 1645, Serviens lobende Aeußerungen über das brandenburgische Votum „wegen des juris suffragii vor die gesamten Reichsstände à l'opposition de tous les autres." Was Chemnitz über diese Dinge (die Verhandlungen in Lengerich) berichtet, ist stark schwedisch gefärbt, und Pufendorf (de reb. Suec. XVII. 73) hat dieselben Actenstücke vor sich gehabt. Ich muß es mir versagen, diese Dinge eingehender aus den Acten darzulegen, und verweise auf die Darstellung Pufendorfs (de r. g. F. G. II. 27).

2) Postquam regum omnium Europae intersit statum Germaniae, qualis ante hos motus fuit, manere salvum .... ut is, qui fuit a. 1618 ante horum motuum exortum reducatur tam ratione religionis et ecclesiae quam libertatis publicae.

3) In Art. 3 der schwedischen Propositionen: per universalem et illimitatam amnistiam ...., alle Stände des Reichs, auch Pfalz, Würtemberg, Baden, Augsburg ꝛc. restituantur plenarie in suum statum in sacris et profanis, in quo ante exortos a. 1618 imperii motus prosperrime floruere.

tung seiner landeshoheitlichen Rechte, „alle droits de souveraineté", wie es Art. VIII. des französischen Entwurfs hieß [1]), — Bedingungen, denen sich die östreichische Politik auf alle Weise zu entwinden suchte. Unter dem Vorwand, in den Formen deutscher Reichsgemeinschaft zu unterhandeln, hoffte sie wenigstens einen Theil der seit 1618 durchgesetzten Veränderungen im Reich, wenigstens deren Principien zu retten. So lange der Kaiser und mit dem Kaiser Baiern, Sachsen, Darmstadt, die römische Kirche u. s. w. den argen Gewinn, den sie in diesem Kriege gemacht, festhielten, blieb den fremden Kronen der Vorwand, den Krieg fortzusetzen.

Der einzige Weg zum Frieden war, daß die Amnestie in dem Sinn, wie die beiden Kronen sie wollten oder zu wollen vorgaben, angenommen wurde.

Geschah das, so hatte man zugleich ihnen gegenüber eine feste Basis für die weiteren Verhandlungen, eben jenen Stand von 1618, den sie ja auch gegen sich mußten gelten lassen, wenn sie ihn gegen das Haus Oestreich geltend machen wollten. Und die Fürsten und Stände des Reichs hatten Grund genug, diese Basis gemeinsam zu vertheidigen; ja der Kaiser selbst, — schon bedrohte Torstenson zum zweiten Mal Wien und der Fürst von Siebenbürgen zog heran, sich mit ihm zu vereinen — schien sich und sein Haus nur noch durch die Annahme dieser Friedensbasis vor weiteren Demüthigungen sichern zu können.

Nicht die Reichsgemeinschaft hatte Brandenburg in Frage gestellt, wohl aber die derzeitige Form derselben und die für dieselbe in Anspruch genommene Competenz. Daß dann auf dem Congreß auch in den alten Reichsformen der drei Collegien, der Deputationen,

1) Art. VIII. .... seront maintenus dans tous les autres droits de souveraineté qui leur appartiennent et spéciellement dans celui de faire confédérations tant entre eux qu'avec les princes voisins pour leur conservation et sureté.

des corpus Evangelicorum verhandelt würde, fand brandenburgischer Seits, nachdem die Möglichkeit der Mißdeutung und des Mißbrauchs entfernt war, keinen weiteren Widerstand. Ja die brandenburgische Gesandtschaft zum Congreß war ausdrücklich „zur Assistenz Kais. Maj.“ instruirt, ein Ausdruck, um deß Willen Schweden ihre Vollmacht anzunehmen sich weigerte.

Niemand konnte sich darüber täuschen, daß mit der wirklichen Friedenshandlung die schon ermattende Kriegsflamme von Neuem und heftiger aufschlagen werde; entscheidender, als je zuvor, war jetzt jeder Erfolg im Felde.

Eben jetzt im Sommer 1645 schloß Schweden mit Dänemark Frieden, um sich mit ganzer Macht auf Deutschland werfen zu können; das nächste Ergebniß war, daß auch Kursachsen die Sache des Kaisers aufgab. Zu gleicher Zeit drangen die französischen und holländischen Heere in die spanischen Niederlande mit raschen Erfolgen ein, und der alte Plan, die Lande zu theilen, kam von Neuem in Erwägung.[1])

Aber weder das schwedisch-französische, noch das französisch-holländische Bündniß war fest genug, um die Verschiedenheit der kirchlichen und Machtinteressen, die in der Herstellung des Friedens sofort hervortreten mußte, außer Wirkung zu setzen. Die Staaten hatten nur gegen Spanien gekämpft, und mit dem Sinken der spanischen Macht sank ihr Kriegseifer. Und während Frankreich in seinen Friedensanträgen die Forderung voranstellte, daß der Kaiser auf jede weitere Betheiligung an dem spanisch-französischen Kriege verzichtete, forderte Schweden die Herstellung von Kurpfalz, die Amnestie auch für die böhmischen Exulanten, die Freigebung des

1) Die Theilung, die namentlich Ende 1645 wieder Gegenstand der Erörterung wurde, wird u. a. in der lehrreichen Brochüre: „Münstersche Zeitung und Gespräch“, mit dem Motto aus Tacitus: Deliberant, dum fingere nesciunt besprochen, offenbar von einem recht Kundigen.

Evangeliums auch in den Erblanden; es sah in den geistlichen Gebieten des Reichs das gegebene Material zu den nothwendigen Ausgleichungen und Entschädigungen. Wie hätte Frankreich Baiern, wie die geistlichen Fürstenthümer, in denen es seine künftige Clientel im Reich sah, opfern sollen; es verbarg schon nicht mehr, daß es mit Schweden keinesweges auch zur Herstellung der confessionellen Verhältnisse, wie sie 1618 gewesen, sich verbündet habe, daß es den „Hugenottismus" am Mittelrhein nicht wieder mächtig sehen wolle.

Wie übermächtig die Krone Schweden in Deutschland auch war, ihre Heere bestanden zu neun Zehnteln aus Deutschen, geworben und bezahlt wurden sie mit deutschen Contributionen. Nicht viel anders war es mit den französischen Heeren auf deutschem Boden, ihren Hauptbestandtheil bildeten immer noch die alten Weimaraner. Deutschland erlag seinen eigenen Kräften um der östreichischen Politik willen, in deren Wesen es lag, nur so weit deutsch zu sein, als sie Deutschland beherrschte.

Wie, wenn nun ein Fürst auftrat, der mit der rechten Losung, unter der Fahne des Vaterlandes jene Tausende um sich her schaarte? Nur eines kleinen Machtkerns hätte er bedurft, und mit dem ersten Erfolg hätte die Lawine der populären Macht ihre unberechenbare Bewegung begonnen.

Daß der Fürst, welcher dereinst bei Warschau und Fehrbellin siegen sollte, in der vollen Kraft der Jugend nur um so ungeduldiger gewesen sein wird, sich mit den Waffen in der Hand zu erheben, wird keines Beweises bedürfen. Aber er hätte die Wege Wallensteins und Bernhards von Weimar zu gehn sich entschließen, er hätte die, wenn ich so sagen darf, legitime Macht seiner Stellung aufgeben und ein neues Exempel revolutionärer und übergreifender Gewalt versuchen müssen, um im glücklichsten Fall eine militairische Herrschaft zu gründen, gegen die sich sofort alle Interessen, alle Mächte erhoben hätten.

Nicht in usurpatorischer Weise war Friedrich Wilhelm gemeint seinen Staat zu bauen. Wohl aber sah er, wie immer nothwendiger es ihm wurde, sich militairisch stark zu machen, so stark, wie es irgend die Mittel seiner Lande erlaubten.

Freilich lähmte ihn da überall das ständische Wesen. Selbst in den Marken gelang es ihm nur mit Mühe, so viel, wie „die äußerste Nothdurft" forderte, für die Besetzung der Festungen und für deren Unterhalt bewilligt zu erhalten. „Mit großer Herzensbestürzung", sagen die Stände, „müßten sie vernehmen, daß mehr auf die Continuation und Vermehrung, als Aufhebung und Verminderung solcher unerträglicher Lasten gedacht würde"; und weiter: „es wolle fast das Ansehen gewinnen, als wenn des Landes vincula, mit denen Herrschaft und Unterthanen vinculirt seien, hintangesetzt und die Stände in ihrer Libertät und Freiheit turbirt werden sollten". Sie meinen, „das sei nicht dem Kurfürsten in seiner landesväterlichen Affection, sondern andern, welchen die acta publica so wenig, als der betrübt elende klägliche Zustand unsers geliebten Vaterlandes wissend, zuzuschreiben". Sie leben der Hoffnung, daß der Kurfürst hinfort „des Landes Lasten mehr nach dem Landesvermögen, als etwa nach der Necessität reguliren werde".[1]) Mit Noth gelang es dann wohl, Bewilligungen auf sechs, auf drei Monate weiter zu erhalten. Daß von den rheinischen Ständen noch weniger, daß von denen in Preußen gar nichts zu erreichen war, verstand sich von selbst.

Mußte der Kurfürst vorerst darauf verzichten, in den Friedenshandlungen mit dem Gewicht militairischer Bedeutung aufzutreten, was blieb ihm dann, sich und seinem Recht dort Geltung zu schaffen?

Auf das Lebhafteste empfand er die Gefahren seiner Stellung. „Auf der einen Seite", schreibt er einmal, „habe ich die Krone Schwe-

1) Aus der Supplication, welche die Deputirten der Ritterschaft und Städte S. K. D. übergeben, 17. Jan. 1645. Landständ. Arch. in Berlin.

den, auf der andern den Kaiser und sitze gleichsam mitten zwischen ihnen und erwarte, was sie mit mir anfangen oder thun, ob sie mir das Meinige lassen oder nehmen wollen". Aber es gab noch außer jenen zweien dritte, vierte Mächte, neben Frankreich und Spanien die Niederlande, für die Niederlande das Interesse des baltischen Handels und damit das Interesse für das Gleichgewicht der Uferstaaten, es gab die Rivalität Polens und Dänemarks gegen Schweden, in ferneren Kreisen Venedig, Rußland, England, kurz eine Fülle von Beziehungen und Gegenstellungen, die den, der sie zu berechnen verstand, Deckungen und Aushülfen mannigfachster Art boten.

Und Friedrich Wilhelm verstand sie zu benutzen, ohne jenen Vorwurf zu scheuen, der ihm gemacht wurde, „daß er immer die freie Hand behalten wolle". Er suchte die Hülfe und Sicherung, die das Reich ihm nicht mehr, eigene Macht noch nicht bot, in den Combinationen der europäischen Politik; er hatte den Vortheil, ihrer nur zu defensiven Zwecken, zur Sicherung von Rechten, deren Gültigkeit außer allem Zweifel war, zu bedürfen; er war, woher immer Gefahr ihm drohte, in der Lage, einfach darauf hinzuweisen, daß er nichts wolle, als was sein anerkanntes Recht sei.

Wie erzürnt man über ihn am Kaiserhofe, in Dresden, in München sein mochte, man konnte mit Fug nichts dagegen sagen, wenn er sich nicht beliebigen Formen, gefälschten Majoritäten hatte unterwerfen wollen; und wenn er sich allerdings gebunden hielt durch die Pflicht, „mit der er", so ist sein Ausdruck[1]), „zuvörderst dem Reich und nachmals dem Kaiser als Haupt verpflichtet sei", so war es nicht seine Schuld, daß dabei die östreichische Politik nicht ihre Rechnung fand.

Und hatte er Unrecht, wenn er gegen die stolzen Herren des

1) Aus dem eigenhändigen „Bedenken, ob ich einige Parthie itzo oder ins künftige annehmen solle"; es ist vom Frühling 1647, s. u.

schwedischen Hofes auf seiner Hut war? Freilich jüngst beim Beginn des dänischen Krieges waren sie ihm mit Erbietungen entgegengekommen, die einen minder vorsichtigen Politiker hätten täuschen können; aber als er für einiges Kriegsvolk zur Besetzung der von der Landgräfin abgetretenen Plätze am Rhein „Paß durch die schwedischen Quartiere" forderte, war der Schwierigkeiten kein Ende. Jetzt hatte die Königin die Regierung selbst angetreten; sie war in dem Alter, über ihre Hand zu verfügen, und daß es in Schweden viele gab, welche die Entscheidung für den Kurfürsten hofften, war unzweifelhaft. Auch die Oxenstjernas nahmen den Schein an, als wünschten sie nichts mehr, aber sie fanden immer neue Einwürfe; sie wollten, daß der Kurfürst komme und bitte, um dann doch nicht zu gewähren. Und die stolze junge Königin, die ihrer Mutter Briefe zurückwies, wenn sie die Anrede „Majestät" unterließ, zögerte sich zu entscheiden, war ungehalten, daß der Kurfürst nicht feuriger warb [1]), und horchte eifersüchtig auf jedes Gerücht von dem Fräulein von Oranien [2]) oder der französischen Prinzessin [3]).

Den Kurfürsten mochte die Hand der Königin weniger als je

---

1) Dieß nach einer Menge von Briefen, namentlich von Adolph Friedrich Schlezer, dem brandenburgischen Residenten in Stockholm, von Löben aus Osnabrück u. a. Die Königin Wittwe sandte im Febr. 1645 ein von Burgsdorf verfaßtes Schreiben an Christine, daß sie sich endlich entschließe; gleichzeitig, 7. Febr., Götze ein großes Promemoria an den Reichskanzler u. s. w. Die plötzliche Abreise des Kurfürsten nach Königsberg, Januar 1645, wurde bei Hofe selbst so gedeutet, daß demnächst die Hochzeit folgen werde, wie eine gedruckte „Zeitung aus Berlin, 27. Jan. 1645" angiebt.

2) Daß diese Frage „weder levendig gheworden", sagt ein Brief an Lord Jermin aus dem Haag, 17. Mai 1645, gedruckt in der Brochüre: Eenighe extracten uyt verscheydenen Missiven gevonden in de Lord Digbys Cabinet. s. a.

3) In der damals oft gedruckten bibliotheca gallo-suevica — sie wurde im Dec. in Paris bekannt und, wie Mazarin 22. Dec. schreibt, der burgundische Rath Antonius von Brun für deren Verfasser gehalten — heißt es XXV.: De Montpenseriae Aureliani Ducis f. procis et ambitoribus deque ejus nuptiis, an Mantuae, an Berlini, an Olyssiponae, an Oxonii, an Cracoviae celebrandae (so in den drei Ausgaben, die mir vorliegen).

reizen. Am Berliner Hofe war die Ansicht, daß Schweden auf dem Wege sei, „aus der Monarchie in die Anarchie überzugehen", und daß nicht bloß Holland und England, sondern auch, wenn auch versteckter Weise Frankreich dahin wirke[1]), „wie ja die Lilien jede Revolution deckten". Wenn die Königin ihre Lage richtig würdigte, so hatte sie allen Grund, sich nach einer Stütze umzusehen; die Großen des Reichs dagegen hielten sie und das schwedische Volk in dem Taumel immer neuer Kriege, immer größerer Eroberungen. Kaum war der dänische Krieg beendet und schon wurde in den Kreisen der Reichsräthe besprochen, daß ein Krieg mit Polen unvermeidlich sei; „und wenn sich der Kurfürst rührt, so wird man ihm das Land kahl machen" [2]).

Um so verbindlicher wurde der französische Hof gegen Brandenburg; nicht bloß, weil der Kurfürst der Krone mit dem Titel Majestät entgegengekommen war. Wie gern hätte man den Streit des Kurfürsten mit Pfalz Neuburg zu entscheiden übernommen; „man sagt", schreibt Brienne, „daß der Kurfürst seine Domainen in Preußen verkaufe, um gegen Neuburg den Krieg zu machen, daß er um das Fräulein von Oranien werben wolle, um dorther Hülfe zu gewinnen; man muß sehen ob man den Krieg nicht hindern kann; beide Fürsten verdienen Beachtung, der eine ist immer auf Seiten des Kaisers und Baierns gewesen, aber er ist Katholik; der andre ist Calvinist und hat nicht mit dem Kaiser gebrochen, aber er ist ein Fürst von großer Erwartung, und man sagt, er wolle von einer Krone nichts wissen, wenn er nicht ihre Macht erhält, er halte es für seiner unwürdig, nur der Mann einer Königin zu sein"[3]). Aber jene Beziehungen zu Oranien und den Staaten beunruhigten

1) Quo tutius de Regno per stipendiarios istius proceres disponere queant. Dänische Relation in Négoc. secr. I. p. 473.

2) Bericht Schlezers vom 13. Dec. 1645.

3) Brienne an seine Gesandten am Congreß, 20. Juli 1645. Négoc. secr. II. p. 104.

den Hof zu Paris, man fürchtete, daß Hugenottismus dahinter stecke [1]).

Genug, um die Beziehungen Brandenburgs zu der Zeit, als die Friedenshandlung begann, zu bezeichnen.

Die pommersche Frage.

Die ersten Monate der Congreßverhandlungen zeigen obenhin betrachtet nichts als widerliche Streitigkeiten um Titel, Rang, Etikette.

Der Krieg hatte alle alten Machtverhältnisse zerrüttet; es waren deren völlig neue thatsächlich vorhanden, aber völkerrechtlich noch nicht festgestellt; in der diplomatischen Etikette zuerst suchten sie gegenseitige Anerkennung und Geltung. Es war gleichsam ein persönliches Ringen der Staaten selbst; es war das Selbstgefühl jedes einzelnen, das sich hier durchzusetzen und in dem Erfolg das Maaß seiner Schätzung zu finden hatte.

Friedrich Wilhelm scheute den Aufwand nicht, auf diesem Congreß in ansehnlicherer Repräsentation als irgend ein andrer Reichsfürst zu erscheinen. Er bestimmte für Münster die clevischen Räthe Friedrich von Heyden und Dr. Portmann, an dessen Stelle später Fromhold trat, für Osnabrück den alten geschäftskundigen Freiherrn von Löben, den Präsidenten des Consistoriums Dr. Fritze und Wesenbeck, der namentlich die Stimme von Pommern führte; er gab beiden Gesandtschaften in dem Reichsgrafen Johann von Sayn-Wittgenstein ein „vornehmes Haupt".

Allerdings wurden ihnen, wenn auch nach einigen harten Sträußen, die Ehren des Empfangs, so wie sie sie in Anspruch

1) Qu'il y a du Hugenotisme dans cette affaire. d'Avaux und Servien an Brienne, 8. Nov. 1644.



nahmen. Dann aber weigerte der französische Gesandte Servien den geforderten Titel Serenité für den Kurfürsten, worauf die Brandenburger den König Majestät zu nennen aufhörten.[1]) Dann scheiterte ihre Visite bei dem päpstlichen Nuntius, der in Münster mit dem venetianischen Gesandten das Geschäft des Vermittlers theilte, an dessen Erklärung, daß er nur katholische Cavaliere empfangen könne. Dann gab es Hader über den Titel Excellenz, den die kurfürstlichen Gesandten vor den fürstlichen forderten u. s. w.

Während die Etikettenfragen mit scheinbar ausschließlichem Eifer betrieben wurden und Alles in Athem hielten, wurden bereits Verhandlungen mannigfachster Art wie unter der Decke betrieben. Es wurde jener Versuch in Lengerich gemacht, die Reichsstände unter östreichischer Führung zu vereinigen, das Princip der Majorität zur Geltung zu bringen, den Schwerpunkt der deutschen Verhandlungen nach Münster zu verlegen. Man wurde evangelischer Seits nur um so mißtrauischer; man ließ nicht unbemerkt, daß die kaiserlichen Bevollmächtigten fast sämmtlich Convertiten seien, an ihrer Spitze der Graf von Nassau.

Der erste officielle Schritt war die Ueberreichung jener Friedenspropositionen vom 1. Juni. Es fiel auf, daß die von Frankreich vorgelegten sich von den schwedischen nicht bloß in der Fassung unterschieden, daß die Zielpunkte beider Kronen nichts weniger als dieselben seien. Auch sonst trat die Rivalität beider immer schärfer hervor, und sichtlich hatte Schweden in dem Interesse der Evangelischen eine Waffe, die sich auch gegen Frankreich wenden ließ.

Wie hätten das die Kaiserlichen nicht zu benutzen versuchen sollen. Ihr erster Plan, die Reichsstände gegen beide Kronen mit sich zu vereinigen, war gescheitert; jetzt schien ihr Plan zu sein, die Evangelischen zu gewinnen, die Schweden zu befriedigen, um sich

1) Servien entgegnet: Une chose faicte ne peut être non faicte. Selbst d'Avaux mißbilligt seine opiniastreté. Bericht von Münster, 13. Mai 1645.

mit ganzer Kraft gegen Frankreich zu wenden, dessen Heere wenigstens am Rhein im entschiedenen Nachtheil waren.

Schon war Graf Trautmannsdorf zum Congreß gekommen, auch ein Convertit, aber milde in seinen Formen, mehr östreichisch als kirchlich, des Kaisers vertrautester Rath. Er eilte nach Osnabrück, sein Einfluß begann fühlbar zu werden; er schien der Mann, der Heilung bringen könne, der rechte „Aesculap".

Bisher hatten die schwedischen Herren sich sehr zuvorkommend gegen die Brandenburger verhalten; sie hatten die Frage wegen Pommern kaum berührt; sie hatten den Ausweg, den die Hand der Königin bot, immer vorangestellt. Jetzt begannen sie kühler zu werden. Mit Sorge bemerkten die brandenburgischen Gesandten, daß jene „viel von der lutherischen Religion redeten, dessen man vorhin bei ihnen nicht gewohnt gewesen".[1])

Schon hatte sich in der Berathung der Religionsbeschwerden gezeigt, wie die lutherischen Stände, Kursachsen voran, kaum Duldung für die Reformirten zuzugestehen gemeint seien; jetzt machten die Kaiserlichen darauf aufmerksam, „daß ja auch Sachsen vor Jahren in dem Schönebeckschen Vertragen der Krone Schweden das ganze Pommern zum recompens angeboten habe".[2]) Schwedischer Seits wurde die Vertröstung hinzugefügt, daß man den Kurfürsten etwa mit Halberstadt, Minden, Verden entschädigen könne. Die sehr entschiedene Versicherung Wittgensteins, daß der Kurfürst auch nicht für Entschädigungen sein Erbland Pommern aufgeben, daß er eher seine Gesandten abberufen, als auf dieser Grundlage unterhandeln werde, diente nur dazu, die schon gereizten Stimmungen fast bis zum offenen Bruch zu treiben. Und die Kaiserlichen waren rasch zur Hand, diesen Zwiespalt zu nähren.[3])

1) Löben an Burgsdorf, Osnabrück 23. Nov. 1645.

2) Bericht aus Osnabrück, 20. Dec. 1645; cf. Pufendorf II. p. 40.

3) Vous pouvez juger comme les Impériaux sont soigneux de fomenter

Sie hatten gehofft, mit der Abtretung Pommerns Schweden zu befriedigen. In der That hatte darauf die erste Instruction der Königin gelautet; dann hatte sie zugelassen, die Hälfte Pommerns aufzugeben und als Ersatz Bremen und Verden zu fordern. Jetzt (7. Jan.) überreichten die schwedischen Herren ihre definitive Forderung: ganz Schlesien, ganz Pommern mit dem Bisthum Camin, Wismar, Warnemünde, Bremen, Verden, alles als Reichslehn, so daß Schweden, wie ja schon Spanien und Dänemark, mit in den Verband des Reichs trete, und zwar mit vier fürstlichen Stimmen. Trautmansdorf war außer sich: „Schlesien fordern, heiße des Kaisers Augapfel fordern"; und Graf Lemberg äußerte an Wittgensteins Tafel: „das sei von dem Kurfürsten angestiftet, der in Schlesien den Ersatz für Pommern zu finden hoffe." Nach einer höchst heftigen Scene trennte man sich.[1])

Schon hatten auch die Franzosen ihre „Satisfaction" verzeichnet; sie forderten die obere und niedere Landgrafschaft Elsaß mit dem Sundgau und Breisgau, Breisach, Philippsburg u. s. w.; sie erklärten, daß Lothringen, dessen Verhältniß zu Frankreich bereits festgestellt sei, in diesem Frieden nicht mehr zur Sprache kommen könne.

Zu gleicher Zeit wurden die Religionsbeschwerden auf das Heftigste erörtert. Der katholischen Stände Replik war der Art, daß die evangelischen sich weigerten, sie anzunehmen; der von Schweden ausgesprochene Plan, geistliche Fürstenthümer zur Entschädigung zu verwenden, allarmirte die französischen Botschafter auf das Aeußerste, d'Avaux selbst eilte nach Osnabrück, den Schweden ihre Ausschreitungen zu verweisen. Und zwischendurch traten die evangelischen

---

cette division. Die französischen Botschaften an Brienne, 11. Nov. 1645. Nég. secr. II. 2. p. 203. Briennes Tadel über die Schweden, ils sont en état de rupture avec Br. 23. Dec. 1645, ib. p. 236.

1) „Daß sie darüber beinahe von Worten zu streichen gerathen waren." Chemnitz 1646 p. 35 und Pufendorf de rebus Suec. XVIII. 61; Ut prope a verbis ad verbera perventum esset.

und katholischen Stände zusammen, ihre politischen Gravamina zu verzeichnen, theils solche, die gegen den Kaiser gerichtet waren, andere der Fürsten gegen die Kurfürsten, z. E. daß diese für ihre Gesandten den Titel Excellenz prätendirten, andere der Städte gegen die fürstlichen Stände, endlich „hatten etliche Grafen ihre absonderliche Gravamina eingelegt."

Schon hatten die Kaiserlichen — im Mai — nachgegeben, daß die Schweden Pommern, Wismar, die Bisthümer Bremen und Verden erhielten, Brandenburg mit Halberstadt entschädigt werde. Man ließ es sich wenig kümmern, daß Wittgenstein mit einem hohen Schwur betheuerte, der Kurfürst werde in Ewigkeit nicht seinen Consens dazu geben, daß der Kurfürst selbst dem Markgrafen von Culmbach in einem ostensiblen Brief erklärte, wenn das Herzogthum ihm auch entrissen werde, so werde er doch seinem kur- und fürstlichen Hause mit Willen nichts darin vergeben[1]), daß die pommerschen Stände ihren Protest einsandten: „sie seien durch ihren Eid dem Kurfürsten pflichtig, sie könnten doch nicht wie das unvernünftige Vieh gehalten und veräußert werden."[2])

Die pommersche Frage wurde der Mittelpunkt der Verhandlungen, und die brandenburgischen Gesandten waren unermüdlich, sie in immer neuen Darlegungen zu erörtern, je andren Mächten gegenüber andre Seiten derselben entwickelnd. Zum ersten Male trat die ganze Bedeutung dieses deutschen Grenz- und Küstenlandes ins volle Licht: die militairische, die es für die Vertheidigung Deutschlands oder, in Feindes Hand, zum Angriff zugleich auch gegen Polen und Dänemark habe, — die merkantile der Häfen von Stralsund, Stettin, Colberg, der Odermündungen, deren Besitz den Handel bis zum Riesengebirge hinauf beherrschte, — die politische, da mit dem Verlust Pom-

1) Bei Chemnitz 1646 p. 151.

2) Chemnitz l. c. Pufendorf de rebus Suec. XVIII. 117 übersetzt ihn: Se non inconsultos pecorum instar alienari posse.

merns Deutschland von der baltischen Politik für immer ausgeschlossen, Schweden im Besitz des Dominats im Norden blieb.

Der Kurfürst erkannte, was es militärisch und politisch für ihn bedeute, ob das Küstengebiet, das den Marken in ihrer ganzen Breite vorlag, mit ihnen vereinigt, oder dem mächtigen Schweden überlassen werde; und niemand konnte ihn tadeln, daß er mit allen Mitteln, die ihm seine gute Sache gab, Widerstand leistete.

Wenigstens eine Wirkung hatte diese hartnäckig geführte diplomatische Vertheidigung; sie zwang die Gegner Brandenburgs, mit den Principien, auf die sie sich stellten, herauszukommen; ihre politische Moral wurde vor den Augen der Welt entlarvt.

Und wahrlich, es hatte etwas moralisch Empörendes, daß Namens der Königin gegen den glaubens- und blutsverwandten Fürsten, der nie die Waffen gegen Schweden geführt, ein Recht der Eroberung geltend gemacht wurde, obenein mit der Phrase, daß das theure Blut des Königs für das Evangelium vergossen sei, desselben Königs, der diesem Fürsten die Hand seiner Tochter bestimmt hatte. Und wenn die Kaiserlichen die französischen Forderungen zurückwiesen, weil Elsaß, Breisgau u. s. w. nicht dem Kaiser, sondern dem Erzherzog von Tyrol gehöre, wie konnten sie dann die Stirn haben, den Schweden das Erbland des Kurfürsten zu bieten, dem sie obenein Jägerndorf vorenthielten und den Wunsch, seine Feste Hamm selbst zu besetzen, als Beleidigung anrechneten? Hatte denn Brandenburg das Reich in diesen ungeheuren Krieg gestürzt, daß es nun auch die Folgen seiner Verschuldung tragen mußte? Oder hatte die Solidarität von Kaiser und Reich, die nun von einem der vornehmsten Glieder ein solches Opfer für des Reiches Frieden und Rettung forderte, sich auch da bewährt, als man Brandenburg für den Prager Frieden mit der Zusicherung, ihm Pommern mit allen Kräften des Reichs zu retten, gewann? Oder sollte der fromme Eifer, den die lutherischen Stände in Osnabrück gegen das refor-

mirte Bekenntniß entwickelten, etwa das Haus Brandenburg zu dem Opfer an Recht, Macht, Ehre verpflichten und geneigt machen, das man um der gemeinen deutschen Sache willen von ihm fordern zu dürfen glaubte? Mochte Schweden verfahren, wie es verfuhr, nach dem Recht der Waffen und in Feindes Land; aber wenn Kaiser und Reich denen, die sich so offen als Reichsfeinde bekannten, die für die Sicherung Deutschlands wichtigsten Gebiete bereitwilligst überantwortete, ja den erklärten Reichsfeind in des Reiches Standschaft aufnahm — und viele evangelische Stände begrüßten diesen Eintritt der dominirenden evangelischen Macht als das größte Heil — dann in der That bedurfte es keines Beweises weiter, daß das Reich nichts mehr von jener Einheit und Solidarität an sich hatte, kraft deren allein es über das Recht Brandenburgs und über die alten Eide, die auf dasselbe geschworen waren, hinwegzuschreiten befugt gewesen wäre; dann war der Kurfürst um so weniger in seinem Gewissen gebunden, diesem Kaiser und diesem Reich in dem zu Willen zu sein, was dem doch gemeinsamen Vaterland für die Zukunft unersetzlichen Schaden, dauernde Gefahr brachte. Im rechten deutschen Interesse mußte Friedrich Wilhelm auf das Aeußerste Widerstand leisten, und er durfte es mit dem guten Gewissen, damit keinerlei Pflicht zu verletzen, Niemandes Recht zu kränken.

Allerdings ward ihm von deutscher Seite keinerlei Unterstützung. Aber die pommersche Frage hatte zugleich ein europäisches Interesse.

Als Graf Trautmansdorf, nach Münster zurückkehrend, sich so äußerte, als wenn er mit Schweden verständigt sei, waren die französischen Herren in hohem Grade beunruhigt; auf ihren Vorschlag, daß ja Brandenburg etwa in Schlesien entschädigt werden könne, wurde ihnen geantwortet, dann werde Frankreich nichts erhalten. Sie hatten dem Kurfürsten schon früher dringend empfohlen, daß er festhalten möge, dann werde Frankreich dafür sorgen, daß er we-

nigstens die Hälfte Pommerns und für die andere Hälfte Entschädigungen erhalte[1]); der Kurfürst hatte das entschieden zurückgewiesen; „es befremde ihn", hatte er geantwortet, „ein Antrag, der wenn er ihn annehme, noch mehr zu Frankreichs, als zu seiner eigenen desavantage ausschlagen werde".[2]) Jetzt sahen sie Schweden im Begriff, eine Stellung in Deutschland zu gewinnen, welche den französischen Einfluß völlig paralysirte; und stand erst Schweden, im Reich mächtig und an der Spitze der evangelischen Stände neben dem Hause Oestreich, so fand sich leicht genug der Punkt, in dem Beider Interessen sich gegen Frankreich vereinigten. Frankreich, so schien es, durfte Brandenburg nicht fallen lassen.

Und wie hätte Holland ertragen können, daß das baltische Meer, „die Mutter aller Commercien", völlig in Schwedens Gewalt komme. Wie hätte Dänemark, wie Polen, ja Rußland nicht die Gefahr erkennen sollen, mit der die schwedische Herrschaft auch über die deutsche Ostseeküste sie bedrohte; dann stand Polen zugleich von Liefland und der Oder her, Dänemark zugleich in Schonen und Holstein den schwedischen Angriff offen.

Der Kurfürst hatte Fabian v. Dohna nach Paris gesandt, zunächst um die Titelfrage zu erledigen, dann um in Betreff der jülichschen, der pommerschen Frage die guten Dienste Frankreichs zu erbitten. Man hatte ihn mit ausgesuchter Höflichkeiten empfangen, aber vorerst vermieden, irgend bestimmte Zusagen zu geben; „die Tractate und consilia gehen hier sehr und fast allzulangsam wegen des Cardinals Mazarin angeborner Furchtsamkeit, denn er immer besorgt, sich in etwas zu übereilen und auf zukünftige Dinge wartet, hoffend aus deren Beschaffenheit einen großen Vortheil zu erlangen"; „man besorgt immer, die Katholischen von der französischen Protection ab-

---

1) Wittgensteins Schreiben vom 22. Nov. 1645.

2) Antwort des Kurfürsten an Wittgenstein, 3. Jan. 1646.



zuschrecken, die dasjenige ist, was jetzt in Paris am eifrigsten gesucht wird".[1])

Den Cardinal beschäftigte zugleich ein andres Project. Hatte Schweden sich tief mit den Kaiserlichen eingelassen, so versuchte er Spanien zu gewinnen. Er erbot sich, Catalonien zurückzugeben, wenn die Niederlande in der Form einer Mitgift für die Infantin, die dem jungen Könige von Frankreich vermählt werden sollte, an Frankreich abgetreten würden; selbst das Anrecht der Krone Spanien auf die längst befreiten Niederlande, hieß es, sei mit gefordert oder angeboten. Die Staaten und Oranien hoffte Frankreich damit zu blenden, daß es Antwerpen dem Prinzen anbot, der es zu Lehn von den Staaten erhalten solle.

Nur die große Umsicht des Prinzen hatte bisher die Staaten, namentlich Holland in jener französischen Verbindung erhalten, die naturgemäß in dem Maaße an Lebenskraft verlor, als Spanien sank; schon schien sie nur noch im oranischen Interesse. Die Patrioten von Holland waren besorgter als je, daß der Prinz nach der Souveränität strebe; er hatte jüngst seinen Sohn mit der Königstochter von England vermählt, schon war auch die Verbindung des Prinzen von Wales mit dem Fräulein von Oranien eingeleitet; Holland nahm um so lebhafter Parthei für die mächtige Erhebun des Parlaments gegen Karl I., gegen die stuartische Politik. Wie behutsam immer Oranien jenen französischen Plan vorbringen mochte, er machte die Herren von Holland hochbedenklich; das mächtige Frankreich zum Nachbar zu haben, war eine ganz andre Gefahr, als von Spanien irgend noch kommen konnte; schon jetzt hatte Holland oft Mühe, seine Stimme gegen die der sechs andern

1) Aus der Relation, die Dohna nach seiner Rückkehr, am 9. Sept. 1646, im kurfürstlichen Rath verlesen. Sie ist nach der ausdrücklichen Weisung des Kurfürsten zugleich ein Bericht über den Zustand Frankreichs, des Hofes, der Verfassung; also ähnlich wie die schon damals berühmten venetianischen Relationen.



Provinzen durchzusetzen; sie hätten fortan in Frankreich einen Rückhalt gehabt. Seit dem letzten Feldzug war der Prinz körperlich und geistig leidend; er siechte dahin; es schien dringend geboten, Sicherung zu schaffen, bevor der Sohn, rascher und kühner, als der Vater, nach Ruhm und Macht dürstend, in dessen hohes Amt eintrat. Holland forderte dringend den Frieden mit Spanien; selbst auf die Gefahr, die Union zu sprengen, wollte es ihn.[1])

Als Wittgenstein auf die Weisung des Kurfürsten die staatischen Gesandten am Congreß ersuchte, sich der pommerschen Sache anzunehmen, waren sie gern bereit; aber sie deuteten zugleich an, daß die Staaten erst dann mit ihrem ganzen Einfluß eintreten würden, wenn sie in Betreff des Fräuleins von Oranien Sicherheit hätten. Die Staaten wünschten also deren Verbindung mit dem Kurfürsten; sie standen noch mit Schweden, mit Frankreich im Bunde; aber im Begriff, mit Spanien abzuschließen, suchten sie eine „nähere Allianz“ mit Brandenburg, deren Spitze sich gegen Schweden kehrte.

Im März sandte der Kurfürst Ewald von Kleist nach dem Haag, die Verhandlungen vorzubereiten, zu deren Abschluß er, wenn er aus Preußen zurückgekehrt sei, „eine solenne Ambassade“ an die Republik abordnen werde.[2])

Die Absendung Kleistens brachte in Osnabrück große Aufregung hervor: „warum man nicht nach Stockholm gesandt habe, um die Hand der Königin zu bitten? die Königin werde sich auf das Schwerste beleidigt fühlen, und man wisse wohl, daß Kleist den Staaten anbieten solle, die pommerschen Häfen in Besitz zu nehmen, und sich zur Vertreibung der Schweden aus Pommern mit dem Kurfürsten zu vereinigen.“ Man konnte erwiedern, daß ja Oxenstjerna

1) Quand mesmes ils seroient contraincts de se séparer des autres provinces. de Willhem an Zuylichem, 31. Oct. 1645. Groen van Prinsterer Archives II. p. 149.

2) Pufendorf II. 42: Ni Elector circa matrimonium cum Auriaca certi quid statuet. Das betreffende Actenstück hat mir nicht vorgelegen.

selbst der Meinung gewesen sei, des Kurfürsten Wünsche seien unausführbar, weil er der Königin zu nahe verwandt, weil er nicht lutherisch, weil er mit Ständen zu regieren nicht gewohnt sei; ja daß er jüngst erklärt habe, die Königin sei entschlossen unvermählt zu bleiben[1]); und welcher Freundschaft habe sich Brandenburg von Seiten der Schweden zu rühmen? habe nicht jüngst ein schwedisches Heer unter Wittenberg statt von Zerbst nach Schlesien gerades Weges zu ziehen, seinen Marsch verheerend durch die märkischen Landschaften im Süden der Havel genommen, gleich als habe man den Kurfürsten reizen wollen, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, um dann einen Vorwand zu haben, ihm den Krieg zu erklären und so mit Pommern ein Ende zu machen[2]).

Ebenso, wie die Schweden, erkannte der französische Hof die außerordentliche Bedeutung der neuen Verbindungen, die sich verbereiteten. Er warnte Schweden auf das Eindringlichste: Dänemark brenne vor Eifersucht und harre nur der Gelegenheit, die Scharte des letzten Krieges auszuwetzen, und der Polenkönig habe immer noch nicht seinen Anspruch auf die schwedische Krone aufgegeben; um so mehr habe Schweden darauf zu achten, daß Brandenburg nicht zum Aeußersten getrieben werde; schon unterhandle auch Dänemark im Haag, und die gemeinsamen Feinde Schwedens und Frankreichs würden alle Anstrengungen machen, diejenigen zu vereinigen, denen Eifersucht, Hoffnung oder eigne Gefahr wünschenswerth mache, daß sich die Lage der Dinge, die jetzt für Frankreich und Schweden so lachend sei, verändere.[3])

1) Die betreffenden Aeußerungen stehen im Pufendorf II. 42—56; die meisten, nicht alle habe ich in den Acten nachgelesen.

2) Unter den vielen Schriftstücken, die diese Frage behandeln, ist eins der lehrreichsten, das Pufendorf nicht benutzt hat, ein Schreiben von Conrad von Burgsdorf an Wittgenstein, 8. März 1646, in dem der Kurfürst gegen den Vorwurf vertheidigt wird, daß er die schwedische Heirath „kaltsinnig“ betreibe; der Kurfürst sehe nicht, daß er sich noch einige Hoffnung machen könne.

3) Pour unir tous ceux qui par envie, par esperance et par interest

Den Kurfürsten mahnte man, daß er mit den Schweden zum Schluß komme; „bei dem ombrageusen Humeur der schwedischen Nation" und in Rücksicht auf den Frieden und die Ruhe Europas möge er in Etwas nachgeben, sich mit der Hälfte Pommerns begnügen, um für die andere Hälfte reichlich entschädigt zu werden.[1])

Von Neuem Verhandlungen eingehendster Art; immer neue Vorschläge, um eine mittlere Linie zu finden; von allen Seiten Drängen und Drohen gegen Brandenburg, daß es für diesen Ersatz, für jene Aussicht sich das ganze, das halbe Pommern abdingen lasse; von brandenburgischer Seite immer neue Formen, auszuweichen, Zeit zu gewinnen, Beistand zu suchen. Auch der Plan war schwedischer Seits im Vorschlag, daß der Kurfürst in offene Allianz mit ihnen trete und ein Aequivalent für Pommern bezeichne; für diesen Fall — er hätte Brandenburg völlig aus seinem bisherigen politischen System gerissen — forderte Wittgenstein als Ersatz Magdeburg, Halberstadt, Hildesheim, Osnabrück, Minden und in Schlesien Sagan und Glogau. Das warfen die Schweden weit hinweg; sie lachten über die Anmaßung der Ohnmacht.

Während im Sommer und Herbst 1646 die Verhandlungen um Pommern — auch die staatischen, die polnischen Gesandten betheiligten sich an denselben — mit immer heißerem Eifer geführt wurden, war auf dem Kriegstheater eine große Veränderung eingetreten.

Frankreich hatte immer noch nicht mit Baiern abgeschlossen;

---

peuvent contribuer en quelque façon à faire changer la face des affaires, qui est à présent si riante et si avantageuse pour nous. Mém. du Roi, 29. Sept. 1646. Négoc. secr. III. p. 327.

1) Winandt Rodt, Osnabrück 1. Juli 1646. D'Avaux hatte zu ihm gesagt: Toute fois, si V. A. E. veut prendre cette généreuse resolution, en considération du repos et de la paix publique de céder la moitié de la Pomeranie, en recevant pourtant une satisfaction entière sur cette pièce-là, et si Messieurs les Suèdois ne se contentent pas de cela, il n'y sera ny Roi, ny prince, ny republique, qui ne s'opposera.

es zögerte, es stellte immer neue Forderungen, selbst die, daß der Kurprinz als Geißel nach Paris geschickt werde. Indeß hatte Baiern einen Theil seiner Truppen nach der Oberpfalz gesandt, und deren Vereinigung mit den Kaiserlichen (Jan. 1646) zwang Wrangel, aus Böhmen zu weichen. Er zog durch Niedersachsen, Westphalen; er wünschte sich mit Turenne zu vereinigen, um Baiern völlig niederzuwerfen.

Die Staaten hatten der Krone Frankreich ihre Mitwirkung zu einem neuen Angriff auf Flandern verweigert; und wenn ihr auch vom Kaiser die Abtretung des Elsaß, Breisachs, Philippsburgs zugestanden war, so hatte er ausdrücklich seine Verbindung mit Spanien und die Sache Lothringens aufzugeben sich geweigert. Wie weit sonst Schweden und Frankreich aus einander gingen, zu einem Gewaltstoß gegen die kaiserliche Macht waren sie einig.

Jene kaiserlichen und bairischen Völker hatten sich von Eger durch Franken an die Mainmündung hinabgezogen; sie trennten Turenne, der in der Rheinpfalz stand, von Wrangel, der nach Oberhessen vorrückte; sie glaubten völlig sicher zu sein, als Turenne rheinabwärts zog; sie meinten, er ziehe nach Flandern. Dann plötzlich erschien das französische Heer, dem die staatische Besatzung in Wesel den Uebergang gestattet hatte, mit den Schweden vereint in der Nähe von Frankfurt, und vereint überschritten sie im Rücken der Gegner den Strom, eilten unaufhaltsam weiter zur Donau, waren im September vor Augsburg. Wie mit einem Schlage lag Baiern am Boden; von Neuem waren die Erblande bedroht. An der obern Donau nahmen die Franzosen, am Bodensee und bis Donauwörth die Schweden Winterquartiere, um sich für den entscheidenden Stoß im nächsten Frühling zu pflegen.

Erfolge, die die Friedenshandlungen in die heftigsten Schwankungen brachten; es kam so weit, daß die Kaiserlichen den Congreß zu verlassen drohten. Der Uebermuth der Schweden wuchs ins Un-

gemessene; „mag Trautmansdorf die Pest oder der Teufel holen, Frieden soll es mit Gottes Hülfe doch werden"[1]).

Anfangs October kam der Kurfürst nahe bei Osnabrück vorüber. Er war auf dem Wege nach dem Haag. Er hatte der Königin von Schweden den Rücken gewandt.

Ob es ihm möglich gewesen, ihre Hand zu gewinnen, wenn er sich ihren Launen und dem herrischen Uebermuth der schwedischen Großen hätte fügen wollen, mag dahin gestellt bleiben. Er hatte sorgsam jeden Schritt gemieden, der ihn als Bittenden hätte erscheinen lassen. Was immer endlich seinen Entschluß bestimmt haben mag, für den Augenblick und für die Folgezeit war derselbe von der größten politischen Bedeutung.

Wohl mochte den jungen Fürsten der Glanz einer Krone gereizt haben, an der so hoher Ruhm, so stolze Macht haftete. Mit Christine vermählt, hätte er eine schwedisch-brandenburgische Macht gegründet, die die einst in gleicher Weise gegründete östreichisch-burgundische in der Beherrschung Deutschlands für immer paralysirt hätte. Aber in dieser Verbindung wäre das Haus Brandenburg eben so entdeutsch worden, wie es das habsburgische bereits war; es hätten die deutschen Lande des Hauses nothwendig den überlegenen Impulsionen der schwedischen Politik folgen müssen; das evangelische Deutschland hätte seinen Schwerpunkt ebenso außer Deutschland erhalten, wie seit so lange das katholische; die nächste Folge wäre gewesen, daß Frankreich Namens der deutschen Libertät den Rest Deutschlands an sich gezogen hätte. Daß der Kurfürst auf die schwedische Verbindung verzichtete, erhielt sein Haus der Nation, rettetete ihr eine Zukunft.

In der Nähe von Osnabrück, in Lengerich, empfing er seine Gesandten vom Congreß (24. Oct.). Sie legten ihm den Stand

1) Oxenstjernas Aeußerung in dem Briefe an Servien in Bougeant, Histor. du traité de Westph. II. p. 587.

der Dinge dar; von Neuem hatten die schwedischen Herren Particularverhandlungen angeboten; der Kaiser, so hatten sie gesagt, habe ihnen ganz Pommern überlassen, und den Kurfürsten für hinlänglich entschädigt erklärt, wenn ihm die drei Bisthümer Brandenburg, Havelberg und Lebus überlassen und der Besitz von Crossen und dem Ordenslande Preußen anerkannt werde; Schweden aber ziehe vor, nur Vorpommern, jedoch mit dem guten Willen des Kurfürsten zu besitzen, und an Entschädigungen für ihn solle es nicht fehlen.

Also Schweden und der Kaiser waren Handels eins, und der Kurfürst hatte die Wahl zwischen der schnöden Alternative. Wie, wenn er nun endlich einmal die Waffen ergriff? Polen war in Rüstung, Dänemark warb, beide gegen Schweden; er selbst hatte bereits 8000 Mann unter den Waffen. Seinen märkischen Ständen hatte er im Juni mitgetheilt, daß ihm angesonnen werde, sein Erbland Pommern abzutreten; er hatte ihnen darlegen lassen, was es auch ihnen bedeute, wenn eine so mächtige Krone so nahe „ihren Fuß setze und befestige", und was das Land schon habe leiden müssen, weil er nicht in der Verfassung gewesen, „sich considerabel zu machen". Er hoffte, wenn es zum Schlagen käme, sie zu energischen Anstrengungen zu drängen; „da sie einst zum Prager Frieden gerathen, müßten sie nun auch zur Rettung des Landes, das ihm um jenes Friedens Willen entrissen werde, helfen."[1]) Und war nicht von den Truppen, die Schwedens Siege erkämpften, der größte Theil, man rechnete 30,000 Mann im Feld und in den Festungen, deutsches Volk? zeigten nicht immer neue Meutereien, daß sie des herrischen Schwedenthums herzlich satt seien?

Der Kurfürst gab seinen Gesandten Befehl, die Frage zu erörtern, ob er die Waffen ergreifen oder weiter unterhandeln solle.

Sie haben die Gründe für und wider aufgezeichnet. Für die Waffen, sagen sie, spreche des Kurfürsten Lage, seine jugendliche Kraft

1) Schreiben des Kurfürsten vom 2. Mai 1647.

sein unerschrockener und hoher Geist, der Unrecht und Beleidigungen von Uebermüthigen, die alles nach ihrer Willkühr zu entscheiden gedächten, nicht länger ertrage. Sie erkannten, wie gerade jetzt ein kühner Entschluß auf die Deutschen im schwedischen Heer, auf viele Fürsten und Stände wirken, wie vielleicht auch Frankreich gern helfen werde. Aber die Gefahr eines solchen Wagnisses schien ihnen größer, als die Hoffnung des Gelingens; sie fürchteten die Zweideutigkeit der französischen, die Unversöhnlichkeit der kaiserlichen Politik, die Uebermacht der Schweden, ihre Rache; sie widerriethen dem Kurfürsten einen Schritt, der leicht „Alle gegen ihn vereinen, ihm auch den Rest seiner Lande kosten könne".

Er selbst war weiter geeilt, ihm voraus Conrad von Burgsdorf, die formelle Werbung nach dem Haag zu bringen. Dann kam er selbst, von wenigen begleitet; in der Stille, in bürgerlicher Einfachheit wurde die Vermählung gefeiert (23. Nov.)[1].

Ein Akt von eigenthümlicher Bedeutsamkeit war vorausgegangen. Gleich am Tag nach seiner Ankunft (13. Nov.) begab sich der Kurfürst, von Prinz Wilhelm begleitet, in die Versammlung der Herren Staaten General; von den Deputirten aller Provinzen empfangen, trat er ein. Dann nach Eröffnung der Sitzung ergriff er das Wort; er erinnerte an die alte Verbindung seines Hauses mit dieser löblichen Republik, er wünsche mit ihr in eine dauernde und sichere Allianz zu treten; es sei bekannt, was für unbillige und unchristliche Postulaten die Krone Schweden auf seine pommerschen Erblande anstrenge; aus Liebe zum Frieden habe er sich endlich überwunden, ein ansehnliches Stück von Pommern gegen ein annehmliches und genügsames Aequivalent zu opfern, und er bitte sie,

1) Daß die Vermählung als ein Erfolg der Prinzessin Mutter gegen die französische Politik angesehen wurde, ergiebt die Aeußerung des Grafen Wilhelm von Nassau: qu'elle pense avoir emporté ce prince que la France gardoit pour Mademoiselle (von Orleans) et s'en tient assez glorieuse. Brasset an Mazarin, 17. Dec. 1646. Groen van Prinsterer Archives II. 4 p. 178.

daß sie ihm in einer so gerechten und billigen, auch ihren selbsteigenen Status nicht wenig afficirenden Sache ihre Assistenz leisten möchten; ebenso bitte er, da der Pfalzgraf von Neuburg gar unfreundlich und unbillig mit ihm umzugehen fortfahre, um die von den Staaten ihnen beiderseits jüngst angebotene Interposition; er schloß mit der Anzeige, daß er sich mit dem ältesten Fräulein von Oranien „in eine Alliance der heiligen Ehe einzulassen im Begriff sei", er wünsche auch hierüber der hochmögenden Herren advis zu vernehmen und hoffe, daß sie es sich lieb und angenehm würden sein lassen. [1])

Nach seinem Wunsche wurden Commissare der Staaten ernannt, mit seinen Räthen die Artikel der Allianz zu entwerfen. Er wünsche, ließ er erklären, eine aufrechte Allianz zu seiner und seines Hauses hochnöthigen Defension und Conservation, mit dem ausdrücklichen Beifügen, daß er durch dies Verbündniß keinen Menschen zu offendiren, noch sich vom h. R. Reich zu separiren oder dem schuldigen Respect, damit er Ks. Maj. und dem Reich verwandt sei, das Geringste zu derogiren gemeint sei. [2])

Der nächste Erfolg der eingeleiteten Verbindung zeigte sich in dem Streit mit Pfalz Neuburg. Der Pfalzgraf hatte in seiner geschmeidig zähen Art den Vertrag von 1629, der für Brandenburg so ungünstig war, nicht erfüllt, weder die Summen gezahlt, zu de-

---

1) Die Angaben Pufendorfs II. 70 sind kurz und sachgemäß; für die Liebhaber von Decorationsstücken bieten die holländischen u. a. Zeitungen der Zeit ein reichliches Material, wovon denn auch einiges in das Theat. Eur. übergegangen ist; auch der Rede ist da erwähnt, „woselbsten S. kf. D. eine schöne Oration betreffend Dero Ankunft und fürnämlich den heurath gethan". Ich folge einem Schriftstück des Titels: „Memorial und wiederhohlter eigentlicher Inhalt der Propositionen, welche S. kf. D. in öffentlicher Verhandlung der Herren Staaten General am 13/23. Nov. selbst in Person mündlich abgelegt"; es ist der mit sehr vielen Correcturen versehene Entwurf der „schönen Oration".

2) Instruction vom 8. Dec. 1646: „Das Fundament dieser Alliance muß sein mutua fida firmaque amicitia et reciproca conjunctio."



nen er sich verpflichtet hatte, noch es zu der gemeinsamen Regierung in der Grafschaft Ravensberg kommen lassen.[1]) Jetzt auf ernste Mahnungen des Prinzen, vor ernsteren Schritten besorgt, die bei weiterer Weigerung zu drohen schienen, erklärte er sich zu unterhandeln bereit; er bat nur, daß ohne Vermittler und nicht durch Gelehrte, sondern durch Cavaliere verhandelt werde. Der Kurfürst sandte Burgsdorf, der einen Vertrag zu Stande brachte, welcher endlich den provisorischen Besitzstand dahin ordnete, daß Ravensberg mit Cleve und Mark dem Kurfürsten blieb, und die kirchlichen Verhältnisse in den beiderseitigen Ländern auf den Stand von 1612 zurückführte.[2]) Namentlich dieser Bestimmung hatte der Pfalzgraf, der nach Art der Convertiten die Evangelischen in seinem Bereich möglichst gedrückt und aus dem Besitz gedrängt hatte, mit dem äußersten Widerstreben endlich sich gefügt; die ganze Nacht, sagte er, habe er in höchster Angst zugebracht, in der Erwartung, daß der Teufel kommen und ihn holen werde; es tröstete ihn wenig, daß Burgsdorf ihm sagte: der Kaiser habe auch in seinen Erblanden die evangelische Religion nunmehr freigelassen; der Pfalzgraf meinte, wolle der Kaiser zum Teufel fahren, so begehre er nicht, ihm zu folgen, er habe unlängst von dem päpstlichen Nuntius in Münster einen Verweis empfangen, daß er im Religionswesen so weit gewichen.[3]) Es sollten aus

1) Ich übergehe die wiederholten Vermittelungsversuche des Polenkönigs Wladislaus, der seine jüngste Schwester mit dem Sohn des alten Pfalzgrafen vermählt hatte.

2) Der Vertrag u. a. bei Dumont VI. 1. p. 386. Das Arrangement wurde erst durch den Vertrag vom 20. Mai 1649 vollendet, in dem der Kurfürst Ravenstein an den jungen Pfalzgrafen überließ für die beiden Aemter in Ravensberg, die diesem der Vater überwiesen hatte, cf. Pufendorf IV. 24.

3) Aus den Berichten Burgsdorfs: „in summa, die Jesuiten haben diesen guten Fürsten dermaaßen im Gedräng und in der Klemme als die Schulmeister ihre Schulknaben“, Schreiben vom 12. April 1647. Sehr lehrreich ist ein Denkschreiben des jungen Pfalzgrafen an seinen Schwiegervater, den König von Polen, (9. März 1647), der zu Abschluß des Vertrages il piu vivo et efficace stimolo gewesen sei. Er bemerkt, er habe den Kurfürsten befunden: essere molto diverso di quello che alcuni spiriti inquieti hanno cercato d'imprimere.

diesen angeblichen Gewissensscrupeln noch arge Dinge genug erwachsen.

Indeß hatte sich die pommersche Frage auf das Uebelste verwickelt. Gleich nach seiner Abreise aus dem Haag erhielt der Kurfürst „sehr allarmirende Nachrichten aus Osnabrück". Schweden fordere, wird den hochmögenden Herren gemeldet (17. Dec.), nicht bloß ganz Vorpommern, sondern auch Stettin, Wollin, Stift Camin, Colberg; es werde von allen Gesandtschaften, namentlich der französischen, kaiserlichen und venetianischen, der Schluß der Tractate auf das Heftigste gefordert; es sei die höchste Gefahr im Verzuge; ja wenn der Kurfürst sich nicht entscheide, werde ihm das Werk über den Kopf weggenommen werden; Schweden erkläre, daß die Herren Staaten nichts dagegen einwenden würden, theils weil sie in Allianz mit Schweden seien, theils weil sie in derselben ausdrücklich der Krone das dominium maris baltici eingeräumt und zugestanden hätten.[1])

Allerdings hatten die Dinge in Osnabrück einen sehr üblen Gang genommen. Die Schweden glaubten, oder gaben vor zu glauben, daß der Kurfürst entschlossen sei, ihnen Pommern mit Gewalt zu entreißen, daß er mit dem Könige von Dänemark und dessen Sohn, dem Erzbischof von Bremen, im Verständniß sei.[2]) Sie hatten Trautmansdorfs Zusicherung, daß, wenn sich der Kurfürst ihrem Anspruch auf Vorpommern nicht füge, Kaiser und Reich ihnen das ganze Herzogthum übergeben und garantiren würden; sie preßten die Kurfürstlichen mit dieser argen Alternative, entweder Abschluß ohne Brandenburg und mit Verlust von ganz Pommern, oder Verständigung mit ihnen auf eine Theilung, die mit jeder neuen Erörterung für Brandenburg ungünstiger gestellt wurde.

1) Schreiben der brandenb. Geh. Räthe an die Herren-Staaten 11. Dec. 1646.
2) Schreiben Schlezers an den Oberkammerherrn Conrad von Burgsdorf, Stockholm, 5. Dec. 1646.



Der Kurfürst wurde völlig und förmlich von Kaiser und Reich Preis gegeben. Und die gleichzeitigen Verhandlungen über die Religionsbeschwerden zeigten ihm nur zu deutlich, wie die katholischen und lutherischen Stände gegen ihn eines Sinnes seien. Vergebens versuchten seine Gesandten, wenigstens Stettin — sie boten zwei Millionen Thaler als Ersatz —, wenigstens das rechte Oderufer zu retten; vergebens bemühte sich d'Avaux, den immer neuen Zumuthungen Schwedens entgegenzutreten; „man arbeitet", schreibt er, „Tag und Nacht; nichts als Conferenzen, Zuschriften, Erörterungen hin und her; aber Oxenstjerna hört nichts; Einwendungen, Vernunftgründe, Bitten, alles umsonst." Schon forderte Oxenstjerna auch Gollnow, Garz, einen Strich Landes am rechten Oderufer hinab, ja Pyritz, Colbatz; er schien dem Kurfürsten die Annahme unmöglich machen zu wollen, um ganz Pommern von Kaiser und Reich trotz Brandenburg zu erhalten.

Aber half das neue Bündniß mit den Staaten nicht? Bei den weitläuftigen Formen staatischer Verhandlungen war kaum die Vorfrage eingeleitet, und dort trat für den Augenblick alles gegen das Verlangen nach dem spanischen Frieden in den Hintergrund. Um so weniger fanden die vermittelnden Vorschläge, die Holland in Betreff Pommerns machte, den Beifall der Schweden; sie forderten nur um so mehr, um so trotziger. Nur d'Avaux zügelte sie noch; es war nicht im französischen Interesse, daß Schweden und der Kaiser in einer Weise gegen Brandenburg abschlossen, die sie solidarisch verband. Es mußte ein Abkommen gefunden werden, dem der Kurfürst zustimmte; d'Avaux versprach vollste Entschädigung, wenn der Kurfürst folge.

Servien war nach dem Haag geeilt, den Abschluß der spanisch-holländischen Präliminarien wo möglich noch zu hindern. War es ein abgekartetes Spiel, daß Schweden „auf die Extremitäten bestand", damit Frankreich auf dem Congreß den Versöhnlichen spie-

len und einstweilen im Haag gegen Spanien arbeiten könne? War nicht vorauszusehen, daß demnächst die Rollen wechseln, Frankreich mit allem Ungestüm, wie jetzt Schweden, vordringen werde?[1]) Es galt, den Moment zu treffen, wo man zwischen Scylla und Charybdis, immerhin mit einigem Verlust, hindurchschlüpfen könnte.

Der Kurfürst weilte noch in Cleve; er beauftragte Kleist, im Haag dem Prinzen und seiner Gemahlin zu melden, wie die Sachen ständen, und von ihnen zu vernehmen, ob es nicht besser sei, von zweien Uebeln das geringere zu erwählen und, wie er sich ausdrückte, „lieber etwas von unserm Lande zu verlieren, als das ganze quitt zu gehen." Er ließ den Staaten sagen, er hoffe vor aller Welt und auch bei denen, so es mit betreffe, entschuldigt zu sein, wenn er weiche, „angesehen wir von allen Interessenten verlassen und uns von niemandem mit einiger Hülfe begegnet wird."[2])

Er hatte bereits seinen Entschluß gefaßt; er hatte Wittgenstein, der nach Cleve gekommen war, zur Eile zu mahnen, mit seinen letzten Erbietungen zurückgesandt. Am 7. Januar empfing d'Avaux des Grafen Eröffnungen: der Kurfürst sei gewillt, Vorpommern gegen angemessene Entschädigung den Schweden zu überlassen. Als Entschädigungen wurden in Aussicht genommen die Bisthümer Camin, Minden, Halberstadt, das Erzstift Magdeburg nach dem Tode des derzeitigen Administrators August von Sachsen.

Aber die Schweden weigerten sich, vorerst irgend einen Vorschlag mehr anzunehmen, sie hätten lange genug gewartet; sie seien es müde, herumgezogen zu werden. Es kostete die Arbeit mehrerer Tage, daß sie nur erst Gehör schenkten; die Forderung der Oderlinie wiesen sie mit Lachen hinweg; mit Mühe gelang es den Vermittlern, Colberg, mit größerer Mühe, die Abtretung der Domainen

1) Das war die Ansicht, die Kleist in einem Schreiben aus dem Haag, 27. Jan. 1646, dem Kurfürsten darlegte.

2) Schreiben des Kurfürsten an Kleist, Cleve 2. Jan. 1647.

in Hinterpommern, die schwedischen Officieren überwiesen waren, zu erhalten; den Besitz von Gollnow, die Simultanbelehnung hielt Oxenstjerna auf das Hartnäckigste fest, und durchaus beharrte er dabei, daß Schweden am rechten Oderufer hinab einen Strich Landes behalten müsse; es wurde der Ausweg gefunden, die Bestimmung der Breite dieses Striches später in gütlicher Verständigung zu finden. Der Versuch der Kaiserlichen, die Verhandlung zu stören, noch unmittelbar vor dem Abschluß wiederholt, scheiterte.[1]) Am 28. Jan. wurden die festgestellten Punkte, auf die energische Forderung d'Avaux's schriftlich verfaßt und von den beiden Partheien unterzeichnet, der französischen Gesandtschaft übergeben.

Tags darauf kamen neue Weisungen aus Stockholm: die Königin befehle, daß auch nicht ein Fuß breit von Pommern abgetreten werde. Sofort versuchten die schwedischen Herren, alles mühsam zu Stande Gebrachte wieder in Frage zu stellen.[2]) Zugleich erhob sich bei der Frage der Entschädigung Brandenburgs Widerstand von allen Seiten. Es protestirte der Administrator von Bremen als erwählter Coadjutor von Halberstadt, es protestirte das Haus Braunschweig wegen der Nachfolge in Magdeburg, da vor Kurzem ein welfischer Prinz für diese designirt war; den Titel von Minden führte der eifrig katholische Bischof von Osnabrück, Mecklenburg hoffte das Stift als Entschädigung für Wismar, Braunschweig wünschte es ich weiß nicht für welche Verdienste. Traut-

---

1) D'Avaux schreibt: En effet les Impériaux ont tonjonrs appnyé et favorisé jusqn' an bout la prétention des Suèdois sur toute la Poméranie non senlement affin d'être qnittes de la récompense destinée á l'Electenr de Br., mais aussi pour se rendre nécessaires à la couronne de Suède, après qu'elle lui auroit fait tant maltraiter ce Prince. Aus d'Avaux Mem. vom 22. Febr., in den Nég. hist. IV. p. 25.

2) d'Avaux Memoiren vom 22. Febr. 1646 in den Nég. secr. IV. p. 27. Dort, im Pufendorf, in den Acten des Berliner Archivs ist ein überreiches Material für diese Verhandlungen, von denen ich hier nur das Wesentlichste geben konnte.

mansdorf erklärte, Braunschweig habe schon, als nur erst von Magdeburg und Halberstadt die Rede gewesen, gedroht, den Krieg fortzusetzen; gebe man auch Minden dahin, so sei das Aeußerste zu befahren. Ihm ward entgegnet, daß dann die Forderungen für Brandenburg auf Schlesien gerichtet werden würden. Das vor Allem fürchteten die Kaiserlichen; mochten lieber noch so viele Hochstifte, die sie 1629 zu restituiren gedacht, geopfert werden, zumal wenn darüber zwischen den Evangelischen selbst desto mehr Hader entstand.

Und während in Betreff Brandenburgs die Frage sich mit jedem Tage unlösbarer zu verwirren schien, tagten die Gesandtschaften beider Kronen in Ulm mit Baiern; es kam im März zum Waffenstillstand, dem sich auch Cöln, Mainz, Darmstadt anschloß.

Der Kaiser hatte seine letzten Bundesgenossen im Reich verloren; „Trautmansdorf kommt täglich in die Wohnung des Herrn d'Avaux, wie ein armer Supplicant um Gnade und Erbarmen zu bitten." In seiner Gegenwart sagte d'Avaux zu den schwedischen Gesandten: „kurz wir sind die Herren; sie müssen thun, was wir wollen." [1])

Der Friedensschluß.

Wir sahen, es gab einen Moment, wo Friedrich Wilhelm die Waffen gegen Schweden zu erheben im Begriff stand. Er gewann es über sich, den Bedenken seiner Räthe zu weichen, vielleicht in der Hoffnung auf das Bündniß, das demnächst im Haag geschlossen werden sollte, in der Hoffnung, mit den Staaten vereint eine dritte Parthei zu bilden, eine Parthei des Friedens, des Gleichgewichts in Deutschland und Europa, der erhaltenden Politik.

---

1) Motifs de la France pour la guerre d'Allemagne, p. 443.

Die Herren von Holland rechneten anders. Ihnen war der Kurfürst willkommen gewesen, um die stuartischen Pläne im Haag zu kreuzen; nachdem es geschehen, hatten sie mit jener Allianz keine Eile; kaum daß die ersten vorläufigen Besprechungen nach Monaten zu Stande kamen. Die Rückgabe der clevischen Plätze, in denen noch staatische Besatzung lag, weigerten sie unter begütigenden Vorwänden.

Der Kurfürst mußte erkennen, daß er nicht richtig combinirt hatte. Seit dem Tode des Prinzen Statthalter, bei dem tiefen Mißtrauen gegen seinen Nachfolger und dessen Tendenzen, unter dem heftigen Ringen der spanischen und französischen Einflüsse im Haag verlor die Politik der Staaten mehr und mehr ihre Richtung; sie wurde unberechenbar.

So blieb dem Kurfürsten, dem herrischen Ungestüm der Schweden gegenüber, keine andere Hülfe als die französische; und wir sahen, mit wie lebhaftem Eifer, mit welchem Erfolg sich d'Avaux bemühte.

Dafür, so hieß es, erwarte man auch, daß der Kurfürst seinen Einfluß im Haag, namentlich bei der Prinzessin Mutter im Interesse Frankreichs verwenden werde, „das ja allein seine Sache vertrete.“ [1]) Man ließ merken, daß man auf die Dankbarkeit, auf aufrichtige und völlige Hingebung des Kurfürsten rechne.

Ihn verletzte der zugleich zudringliche und hoffärtige Eifer dieser französischen Herren, die Art, wie sie ihr Verdienst um ihn herausstrichen, der Ton, den sie gegen ihn sich erlaubten. [2]) Und wenn ihm aus Paris die Aeußerung des dortigen Ministers gemeldet wurde, „man bedaure, daß er so zurückhaltend sei, werde aber trotz

---

1) Schreiben an den Herzog von Longueville, 29. Jan. 1647. Nég. secr. IV. p. 13.

2) So d'Avaux's Schreiben an den Kurfürsten, 24. Febr. 1647 (Nég. secr. IV. p. 30), mit der Anrede Monsieur statt Monseigneur.

dem für ihn thun, was man könne, ohne mit Schweden zu brechen" [1]), so bestätigte das seine Voraussetzung, daß für Frankreich im entscheidenden Augenblick das Einvernehmen mit Schweden immer wieder maaßgebend sein werde.

Allerdings hatte d'Avaux den immer neuen Forderungen der Schweden gegenüber die Punctationen vom 28. Jan. mit Entschiedenheit festgehalten, hatte auch heftige Worte nicht gespart, den Launen und Maaßlosigkeiten der Schweden entgegenzutreten, hatte endlich die Frage der schwedischen und brandenburgischen Entschädigungen so weit geordnet, daß (Anfang Mai) die betreffenden Artikel geschlossen werden konnten. „Um des edlen Friedens willen" hatte der Kurfürst nachgegeben. [2])

Aber inzwischen hatten jene Verhandlungen in Ulm die Lage der Dinge außerordentlich verändert; der Abfall Baierns war vor Allem ein Erfolg Frankreichs; Frankreich sammelte die alten Gegner Schwedens, Baiern, Cöln, Mainz um sich, während Schweden, wie gewaltig es mit seinen Heeren in Deutschland sein mochte, weder Brandenburg, noch Sachsen, noch die Welfen für sich hatte. Die Spannung zwischen beiden Kronen fand immer neue Nahrung; „mag man in Stockholm nicht vergessen, schreibt Mazarin, daß die Schweden mehr fürchten müssen, uns zu verlieren, als wir Lust haben, sie zu halten." [3]) Um so schroffer kehrten die schwedischen Herren den evangelischen Eifer hervor; sie forderten Parität in den Reichsgerichten, Religionsfreiheit in den kaiserlichen Erblanden; sie

1) Schreiben des brandenburgischen Agenten Vicquefort, 8. März 1647. Lionne habe zu ihm gesagt: Que V. A. E. s'estoit tenu trop couvert ce que n'aurait pas empeché de faire pour Elle .... si on l'eut pu faire sans rompre absolument avec les Alliés.

2) So in einer lehrreichen Recapitulation dieser Verhandlungen, die Burgsdorf am 14. Jan. 1648 dem Dresdener Hofe machte. Daher in der Friedensformel (I. P. O. XI. 1) als Grund der Entschädigung für den Kurfürsten: quod ad promovendam pacem universalem juribus suis in Pomeraniam .... cesserit.

3) d'Avaux an Mazarin, 14. Mai 1647, bei Bougeant III. p. 288.



verwarfen für den Besitzstand der Evangelischen im Reich das Normaljahr 1624, das Trautmansdorf zugestanden; sie forderten durchaus Herstellung auf den Stand von 1618. Man war in Paris in großer Aufregung; nichts anderes, hieß es, wolle Schweden, als ein lutherisches Kaiserthum, und es werbe dafür, daß es dem Fürsten zufalle, welchen die Königin zu ihrem Gemahl wählen werde.

Wrangel sammelte die Völker, die im oberen Deutschland frei geworden, am Main, setzte sich nach Böhmen in Marsch; wie konnte von dem Kaiser nach dem Abfall Baierns noch Widerstand erwartet werden; wollte er nicht das Aeußerste befahren, so mochte er eilen, auf dem Congreß das nachzugeben, was Schweden forderte und Frankreich fürchtete.

Die Katholischen in Münster waren in der größten Sorge, daß es geschähe; von Frankreich ermuntert und gedeckt, traten sie den schwedischen, den evangelischen Forderungen heftig und höhnisch entgegen: „man müsse endlich den Religionskrieg beginnen, und Gott alles befehlen.“ Zugleich arbeiteten die Jesuiten, die spanischen Einflüsse am Kaiserhofe; sie verdächtigten Trautmansdorfs Eifer für den Frieden; er wurde zurückberufen. Man bot alles auf, die Truppenmacht in Böhmen zu verstärken, der Kaiser selbst ging nach Eger. Sofort nach dem Abfall Baierns waren kaiserliche Avocatorien an die in bairischem Dienst stehenden Völker erlassen worden; sie hatten auf das in so schnödem Wechsel der Politik demoralisirte Heer rasche Wirkung, auch Johann von Werth und andere Generale gingen zum Kaiser über. Maximilians Armee begann sich „aus Unlust zum Frieden und wegen des kärglichen Soldes“ aufzulösen. Das Glück Oestreichs schien sich noch einmal zu erheben.

Mit äußerster Sorge sah Friedrich Wilhelm diesen Gang der Dinge; er sah sich, mochte Schweden, mochte der Kaiser siegen, am Rande des Verderbens. In einer höchst denkwürdigen Aufzeich-

nung [1]) erörtert er seine Lage." Jetzt, sagte er, müsse er sich zu einer Parthei entschließen; aber welche Parthei könne er noch wählen? Sich zum Kaiser zu wenden, sei zu spät, würde die Marken vorerst den Schweden Preis geben; eine Niederlage könne die kaiserliche Macht völlig und für immer niederwerfen; und wenn sie siege, so habe ja die Erfahrung gezeigt, was Brandenburg von Oestreich zu erwarten habe; den Katholischen gelte einmal als Regel, daß den Ketzern kein Glaube zu halten sei. Die Parthei der Schweden zu ergreifen, sei nicht minder trostlos; jedermann wisse, wie sie bisher mit Brandenburg verfahren. Man werde vielleicht meinen, er solle in dem Stande, wie bisher, bleiben, alles Ungewitter über sich ergehen lassen; es sei unmöglich, sein Land gehe darüber zu Grunde. Er sieht keine Hülfe als eine Allianz mit Schweden, offensiv oder defensiv, „damit", so sagt er, „wird für die Zukunft entstehen, daß ich mich durch eine Armee considerabel machen, auch nachmals mit der Landgräfin, mit Braunschweig und Lüneburg mich conjungiren könnte, um dann den Schweden, wenn sie gar zu unbillig werden, vorzuschreiben, was wir denn wollten; und wird der Kaiser nachmals erfahren, daß er getreue Chur- und Fürsten im Reich gehabt; man wird künftig daraus schließen, daß es nicht aus Leichtfertigkeit geschehen, sondern aus Liebe zum Reich und eines jedweden Vaterland; denn was wäre dem Kaiser und dem Reich gedient mit armen, von Land und Leuten verjagten Chur- und Fürsten." Er halte also dafür und

1) „Bedenken ob Ich einige partie itzo oder ins Künftige annehmen solle, darinnen etliche obstacula, welche vorgewandt werden mochten, als nemlich, das man sich dem Kaiser, dem Reiche, Polen und Spanien hiedurch zuwider machen würde und dan warum man diese Schwierigkeiten aus dem Weg räumen solle und müsse". Das Schriftstück ist nicht datirt; auf dem Umschlag findet sich — wohl von C. W. v. Raumers Hand — die Notiz „bald nach dem Regierungsantritt"; und Ranke, Neun Bücher I. p. 41., der dieß Actenstück benutzt hat, nennt es „einen Aufsatz, der aus den ersten Regierungsjahren des Kurfürsten übrig ist". Aus dem Inhalt ergiebt sich, daß es nach dem März und vor dem Juli 1647 geschrieben ist.



schließe dahin, „daß solche Allianz in Gottes Namen anzufangen, auch künftig bei der Posterität genugsam zu verantworten sei".

Allerdings befahl er, daß seine Räthe in diesem Sinn verfahren sollten [1]); aber Wittgenstein und Fromhold, die zu diesem Zweck nach Schweden gehen sollten, machten begründete Einwendungen; sie baten, erst mit Adler Salvius, der sich immer den Interessen Brandenburgs geneigter gezeigt hatte, von der Sache sprechen zu dürfen; auch dieser widerrieth die Sendung. Schon hatte sich die Lage der Dinge durchaus geändert.

Vergebens hatte Wrangel in Böhmen einzudringen versucht; die Kaiserlichen zwischen Eger und Pilsen hielten ihm Stand. Die Spanier in den Niederlanden, jetzt nicht mehr von Holland her gefährdet, ergriffen die Offensive; Turenne wurde schleunigst dorthin beordert, aber der Kern seines Heeres, die alten Weimaraner, voll Wuth, daß man sie „wie Sclaven nach Frankreich führen wolle", empörten sich, zogen neun Regimenter stark von dannen in ihre Heimath. Selbst die Neutralität hatte Cöln nicht gegen den Uebermuth der Schweden geschützt; der Kurfürst sagte die Neutralität auf. Der alte Baiernherzog, dem die Schweden auf dem Congreß auch die Kurwürde zu entziehen forderten, näherte sich dem Kaiser, schloß mit ihm (im Sept.) den Pilsener Vertrag. Immer schwerer wurde es Wrangel, sich in der Oberpfalz zu behaupten; endlich im Oktober begann er seinen Rückzug durch Thüringen nach Niedersachsen; die Kaiserlichen folgten ihm, drängten ihn über die Weser, brachen in Hessen ein.

Aber zugleich hatte Frankreich die größten Erfolge in Italien davon getragen; auch Neapel hatte sich empört, sich unter dem Schutz Frankreichs als Republik constituirt.

Der spanische Hof setzte seinen ganzen Einfluß in Wien daran,

1) „Dieses ist nun meine intention und meinung, und begehre Ihr als Räthe solche zu secundiren".

daß der deutsche Krieg fortgesetzt werde; dann war Frankreich um so weniger im Stande, große Kräfte auf Italien zu verwenden. Und schon hatten die spanischen Waffen in Catalonien Lerida wieder genommen und behaupteten es; Erzherzog Leopold Wilhelm drang an der Sambre vor, nahm Landrecis; mit dem Kriegsvolk des Lothringers vereint, bedrohte er die Picardie.

Die europäische Krisis war in ihrer vollsten Höhe. Alle bisher auf den Frieden gewandte Mühe schien vergebens, Alles stand wieder in Frage.

Jetzt kam dem Kurfürsten ein Erbieten Frankreichs höchst lockender Art. Schon im April war in Paris der Wunsch geäußert, daß er seine Truppen dem Könige abtreten, lieber noch, daß er die Parthei der beiden Kronen nehmen möge, man werde ihm dafür alle Vortheile, die er nur wünsche, gern zukommen lassen.[1]) Jetzt nach dem Abfall der Weimaraner, den man auf das Peinlichste empfand, galt es um jeden Preis, deutsche Völker als Ersatz zu schaffen. Man bot dem Kurfürsten eine Allianz „zur Sicherung und Förderung des Friedens"; Frankreich versprach, daß die ihm als Aequivalent bestimmten Territorien, so wie die von den Schweden in den Marken noch besetzten Plätze ihm sofort eingeräumt werden sollten, und „zur besseren Effectuirung", damit er „12,000 Mann auf den Beinen haben könne", bot Frankreich jährlich eine halbe Million Kronen „ohne Wiedererstattung".[2])

1) Briefe von Vicquefort vom 2. und 27. April 1647: On m'a fait donner grande espérance sous main. Die Franzosen hatten, ohne beim Kurfürsten anzufragen, Werbungen in Preußen versucht, aber die Regimentsräthe hatten sie untersagt, worüber man in Paris sehr ungehalten war: C'estoit la moindre recognoissance, que l'on estoit obligé de rendre aux Princes dont on a besoin, sagte Brienne zu Vicquefort.

2) Es liegen über diese Allianz zwei sehr lehrreiche Begutachtungen vom Kanzler Götze und, wie es scheint, von Schwerin (ohne Datum) vor, beide sind für die Ablehnung. Diese Gutachten fallen nach den historischen Angaben, die sie enthalten, in den August.

Mit aller Höflichkeit nahm der Kurfürst diese Erbietungen entgegen, ließ sich auch auf weitere Verhandlungen darüber ein.[1]) Aber unmöglich konnte er sich darüber täuschen, daß „die Sicherstellung des Friedens" nur auf Fortführung des Krieges und gegen den Kaiser gemeint sei, daß Frankreich Brandenburg nur „zu einem Instrument neuer Unruhe im Reich und wider das Haus Oestreich und dessen Anhänger" gebrauchen wolle.

Schon vorher, noch ehe der Pilsener Vertrag geschlossen war, wurde von Wien aus ein Project betrieben, das auch von Kopenhagen aus lebhaft empfohlen wurde; es war „ein Verbündniß zur Vertreibung der Schweden"; man rechnete auf den Beitritt Sachsens, Braunschweigs, der Hansestädte; der Kaiser sandte Blumenthal, auch Brandenburg für diesen Plan zu gewinnen.[2]) Es gab im Rath des Kurfürsten Stimmen, die den Beitritt empfahlen, „nicht als ob für E. Kf. D. großer Nutzen dabei sein werde, denn Dänemark und die Staaten werden entweder Pommern für sich behalten wollen unter dem Vorwand, daß E. Kf. D. es nicht genug gegen Schweden schützen können, wie jetzt Frankreich mit Casale thut, oder sie werden die Kriegskosten so hoch anstrengen, daß sie E. Kf. D. unerschwinglich sein würden; zu geschweigen, was dem Herzogthum Preußen widerfahren könnte, wenn man mit Schweden feind wäre; sondern weil es disreputirlich wäre, wenn E. Kf. D. die Hände in den Schooß und nicht mit anlegten?" [3])

1) Pufendorf scheint III. 20. diese Verhandlungen zu meinen, doch hat er die Actenstücke wohl nicht vor sich gehabt, die ich benutzen konnte. Seinen Ausdruck: quam in rem Elector valde pronus erat, kann ich nicht für sachgemäß halten.

2) Das kaiserliche Schreiben ist vom 14. Juli; des Kurfürsten Resolution aus Cleve, 15. Oct. 1647. Blumenthal hatte als kaiserlicher Kriegscommissar schon im Frühjahr 1647 dem Kurfürsten gegen die Anmaaßungen des Bischofs von Osnabrück, der von der Grafschaft Mark Verpflegung für 3000 Mann forderte, gute Dienste geleistet.

3) Aus dem oben angeführten (Schwerinschen) Gutachten. Die Ligue zwi-

Der Kurfürst faßte die Lage der Dinge anders; sie erschien ihm drohender, als in irgend einem früheren Moment. Seit der mit Baiern geschlossenen Conjunction fühlte man sich am Kaiserhofe obenauf; „man glaubt, man bedürfe keines Menschen mehr".[1] „Wenn diejenigen Stände, die neutral geworden, wieder in den Krieg eintreten, so wird die höchst verderbliche Kriegsflamme nur immer mehr und weiter angezündet, das Werk wird zu einem Religionskrieg hinausschlagen"; so der Kurfürst; er fürchtete den Sieg der einen Parthei eben so wie den der andern. Wenn die Katholischen triumphiren, so ist es um die politische Libertät und das Kleinod des Glaubens zugleich gethan; wenn sie mit fremder Hülfe feste Punkte am Elbstrom und an der Seeküste gewinnen, so werden diese den Spaniern, die jetzt Frieden mit den Staaten haben, oder den Staaten und den Dänen überlassen werden; und wenn die Schweden siegen — schon sind schwedische Kriegsschiffe in der Elbe erschienen — so werden sie auch in der Westsee festen Fuß fassen, das dominium dort wie in der Ostsee suchen; das wird England so wenig wie Dänemark und Holland dulden wollen; es wird ein neuer furchtbarer Kampf über den ganzen evangelischen Norden Deutschlands sich ergießen. Schon haben die Schweden gedroht, daß sie, wenn die Katholischen vordringen, Pommern auf viele Meilen Weges mit einem „liefländischen Zaun" umziehen, das ist, alles in Asche legen werden, damit ihren Gegnern unmöglich werde, ihnen zu folgen.[2])

Es gab nur ein Mittel, dieser ungeheuren Gefahr zu begegnen.

Schon waren auf dem Congreß die Satisfactionen für Frankreich, für Schweden, die wichtigsten Fragen über die Religionsver-

schen Spanien, Brandenburg und den Staaten, die im Mai 1647 für ausgemacht gehalten wurde (Négoc. secr. IV. p. 103), ist, so viel ich sehe, nie ernstlich in Rede gewesen.

1) Ewald von Kleistens Bericht aus Prag, 2. Oct. 1647.

2) Dieß aus der höchst lehrreichen Instruction für Burgsdorf, 11/1. Decb. 1647, deren Anlaß sich gleich ergeben wird.



hältnisse im Reich festgestellt, wenn auch die Kaiserlichen die früher so gut wie zugestandene Freiheit der Religion in den Erblanden wieder in Frage stellten. Man mußte, das war Friedrich Wilhelms Ansicht, das so mühsam bis auf diesen Punkt gebrachte Friedenswerk, dem er selbst so große Opfer gebracht, festhalten, es mußte alles an die Durchführung dieses Friedens gesetzt werden. Ihm schien der Moment gekommen, die größeren Stände in diesem Sinn zu vereinen, sich mit ihnen zur Aufstellung einer bewaffneten Macht zu verbinden, die sich „beiden kriegenden Theilen considerabel machen“, den Frieden erzwingen könne.

Friedrich Wilhelm — noch weilte er in Cleve — sandte Burgsdorf an den braunschweigischen Hof und nach Dresden; er ließ dort erklären, daß er ein für alle mal resolvirt sei, keinen Krieg mehr zu haben oder zu dulden, es möge auch gehen, wie es wolle; er erbot sich, 5000 Mann aufzubringen, und forderte sie auf, dasselbe zu thun, und diese Truppen dann so nach Magdeburg hin aufzustellen, daß man um diesen höchst wichtigen Platz, der in Gefahr sei, in zwei oder drei Tagen 15000 Mann vereinigt haben könne; auf den äußersten Fall werde Brandenburg mit zwölf, ja fünfzehn tausend Mann eintreten.[1])

Seit dem Pilsener Vertrage hatte Wrangel es aufgegeben, in Böhmen einzudringen, auch aus Niedersachsen, aus Hessen hatte er weichen müssen; er war auf das linke Mainufer zurückgegangen. Ihm gegenüber, seine Verbindungen mit Norddeutschland sperrend, standen die Kaiserlichen unter Holzapfel von Fulda an längs dem Südabhang des Thüringer Waldes, auf ihrem linken Flügel die Baiern; zugleich drang Lamboy, gleichsam ihr rechter Flügel, vom Cölnischen aus durch Westphalen bis tief nach Friesland hinab vor. Wenn jetzt Norddeutschland sich erhob, so schien

1) Mir liegen über diese Sache die Instructionen und Berichte Burgsdorfs, so wie die kursächsischen Verhandlungen (aus dem Dresd. Archiv) vor. Pufendorf hat sie übergangen.

der Schwedenmacht der Garaus gemacht werden zu können. Mit den größten Versprechungen versuchte der Kaiserhof den Kurfürsten zu sich herüberzuziehen; er bot nicht bloß ganz Pommern, sondern auch die Ueberlassung der vier Bisthümer, die ihm als Entschädigung zugesichert waren, auch das Kriegsobristenamt, wie es der Erzherzog Leopold Wilhelm gehabt, das Kreisdirectorium des niedersächsischen und westphälischen Kreises [1]).

Der Kurfürst lehnte so lockende Erbietungen ab; er wiederholte seine Bitte, „Ks. Maj. wolle nicht durch längeren Gebrauch der zweifelhaften Waffen, sondern durch friedliche Consilia und Disponirung sämmtlicher Interessenten zur Annahme billig mäßiger Bedingungen den Frieden schaffen". Er sandte Ewald von Kleist an den kaiserlichen Hof, dringende Vorstellungen wegen endlicher Ueberweisung der Festung Hamm zu machen, damit auch dort die höchst nöthige Neutralität möglich werde.

Er hatte die Sorge, daß man in Wien, um Kursachsen zu gewinnen, dessen jülichsche Ansprüche wieder hervorkehren [2]), Hamm oder Jülich den Sachsen überweisen werde. Die Kaiserlichen dehnten sich im Jülichschen aus, und Pfalz Neuburg begann, trotz des neulich geschlossenen Vertrages, wieder die Evangelischen zu drücken. Unter diesen Umständen hielt Friedrich Wilhelm für nothwendig, sich auf das Aeußerste gefaßt zu machen, während er die Unterhandlungen in Dresden mit Eifer fortsetzen ließ. Es wurden die brandenburgischen Völker im Clevischen verstärkt, das „clevische Defensionswerk" begann die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen. Gingen die Braunschweiger und Sachsen auf des

1) Diese Erbietungen wurden (im Nov.) durch den Paderbornschen Kanzler Buschmann gemacht, Meiern IV. p. 799 ff. Eine Andeutung darüber hat Pufendorf III. 21. In den Burgsdorfischen Verhandlungen wird auf sie Beziehung genommen, weitere Acten haben mir darüber nicht vorgelegen.

2) Daß der kaiserliche Secretair mit dieser Offerte nach Dresden gekommen, berichtete Burgsdorf aus Lichtenberg, 2. Jan. 1648.

Kurfürsten Pläne ein, so war die dritte Parthei da, und mächtig genug, entscheidend zwischen die Kämpfenden zu treten.

Während von Wien aus der Geheim-Secretair Schrötter nach Dresden gesandt wurde, den Burgsdorfischen Verhandlungen irgendwie noch eine für Oestreich günstige Wendung zu geben, sprachen die Schweden in den drohendsten Ausdrücken über dieß Vornehmen, das „ihr ganzes Werk über den Haufen stürzen könne"; man müsse Kurbrandenburg nicht aufkommen lassen, man müsse die Extreme versuchen und den Ausgang Gott anheim geben. Man schickte sich an, zum nächsten Frühling „ein großes Volk hinauszubringen"[1]), es hieß, daß Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrück es führen werde, der Schwestersohn Gustav Adolphs.

Nicht minder bedenklich erschien dem französischen Hof die Bildung einer dritten Parthei im Reich; „sie verspricht uns nichts Gutes", schreibt d'Avaux an Cardinal Mazarin, „die Deutschen sind alle einig im Haß gegen die Fremden."[2]) Und in Frankreich selbst begann es zu gähren; es waren die Anfänge der Fronde.

Auch an Kurcöln, an Baiern hatte Friedrich Wilhelm sich gewandt, und seine Erbietungen fanden bei beiden freundliche Aufnahme.[3]) Es zeigte sich deutlich, daß in München die Rücksicht auf Frankreich größer war, als die wieder erneute Freundschaft mit dem Kaiser; man müsse, lautete die bairische Antwort, in den Kaiser dringen, nicht ein so genaues Auge auf die ausländischen Sachen zu schlagen und selbige so tief mit dem deutschen Wesen zu vermischen; es gebe kein andres Mittel, den deutschen Frieden zu schaffen, als eine

1) Schlezers Berichte aus Stockholm, namentlich vom 25. Dec. 1642, 1. Jan., 12. Feb., 4. März 1648.

2) Schreiben von d'Avaux, 30. Dec. 1647: Le tiers parti qui se forme entre les Electeurs de Saxe et de Brand. et la maison de Brunswick auquel d'antres princes entreront, ne nous promet rien de bon .... (Bougeand III. p. 396).

3) Otto v. Schwerins Sendung nach Cöln, 31. Oct. Brief eines Ungenannten (quem nosti) an Burgsdorf aus München, 27. Dec. 1647.

„förderſame beiderſeits ſchiedliche Vereinigung und Zuſammentretung ſämmtlicher Stände“. In den eben jetzt dem Congreß vorliegenden Religionsfragen zeigte Baiern, wie Cöln die verſöhnlichſte Stimmung.[1])

Aber am Kaiſerhofe ſprach man beſtimmter als je aus, „daß der deutſche ohne den ſpaniſchen Frieden mit Frankreich keinesweges gemacht werden, auch Kaiſ. Maj. von der Krone Spanien Intereſſe nimmermehr ſich trennen, noch es außer Acht laſſen könne.“[2]) Die kaiſerlichen Diplomaten waren ſichtlich bemüht, die Congreßhandlungen hinzuhalten; ſie brachten mehrere Forderungen vor, die der ſchon feſtgeſtellten ſchwediſchen Satisfaction entgegen waren, ſie nahmen Dinge, die Trautmansdorf ſchon zugeſtanden, wieder zurück; ja ſie machten ebenſo, wie Schweden, Anſpruch auf einige Millionen Satisfaction für die kaiſerliche Soldatesca, die das Reich aufbringen müſſe.[3])

Kleiſtens Aufenthalt am Hofe zu Prag wurde immer peinlicher; er bat den Kurfürſten, ſich auf einige Wochen beurlauben zu dürfen.

Noch im October hatte der kaiſerliche Feldherr Holzapfel, der alte ſtrenge Reformirte, den Kurfürſten zur Vereinigung mit dem Kaiſer aufgefordert[4]); jetzt überzeugte auch er ſich von der Nothwendigkeit der „dritten Parthei“, empfahl ſie den heſſiſchen Landſtänden. Seit dem Herbſt war der Würzburger Biſchof Johann Philipp von Schönborn zum Erzbiſchof von Mainz gewählt; er ließ dem Kurfürſten ſeine volle und freudige Zuſtimmung zu dem, was er im Werk habe, melden; er möge nur darauf dringen, daß

1) Friedrich Wilhelm an Maximilian, 18. Jan. 1648, deſſen Antwort 22. Jan.

2) Schreiben Maximilians von Baiern an Friedrich Wilhelm, 29. Jan. 1648.

3) Aus der Burgsdorfiſchen Verhandlung in Dresden, 14. Jan. 1648. (Dresd. Arch.). Pufendorf de reb. Suec. XIX. 220: Ita dum a prius conventis aut oblatis tam longe nunc recedunt Caesarei, haud obscure patebat, nihil ipsos aliud agere, quam ut ludificando pacem extraherent.

4) Holzapfel an den Kurfürſten 23/13. Oct. 1647. Das Folgende nach Rommel IV. p. 724 ohne Zeitangabe; die Verhandlung mit den heſſiſchen Ständen war Mitte Nov.

bei dem, was vom Grafen Trautmansdorf schon zugestanden, beharrt werde, wenn auch der Bischof von Osnabrück und andere geistliche Fürsten dem Kaiser hart anlägen, es zu limitiren.[1]) Auch die Landgräfin sandte einen ihrer vertrautesten Räthe nach Cleve: sie sei bereit, wenn ohne Nachtheil ihrer Entschädigung ein allgemeiner deutscher Frieden erreicht werden könne, ihre Verbindung mit den beiden Kronen aufzugeben und an ihrem Theil so viel zu thun, daß die Verfassung der „evangelischen Union" auf 30,000 Mann komme.[2])

So schien sich alles nach Wunsch zu fügen. Wenn Kursachsen zustimmte, so traten die mächtigsten evangelischen Fürsten unter Zustimmung von Baiern, Cöln, Mainz zwischen die Kämpfenden; und sie waren stark genug, den Frieden zu erzwingen.

Seit drei Wochen unterhandelte Burgsdorf in Lichtenberg; vergebens wies er darauf hin, wie sie alle zu Grunde gingen, wenn sie länger so sitzen blieben, vergebens erklärte er, daß Brandenburg mit Sachsen dafür stimmen wolle, den Kaiser in seinen Erblanden in Sachen der Religion nicht so hoch zu restringiren. Mit jeder neuen Besprechung zeigte sich der alte Kurfürst zäher; endlich gab er die Erklärung: „was Brandenburg wolle, sei schön und gut, aber nicht räthlich, man müsse besorgen, daß solche neue Union den Schweden so gut, wie dem Kaiser und den Katholischen nicht wenig Nachdenken verursachen werde; seit dem Prager Frieden seien die Evangelischen weder vom Kaiser, noch von den katholischen Ständen gekränkt worden."[3]) Nun wurden auch die braunschweigischen Herren

1) Blumenthals Schreiben an den Kurfürsten, Frankfurt a. M., 12. Decb. 1647.

2) Rommel IV. p. 734. Diese Verhandlung scheint sehr geheim betrieben zu sein, um dem Kaiserhof nicht „Ombrage zu geben".

3) Burgsdorfs Schreiben aus Zossen, 20. Jan.: „Ich beklage nichts mehr als die edle Zeit, die ich in dem verfluchten Lichtenberg habe zubringen müssen".

bedenklich: wenn Kursachsen zweifelhaft sei, könnten sie sich nicht pure erklären.[1]) Natürlich, daß auch die Landgräfin sich zurückzog.

„Kursachsen hat ein viel andres Absehn; den Räthen dort spukt noch der Pragerische Frieden im Kopf, vermeinen, wenn derselbe fiele, welcher doch allbereit ziemlich durchlöchert, werde die chursächsische Reputation auch fallen, und ihre Intention, als wenn Kursachsen der Evangelischen Dictator sein sollte, gleichsam labefactirt werden". So war Burgsdorfs Ansicht.

Allerdings war die evangelische Dictatur Sachsens dahin. Schon war so gut wie festgestellt, daß Pfalzgraf Carl Ludwig wenigstens die Unterpfalz zurückerhalten und eine achte Kurwürde für ihn gegründet werden würde. Und wie stolz stand das reformirte Kassel da, wie mächtig erhob sich das reformirte Brandenburg. Noch versuchte Kursachsen, wenigstens in die Friedensartikel Bestimmungen zu bringen, die die Calvinisten niederhielten; durchaus nicht als Augsburgische Confessionsverwandte sollte sie gelten dürfen, geduldet sollten sie sein, „wenn sie wollten und sich ruhig verhielten".

Mit äußerster Entrüstung las der Kurfürst diese Meldungen. Er erließ Befehl an seine Gesandten, beim Congreß zu erklären: „er sei nicht gesonnen, sich von der Augsburgischen Confession und deren Namen ausschließen zu lassen und bei seinen mehrentheils lutherischen Unterthanen den Namen zu haben, daß er sich gleichsam in ein neues Recht einbetteln müsse, da er sich mit Mund und Hand zur Augsburgischen Confession bekenne". Er forderte, daß im Friedensinstrument die beiden so nah verwandten Bekenntnisse mit dem gemeinsamen Namen „evangelisch" bezeichnet werden sollten, er werde in die Insertion eines besondern Artikels von den Reformirten nicht einwilligen, „sondern dasselbe an dem Ort suchen, da er es wohl erlangen wolle und sich dabei mainteniren".

---

1) Burgsdorfs Gesammtbericht über seine Mission, Cleve 4. Mai 1648.

Diese sehr ernste Sprache verfehlte ihren Eindruck nicht, zumal ein Schreiben Schwerins an Fromhold bekannt wurde, in dem es hieß: „er bitte um Gottes Willen, man möge sehen die Sache in Ordnung zu bringen; der Kurfürst habe mit beweglichem Eifer unter Vergießung vieler Thränen in der Geheimrathssitzung von der Sache geredet und sich erklärt, daß, wenn man ihn nicht für einen Augsburgischen Confessionsverwandten halten und so nennen wolle, er bei dem evangelischen Wesen ferner nichts thun, sondern die Hand abziehen wolle". Am 13. April kam der VII. Artikel des Friedens in der Fassung zu Stande, der den Reformirten das gleiche Recht mit den Lutheranern gewährte, und zwar in einer Formel, die sie als innerhalb des Augsburgischen Bekenntnisses stehend bezeichnete. Die wiederholten Proteste, die noch Kursachsen erhoben hat, schließlich der gegen den Ausdruck des Artikels, es sei so mit einhelliger Beistimmung des Kaisers und aller Stände beschlossen, sind ohne weiteren Erfolg geblieben. [1])

Es war ein denkwürdiges Ergebniß, das Friedrich Wilhelm erreicht hatte; es war der Anfang jenes großen evangelischen Friedenswerkes, das, in seinem Hause von Geschlecht zu Geschlecht weiter erbend, sich dereinst in der Union vollenden sollte.

Aber die große politische Combination, mit der er dem weiter rasenden Krieg Halt zu gebieten gehofft hatte, war mißlungen, und er konnte sich nicht über die Gründe täuschen, die sie hatten mißlingen lassen.

„Er müsse Frieden haben und suchen, es möge ausschlagen, wie es wolle", hatte er in Lichtenberg erklären lassen. Aus den Marken ward ihm berichtet, daß die Schweden jetzt statt der 120,000 Thlr. Contribution 140,000 forderten; „die Armuth des Landes ist furchtbar, die Leute können in Wahrheit nicht mehr, die

1) Die Materialien zu dieser höchst anziehenden Verhandlung finden sich bei Meiern IV. p. 239—286. Ich übergehe das Einzelne.

Last ist zu groß und währt zu lang; es ist die unaufhörliche Contribution der fressende Wurm, der alles zu Grunde richtet".[1]) Die Schweden forderten für die Grafschaft Ravensberg, die sie nicht mehr besetzt hielten, 50,000 Thlr. Contribution. Mit „höhnischen Worten" sprach man in Stockholm von den großen Dingen, die der Kurfürst vorhabe, und daß man ihn schon niederhalten werde.[2]) Schon begann man sich fleißig nach der jülichschen Sache umzuthun; Pfalzgraf Karl Gustav, in dem man jetzt den künftigen Gemahl der Königin sah, war ja auch ein Enkel von einer der Schwestern des letzten Herzogs von Jülich-Cleve.

Nicht minder trieben die Kaiserlichen Contributionen in Ravensberg, in der Grafschaft Mark ein. Vergeblich forderte Kleist, nach Prag zurückgekehrt, Nachlaß; vergebens drängte er, die schon zugesagte Räumung Hamms zu bewerkstelligen; man hielt ihn mit immer neuen Wendungen hin: General Lamboy habe schon den Befehl erhalten, mache sich schon zum Abmarsch fertig u. s. w. Als endlich die Kaiserlichen von Hamm aus das Land umher zu durchstreifen, es auszuplündern begannen — um zu sehen, meinte Kleist, was man dem Kurfürsten bieten könne[3]), — da befahl dieser einige kurcölnische Dörfer in dem Schutzbereich Lamboys in gleicher Weise zu behandeln, zu nicht geringem Erstaunen der Kaiserlichen, daß auch er endlich nach dem spanischen Sprüchwort erst nehmen, dann fordern lerne.

Nicht diese oder irgend eine andere deutsche Frage hemmte den

1) Burgsdorfs Bericht, Küstrin 15. Febr. 1648.

2) Schlezers Bericht, Stockholm 15. April 1648.

3) Kleistens Bericht aus Prag, 14. Jan. 1648: „Es ist aus allem Verfahren dieses Orts abzunehmen, daß diese geübten Thätlichkeiten wo nicht befohlen, doch darum connivirt worden, damit man sehe, wie man sich dagegen verhalte und ob es einige Veränderung der Resolutionen nach sich ziehen werde". Trautmansdorf wandte auf den Kurfürsten das Sprüchwort tomar y pedir an; Kleist antwortet, daß dies besser sei als pedir sin tomar, welches er nun lange Zeit her practisirt habe.

Abschluß des Friedens[1]); selbst nicht die der Geldentschädigung für die schwedische Soldatesca, obschon der Kaiserhof den Schein annahm, daß es der Fall sei; die Fürsten und Stände beseitigten diesen kaiserlichen Vorwand mit dem Zugeständniß, daß die Zahlung der fünf Millionen von den sieben Kreisen mit Ausschluß des östreichischen, burgundischen und bairischen übernommen werde.[2]) Die Fragen, um die es sich jetzt noch handelte, waren recht eigentlich die, von denen der ungeheure Krieg ausgegangen war.

Mit der größten Hartnäckigkeit forderten die Schweden, versagte der Kaiser die Amnestie und freie Religion für seine Kron- und Erblande. Es war die Frage um die Sicherstellung der von Ferdinand II. durchgeführten Reaction, um die innere Consolidirung der kaiserlichen Lande, um ihre Schließung den übrigen deutschen Landen gegenüber, in denen die Beschränkung des Reformationsrechts der Fürsten durch das Normaljahr 1624 nothwendig zu einer gewissen confessionellen Toleranz führte. Von Seiten der Reichsstände wurde dem Kaiser, um den Frieden zu ermöglichen, auch dieser Artikel (Tandem omnes) zugestanden und damit die Libertät in den kaiserlichen Landen aufgegeben.[3]) Für Schweden war es der Vorwand, den Kampf fortzusetzen.

Der zweite Punkt betraf die europäische Stellung des Hauses Oestreich; Frankreich forderte, daß der Kaiser sich verpflichte, die Krone Spanien, wenn der spanisch-französische Krieg fortgesetzt

1) Die beiden Kronen waren übereingekommen, de se relâcher sur les articles de l'intérêt public de l'Allemagne, à proposition qu'on les satisferait sur leurs intérêts particuliers. Servien bei Flassan, Hist. de la dipl. franç. III. p. 159.

2) „Ein vornehmer ehrlicher deutscher Mann in Prag" sagte zu Kleist: Satisfactio militiae utrinque premitur; utinam quos illa maxime premet, illi ne frustra fiat in tempore curent iungendo animos manusque Germanos, nulli factionum sed soli Imperio adhaerentes. Kleistens Bericht vom 30. Mai.

3) „Kais. Maj. haben durch das Friedensmittel ihre Königreiche zu Erbkönigreichen gemacht", sagt Burgsdorf in den Lichtenberger Verhandlungen. Conferenz vom 14. Jan. 1648. (Dresd. Arch.)

werde, nicht zu unterstützen, und daß der burgundische Kreis, so wie der Herzog von Lothringen nicht in dem Reichsfrieden mit begriffen sei. Damit stellte man dem Kaiser die Alternative, entweder um des Reiches Willen Spanien Preis zu geben oder um Spaniens Willen sich das Reich völlig zu entfremden.[1])

Die kaiserliche Politik schwankte keinen Augenblick. Seit dem holländischen Frieden — er wurde Anfangs 1648 proclamirt — hob sich das Glück der spanischen Waffen überall; im April erfolgte die Gegenrevolution in Neapel. Die Franzosen wurden ausgetrieben; in Prag feierte man dieß frohe Ereigniß mit Tedeum und Festturnier.

Aber schon hatte sich Turenne, bei Mainz den Rhein überschreitend, mit Wrangel vereinigt; sie zogen der Donau zu, überschritten sie, drangen gegen den Lech vor. In dem Gefecht des 17. Mai fand der wackere Holzapfel seinen Tod; der alte Kurfürst Maximilian flüchtete, sein Heer löste sich auf; furchtbar heerend ergossen sich Wrangels wilde Schaaren über das Baierland, erst der hoch angeschwollene Inn hemmte ihr Weiterstürmen (Juli).

Von Franken aus hatte Wrangel einen Theil seines Heeres unter Königsmark gegen Böhmen gesandt; das kaiserliche Hoflager flüchtete nach Linz. Ende Juli erschienen die Schweden vor Prag, nahmen die Kleinseite.

Es galt die Lebensfrage der östreichischen Politik; „man rüstet sich hier", schreibt Kleist aus Linz, „eifriger als je zum Kriege." Er fügt hinzu: „die kaiserlichen Gesandten beim Friedenscongreß werden demnächst abberufen werden; es scheint, man geht dort um als mit dem Todtentanz, und einer verliert sich nach dem Andern und sucht den Frieden anderswo."[2])

---

1) So entwickelt Kleist in seinem Bericht vom 15. Jan. 1648 dieß „gefährliche und dem Friedenshändel höchst schädliche artificium".

2) Kleistens Schreiben aus Linz, 21. Juli.

Immer heftiger drängten die Reichsstände auf dem Congreß zum Abschluß; sie waren bereit, ohne den Kaiser und das Haus Oestreich, Namens des Reichs abzuschließen.[1]) Noch hofften die Kaiserlichen auf irgend eine glückliche Wendung; Friedrich Wilhelms Stimme gegen jenen Abschluß zu gewinnen, traten sie ihm jetzt endlich Hamm ab. Nicht darum widersprachen seine Gesandten dem Friedensbeschluß ohne den Kaiser; solcher Friede hätte ja doch dem Kriege kein Ende gemacht, die deutschen Lande nicht von den fremden Heeren befreit, er hätte Deutschland zu einer französisch-schwedischen Dependenz gemacht.[2])

Schon drangen die Schweden auch von Schlesien aus in Böhmen ein, nahmen Tabor. Pfalzgraf Karl Gustav zum Generalissimus der schwedischen Armeen bestellt, landete mit neuen Truppen, zog die Elbe hinauf, nach Böhmen hinein. Wrangel, der noch am Inn stand, rüstete sich, von Neuem vorzugehen; es galt Wien, während Karl Gustav, so hieß es, Willens sei, nach dem Fall der Altstadt Prag sich zum Könige von Böhmen ausrufen zu lassen.

Da endlich gab der Kaiser seine Sache verloren. Am 24. Oct. wurde das Friedensinstrument unterzeichnet.

---

1) „C'était traiter l'Empereur avec trop de mépris et disposer souverainement sans lui non seulement des intérêts de l'Empire, mais de ceux de sa maison", so die Opposition einiger Stände. Servien Mem. vom 14. Sept. 1646, bei Bougeant III. p. 476.

2) Je vois dans cette Cour (de Br.) tant de vastes desseins de tous côtés, que je crois qu'il sera difficile de fixer ce Mercure, leur fausse prudence allant à ne désespérer personne de leur amitié, ce qui est une fort mauvaise politique parceque bien souvent, qui ne veut point avoir d'ennemis, se trouve sans amis. Schreiben de la Courts an Lionne, 14. Sept. 1648.

Das Ergebniß.

Mit diesem Frieden schloß die größte Krisis, welche die europäische Staatenwelt bis dahin durchgemacht hatte, der erste europäische Krieg.

Formell war der Friede geschlossen worden von dem Kaiser und seinen „Föderirten und Adhärenten" auf der einen, von den Kronen Schweden und Frankreich und ihren „Verbündeten" auf der andern Seite, Bezeichnungen, in denen so gut wie alle Staaten des christlichen Abendlandes begriffen waren. Der Friede war, wie der Krieg, recht eigentlich ein europäischer, der erste europäische.

Nicht, daß er einen allgemeinen, einen dauernden Friedensstand geschaffen hätte; er brachte weder eine Ausgleichung der entgegengesetzten Interessen, die zum Kampf geführt hatten, noch fand man sich wie 1815 in einem neuen einigenden Princip zusammen, aus dem man eine neue Ordnung der Dinge hätte schaffen wollen. Aber indem sich die unausgesöhnten Gegensätze der Principien, Interessen, Richtungen in der Form von gegenseitigen Verträgen und Garantien banden und sicher stellten, bildete sich eine neue Weise der Staatengemeinschaft und eine neue Norm ihrer Bewegung.

An die Stelle der alten päpstlich-kaiserlichen Doctrin vom heiligen Reich, welche die Ferdinande noch einmal geltend zu machen, auf welche sie den Dominat des Hauses Oestreich zu gründen versucht hatten, setzte dieser Friede das europäische Völkerrecht, das heißt, die Summe der positiven Bestimmungen, welche die geschlossenen Verträge enthielten; und die Norm des europäischen Staatensystems wurde das Gleichgewicht.

Wenigstens im Princip war nun die Gemeinschaft aller christlichen Staaten, ihre Solidarität für die Erfüllung dieses Friedens und die Erhaltung des Friedensstandes völkerrechtlich gegründet [1]);

1) J. P. O. 17. 4: Qui .... contravenerit, poenam pacis fractae ipso jure

es war ein rein politischer Begriff statt des kirchlich feudalen, den die Reformation im geistlichen Bereich gebrochen, als das bestimmende Motiv der europäischen Staatenwelt anerkannt.

Nicht das Reich als solches war unter den paciscirenden Mächten, noch weniger im Namen und Auftrag des Reichs hatte der Kaiser abgeschlossen; sowohl auf des Kaisers Seite, wie auf der der beiden Kronen wurden die ihnen verbündeten „Kurfürsten, Fürsten und Stände" als mitpaciscirende genannt. Die meisten Artikel des Friedens sind der Feststellung der deutschen Verhältnisse gewidmet, theils der territorialen und confessionellen, theils der der „landesherrlichen Obrigkeit"; und das Territorialrecht der Fürsten und Stände wird in der französischen Urkunde des Friedens als droit de souveraineté bezeichnet.

Das Maaß dieser neuen reichsrechtlichen Verhältnisse ist fortan, daß auch die hochgesteigerte Schwedenmacht für Pommern, Bremen, Verden in die Reichsstandschaft eingetreten ist. Jeder Fürst und Stand im Reich ist von nun an so von der Reichsgewalt unabhängig und auf sich selbst gestellt, wie bisher das Haus Oestreich für seine Reichslande allein hat wollen gelten lassen; jeder Stand ist „Kaiser in seinem Territorium".

Dieser Friede, so wird ausdrücklich bestimmt, soll dem nächsten Reichsabschied einverleibt, es soll auf dem nächsten Reichstag über eine Reihe von Bestimmungen, die der Friede vorbehalten, über die Competenzen der Reichsgewalt, über die Reichspolizei, über die Reichsgerichte, über eine beständige Wahlcapitulation, mit einem Wort, über die Summe der künftigen Reichsverfassung entschieden werden; Entscheidungen, die zum Theil erst nach Menschenaltern, zum Theil nie erfolgt sind.

---

incurrat ... pax vero conclusa in suo robore permaneat teneanturque omnes hujus transactionis consortes, universas et singulas hujus pacis leges contra quemcunque ... tueri.

Das Reich im alten Sinn hat zu existiren aufgehört. Was unter dem alten Namen weiter vegetirt, ist ein völlig neues und ein völlig unfertiges Wesen unter der Garantie der europäischen Mächte.[1]) Die Reichsverfassung ist nicht mehr staatsrechtlich und in der lebendigen Gemeinschaft derer, welche sie umschließt; sie ist völkerrechtlich festgestellt und unter der Obhut und Controlle Europas. Jeder einzelne Kurfürst, Fürst und Stand des Reiches steht fortan nicht mehr allein und ganz im Reichsrecht, sondern zugleich und ohne Mittel im europäischen Völkerrecht, und mehr in diesem, als in jenem; denn das Völkerrecht bestimmt und garantirt seine reichsrechtliche Stellung.

So schließt die mehr als hundertjährige Reformbewegung des Reichs. Der letzte Versuch, es monarchisch und zu Einem Staat zusammenzufassen, ist völlig gescheitert, weil man den einzig rettenden Gedanken, den nationalen, nicht zu erfassen vermocht hat. In dem officiellen Deutschland, wie es nun geworden, giebt es keine Nation mehr, giebt es nur noch die souverainen Territorien, in die sie zerbröckelt ist; und die Bedeutung der neuen Reichsgestaltung ist, daß jede Möglichkeit einer neuen, nationalen Reform, auch die Hoffnung auf sie ausgeschlossen ist.

Die Zukunft muß zeigen, ob die zerrissenen Glieder des Reichs für sich das Bedürfniß staatlicher Gestaltung und Sicherung erfüllen können, zu dem die Nation in ihrer Gesammtheit nicht hat gelangen können und nicht mehr gelangen soll.

Mit bewunderungswürdiger Energie hat die kaiserliche Politik den langen Kampf um die Obmacht Oestreichs im Reich und über Europa geführt. Auf Kosten Deutschlands hat sie verstanden, den Krieg zu führen und den Frieden zu schließen. Sie hat der Nation immer nur die Alternative gelassen, unter Oestreich geeint oder

1) J. P. O. 17. 2. Sed haec transactio perpetua lex esto et pragmatica Imperii sanctio.

ohne Oestreich nichts zu sein. Und unter dieser Bedingung, daß Deutschland in seiner Gesammtheit politisch nichts mehr sei, haben sich die beiden Kronen mit dem Hause Oestreich verständigen können und den Frieden geschlossen. Auf die Ohnmacht Deutschlands wird das Gleichgewicht Europas gegründet, und diese Ohnmacht hat der Frieden vollkommen organisirt und unter die Obhut Europas gestellt.

Nicht bloß Deutschland in seiner Gesammtheit, sondern jeder deutsche Fürst und Stand war mit diesem Frieden politisch matt gesetzt. Denn der Rest von Gemeinschaft im Reich, den noch der Friede ließ, weit entfernt Schutz, Kraft, Selbstgefühl zu geben, war und blieb eine Schranke, die jeden, der nur innerhalb derselben stand, in der freien Theilnahme an der allgemeinen Politik, in der Freiheit seiner Bewegung hinderte; und die Sicherungen, die größeren Vortheile, welche die Verbindung mit andern Mächten gewährte, ließ auch den Wunsch, sich in der Reichsgemeinschaft wieder zusammenzufinden und zu erstarken, völlig ersterben. In der Form des Reichs, des officiellen Deutschlands gab es keinen Fortschritt, keine Zukunft, kein neues Leben mehr.

Nicht bloß die Ohnmacht Deutschlands in seiner Gesammtheit hat der Frieden begründen wollen und begründet, nicht bloß die einzelnen Fürsten und Stände mit der Doppelstellung, die er ihnen gab, matt gesetzt. Es war das Interesse Schwedens und Frankreichs so gut wie Oestreichs, auch für die Zukunft dafür zu sorgen, daß sich innerhalb des Reichs kein Territorium, kein deutscher Staat zu einer Macht entwickelte, welche die deutschen Interessen hätte vereinigen, das vielleicht einst wiedererwachende nationale Leben vertreten können. Der Friedensschluß stellte das Verhältniß der drei Mächte zu Deutschland, wie die Wechsel des Krieges es entwickelt hatten, für immer fest; militairisch, wie politisch beherrschten sie Deutschland.

Allerdings hatte das Haus Oestreich den Frieden ohne Spanien schließen, die alleinige Beherrschung Deutschlands aufgeben müssen. Aber dafür war es in seinen deutschen Landen desto mächtiger, unumschränkt geworden. Es hatte in den Erblanden, in der Krone Böhmen die Libertät gebrochen, das Evangelium ausgerottet, es hatte sie völlig aus der Competenz der Reichsordnungen, aus der verfassungsmäßigen Einwirkung des Reichswesens gelöst, und der Frieden gewährleistete diese innere Umgestaltung; es hatte monarchisch im Innern unendlich mehr gewonnen, als an Macht über Deutschland und in Europa verloren. Der Krieg selbst hatte gezeigt, wie es, je weiter auf sich selbst zurückgedrängt, desto stärker in der Defensive wurde; im sichern Besitz von Böhmen und Tyrol, den beiden mächtigen Bastionen gegen Westen, beherrschte es das Gebiet der oberen Donau; es umfaßte, wie hier Kurbaiern, so von Böhmen und Schlesien her Kursachsen.

Frankreich und Schweden waren in erster Reihe Garanten des geschlossenen Friedens. Mochte das Haus Oestreich, das mehr als ein Drittel des Reichsgebietes besaß, auch ferner des Reiches Haupt heißen, Schweden und Frankreich hatten die angenehme Stellung, die schützende Hand über das Reich zu halten.

Frankreich hatte mit dem Elsaß das linke Ufer des Oberrheins gewonnen, es hatte Lothringen thatsächlich vom Reich abgelöst; mit dem Verlust der Vogesen und der vorliegenden Moselfestungen stand Deutschland nach Westen hin offen. Und an Schweden waren die wichtigsten Positionen an der Ost- und Westsee gekommen; es beherrschte die Mündungen der Oder, Elbe, Weser, damit den ganzen Norden Deutschlands.

Der Verlauf der Friedenshandlung selbst zeigt, wie die drei Mächte, so feind sie einander in allem andern sein mochten, darin einig waren, daß die deutschen Gebiete zwischen ihnen lose, ohnmächtig, gleichsam Stoßkissen ihrer gegenseitigen Rivalität blieben,

und daß keins von ihnen sich zu irgend bedeutendem Umfang vergrößerte.

Wie treu hatte Hessen-Cassel an der Seite der beiden Kronen gekämpft; es hatte auf den Erwerb von Minden, Fulda, Paderborn u. s. w. gehofft; es hätte der Kern einer Machtbildung zwischen Main und Nordsee werden können, eines niederdeutschen Staates, dessen Bedeutung sich sehr bald entwickelt haben würde. Wohl erhielt Hessen sechs Tonnen Goldes Satisfaction für seine Miliz, aber an neuen Gebieten nur die Abtei Hersfeld.

Noch weniger gelang es dem Hause Braunschweig, sich in den niedersächsischen Landen, wie es gehofft hatte, auszudehnen; es verlor die Coadjutoreien von Magdeburg, Bremen, Halberstadt, Ratzeburg, ohne dafür, wie es forderte, Minden, Osnabrück, Hildesheim als Ersatz zu erhalten.

Wohl wurde das kurpfälzische Haus hergestellt, mit einer achten Kurwürde ausgestattet; aber von seinen Gebieten erhielt es nur die rheinischen zurück. So verstümmelt war es hinfort außer Stande, die große politische Stellung, die es mit dem Beginn des Krieges verloren, wieder zu gewinnen, und der deutsche Westen war um so schutzloser.

Am kühnsten und stolzesten hatte sich Baiern erhoben; es war in den Wechseln des Krieges bald an des Kaisers, bald an Frankreichs Seite immer höher gestiegen; es schien auf dem Wege, der rein deutsche Großstaat zu werden. Aber die letzten Entscheidungen hatten es an der Seite der unterliegenden Macht getroffen. Es behielt die Kurwürde, die Oberpfalz; aber es lag fortan mit seinem ganzen Gebiet zwischen Tyrol und Böhmen.

Mit Baiern hatte Kursachsen versucht, an der Hand der kaiserlichen Politik emporzusteigen; aber es verstand nicht, sich zur rechten Zeit von ihr loszumachen, um als die führende Macht des evangelischen Deutschlands die Hülfe Schwedens in ihren Schranken zu hal-

ten. Es hatte die Lausitzen gewonnen, aber um einen Preis, der der Albertinischen Politik zum zweiten Mal den Vorwurf eines „Judaswerkes" brachte. Jetzt mit dem Frieden blieb es in seinem territorialen Besitz, behielt das Directorium der evangelischen Stände; aber zu einer freien Politik neben Oestreich und trotz Schweden erhob es sich nicht mehr.

Die Friedensverhandlungen haben uns gezeigt, wie die drei Mächte beflissen waren, auch Brandenburg niederzuhalten. Es war in durchaus andrer Lage, als die genannten Häuser. Es hatte weder, wie Baiern und Sachsen, neue Erwerbungen zu behaupten, die es dem unseligen Kriege dankte, noch, wie Hessen, Belohnung für geleistete Dienste zu fordern, noch, wie Kurpfalz, ein stolzes Emporstreben mit politischem Märtyrerthum gebüßt. Es hatte nichts als sein Recht gewollt; aber eben dies Recht hatte der Frieden beeinträchtigt.

Mit Pommern vereint hätten die Marken eine politische und militairische Stärke gewonnen, die für den Norden Deutschlands, für die baltische Politik entscheidend geworden wäre. Die Theilung Pommerns, die der Frieden bestimmte — das Nähere war besonderen Verhandlungen überlassen — stellte die Marken unmittelbar unter den Druck der übermächtigen Schwedenmacht, gab ihr die Odermündungen.

Mochten immerhin die Entschädigungen, die der Kurfürst erhielt — die Bisthümer Halberstadt, Camin, Minden, und nach dem Tode des derzeitigen Administrators Magdeburg — an Areal und Einkommen bedeutender sein, als der Theil Pommerns, der abgerissen wurde[1]), politisch hatte er in mehr als einer Hinsicht verloren.

---

1) Brandenburgischer Seits wurde das entschieden verneint; „man werde das nicht finden", sagte Schlezer den Herren in Stockholm, „wenn man bedenke, daß der Kurfürst Magdeburg sobald nicht genießen werde, daß Sachsen vier stattliche Aemter davon erhalten, daß Graf Tettenbach die Grafschaft Reinstein vom

Allerdings schlossen sich die Gebiete von Magdeburg und Halberstadt unmittelbar an die Marken an, aber nach einer Seite hin, wo die Arrondirung der Marken nicht von großer Bedeutung war; und so lange Magdeburg noch in fremder Hand blieb, lag Halberstadt fern ab, während Vorpommern mit Rügen die Marken seewärts arrondirt und gegen Schweden gedeckt hätte.

Es war immerhin von Bedeutung, daß mit Magdeburg die wichtigste Position an der Elbe, mit Minden der wichtigste Paß an der Weser an Brandenburg kam, daß die Grafschaft Ravensberg mit dem Territorium von Minden ein zusammenhangendes Gebiet bildete, daß Brandenburg mit den neuen Erwerbungen in den niedersächsischen Kreis eintrat, in dem westphälischen verstärkt wurde. Aber mit Freuden hätte Friedrich Wilhelm diese Vortheile daran gegeben, um ganz Pommern zu erhalten; er bot der Krone Schweden Magdeburg, Halberstadt und Minden, und zwei Millionen Thaler obenein, wenn sie auf Pommern verzichtete.

Mit dem Besitz Pommerns hätte der Kurfürst das erhalten, was er am lebhaftesten wünschte, den Weg ins Meer, die Möglichkeit des Seehandels und der Begründung einer Seemacht, die Seeverbindung mit Preußen, eine Stelle in der baltischen Politik. Die Küste von Hinterpommern bot ihm nichts als einen unbedeutenden Hafenplatz, den von Colberg im Fürstenthum Camin, welcher als Mündung der nicht schiffbaren Persante für das pommersche und märkische Hinterland, für deren Handel fast ohne Bedeutung war.

Pommern hätte der Kurfürst nach vollem und anerkannten Erbrecht besessen. Die Entschädigungen, die er erhielt, waren geist-

Stift Halberstadt behalte und daß bald alle Canonicate in diesen Stiftern in ihrem Stand verbleiben und nicht eingezogen würden." Schlezers Schreiben vom 29. Febr. 1649. Die Stadt Magdeburg betrieb am Kaiserhofe ihre Anerkennung als Reichsstadt, wie denn Neumann aus Wien mehrfach über Otto von Guerickes Anwesenheit und sein „reichsstädtsches Vorhaben" berichtet.

liche Gebiete, die zu weltlichen Fürstenthümern gemacht wurden. Nicht bloß Oestreich, sondern auch Frankreich hatte solche Beraubung der Kirche mit Widerstreben zugestanden; nichts lag näher als die Besorgniß, daß die Kirche — der Pabst hatte gegen den Frieden Protest eingelegt — dereinst auf das Restitutionsedict zurückgehen, das ihr Entrissene wieder fordern werde.[1])

Nur zu bald sollte sich zeigen, wie hülflos Brandenburg durch den Frieden geworden war und was es heiße, daß die Schwedenmacht ihm auf dem Nacken saß.

In Nürnberg war eine Commission zur Abwickelung des Friedensgeschäftes niedergesetzt. Der Kurfürst beeilte sich, seinen Antheil an der ersten Zahlung von 3 Millionen, welche die Schweden sogleich erhalten sollten, zu entrichten; er versprach sofortige Einzahlung seines Beitrages zu den weiteren 2 Millionen, wenn sie ihm die nicht streitigen Gebiete räumten und ihre Besatzungen aus den Marken abführten. Dies geschah bis zum Frühling 1650.

Aber sie behielten ganz Pommern besetzt, da die Grenze noch nicht regulirt sei, und der Kurfürst die Cessionsacte wegen Pommerns noch nicht ausgestellt habe. Vergebens hatte er versucht, erst in Münster, dann in Nürnberg die Feststellung der Grenze zu erwirken; diese müsse in Pommern geschehen, hieß es am Hofe zu Stockholm.

Ich unterlasse es, die äußerst verwickelten Verhandlungen, die über diese Dinge seit Anfang 1649 gepflogen wurden, im Einzelnen zu verfolgen.

Sie zeigten das tiefe Mißtrauen Schwedens gegen Branden-

1) Neumanns Bericht aus Wien, 21/11. Decbr. 1650, über die Verzögerung der Lehnbriefe der zu Fürstenthümern erklärten Bisthümer: „Jetzt kommt das pfäffische arcanum fast ungescheut heraus: weil man nemlich noch in dem Gedanken stehen thut, es werde wieder eine Zeit kommen, daß man alles über einen Haufen werfen könne, damit sodann desto bessere Ursache sei, diese Fürstenthümer, welche separat geblieben, der Clerisey wieder zuzuwenden."

burg, ein Gemisch von Verachtung des ohnmächtigen Nachbarn und von unruhiger Besorgniß, als könne er doch gefährlich werden. War doch bei der polnischen Königswahl 1648 von Vielen seine Wahl gewünscht worden; und mit dem neugewählten Könige stand er im besten Einvernehmen, empfing von ihm auch in Betreff Preußens Beweise aufrichtigen Entgegenkommens. Nur um so rücksichtsloser glaubten die Schweden ihre Uebermacht fühlen lassen zu müssen.

Hatte der Friede bestimmt, daß die Oder mit einem Strich Landes auf beiden Seiten, den weitere Verhandlungen abgrenzen sollten, an Schweden komme, so dehnte nun Schweden seine Forderungen in Betreff des rechten Oderufers weiter und weiter aus; ja es forderte, da der Krone auch die Forterhebung der neuerrichteten Zölle und Licenzen in Pommern und Mecklenburg zugestanden sei, daß auch die hinterpommerschen Zölle und Licenzen von Schweden forterhoben würden; es erklärte, nicht eher Hinterpommern räumen zu wollen, als bis das zugestanden sei.

Alle Bemühungen, alle Erbietungen Brandenburgs waren vergebens; in Nürnberg wurde der Hauptexecutionsreceß unterzeichnet (Juni 1650), ohne daß auf die dringenden Forderungen des Kurfürsten auch nur Rücksicht genommen war. Nicht minder erfolglos waren seine Bemühungen am Kaiserhof; schöne Worte genug gab man dort zu hören, aber man that nichts und weniger als nichts für Brandenburg; man mochte sich in der Stille Glück wünschen, daß dem jungen Herrn in Brandenburg ein Hemmschuh angelegt sei.[1]) Unter rastlosen und doch vergeblichen Verhandlungen verlief das zweite und dritte Jahr nach dem Friedensschluß; „statt vorwärts zu kommen, geht die Sache immer mehr zurück; während diejeni-

1) Der brandenburgische Agent in Wien schreibt 9/19. April 1651: Mit allzuleiser Manier komme man in Wien nicht durch, es gelte da das Wort des Tacitus: nihil profici patientia, nisi ut graviora tanquam ex facile tolerantibus impetrentur.

gen, die der Krone Schweden Feinde gewesen, längst in ruhigem Besitz sind, muß Brandenburg, das doch stets gute Freundschaft mit Schweden gehalten, das Seinige von außen ansehen."[1]) Die Schweden waren und blieben in Hinterpommern und genossen die Einnahmen des Landes.

Die Berichte, die aus Stockholm kamen, zeigten nur zu deutlich, daß man dort auf neuen Krieg sinne, daß man entschlossen sei, den nächsten Anlaß zu benutzen, um den Schrecken der schwedischen Waffen zu erneuen. Dänemark, Polen zitterte bei den Rüstungen, die zum Frühjahr 1651 in Schweden gemacht wurden. Oder wollte Schweden die pommersche Frage bis zum Bruch treiben? Friedrich Wilhelm glaubte alles, was irgend ehrenhafter Weise möglich war, nachgegeben zu haben; aber man forderte immer Neues und immer herrischer; bei dem ersten Versuch, sich dieser furchtbaren Pressung der nordischen Uebermacht zu entziehen, mußte er deren niederschmetternden Ansturz fürchten.

Wer hätte ihm geholfen? Was die Garantien des westphälischen Friedens bedeuteten, zeigte der Gang der pommerschen Frage. Frankreich war durch die Unruhen der Fronde erschüttert und mit der sinkenden Macht der Regentin und Mazarins sank der Einfluß der Krone in den europäischen Angelegenheiten. In England war die republikanisch-militairische Gewalt im vollsten Siegen; sie war bis zur Hinrichtung des Königs fortgeschritten, „einer That", schreibt Friedrich Wilhelm, „bei der alle Potentaten der Christenheit interessirt seien, zumal sie bei denen, so zur Republik incliniren, ein böses Exempel geben und allerhand schädliche und gefährliche Consequenzen nach sich ziehen werde."[2]) Schon erhob sich Cromwells

1) Aus einem kurfürstlichen Memorial, über dessen Mittheilung an den Kanzler Oxenstjerna Schlezer aus Stockholm, 16. Aug. 1651, berichtet.

2) Aus einem Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser, 7. Mai 1649. Seine Verhandlungen mit Montrose und Karl II. füllen das Jahr 1649 und die folgenden.

Macht, siegte in Irland, in Schottland über die Freunde Karls II.; es waren eben so viele Niederlagen der oranischen Politik, der sich der Kurfürst so nah verbunden fühlte.

Wie große Hoffnungen hatte er auf das Bündniß mit den Staaten gesetzt. Allerdings war es Anfangs 1650 zu eingehenderen Verhandlungen über die Formel des Bündnisses gekommen; er hatte vorgeschlagen, den westphälischen und niedersächsischen Kreis mit in dasselbe zu ziehen; er hatte gehofft, so eine Einigung zu Schutz und Trutz zu schaffen, die, so meinte er, ihn auch in Pommern und Preußen gegen Schweden decken werde. Sechs von den Staaten waren dafür, daß seine sämmtlichen Lande als in diesem Bündniß begriffen bezeichnet würden; aber die Herren von Holland widerstanden dem auf das Hartnäckigste; sie wollten nur Cleve, Mark, Ravensberg, Minden genannt wissen. Sie lähmten die Verhandlungen mit den Ständen der beiden Kreise durch immer neue Schwierigkeiten; in ihrer Eifersucht auf die statthalterliche Macht, die sie um keinen Preis durch Brandenburg gestützt zu sehen wünschten, versagten sie jede weitere Minderung der holländischen Besatzungen im Clevischen; die Hofiersche Schuld gab ihnen den Vorwand, Wesel, Rees, Emmerich, Orsoy, Büderich besetzt zu halten. Freilich erhob sich Wilhelm II. wider die Staaten von Holland, demüthigte sie; nun endlich schien dem Bündniß nichts mehr im Wege zu stehen.[1]) Aber der frühe Tod Wilhelms zerstörte alles; acht

1) Der brandenburgische Agent Doege schreibt aus dem Haag, 27. Aug. 1650: „Remoti sunt quam plurimi, qui remoram injicere negotiis soliti erant; princeps majore cum auctoritate rem promovebit, so viel Monate, als wir Jahre gedlldet, haben wir nun nicht nöthig, rebus permanentibus, ut nunc sunt.“ Und am 14. Oct. meldet er, wie günstig jetzt in den Staaten die Sache der Allianz stehe: „Den schwedischen Herren ist es nicht ganz nach ihrem Sinn; aus England schreiben sie, daß E. kf. D. mit der Allianz fürhaben, das Haus Oranien in diesem Staat zu befestigen und hernach auch das Königl. Haus von Stuart zu unterstützen und wieder aufzurichten, und suchen alle jalousie zu erwecken.“ Im November starb Prinz Wilhelm II. Ich bedauere, über die Ver-

Tage nach seinem Tode gebar seine Wittwe den einzigen Erben Wilhelm III. Das Uebergewicht Hollands entschied für eine Regierung ohne Statthalter; das glorreiche Haus der Oranier, dem die Niederlande alles dankten, war in den Privatstand hinabgesetzt. Daß der Kurfürst mit der Großmutter des kleinen Prinzen zur Vormundschaft bestellt war, gab den Staaten nur um so mehr Anlaß und Vorwand wider ihn; unter dem Schein freundnachbarlichen Einvernehmens suchten sie ihn möglichst fern zu halten und ihrerseits die schützende Macht in Cleve-Mark zu spielen.

Schon mußte er sehen, daß auch Schwächere seine gepreßte und isolirte Lage, seine tiefe Erschöpfung, sein Friedensbedürfniß zu mißbrauchen für ungefährlich hielten.

Er hatte nach seiner Ansicht — denn sein Recht auf die ganze jülich-clevische Erbschaft hielt er für völlig unzweifelhaft — außerordentlich viel in jenem Provisionalvertrag von 1647 zugestanden; und dieser Vertrag war ein Jahr vor dem westphälischen Frieden geschlossen, es war in diesem in Betreff der jülichschen Frage nichts bestimmt worden.[1] Jetzt begann der alte Pfalzgraf, unermüdlich in immer neuen Kniffen und Ränken, trotz jenem Vertrag von 1647 die Reformirten und Lutheraner in Jülich und Berg von Neuem zu bedrücken, die Herstellung ihrer Kirchen und Güter, für die der Vertrag den Stand von 1612 normirt hatte, zu versagen, geltend zu machen, daß auch für diese Lande das Normaljahr des westphälischen Friedens 1624 zu gelten habe. Er unterhandelte mit

---

bindung des Kurfürsten mit dem Prinzen aus dem Berliner Archive nicht nähere Nachweise geben zu können; auch in denen des Haag, so weit Groen van Prinsterer sie benutzt hat, scheint nichts sich vorzufinden.

1) I. P. O. IV. 58: .... quia vero etiam causa Juliacensis successionis inter interessatos, nisi praeveniatur, magnas aliquando turbas in Imperio excitare possit, ideo conventum est, ut ea quoque pace confecta ordinario processu coram Caesarea Majestate vel amicabili compositione vel alio legitimo modo sine mora dirimatur.

den Bischöfen von Münster, Osnabrück, Cöln um eine Allianz, die gegen Brandenburg gerichtet schien; hatte doch sein Sohn geäußert, daß der Kurfürst keinen Fuß breit Landes im Clevischen behalten solle.[1]) Die Art, wie sich Schweden auf dem Friedenscongreß der Frage gegen Brandenburg angenommen — denn auch Karl Gustav von Pfalz Zweibrücken, der schon zum Nachfolger in Schweden bestimmt war, erhob Ansprüche — mochte den Neuburger auf schwedische Zustimmung hoffen lassen; in Wien war für ihn der mächtige Einfluß der beiden Grafen von Fürstenberg thätig, mit deren Schwester sich der alte Herr vermählt hatte. Mit Erzherzog Leopold Wilhelm, dem Statthalter in Brüssel, stand er im vertraulichsten Einvernehmen[2]), und in den belgischen Grenzlandschaften lag der landflüchtige Herzog von Lothringen mit seinem Kriegsvolk, zu jedem Gewaltstreich mit Freuden bereit; schon dehnten einzelne seiner Haufen ihre Quartiere auch ins Clevische aus, mit der Drohung, in größerer Zahl zu kommen, wenn man nicht Contribution zahle.[3])

Sollte Friedrich Wilhelm warten, bis man über ihn herfalle? mußte er nicht empfinden, wie man in kleinen Schritten, unter schielenden Rechtsvorwänden, von dem allgemeinen Bedürfniß, den mühsam errungenen Frieden aufrecht zu erhalten, gedeckt, ihn tiefer und tiefer hinabdrückte, wie man, je mehr er hinnahm, desto mehr sich gegen ihn erlaubte, als dürfe man ihm alles bieten? Sollte er Deutschland und Europa das klägliche Schauspiel der Ohnmacht und

1) Aus des Kurfürsten Instruction für den an den kaiserlichen Hof gesandten Blumenthal, Sparemberg 24. Mai 1651.

2) Der brandenburgische Agent in Brüssel, Staveren, meldet 9. März 1651, daß der Pfalzgraf „une femme de nulle condition, mais pourvue tant de lettres de crédence que d'instruction escrite et signée de sa propre main an den Erzherzog gesandt habe und daß man die Sache sehr geheim betreibe. Er meldet auch von den Unterhandlungen des Pfalzgrafen mit Cöln à faire une ligue pour s'opposer contre toutes les forces estrangères pour tout cas.

3) Berichte der clevischen Stände, 8. Febr. 1651, der clevischen Regierung vom 20. Febr., 7. März 1651.

Geduld, das sein Vater unter den furchtbaren Wechseln des Krieges mit nur zu schwerem Schaden für sein Haus gegeben, jetzt im Frieden um so unentschuldbarer, wiederholen? Am wenigsten „Hiobs Geduld" war in seiner Natur; am wenigsten, mißachtet zu werden, ertrug er. Er durfte nicht länger säumen, sich aufzurichten; es war für ihn der Moment gekommen, der Welt zu zeigen, daß er selbst der Hüter seines Rechts und seiner Ehre sei; jetzt mußte er die politische Bedeutung Brandenburgs erfassen und geltend machen, oder sie war für immer verloren.

Und nicht bloß um diese handelte es sich. Fast noch nothwendiger war es für die inneren Verhältnisse seiner Territorien, für seine Stellung zu ihnen, daß er entschlossen vorwärts ging.

Als seine rheinischen Lande von dem lothringer Volk bedroht wurden, protestirten die in Wesel versammelten clevischen Stände gegen jeden andern Schutz des Landes, als den der „lebendigen Sauvegarde", welche man von den Generalstaaten erbitten werde. Als er von ihnen die Huldigung gefordert, hatten sie dieselbe versagt, ja zum Landtag zu erscheinen sich geweigert, bis ihre Beschwerden erledigt seien; trotz aller kurfürstlichen Verbote hielten sie wieder und wieder Versammlungen: „das stehe nach Herkommen und Reichsrecht ihnen zu, auch ohne des Landesherrn Einwilligung"; sie sprachen von „verkehrten und verderblichen" Rathschlägen fremder Minister gegen des Landes wohlhergebrachte Privilegien; sie erklärten endlich: „sie würden, wenn nicht in Monatsfrist ihnen Satisfaction in ihren Beschwerden geschehen sei, nach ihrer Pflicht solche Mittel ergreifen, die in allen göttlichen und menschlichen Rechten, auch in den Landesprivilegien fundirt und zugelassen seien". Als sich endlich die Stände der Grafschaft Mark, die clevischen Prälaten und Ritterschaft mit dem „Haupt-Landesreceß" beruhigten[1]), erneuten die

1) Clevisch-märkische Haupt-Landesreceß d. d. Cleve, 9. Oct. 1649 bei

clevischen Städte ihren Protest, und der Kurfürst reprotestirte: „und werde er solchen Schimpf gebührend zu ressentiren wissen". Sie vertrauten auf die Staaten; sie wollten um keinen Preis brandenburgisch sein. Sie hielten die Union der gesammten jülich-clevischen Lande aufrecht, die, wie sich immer die Fürsten, welche Erbrechte in Anspruch nähmen, unter sich verständigen möchten, unverrückt bleibe und in der Einheit der gesammten Stände ihren Ausdruck habe; sie sahen den Provisionalvertrag als ungültig an, und forderten in wiederholten Sendungen an den kaiserlichen Hof, daß gegen denselben eingeschritten werde. In ihren Augen war die landesherrliche Macht nichts und die ständische Libertät alles.

Und wie hätten die Stände in Preußen auch nur den Gedanken ertragen, brandenburgisch zu sein? Sie sahen mit Sorge und Unwillen, wie des Kurfürsten Regierung auch ohne Berufung des Landtages sich durchzuhelfen verstand; wo sollten sie gravaminiren und queruliren, wenn sie nicht mehr zu gemeinem Landtage berufen wurden; sie versuchten dessen Berufung zu erzwingen. Die Landräthe, die nach Königsberg geladen wurden, weigerten sich, zu „einer solchen extraordinairen Zusammenkunft der Landesverfassung zuwider" zu erscheinen, forderten die Regimentsräthe auf, über die Rechte des Vaterlandes zu wachen und für die Berufung eines Landtags zu sorgen.[1]) Als die große Bauernbewegung der Kosacken gegen die polnische Herrschaft schleunige Rüstungen auch in Preußen zu fordern schien, weigerten die aus den Ständen zu „extraordinairer Convocation" Berufenen jede Berathung und forderten den allgemeinen Landtag. Viele Stände des Herzogthums wandten sich an die Krone Polen mit der Aufforderung, daß sie einen ordentlichen Landtag berufe.

Scotti, Sammlung der Gesetze und Verordnungen in Cleve und Mark II. p. 270 ff.

1) Relation an des Kf. D. wegen des Verlaufs der Extraordinar-Verfassung zu Königsberg, den 9. März 1649 bei Baczko V. p. 288.

Wer hätte leugnen können, daß die Stände in Preußen, so gut wie die am Rhein, in ihrem formellen Recht waren? Aber hatte die Erfahrung des letzten Menschenalters nicht allen Territorien gezeigt, wie ohnmächtig und schutzlos bei jeder Gefahr von außen sie mit ihrer ständischen Libertät seien? hatte dies faule selbstsüchtige rechthaberische Ständewesen irgendwo und irgendwann eingestanden für die Ehre des Landesherrn, für die Sicherung des Landes, für den Schutz und die Förderung der Bevölkerungen, deren Obrigkeit zu sein den Einzelnen nicht mehr als Pflicht, sondern nur als nutzbares Recht galt? mußte nicht jeder Verständige erkennen, daß es noch andre Dinge zu schützen und zu fördern gebe, als der Herren Stände eigene Rechte, daß nicht um ihretwillen allein der „Staat" sei.

Auch die Stände in den Marken meinten nicht anders, als daß nun, nachdem der Krieg zu Ende, nichts eiligeres zu schaffen sei, als Nachlaß aller Anspannung, Erholung von allen Opfern und Sorgen, Herstellung des ständischen Wesens und Unwesens, wie es in der alten guten Zeit gegolten. Als der Kurfürst die Stände im August 1650 nach Berlin berief, um ihre Hülfe für die schwedische Satisfaction u. s. w. zu fordern, forderten sie vor Allem Reduction der Truppen, legten einen Entwurf vor, wie mit acht Compagnien (1600 Mann) das Land hinreichend gedeckt, wie mit nicht ganz 5000 Thlr. monatlich die brandenburgische Militairorganisation zu bestreiten sei, „und stehen sie hingegen auch in der unterthänigsten Zuversicht, S. Kf. D. werde ihre unterthänigst gehorsamste Bezeigung nicht zu ihrem eigenen Verderb und Schaden gereichen lassen, noch ex absoluta potestate ihnen das zulegen, was von gesammten Ständen nicht bewilligt, ihnen auch zu leisten unmöglich sei.[1])

1) Dieß aus der Erklärung der Stände vom 18. Sept. 1650.

Daß der Kurfürst trotzdem seine Truppen nicht minderte, das für ihren Unterhalt Nöthige weiter erheben ließ, brachte die Herren Stände zu großer Entrüstung: solches gereiche ihnen zu wirklicher Beschimpfung, und wüßten sie nicht, womit sie es verschuldet hätten; bei anderen Potentaten werde es viel anders gehalten; in Magdeburg hörten die Kriegscontributionen auf, in Mecklenburg, wo man doch auch noch mit Schweden in allerlei Differenzen stehe, ebenso; in Kursachsen, in Lüneburg sei bereits viel Volk abgedankt; im ganzen Reich werde kein Exempel gefunden, daß nach geschlossenem Frieden den Unterthanen ein Mehreres sollte aufgebürdet und von der Soldatesca nichts abgedankt werden, und haben wir, so ist ihr Ausdruck, „unser unglückliches Fatum billig zu beklagen." Der Kurfürst stehe vorgedachten Potentaten weder an Macht, noch Weisheit und Verstand nach, warum er ihnen denn an Güte und Mildigkeit nachstehen wolle, diesen eigentlich fürstlichen Tugenden, durch welche Fürsten den Göttern gleich geachtet würden. Sie verwahren ihr Recht auf das Feierlichste: „es seien freiwillige, nicht nothwendige Bewilligungen, wenn sie zum Unterhalte von Truppen im Frieden etwas gewährten." [1])

In der Antwort darauf bezeichnet der Kurfürst mit treffendem Wort das Wesentliche: „er sei gern bereit, alles, was S. Kf. D. status publicus nur immer leide und zugebe, zur Erleichterung des Landes zu thun; das Beispiel anderer Potentaten passe nicht, da keiner von ihnen erst eine Provinz noch zu gewinnen oder zu verlieren habe; S. Kf. D. habe im Hinblick auf das bonum publicum viel von seinem Recht nachgegeben, sein Privatinteresse gänzlich zurückgesetzt und nur auf den Reichsfrieden und das Wohl seiner Lande und

1) So die ständischen Erklärungen vom 18. Sept. und 30. Nov. 1650 (landständ. Archiv) sie sagen: es geschehe ihnen viel zu viel, wenn man sie in re mere liberi arbitrii so hart adstringire und wider die alten Landesreverse ex plenitudine potestatis höher, als sie selbst nicht wollen und können, collectiren und exequiren wolle.

Leute gesehen; aber nun müßten sie auch ansehn, daß das Herzogthum Hinterpommern mit den Marken Einem Landesherren von Gott und Rechtswegen zustehe, daß diese Lande gleichsam membra unius capitis seien; sie müßten für Pommern eben so eintreten, wie wenn es um ein Stück der Marken gehe."

Ich lege diese Verhandlungen so ausführlich dar, weil hier zum ersten Mal in voller Entschiedenheit der neue einheitliche Staatsgedanke dem ständischen und partikularistischen Wesen entgegentritt.

Der Kurfürst war keinesweges gemeint, wie es nach dem Sinn der Herren Stände in den Marken, dem Rheinland, Preußen gewesen wäre, nur der Inhaber verschiedener obrigkeitlicher Rechte und landesherrlicher Güter in verschiedenen Territorien zu sein, in jedem je nach der Herren-Stände Rath und Interesse eine andere Politik zu treiben, in Preußen sich nach Polen, in Cleve nach Holland, in den Marken nach Schweden u. s. w. zu richten, wie zu Georg Wilhelms Zeit geschehen war. Er wollte sie ihrer begründeten Rechte nicht berauben, noch sie niederbrechen, wohl aber sich und seinen Staat über sie emporheben und das für denselben zurückfordern, was die öffentliche Gewalt nie hätte aufhören sollen festzuhalten und hochzuhalten. Und wenn die Herren in der Mark ihm sagten, „er habe das Mittel, ihnen zu helfen, sofort zu helfen und in Allem zu helfen, wie solches genugsam demonstrirt werden könne", so mutheten sie ihrem Fürsten nichts geringeres zu, als daß er darauf verzichte, mehr zu leisten, als sie ihm die Mittel gewähren würden durchzuführen. Sie begriffen nicht und wollten nicht begreifen, daß es nur einen Weg gebe, die Wiederkehr solches Schimpfes und Elendes, wie man in der furchtbaren Kriegszeit erduldet, unmöglich zu machen; sie entsetzten sich bei dem Gedanken, daß ihr Landesherr ihnen „wider die alten Landesreverse ex plenitudine potestatis" den Schutz und die Ehre einer großen und rettenden

Gemeinschaft aufdringen, daß er trotz der Libertät einen brandenburgischen Staat schaffen könne.

Aber wie den Widerstand der Stände überwinden? wie den zähen Particularismus der Territorien überholen? wie die neu gewonnenen Lande heranziehen und in die neue Gemeinschaft eingewöhnen?

Es wäre Thorheit gewesen, von der Einsicht und dem guten Willen Derer, die mit eigenem Interesse betheiligt waren, die Opfer zu erwarten, welche das Neue forderte, das entstehen mußte, größere Thorheit, mit den Fragen der äußeren Politik zu warten, bis die im Innern gelöst wären, oder umgekehrt. Beide gingen sie Hand in Hand. Die Macht Brandenburgs war so stark oder schwach nach außen, als der Kurfürst seiner Stände Herr war oder nicht Herr war; und er wurde ihrer in dem Maaße Meister, als er nach außen hin sichrer, freier, energischer aufzutreten, seinen „Staat" zur Geltung zu bringen verstand.

Denn wie getrennt sich die Territorien fühlen mochten, deren Landesherr er war, in seiner Person waren sie vereinigt; sie alle zusammen bildeten seinen „Staat"; die Ehre seines Namens haftete an jedem derselben in gleichem Maaß. Er stand für alle den andern Mächten gegenüber, und dies Gegenüberstehen gab ihnen die Solidarität eines Interesses, das hoch über den Particularismus und die Libertät der einzelnen Gebiete hinweg neue Formen und neue Thätigkeiten schaffen mußte. Dem Ausland gegenüber mußten sie empfinden lernen, daß sie membra unius capitis, Glieder eines Hauptes seien, sie mußten sich gewöhnen, jedes für das andere so einzutreten, wie wenn es nur ein Stück ihrer selbst wäre.

Noch waren die Lande weit entfernt, so zu denken; noch sahen diejenigen, die officiell ihre Vertreter waren, nicht über die engen Grenzen ihres „Vaterlandes" hinaus; ihnen waren noch „die Landesreverse, daran Herrschaft und Unterthanen vinculirt sind", die

Summe des öffentlichen Wesens; sie wehrten sich noch mit aller Zähigkeit gegen den staatlichen und monarchischen Gedanken, der sie schon umspann und umspannte. Es galt, in gemeinsamer Gefahr, Arbeit, Ehre, Waffenthat jene zu überholen und diesen unwiderstehlich emporsteigen zu lassen; es galt, der Welt zu zeigen, was der bei jeder Huldigung erneute Jubelruf „Brandenburg!" fortan bedeuten wolle.

Wer hätte nach dem furchtbaren Kriege, den man durchlebt, nicht geschaudert bei dem bloßen Gedanken an neuen Krieg; die Erinnerung der durchlebten Greuel rechtfertigte die Furcht der Menschen um so mehr, als der Frieden doch nichts weniger als Eintracht und Versöhnung gebracht hatte. Diese Furcht war es, die Schweden auszubeuten verstand, seine Macht ins Ungemessene zu mehren. Auf diese Furcht speculirte die kaiserliche Politik, wenn sie nach so ungeheuren Verlusten an Macht und Einfluß mit kleinen Quälereien und Willkührlichkeiten wieder ein wenig Raum zu gewinnen suchte, speculirten die Jesuiten im Reich, wenn sie wieder da und dort sich eindrängten, wo sie nicht mehr sein durften, und in kleinen Rechtsübergriffen versuchten, ob sie schon größere wagen durften. Auch der Pfalzgraf von Neuburg meinte, wenn er den Provisionalvertrag auf seine Art deutete und ein Wenig verletzte, er könne es darauf wagen.

Schon einmal, in der schweren Krisis von 1646, hatte Friedrich Wilhelm sich in den allgemeinen Kampf stürzen wollen. Jetzt schien ihm der Moment gekommen, der Welt zu zeigen, daß er auch den Degen zu ziehen wisse.

Die Weltlage schien in hohem Maaß günstig. Schwedens Macht, wie groß immer sie sein mochte, war doch wesentlich durch das Bündniß mit Frankreich bedingt; aber in Frankreich hatte die Parthei der Prinzen den vollen Sieg davon getragen, im Bunde mit Spanien hatte sie gesiegt, Mazarin lebte als Flüchtling beim

Cölner Erzbischof. Und das Verhältniß Schwedens zu den Staaten wurde immer gespannter, sie näherten sich Dänemark; es schien, als Holland den Sundzoll in Pacht nahm und Schritte that, seinen von Schweden immer härter belasteten Ostseehandel zu sichern, zu einem Conflict kommen zu müssen, in dem den Staaten die Freundschaft Brandenburgs überaus wichtig werden mußte. Zugleich waren die Dinge in Großbrittanien in einem Stadium, das die Aufmerksamkeit Europas durchaus in Anspruch nahm; Karl II. war in Schottland feierlich gekrönt, und rüstete mit aller Macht einen Einfall nach England; sechs von den Staaten der Union hatten sich geweigert, die Republik England anzuerkennen; auch Holland begann die Sache der Stuarts mit anderm Auge anzusehen, seit die Sorge um die oranische Politik abgethan war. Bei der außerordentlichen Spannung der europäischen Verhältnisse waren alle Chancen für diejenige Macht, die zuerst mit den Waffen in der Hand auf dem Plan zu sein verstand.

Im Frühling 1651 verbreitete sich das Gerücht, daß der Kurfürst rüste, daß er Truppen werbe, Pulver ankaufe, seine Festungen armire. In Stockholm horchte man hoch auf. Des Kurfürsten vertraulicher Besuch am Dresdener Hofe, diplomatische Sendungen dahin, dorthin schienen ein großes Vorhaben anzukündigen. Es folgten bedeutsame Veränderungen in der persönlichen Umgebung des Kurfürsten; Burgsdorf wurde entlassen, man sagte, weil er gegen die Erhöhung des Militairetats in den Marken gewesen sei.[1]) Blumenthal, der wieder in brandenburgischen Dienst getreten war, der früher kaiserliche Feldzeugmeister Otto Sparr, den der Kurfürst zum Commandanten in Lippstadt bestellt hatte[2]), vor Allem der junge

1) So Königs Berlin II. p. 65, cf. Cosmar, Schwarzenberg Beil. IX; Genaueres über diese Dinge ist mir bis jetzt zu erforschen unmöglich gewesen.

2) v. Mörner, Märkische Kriegsobristen des siebzehnten Jahrhunderts p. 180. In diesem vortrefflichen Werk findet man namentlich auch für meine Darstellung

feurige Graf Friedrich von Waldeck waren, als der Kurfürst im April nach Ravensberg zurückkam, in seiner Umgebung.

Daß irgend ein Schlag geführt werden solle, war klar; aber wen sollte er treffen? Die Bischöfe von Münster und Osnabrück erließen Avocatorien an ihre Vasallen und Unterthanen, deren viele in brandenburgischen Dienst getreten waren (31. Mai, 9. Juni). Die Schweden, die eine Flotte gerüstet hatten, um den Sund zu sperren, hielten sie zurück[1]); sie brachten in den Unterhandlungen über Pommern neue Anträge vor, namentlich den Austausch Gollnows gegen das Bisthum Camin, d. h. auch den Colberger Hafen wollten sie an sich bringen. Die polnisch-schwedische Friedenshandlung, die im April in Lübeck hatte beginnen sollen, stockte in den Vorfragen. In Wien hieß es Ende Mai, der Kurfürst wolle den Pfalzgrafen von Neuburg in seiner Residenz zu Düsseldorf überfallen[2]); man erging sich in sehr scharfen Aeußerungen darüber: „ein Adler habe schlechte Ehre, wenn er einen alten Hahnen überwände". Klügere meinten nicht anders, als daß die Evangelischen insgemein zusammensteckten und ein „Generalreligionskrieg" im Werk sei.

Die Welt war in größter Spannung. Mitte Juni endlich brach das Wetter los.

---

der Werbungen von 1638, die leider schon gedruckt waren, als es erschien, sehr lehrreiche Ausführungen.

1) Schlezers Berichte aus Stockholm vom 5. April, 26. April, 3. Mai 1651.

2) Nach den Berichten Blumenthals aus Wien, 21. Juni und 5. Juli 1651. Am 20. Mai haben Portmann und Seidel ein Memorial an den Kurfürsten unterzeichnet, das dessen dann in Ausführung gebrachten Plan begutachtet und höchst dringend widerräth.

Berlin, Druck von Gebr. Unger, Königl. Hofbuchdrucker.

Verbesserungen.

Seite 42. Zeile 8. von oben statt verbehalten zu lesen vorbehalten
= 42. = 12. von oben statt führen sollte zu lesen führen sollten
= 129. = 10. von oben statt , dann zu lesen . Dann
= 173. = 19. von oben statt kurfürstlichen zu lesen fürstlichen
= 238. = 2. von oben statt würde zu lesen wurde





